

## INHALT

### Grüß Gott!

|                  |   |
|------------------|---|
| Liebe Maturanten | 4 |
| Editorial        | 5 |

### Bildung

|   |    |
|---|----|
| Pädagogisches Institut in Südtirol <i>Toni Ladurner</i>             | 6  |
| Doppelt und dreifach <i>Alex Maier</i>                              | 10 |
| Land fördert Forschung ... <i>Thomas Benedikter</i>                 | 13 |
| Von wegen Akademikerschwemme <i>Michaela Ralsler/Benedikt Sauer</i> | 15 |
| Brief an die Südtiroler Hochschülerschaft <i>Josef Duregger</i>     | 17 |
| Auf die Gefahr hin, uns zu wiederholen                              | 18 |
| Der lange Weg einer Problemlösung                                   | 19 |
| Neuigkeiten und Kleinigkeiten                                       | 20 |
| Un-erledigte Fälle. Gespräch mit <i>Martha Stocker</i>              | 21 |
| Bibliographie zur Bildungspolitik                                   | 24 |

### Politik

|   |    |
|---|----|
| Zensur in Südtirol <i>Heinrich Zwischenbrugger</i>  | 25 |
| Minderheiten: Das Gemeinsame ist die Trennung. Die Schule<br>in Kärnten und Südtirol <i>Peter Gstettner</i> | 27 |
| Der Fall des Partisanen Pircher <i>Günther Pallaver</i>   | 34 |
| Vorbilder für die Jugend <i>Christoph Franceschini</i>  | 36 |
| Als ob es Siege gäbe, wenn die Menschen sterben <i>Elmar Waibl</i>  | 38 |

### Faschiertes

|   |    |
|---|----|
| Vor- & Schlußwort <i>Chaos &amp; Co.</i>  | 41 |
| Das Brot des Siegers. Gespräch mit <i>Siegfried Pater</i>   | 42 |
| Wild Boy and the Never Ending Story. <i>Ennio Dalpiaz/Hugo Pedrotti</i>                                     | 44 |
| Der König ist tot. Es leben die Fürsten. Geschichten um die böse<br>Hochschülerschaft <i>Gabriel Gruner</i> | 48 |

### Kultur

|   |    |
|---|----|
| Frauen- und Männerliteratur? <i>Margherita Zander</i>                         | 50 |
| Skolast Interview mit WOLF BIERMANN:<br>Wissen tut weh, selig sind die Dummen | 53 |
| Die Verstoßung in die Provinz <i>Andreas Feichter</i>                         | 57 |

|                          |    |
|--------------------------|----|
| <b>Essen und Trinken</b> | 60 |
|--------------------------|----|

### Kleingedrucktes

|                   |    |
|-------------------|----|
| Umba-Umba-Tätä    | 61 |
| Bücher            | 63 |
| Verstimmungen     | 69 |
| Handgeschriebenes | 71 |



## Liebe Maturanten!

Nach dem ersten »Skolast«, den Ihr zugeschiedt bekommen habt (Psychiatrie oder Frauenskolast), nun der zweite. Zu Recht werdet Ihr Euch fragen, warum. Wir, das ist die Südtiroler Hochschülerschaft wollen uns mit unserer Zeitung, dem »Skolasten« bei Euch vorstellen. Die meisten von Euch kennen uns schon über die Maturantenberatung, die wir an fast allen Oberschulen Südtirols durchgeführt haben. Etwas Gedrucktes in den Händen zu haben, bedeutet aber über die Dienstleistungen, welche die SH anbietet, hinaus, von dem zu erfahren, was in unseren Sitzungen, an Mittagstischen und in Kaffeehäusern diskutiert und, wie Ihr seht, manchmal auch niedergeschrieben wird.

Wie Ihr inzwischen sicherlich bereits erfahren habt, ist die Südtiroler Hochschülerschaft ein Verein, der neben vielen Diskussionen und Stellungnahmen zu (aktuellen politischen) Themen, welche Studenten und Studentinnen mehr und manchmal auch weniger betreffen (Stipendien, Studientitelanerkennung, Hochschulpolitik im In- und Ausland, Maturantenberatung, Bildungspolitik, aber auch Sozialpolitik u.a.m.), vor allem Information an Maturanten und Studierende weitergibt und sich um ihre Belange, so gut es geht, bei Politikern, Gewerkschaften und Verbänden einsetzt. Den »Skolast« erhaltet Ihr nur zum Kennenlernen gratis, für Studenten und Akademiker wird er mit der Bezahlung des Mitgliedsbeitrages erworben.

Weil wir über diesen Brief alle, aber auch gar alle von Euch erreichen, wollen wir auf diesem Wege einen ganz wichtigen Termin bekanntgeben, nämlich den der großen Maturantenberatung im Juli, bei der Euch Studierende des jeweiligen Faches individuell beraten, d.h. möchtest Du Jus studieren, so wirst Du einen im Inland und einen im Ausland Studierenden vorfinden, der Dir über sein Jusstudium erzählen kann und Dich berät.

**Freitag, 18. Juli: 9.00 — 12.00      15.00 — 17.00**

für alle geisteswissenschaftlichen Studienrichtungen; das sind

z.B. Germanistik, Philosophie, Sprachen, Pädagogik, Psychologie, Theaterwissenschaften, Politikwissenschaften, Geschichte und viele Sachen mehr;  
für alle sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen und Jus: z.B. Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Soziologie, Jus u.a.m.

**Samstag, 19. Juli: 9.00 — 12.00      15.00 — 17.00**

für alle naturwissenschaftlichen Studienrichtungen, das sind z.B. Mathematik, Biologie, Chemie, Physik u.a.m.;  
für alle Fächer an **technischen Fakultäten**: Ingenieur, Architektur, Maschinenbau und Elektrotechnik, Informatik, Agrarwissenschaft

und **Medizin**.

Die Maturantenberatung findet im Waltherhaus in BOZEN, Schlererstraße 1, statt, das ist gleich hinter dem Landhaus I.

Solltest Du an diesen Tagen gerade keine Zeit haben, so kannst Du das Büro jederzeit aufsuchen (9.00 — 12.00 und 15.00 — 17.00). Im August werden wir einige Wochen eine Verschnaufpause einlegen, d.h. Ferien machen. Trotzdem würden wir Euch raten, von dieser Beratung Gebrauch zu machen. Mit fast 100%iger Sicherheit wird bis dahin der neue »MATURANTENFÜHRER« gedruckt sein.

Noch eins, informiert Euch bitte rechtzeitig, nicht selten versäumt man Termine, wählt Studienrichtungen, die im Studientitelabkommen nicht aufscheinen, d.h. nicht anerkannt werden, oder verzichtet unfreiwillig auf Beiträge, die einem eigentlich zustehen würden. Ein solcher Termin ist der Abgabetermin für die Stipendienansuchen — Ihr könnt den bei uns erfahren, und Eure Gesuche werden im Büro der Südtiroler Hochschülerschaft, Waltherhaus, 4. Stock, kontrolliert.

Nun noch alles Gute für Eure Matura!

Der Vorstand



*Was, schon wieder ein neuer Skolast?*

Liebe Leser!

Es ist an der Zeit, Hausneuigkeiten preiszugeben. Vielleicht ist den Aufmerksamen aufgefallen, daß die Redaktion des »Skolast« einige neue Namen zieren, nachdem die alte Mannschaft nach 3 Jahren Arbeit still und leise auseinandergebröckelt ist.

Dies ist die erste Nummer eines (noch) jungen Redaktionsteams, nach dem »Psychiatricskolast« — eine Ko-Produktion w.maier - h. zoderer — und dem »Frauenskolast«, der von einer Frauengruppe autonom gestaltet worden war, und um den es in der Öffentlichkeit und nicht nur dort einigen Wirbel gegeben hat. Der neue »Skolast« ist so bunt, daß für jeden Gusto etwas drinnen sein müßte.

Zum Hauptthema »Bildung«: nicht daß darüber noch nie etwas im »Skolast« gestanden hätte, aber das ist schon lange her; für eine neue Redaktion Grund genug, das Thema wieder einmal aufzuwärmen. Zu heiß soll's nicht sein: wir bringen viele neue Informationen und Meinungen zum Thema, stehen aber immer wieder den alten Widerständen gegenüber. Die sorgen für Ausgleich. Als Musik haben wir Bilder vom Studentenaufstand 1985 untergelegt.

Als dicker Fisch ging uns die rote Nachtigall Wolf Biermann ins Netz. Seine Frühstücksphilosophien zur DDR, Stalin und seiner eigenen Familiengeschichte gibt Biermann im Kulturteil zum Besten.

Der Rest ist im Inhaltsverzeichnis nachzulesen. Nichtsdestotrotz&weniger schöne Fereien und einen ordentlichen Sonnenbrand.

# Pädagogisches Institut in Südtirol

## Eine Schwergeburt

Das DPR 419 vom 31.5.1974 sieht in jeder Region die Errichtung eines IRRSAE (Istituti Regionali di Ricerca e Aggiornamento Educativi) vor; nur in der Region Trentino-Südtirol sollte sowohl in der Provinz Trient als auch in der Provinz Südtirol ein eigenes öffentlich-rechtliches Institut für pädagogische Forschung, Fortbildung und Schulversuche geschaffen werden.

In Südtirol war ein Jahr vorher von 6 Vereinen im Beisein des Landesrates für Schule und Kultur und des Schulamtleiters ein privates pädagogisches Institut nur für die deutsche Schule gegründet worden, das heute noch besteht, während die Geburtsstunde des öffentlich-rechtlichen Instituts erst jetzt näherzurücken scheint. Denn zuerst war der SVP der Einfluß des Ministeriums bei der Ernennung des Personals des öff.-rechtl. Instituts zu groß, und darüberhinaus verlangte sie auch die Möglichkeit, mindestens zwei nach Sprachgruppen getrennte Institute schaffen zu können. Doch auch nach der Verabschiedung der ergänzenden Durchführungsbestimmungen zur Schulautonomie Ende 1981, die dem Land Südtirol die Möglichkeit zur Errichtung eines oder mehrerer Institute zuerkennen (vgl. Art. 28 des DPR Nr. 89/1983), vergingen noch einmal fast 4 Jahre, bis die zuständigen Landesräte Zelger, Ferretti und Valentin im Mai 1985 dem Landesschulrat einen Gesetzentwurf zur Begutachtung unterbreiteten, der die Errichtung von drei Pädagogischen Instituten (je eines für die deutsche, italienische und ladinische Sprachgruppe) vorsieht. Der Landesschulrat hat sein Gutachten im Jänner 1986 abgegeben, so daß nun der Weg frei ist für die Behandlung des Gesetzes im Landtag. Der dem Landesschulrat vorgelegte Entwurf soll im Landtag aber in einer überarbeiteten Fassung eingebracht werden, vermutlich noch vor dem oder während des Sommers dieses Jahres. Aber einen offiziellen Terminplan gibt es nicht, auch Aussprachen mit den Lehrerverbänden und Schulgewerkschaften haben bis heute (Anfang April 1986) nicht stattgefunden.

### Zur Rolle der Pädagogischen Institute

Der vorliegende Artikel hat vor allem beschreibenden Charakter: er versucht, die wichtigsten Punkte des Gesetzesentwurfes vom Mai 1985 und des Gutachtens des Landesschulrates vom Jänner 1986 zusammenzufassen sowie kurz die Vorschläge der Schulgewerkschaften und des ASM darzustellen. Einige grundsätzliche Überlegungen zum Pädagogischen Institut sind bereits 1978 von Helmut Ladurner ange-

stellt worden (siehe »Skolast« Nr. 2/1978), die auch heute noch weitgehend gültig sind. H. Ladurner erwartete sich vom Pädagogischen Institut nicht nur eine Verbesserung der Lehrerfortbildung (mehr Kontinuität, Überprüfung der Wirkung des Angebots, stärkere Beteiligung der Basis), sondern auch eine wirkungsvolle Betreuung von Schulversuchen und die Durchführung eigenständiger Forschungsvorhaben. Er meinte zusammenfassend:

»Die Reformen des italienischen Schulsystems sind von der Schule in Südtirol nur dann umsetzbar, wenn die Lehrerschaft darauf vorbereitet und bei der Realisierung unterstützt wird. Das Pädagogische Institut kann sicherlich nicht alle Probleme lösen, die im Schulsystem anstehen, es kann jedoch die Voraussetzung dafür sein, daß überhaupt eine Lösung ermöglicht wird.«

Aufgrund der inzwischen gemachten Erfahrungen mit den IRRSAE in anderen Regionen Italiens wird man heute allerdings feststellen müssen, daß die damaligen Erwartungen wahrscheinlich zu hoch gesteckt waren, denn die zentralistische Struktur und die bürokratische Arbeitsweise der meisten IRRSAE verhindern oft eine wirkungsvolle Tätigkeit und eine Einbeziehung der Lehrerschaft. Doch das heißt nicht, daß ein pädagogisches Institut heute überflüssig ist. Nur sollte ein Päd. Institut — wie es im Gutachten des Landesschulrates zum Gesetzentwurf heißt — gewährleisten:

»mehr Dezentralisierung, mehr Beziehung zwischen der Schule und ihrem Hinterland, unmittelbare Führung zum schulischen Alltag und seinen Problemen, eine Aufwertung der Berufstätigkeit, neue Anregungen und Ideen für die Schule.«

### Einige Probleme der Schule in Südtirol und Aufgaben der pädagogischen Institute

Ich will hier nur stichwortartig auf einige mir wichtig erscheinende Probleme hinweisen, zu deren Bewältigung die Päd. Institute einen Beitrag leisten könnten. Es ist dies keine vollständige Aufzählung und auch nicht Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung, sondern spiegelt in erster Linie meine persönlichen Erfahrungen als Lehrer und Gewerkschafter wider. Laut Art. 2 des Gesetzentwurfes (siehe Kasten I) sollten sich die P.I. außer mit der Lehrerbildung auch mit allen diesen Fragen befassen. *Die Ausbildung der Lehrer* ist nach wie vor unzureichend, v.a. im Bereich der Pädagogik und Didaktik: Die Zahl der Lehrer, die ohne Hochschulabschluß an Mittel- und Oberschulen unterrich-

ten, ist immer noch groß (c.a. 800 im heurigen Schuljahr). Wo die künftige Ausbildung der Grundschullehrer und Kindergärtnerinnen erfolgen bzw. wie diese Ausbildung aussehen soll, ist auch ungeklärt; das Thema Hochschule in Südtirol ist für die SVP offensichtlich nicht aktuell.

Im Bereich der *Lehrerfortbildung* gibt es zwar eine Reihe von Angeboten (Lehrerverbände, Schulamt), und auch die Beteiligung der Lehrer ist in der Regel gut. Doch fehlt diesen Initiativen oft die Kontinuität, und die Koordination. Auch wird nur ganz selten überprüft, welche Wirkung die Fortbildungsveranstaltungen zeitigen.

Weitgehend inexistent ist die *wissenschaftliche Forschung*, sieht man von einigen wenigen interessanten Untersuchungen von Einzelpersonen oder Arbeitsgruppen ab. Es ist auch kein Zufall, daß die z.Z. einzige, wenn auch umstrittene, wissenschaftliche Untersuchung über die Behinderten von Prof. Innerhofer aus Wien auf eine Initiative des Gesundheitsassessors zurückgeht.

## Art. 2 Aufgaben

(1) Die Tätigkeit der Institute wickelt sich auf Grund allgemeiner und detaillierter Programme ab, die jeweils nach dem Bedarf der Grund-, Mittel- und Oberschulen Südtirols erstellt werden.

(2) Aufgabe der Institute ist es,

- a) didaktische und pädagogische Dokumentation zu sammeln, zu bearbeiten und zu verbreiten,
- b) Untersuchungen pädagogischer Natur im Bereich der Grund- und der Sekundarschule durchzuführen und einschlägige Forschung zu betreiben,
- c) im Rahmen der didaktischen Planung die Ausarbeitung und Verwendung von Lehrmitteln, sowie die Einführung und Verwendung von audiovisuellen Medien und verschiedenen elektronischen Geräten vorzuschlagen,
- d) auf Antrag des jeweils zuständigen Landesrates für Öffentlichen Unterricht sowie des Hauptschulamtsleiters bzw. der zuständigen Schulamtsleiter Entwürfe für die Überarbeitung der Lehrpläne für die verschiedenen Schularten und -stufen auszuarbeiten und einschlägige Gutachten abzugeben,
- e) Fortbildungskurse für die Schuldirektoren und Lehrer zu planen, zu organisieren und durchzuführen sowie die Schulen, Körperschaften und Vereinigungen, die solche Kurse organisieren, auf Antrag in fachlicher und didaktischer Hinsicht zu beraten und zu unterstützen,
- f) die Durchführung von Schulversuchen, die mehrere Schulen betreffen, zu fördern und zu betreuen,
- g) fachliche Beratung über Schulversuche und über Lehrpläne, über Methoden und Einrichtungen der Lehrerfortbildung sowie die Mitarbeit bei einschlägigen Initiativen in Südtirol anzubieten,
- h) die wichtigsten Initiativen in den Bereichen Forschung, Versuche und Fortbildung durch angebrachte Veröffentlichungen bekanntzugeben.

(3) Zur Wahrnehmung der oben angeführten Aufgaben können die Institute in- und ausländische Einrichtungen und Fachleute beziehen.

(4) Die Direktionen der Institute können mit Erlaubnis des Unterrichtsministeriums über Antrag durch den Hauptschulamtsleiter bzw. den zuständigen Schulamtsleiter auch die Mitarbeit der jeweils zuständigen Schulinpektoren in Anspruch nehmen.

In fast allen Oberschulen werden *Schulversuche* durchgeführt, doch über die dabei gemachten Erfahrungen erfährt man wenig oder nichts und die Lehrerkollegien dieser Schulen sind fast völlig auf sich allein gestellt, weil Anregungen und Hilfestellung fehlen. Dieser Freiraum kann zwar anregend sein, könnte aber auch zu Resignation und Enttäuschung führen, wenn es niemand gibt, der bei auftretenden Schwierigkeiten beratend zur Seite steht.

Die *Integrierung Behinderter* in der Pflichtschule ist ein weiterer Bereich in dem zwar große Fortschritte erzielt wurden, der aber ebenfalls zu wenig betreut wird, so daß die Lehrer den großen Problemen oft hilflos gegenüberstehen.

Bei der Überarbeitung von *Lehrplänen* und der Ausarbeitung neuer *Lehrtexte* und *Unterrichtsmaterialien* sind vom privaten pädagogischen Institut und von einzelnen Arbeitsgruppen durchaus beachtliche Leistungen erzielt worden und zwar trotz der teilweise schlechten Arbeitsbedingungen und der völlig unzureichenden Vergütung. Aber auf die Dauer ist ein solches Vorgehen untragbar, vor allem im Hinblick auf die Reform der Grund- und Oberschule.

Völlig unzureichend ist auch die *Zusammenarbeit zwischen den Schulen der drei Sprachgruppen*. Eine verstärkte Koordination des Zweitsprach-, aber auch des Geschichtsunterrichts



1985. Studenten gehen auf die Straße ...

ist dringend erforderlich, wenn die Schule einen konkreten Beitrag zum Zusammenleben in Südtirol leisten soll.

### Der Wirkungsbereich der Pädagogischen Institute

Während der Landesschulrat mit der Bestimmung der Aufgaben der P.I. im allgemeinen einverstanden ist und nur anregt, daß neben den »Untersuchungen pädagogischer Natur« auch fachdidaktische Studien betrieben werden sollen, kritisiert er die im Gesetzentwurf vorgesehene Einengung des Wirkungsbereichs der Institute auf Grund-, Mittel- und Oberschulen. Denn laut Art. 3, Absatz 4 können Kindergärten und Berufsschulen »auf Antrag die Initiativen des jeweils zuständigen Instituts in Anspruch nehmen, sie haben jedoch in Hinsicht auf das Tätigkeitsprogramm kein Mitspracherecht.

Im Gutachten des Landesschulrates heißt es dazu:

- »Für die Einbeziehung des Kindergartenbereichs spricht,
- daß sich bei der geplanten Reform der Lehrerbildung auf Hochschulebene für Grundschullehrer und Kindergärtnerinnen eine ähnliche Ausbildung abzeichnet;
  - daß eine Vorverlegung der Schulpflicht im Gespräch ist;
  - daß es undenkbar erscheint, dem Institut für Erziehungs- und Unterrichtsforschung ein so anregendes und fruchtbares Arbeitsfeld, wie es der Kindergarten darstellt, zu entziehen.

Die Einbeziehung der Berufsschulen erscheint notwendig,

- da die geplante Oberschulreform eine stärkere Zusammenarbeit zwischen allgemeinbildenden und Berufsschulen verlangt;
- da in der reformierten Oberschule nach dem Biennium Abgänge ins Berufsleben vorgesehen sind.«

Bei der Diskussion im Landesschulrat bekräftigte Landesrat Zelger seine Haltung gegen die Einbeziehung von Kindergärten und Berufsschulen, da diese Bereiche in die primäre Gesetzgebungsbefugnis der Provinz fallen, das Päd. Institut aber in die sekundäre. Die Reform der Ausbildung der Kindergärtnerinnen und Grundschullehrer werde er (Zelger) nicht mehr erleben; weiters seien mit dem Begriff »uscita professionalizzata« im Vorschlag zur Oberschulreform sicher nicht Berufsschulen nach Südtiroler Modell gemeint, da es sich hierbei nur um Lehrlingsschulen handle. Schließlich seien auch die Berufsschullehrer und -direktoren gegen eine Einbeziehung in das Päd. Institut.

Bleibt vielleicht noch nachzutragen, daß in einem — allerdings nie öffentlich diskutierten — Entwurf aus dem Jahre 1983 die Einengung des Wirkungsbereichs noch nicht enthalten war.

### Aufbau — Organe — Personal

Der Gesetzentwurf der Landesräte hält sich weitgehend an die Bestimmungen des DPR 419/74. Die Satzungen der Institute sollen festlegen, ob das Institut »in eine oder mehrere Abteilungen oder Kommissionen für die Bereiche der Grund-, Mittel- und Oberschule sowie der Kunstlehranstalten gegliedert wird« (Art. 3, Absatz 1). Bei der Erörterung gemeinsamer Themen sollen die Abteilungen zusammenarbeiten, ausdrücklich vorgesehen ist eine Gliederung nach Fächergruppierungen (die ein schulstufenübergreifendes Vorgehen erleichtern würde) aber nicht.

Ich kann hier aus Platzgründen auf die *Organe* der Institute nur kurz eingehen.

Das Direktorium (Art. 5 u. 6), das u.a. das Tätigkeitsprogramm und den Haushaltsplan beschließt, Abkommen und Verträge bewilligt usw., setzt sich aus elf Fachleuten aus den Bereichen Erziehung und päd. Forschung zusammen, die entweder vom Landesschulrat oder Landtag gewählt oder vom Landesausschuß ernannt werden. Dem Direktorium sollen außerdem der Hauptschulamtsleiter bzw. die Schulamtsleiter angehören (dagegen haben allerdings sowohl Landesrat Ferretti als auch das Unterrichtsministerium Bedenken angemel-

det). Darüberhinaus kann der Landesausschuß höchstens 4 Universitätsdozenten in dieses Amt ernennen.

(Das Direktorium des iad. Instituts soll aus 6 Fachleuten plus dem Schulamtsleiter und höchstens 2 Universitätsdozenten bestehen). Das Direktorium wählt seinerseits einen *Präsidenten*. (Art. 7) Im Gegensatz zum Gesetzentwurf fordert der LSR, daß die Wahl des Präsidenten nicht nur auf die vom Landesausschuß namhaft gemachten Personen beschränkt sein soll. Und das Direktorium sollte auch den stellvertretenden Vorsitzenden wählen können.

Eine entscheidende Rolle wird der *Direktor* des Instituts spielen. (Art. 9, Absatz 4 — siehe Kasten 2). Laut Gesetzentwurf ernannt ihn der Landesausschuß, wobei der Direktor auch »unter den Bediensteten der Landesämter, welche im Schulsektor zuständig sind« (Art. 9, Absatz 2) ausgewählt werden kann. Der Landesschulrat hat sich gegen diese Möglichkeit ausgesprochen und darüberhinaus verlangt, daß die Ernennung des Direktors durch den Landesausschuß aufgrund eines Dreivorschlags des entsprechenden Direktoriums erfolgen soll.

ASM und die Schulgewerkschaften AGB/CGIL, SGK/UIL und SSC (ASGB) fordern zusätzlich, daß der Direktor nach einer Amtszeit von 5 Jahren nur einmal für dieselbe Dauer wiederbestätigt werden kann.

Die Aufgaben der Institute werden von *abgeordnetem Staatspersonal* (Lehrer, Direktoren, Inspektoren) durchgeführt. Während im DPR 419/74 festgelegt wurde, daß das abkommandierte Personal durch Wettbewerbe auf Grund von Ti-

#### Art. 9 Direktor

(1) *Im Einvernehmen mit dem Ministerium für öffentlichen Unterricht und mit der Zustimmung des Betroffenen, nimmt der Landesausschuß für jedes Institut die Erteilung des Auftrages eines Direktors vor, welcher unter den Schulinspektoren, dem Direktions- und Lehrpersonal sowie unter den Universitätsdozenten ausgewählt wird. Diese werden im Wege der Abordnung eingestellt.*

(2) *Der Landesausschuß kann nach vorheriger Zustimmung des Betroffenen, den Direktor auch unter den Bediensteten der Landesämter, welche im Schulsektor zuständig sind, auswählen. Diese Bediensteten werden »außerhalb des Stellenplanes« versetzt, wobei sie in jeder Hinsicht die rechtlich-wirtschaftliche Stellung beibehalten, welche sie bei der Herkunftsverwaltung erworben haben. Die Planstellen welche aufgrund dieser Zuweisung frei werden, können in der Form besetzt werden, wie sie für die Aufnahmen gemäß den geltenden Landesbestimmungen vorgesehen ist. Sofern zum Zeitpunkt der Beendigung der Stellung »außerhalb des Stellenplanes« im jeweiligen Rang und im jeweiligen Stellenplan, in welchen die betreffenden Bediensteten eingestuft wurden, keine freien Planstellen vorhanden sein sollten, werden die Bediensteten in Überzahl versetzt. Diese Stellung endet und wird mit dem ersten Freiwerden einer geeigneten Stelle wieder aufgefangen.*

(3) *Der Landesausschuß kann den Auftrag als Direktor gemäß Art. 25 des Landesgesetzes vom 3.7.1959, Nr. 6, in geltender Fassung, auch einer Person erteilen, welche besonders geeignet ist und nachweisbare Erfahrung hat. Die dem beauftragten Direktor zu entrichtende Vergütung wird vom Landesausschuß unter Berücksichtigung der für die Landesbediensteten mit ähnlichen Leistungen geltenden Besoldungsstufe festgelegt.*

tehn ermittelt wird, möchten die Landesräte dem Landesausschuß viel mehr Freiheit gewähren; der Art. 10 sieht nur die »Anhörung« der Direktorien vor, bevor der Landesausschuß beim Unterrichtsministerium die Abordnung beantragt. Verständlich, daß dieser Artikel im Landesschulrat auf heftige Kritik gestoßen ist. Im Gutachten des LSR werden daher Wettbewerbe auf Grund von Titeln gefordert, und diese könnten »gegebenenfalls durch ein Kollegium ergänzt werden ... Die Prüfungskommissionen sollten vom Direktorium ernannt werden«. In der vorhin erwähnten Stellungnahme von ASM und Schulgewerkschaften wird zusätzlich noch verlangt, daß in die Prüfungskommission auch der Vertreter der politischen Minderheit im Direktorium berufen werden muß.

Gehen in der Frage der Ermittlung des abkommandierten Personals die Auffassung der Landesräte und des Landesschulrates weit auseinander, so stimmen sie in der Forderung nach einer zusätzlichen Honorierung — etwa in Form einer Funktionszulage — der für diese Aufgabe notwendigen höheren Qualifikation und der Mehrarbeit überein. Ob der Staat aber diese (übrigens auch in anderen Regionen erhobene) Forderung nach einer besseren Honorierung akzeptiert, ist zweifelhaft. (Die unzureichende Entlohnung des Institutspersonals ist eine der Ursachen für die Krise vieler IRRSAE!) Bezüglich der Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäten ist der Gesetzentwurf sehr zurückhaltend: der Absatz 3 des Art. 2 gesteht den Päd. Instituten nur die Beziehung »in- und ausländischer Einrichtungen und Fachleute« zu. Warum diese Angst vor dem Wort Universität?

- (4) Jeder Direktor hat, unter Berücksichtigung der Richtlinien des Direktionsrates, die Aufgabe und die Befugnis, a) mit Hilfe der allfälligen Leiter der Abteilungen des entsprechenden Institutes das jährliche Tätigkeitsprogramm auszuarbeiten, b) in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Direktoriums Beziehungen zu Behörden und zu Fachleuten, zu Universitätsdozenten, zu Schulen, zu Körperschaften oder anderen Organisationen und Einrichtungen zu unterhalten, c) die Arbeit der Abteilungen und der allfälligen Arbeitsgruppen laut Art. 3 zu koordinieren, d) das Personal des Institutes — einschließlich des abgeordneten Personals — entsprechend den Weisungen des Direktoriums zu leiten, e) Maßnahmen zur Verwaltung und zur Geschäftsführung des Institutes zu ergreifen, wobei er die Richtlinien des Direktoriums und des Vorsitzenden zu beachten hat, f) dafür zu sorgen, daß die Veröffentlichungen laut Art. 2 Buchstabe h) herausgegeben werden.

(5) Die in den Absätzen 1 und 2 erwähnte Abordnung wird für fünf Jahre erteilt und kann erneuert werden.

(6) In außergewöhnlichen Fällen, kann das im ersten und dritten Absatz erwähnte Personal in die Landesstellenpläne eingegliedert werden; Voraussetzung hierzu sind die Zustimmung des Personals selbst und mindestens drei Jahre Beauftragung als Direktor. Bei der Einstufung des im vorherigen ersten Absatz erwähnten Personals, bleibt die bereits erworbene rechtliche und wirtschaftliche Stellung unbeschadet. Bei der Einstufung des gemäß dem vorherigen Absatz drei beauftragten Personals, wird der als Direktor geleistete Dienst für den Aufstieg im Einstufungsrang anerkannt; die als Beauftragte bezogene Besoldung wird jedenfalls gewährleistet. Im letzteren Fall wird mit der Einstufungsmaßnahme die Erweiterung des Stellenplanes des entsprechenden Landesstellenplanes vorgenommen.



... blockieren den Verkehr ...

### Zusammenarbeit zwischen den drei Instituten

Es wird also drei Pädagogische Institute geben; auch die Mehrheit des Landesschulrates war dafür, mit der Begründung, daß die finanzielle Abhängigkeit von 3 verschiedenen Assessoraten und die Einhaltung des Proporz bei der Einstellung des Personals und der Besetzung der Verwaltungsorgane zu Schwierigkeiten führen könnten. Landesrat Ferretti befürchtete gar eine ethnische Übervorteilung in Arbeitsgruppen (z.B. bei der Behandlung der Südtirol-Geschichte!); für Landesrat Zelger hingegen sind drei Institute schon deshalb notwendig, weil die Sprachgruppen Südtirols unterschiedliche bildungspolitische Auffassungen hätten. Konsequenterweise sieht der Gesetzentwurf in bezug auf die Zusammenarbeit der Institute auch nur vor, daß sich »die drei Direktorien wenigstens einmal im Jahr zu einer gemeinsamen Besprechung« treffen sollen (Art. 6, Absatz 3). Der Landesschulrat dagegen fordert die Schaffung von *Querverbindungen* zwischen den drei Instituten:

»Für eine fruchtbare Zusammenarbeit der drei Institute wäre es notwendig:

- Einen Koordinierungsausschuß zu schaffen, der aus den Direktorien und den Leitern der Abteilungen und der Kommission bestünde. Damit würden die gegenseitige Information und der Erfahrungsaustausch gewährleistet. Der Koordinierungsausschuß wäre darüber hinaus für die gemeinsamen Dienste verantwortlich. Den Vorsitz sollten umschichtig die Direktoren der drei Institute übernehmen.
- Es müßten gemeinsame Dienste geschaffen werden: Bibliothek, Dokumentationszentrum, Arbeitsräume etc.
- Die Institute sollten in einem gemeinsamen Gebäude untergebracht werden, möglichst bei Schaffung dezentralisierter Strukturen;
- Für einige Arbeitsbereiche (vor allem für den Unterricht der zweiten Sprache) sollte eine ständige gemeinsame Kommission eingesetzt werden.
- Bestimmte Bildungsangebote der drei Institute sollten allen Lehrern der drei Sprachgruppen zugänglich sein.«

Nur zwei der anwesenden Mitglieder stimmten gegen diese Querverbindungen: der Landesrat Zelger und der Schulamtsleiter Kofler. Zelger lehnte sogar eine gemeinsame Bibliothek ab, sowas führe nur zu »Reibereien«. Also striktes Nebeneinander!

## Wie wird's weitergehen?

Für viele, die seit Jahren auf die Errichtung eines öffentlich-rechtlichen Instituts in Südtirol gedrängt haben, stellt sich heute nicht mehr so sehr die Frage, ob diese Institute errichtet werden (obwohl das auch noch nicht ganz sicher ist), sondern wie sie aussehen werden und über wieviel Autonomie von der Landesverwaltung sie verfügen werden. In der Einleitung einer Broschüre zum Gesetzentwurf, die von der Vereinigten Lehrerliste im Landesschulrat, dem ASM und den Schulgewerkschaften AGB/CGIL, SGK/UII und SSG(ASGB) herausgegeben wurde, werden diese Befürchtungen deutlich zum Ausdruck gebracht:

»Der Handlungsspielraum und die Tätigkeitsbereiche sind eingeengt, der Einfluß der Lehrer verringert, jener der Landesregierung ist überall präsent, in der Besetzung der Stellen und Verlängerung der Aufträge, in der Programmgestaltung und Finanzierung. Von einer eigenständigen weisungsunabhängigen Institution ist keine Rede mehr.

Es wäre der denkbar schlechteste Weg, den die Landesregierung und der Landtag beschreiten könnten, wenn sie ein Päd. Institut errichten wollten, *mit dem die Lehrer aller Schulstufen sich nicht einverstanden erklären könnten*, dann gäbe es keine Zusammenarbeit und dieses Päd. Institut, auf das die Lehrer so lange gewartet haben, könnte seine Aufgabe auch nicht erfüllen.«

Ob die Forderung nach einer Berücksichtigung der vom Landesschulrat und den Lehrervertretern gemachten Vorschläge Gehör findet?

Fußnote:

Der Gesetzentwurf der Landesräte vom 14.3.1985 und das Gutachten des Landesschulrates vom 17.1.1986 sind abgedruckt in der Broschüre »Information zum Gesetzentwurf Pädagogisches Institut«, die im April 1986 von der Vereinigten Lehrerliste im Landesschulrat, dem Arbeitskreis Südtiroler Mittelschullehrer (ASM) sowie den Schulgewerkschaften AGB/CGIL, SGK/UII und SSG (ASGB) herausgegeben worden ist.

Alex Maier

# Doppelt und dreifach

## ist ein Jahr zuviel. Die Reform der Lehrerausbildung

Die Reform der Lehrerausbildung, die auch Südtirol betrifft, nimmt ähnliche Ausmaße an: lange diskutiert, bringt sie Vorschläge, die zukünftigen Volksschullehrer und Kindergärtnerinnen zu einem Universitätsstudium zu verpflichten, während man sich in anderen europäischen Ländern mit 2 bis 3 Jahren Studium nach der Matura begnügt. Motto: viel zu spät, aber weit voraus.

Zur Vorgeschichte: vor zwei, drei Jahren tauchte ein Entwurf zur Reform der Lehrerausbildung auf, den die Unterrichtsministerin in Auftrag gegeben hatte. Ausgehend von der Feststellung, daß einerseits die Ausbildung der Kindergärtnerinnen und der Volksschullehrer zu kurz sei und überhaupt zu wünschen übrig lasse, daß andererseits das derzeitige Universitätsstudium die zukünftigen Lehrer nicht in die Lage versetze, un-

terrichten zu können — »die Universität hat sich bisher immer in erster Linie als Stätte der Wissenschaft betrachtet und die Beschäftigung mit so niedrigen Dingen wie Berufsvorbereitung verschmäht«<sup>1)</sup> — fordert dieser Entwurf eine vierjährige universitäre Ausbildung für Kindergärtnerinnen und Volksschullehrer und im Rahmen der universitären eine pädagogisch-didaktische Ausbildung für alle Lehrer (auch für die an den Mittel- und Oberschulen).

Ähnlich wie bei der österreichischen Studierrichtung »Lehramt an höheren Schulen« wird hier eine Übersicht über das jeweilige Fach kombiniert mit einem Studium der pädagogischen und psychologischen Grundlagen des Unterrichts und mit einer fachdidaktischen Ausbildung sowie mit einem Probeunterricht unter Aufsicht eines Übungslehrers.

## Erfordernisse der Lehrerausbildung

- a) **Fachlichwissenschaftliche Ausbildung**, die umgreift
  - a1: Wissensinhalte
  - a2: erkenntnistheoretische Grundlagen und Methoden
- b) **Erziehungswissenschaftlicher Bereich**, der beinhaltet:
  - b1: Pädagogik
  - b2: Psychologie (bes. Lern- und Entwicklungspsychologie)
  - b3: Allgemeine Unterrichtslehre
  - b4: Unterrichtssoziologie und allgemeine Soziologie
  - b5: Schulrechtskunde
- c) **Fachdidaktischer Bereich**:
  - c1: Fachdidaktik als Lehre von der Auswahl der Inhalte
  - c2: Methodik als Lehre des Vermittelns von Bildungsinhalten
- d) **Schulpraktischer Bereich**, bei dem zu unterscheiden ist:
  - d1: Unterrichtsbeobachtung und -einführung
  - d2: Unterrichtspraxis
- e) **Persönlichkeitsbildung** (Selbstverständnis -- Ichstruktur -- Werthaltung, Gemeinschaftsbewußtsein und Bereitschaft zur Zusammenarbeit, Kommunikationsfähigkeit, politische Bildung).<sup>2)</sup>

Besondere Regelung für die Minderheitenschulen sind in dem Entwurf nicht enthalten. Das bringt für Südtirol größere Probleme mit sich. Aber auch andere Schwierigkeiten gibt es:

»Entscheidende Fragen werden auf das von der Regierung auf Grund der Vollmacht zu erlassende Dekret verschoben, vor allem diejenige nach dem Verhältnis zwischen der Fachausbildung an den Fakultäten und der beruflich-praktischen Ausbildung an den Departements für Erziehungswissenschaften:

— Erfolgt die letztgenannte nach der "Laurea", im letzten Studienabschnitt oder parallel zur Fachausbildung?

— Verlängert sich dadurch das Studium automatisch um ein Jahr?

— Wird das Lehramt mit der Laurea verliehen, durch die Frequenz der beruflichen Lehrgänge an dem Departement für Erziehungswissenschaften?

— Oder dienen diese nur der Vorbereitung auf die bisherige staatliche Lehramtsprüfung?

— Warum wird die Fachdidaktik nicht eng mit dem Fachstudium verbunden, sondern dem D.F.E. übertragen, dessen eigentliche Aufgabe die Ausbildung der Grundschullehrer und Kindergärtnerinnen ist?

— Warum fehlt der Hinweis auf das Studium der Erziehungswissenschaften in der Zielsetzung des "Ergänzungsstudienplanes" (erwähnt wird nur die "specifica preparazione professionale sul piano metodologico e didattico" sowie das " tirocinio pratico obbligatorio"?)

— Woher nimmt man die Dozenten für das "Departement"?

— Warum sieht man im Gegensatz zum Mancarelli-Papier weder Anlaufzeiten für die Reform noch Orientierungseinrichtungen und -phasen für die Wahl der schulstufenspezifischen Ausbildung vor?<sup>3)</sup>

Inzwischen wurde auch in Südtirol nicht geschlafen. Will sagen: teils schon, teils nicht. Die Auseinandersetzung mit dem Problem war jedenfalls wichtig, denn man hatte erkannt, daß diese Reform für Südtirol tiefgreifende Veränderungen bringen würde. Mit der Abschaffung der LBA (die ja nach der Reform keinen Zweck mehr erfüllen würde) würde Südtirol jegliche Institution der Lehrerausbildung verlieren. Die Ausbildung für Südtiroler an der Pädagogischen Akademie in Österreich

ist nicht möglich, da diese nur einen zwei-, höchstens aber einen dreijährigen Lehrgang vorsieht, der in Italien nicht als »laurea« mit vierjähriger Studiendauer anerkannt wird. Ergebnis: die Südtiroler Lehramtsanwärter müßten sich in Italien ausbilden lassen, und eben nicht in ihrer Muttersprache. Gewisse Taktiker kommen dem Kulturlandesrat mit der Drohung, Südtiroler Studenten würden in diesem Falle verstärkt nach Trient gehen. Eine Horrorvision.

Die Schulgewerkschaften, die Lehrerverbände, die SH, die Minderheitenkommission im Nationalen Schulrat und sogar die vom Landesrat eingesetzte Kommission sind zu dem Schluß gelangt, daß die zukünftige Ausbildung der Volksschullehrer und Kindergärtnerinnen in Südtirol erfolgen muß. Solche Vorschläge wurden bis jetzt zwar immer mit der knappen Feststellung abgelehnt: »Eine Universität in Südtirol wird es nie geben!« (das geschah z.B., als die SH zusammen mit den Schulgewerkschaften einen derartigen Vorschlag an die Öffentlichkeit brachte); trotzdem ist es interessant, zu welchen Schlüssen die vom Landesrat eingesetzte Expertenkommission gekommen ist.

»Wenn negative Auswirkungen des Reformgesetzes auf das Südtiroler Schulwesen vermieden und eine zweckentsprechende Ausbildung der Südtiroler Lehrer gewährleistet werden soll, kann auf die Schaffung einer entsprechenden Ausbildungseinrichtung auf Hochschulebene im Lande nicht verzichtet werden. Sie hätte folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a) die volle Ausbildung der deutschen und ladinischen Grundschullehrer;
- b) einen Teil der Ausbildung der Sekundarschullehrer, der berufsbezogen ist (sowie schulbezogen) und der zur Lehrbefähigung führt (in Zusammenarbeit mit dem Schulamt);
- c) die Spezialisierung der Grundschullehrer der II. Sprache;
- d) das Recht, ausländische Studientitel und Teilprüfungen — bezogen auf die Lehrerausbildung — anzuerkennen (gemäß dem italienischen Hochschulrecht);
- e) Durchführung von Studien zur Verbesserung des Südtiroler Schulwesens (pädagogische Tatsachenforschung im Sinne des österr. SchOrgG);
- f) die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäten, Hochschulen und Institutionen der Lehrerbildung;
- g) das Recht, in- und ausländische Dozenten zu berufen, die ausschließlich und dauernd der Ausbildung der Südtiroler Lehrer zur Verfügung stehen und sich mit dieser Aufgabe identifizieren; nur im Notfall als Gastdozenten;
- h) in einem späteren Zeitpunkt auch Übungslehrer (Esercitatari didattici) aus- und fortzubilden;
- i) ev. weitere Aufgaben im erziehungswissenschaftlichen Bereich.

Damit wäre ihr Aufgabenbereich klar abgegrenzt von jenem einer Universität.<sup>4)</sup>

Diese Einrichtung sollte Hochschulcharakter haben mit eigenen akademischen Organen nach italienischem Hochschulrecht. Ihr Name wäre »Istituto Superiore di Scienze Educative per la Provincia di Bolzano — Erziehungswissenschaftliche Hochschule für Südtirol« (wie andere Teilnehmer an der Diskussion um die Lehrerausbildung vermeidet auch die Kommission das Wort »Universität«, um nicht wieder eine alte Diskussion aufflammen zu lassen, und um dem Ganzen mehr Chancen zu geben).

Auch darüber, daß diese Hochschule eine selbständige Einrichtung und keine Zweigstelle einer anderen Universität sein soll, ist man sich in Fachkreisen im Großen und Ganzen einig. Die Zusammenarbeit mit dem deutschsprachigen Ausland ist auf jeden Fall nötig, auch über Innsbruck hinaus (die Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt z.B. hat eine große Erfahrung im erziehungswissenschaftlichen Bereich).

(Was die Kindergärtnerinnen betrifft, bleibt noch anzumerken, daß das Land die primäre Zuständigkeit in Sachen Kindergarten hat; das bedeutet, daß Südtiroler Kindergärtnerinnen nicht unbedingt von dieser Maßnahme betroffen sein werden. Des

UNI - BOZEN 384

|   |  |
|---|--|
| UNIMAG (G.M.B.H.)<br>In und Auslandslagerhaus<br>1 Weipertsweg ..... 93 24 83/93 42 18  | UNTERHOLZNER<br>32,20 Vittoria<br>UNTERHUBER |
| UNION FILTER ITALIANA G.M.B.H.<br>9 Gailfisch ..... 93 01 15  | » Georg. "                                   |
| » IMPORT (G.M.B.H.)<br>Waldhofstraße Ehras<br>3 Egger-Lienz str. .... 3 03 12<br>(wird folgende Nr. ersetzen 26 03 12)  | » Huber<br>6/54                              |
| 3 Egger-Lienz-str. .... 3 02 46<br>(wird folgende Nr. ersetzen 26 02 46)  | » Juk<br>UNTER<br>12                         |
| UNIONE ALBERGATORI E PUBBLICI<br>BERGENTI 15 de Salsir ..... 97 14 35   | UNTE   |
| » CIRCOLO CULTURALE GENTE DEL<br>SUD 22 Claudia-Augusta str. .... 3 36 17<br>(wird folgende Nr. ersetzen 26 35 17)  |  |
| » SPORTIVA OLTRISAREO<br>7 Reichthausacker ..... 4 58 80  |  |
| UNISEX CASUAL SPORTWEAR<br>19 Neubronnweg<br>UNISPELTRA 22 de Salsir<br>UNION SCRIBERS LADINS Ladn<br>Ausschwenkmauer<br>20 Wacher vor der Vor<br>UNIVERSAL KREDIT<br>16 N. Duccardi<br>UNIVERSITÄT F<br>DOLOMIT<br>Hochschulstr. |  |

UNI  
10

Weiteren werden auch in Italien immer mehr Stimmen laut, die Ausbildung der Kindergärtnerinnen auf zwei, drei Jahre zu begrenzen.)  
Dann gibt es noch einen zweiten Vorschlag, der diese für Südtirol so schwierige Situation in Angriff nimmt. Landesrat Zeiger meint: wenn die Ausbildung drei Jahre dauert, kann man sie im Lande anbieten; dauert sie aber vier Jahre, so soll sie doch wie bisher nach Florenz, Padua, Innsbruck oder Wien gehen, diese Studenten; denn sonst wäre das ja ein Präzedenzfall für eine Universität in Bozen. Für diesen Fall nimmt der Landesrat an, Österreich würde die nötigen Voraussetzungen schaffen und ein eigenes Studium einrichten. Daß es dafür eher eine halbe Fakultät brauchen wird als ein einzelnes Institut, wird nicht ausgesprochen; man will dem Vaterland nicht gleich den ganzen Umfang der Kosten präsentieren.  
Eine eigene »Südtirol-Fakultät« (die dem: Dr. Brenneris causa



... marschieren ...

endlich einen rechtlichen Rahmen geben würde) scheint auch aus anderen Gründen höchst unwahrscheinlich. Die Hoffnung auf eine verkürzte Ausbildung ist da schon weit gefährlicher. Würde man die Errichtung einer Pädagogischen Akademie nach österreichischem Muster unterstützen, würde man dem Geist der Reform in keinem Maße gerecht werden. Die Hebung auf universitäres Niveau bedeutet neben den dargestellten Vorteilen (Pädagogisch-didaktische Ausbildung) auch eine vertiefte kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Fach, bedeutet selbständige Bewertung wissenschaftlicher Methoden und Inhalte, bedeutet Erweiterung des Horizonts auch über den universitären Rahmen hinaus (welcher Student hat von seiner Universitätsstadt nichts gelernt?), und das setzt eine weitgehend freie Auswahl der Lehrveranstaltungen voraus, das Vorhandensein akademischer Organe und Strukturen, das Zusammenspiel von Lehre und Forschung; und das alles ist nicht möglich, wenn der Studienaufbau von anderen bis ins Kleinste geplant ist, wenn man von morgens bis abends nur das Vorgekaute aufzunehmen hat, wenn die ganze Institution nur dazu da ist, fertige Inhalte in möglichst kurzer Zeit an den Mann zu bringen.

Ich hoffe, daß die Opposition zu diesen falschen Hoffnungen stark genug ist; unsinnige Ideen sind schon öfter verwirklicht worden.

Demgegenüber scheint die (nicht nur) von der Expertenkommission geforderte Einrichtung ein ganzes Bündel von Vorzügen zu besitzen: man spricht von Forschung im Schulbereich (man könnte m.E. auch andere Bereiche ins Auge fassen), von Zusammenarbeit mit anderen (vor allem deutschsprachigen) Universitäten, von Anerkennung ausländischer Studientitel u.v.a.m.

Eine solche Einrichtung kann mehr anbieten, da es eben ums Anbieten, nicht ums Vorschreiben von Lehrveranstaltungen geht, welche im letzteren Fall immer begrenzt blieben. Die Verschuldung an den Universitäten (z.T. muß man sogar ganze Stundenpläne inskribieren) ist schon weit genug fortgeschritten, man muß das nicht unbedingt noch zur Institution machen. Daß eine universitäre Einrichtung mit solchem Wirkungsbereich die Zusammenarbeit mit anderen Universitäten und Institutionen leichter auf partnerschaftlicher Ebene vollziehen kann als eine parauniversitäre Ausbildungsmaschine, die eher nur nehmen kann, sei nur nebenbei erwähnt.

Auch die Freiheit der Wahl des Studienortes ist auf diese Weise gewährleistet, da die Anerkennung ausländischer Titel und Prüfungen vorgesehen ist; das Gegenteil wäre bei einer nicht-universitären Einrichtung der Fall.

Ein Problem am Rande: ob in Zukunft nur mehr das (österreichische) Lehramtsstudium mit dem für den Unterricht vorgesehenen »indirizzo didattico« gleichgestellt wird, ist nicht abzusehen. Mit der bisher für Südtiroler so bequemen vielseitigen Verwertbarkeit der Studientitel wäre es dann wohl aus.

Im Großen und Ganzen bleibt ein schöner Plan übrig. Ob und wie er durchführbar ist, bleibt noch abzuwarten, die Universitätsangst steckt noch zu vielen im Kleinhirn. Kurzfristig bleiben nur zwei Möglichkeiten: man wartet auf die nächsten Wahlen oder man schlägt — einzigartig für Italien — ein Universitätsstudium von 3 Jahren und 11 Monaten vor.

Oder aber: man vertraut darauf, daß sich die Vernunft schlußendlich doch durchsetzt und daß die wirkliche Erhaltung der Volksgruppe auch in diesem Bereich doch einmal als wichtiger angesehen wird als eine symbolische Nabelschnur nach Innsbruck.

Anmerkungen:

- 1) R. Seberich: Zur Reform der Lehrerausbildung, in: JG/SVP, Arbeitskreis Hochschule: Beiträge zu Lehrerausbildung, Berufsaussichten für Akademiker, Lehramtsstudium ..., Bozen o.J. (1985)
- 2) Promemoria der Expertenkommission, 15. März 1985
- 3) ebd.
- 4) ebd.

# Land fördert Forschung und Entwicklung

## Chancen für Studenten und Akademiker

Am 11. März verabschiedete der Landtag ein Gesetz zur Förderung der Forschung und Entwicklung (F & E) in der Industrie. Obwohl die Südtiroler Industrie bereits über das Industrieförderungsgesetz und andere ähnlich geartete Gesetze erkleckliche Subventionen in verschiedener Form und zu verschiedenen Zwecken einstreichen kann, soll dieses neue Gesetz nun den Subventionsspielraum zusätzlich erweitern mit Zielrichtung auf die Ankurbelung von F&E aller Art: Maßnahmen zur Förderung neuer Technologien und zur Koordinierung der Bereitstellung von Mitteln für die F&E-Vorhaben in der Industrie sowie zur Eingliederung von Fachleuten in die Unternehmen sind das Ziel.

Laut Art. 2 des Gesetzes sollen dabei folgende Bereiche abgedeckt werden:

- a) Grundlagenforschung;
- b) angewandte Forschung;
- c) computergestützte Konstruktion und Fertigung;
- d) Anwendung neuer Fertigungstechnologien;
- e) Entwicklung und Anwendung energiesparender, industriemüllminimierender, wiederverwendungsfreundlicher und allgemein umweltschonender Technologien und Fertigungsweisen;
- f) Entwicklung von Prototypen und Vorserien;
- g) Förderung, Ausbau und Finanzierung von Vorhaben gemäß Art. 8;
- h) Vermarktung der Produkte.

Für diese Vorhaben können die Unternehmen das Land ganz schön zur Kasse bitten: bei über 300 Mio. Projektkosten gibt es ein praktisch zinsloses Darlehen bis zu 70% der Gesamtkosten, unter 300 Mio. Projektkosten können bis zu 150 Mio. gleich ganz verschenkt werden. Unternehmer sollte man sein. Allerdings müssen diese nachweisen, daß sie in den letzten beiden Jahren eine zumindest ausgeglichene Bilanz hatten: sich über F&E »gesundzustößen« wird also etwas erschwert.

Bemerkenswert auch, daß sogar der Ankauf von Patenten als Ausgabe anerkannt und somit förderungswürdig wird unter der Voraussetzung, daß »durch diesen Ankauf die Beschäftigungslage erheblich beeinflußt wird oder wenn die entsprechenden Produkte in der Produktion andere ersetzen, deren Absatzfähigkeit vermindert ist, weil sie auf dem Markt nicht mehr gefragt sind oder weil der Markt gesättigt ist.« (Art. 3, 5).

Prinzipiell werden laut Art. 6 alle Ausgaben für Forschung, Beratung und Untersuchung anerkannt sofern sie in der Bilanz als Kapitalanlage ausgewiesen werden und ein positives Gutachten des zuständigen Landesamtes erhalten haben: kein gerade enges Kriterium also. Zur Prüfung der Anträge kann der zuständige Landesrat dabei auch weitere Experten durch Beratungsaufträge heranziehen, die entsprechende Gutachten ausarbeiten und bei der Koordinierung und Ausarbeitung der Projekte gleich selbst mitarbeiten. Diese Experten werden — und dies die erste Beschäftigungschance für neue Akademiker — aus den folgenden Bereichen ausgewählt: Mechanik, Ökhy-

draulik, Physik, Chemie, Biologie, Informatik, Einsatz von Robotern, Industriedesign, Verkaufsförderung und Werbung; Marketing, Finanzwesen und Unternehmensführung. Art. 8 und 9 bringen sodann gerade für die Beschäftigungsaussichten von Maturanten, Doktoranden und Akademikern die wichtigsten Bestimmungen, und darum hier im Wortlaut:

### Art. 8

(1) Im Rahmen der Zielsetzung dieses Gesetzes ist der Landesausschuß befugt, folgende Vorhaben direkt zu verwirklichen oder Unternehmen, Körperschaften, Anstalten, spezialisierte öffentliche oder private Vereinigungen oder Freiberufler mit deren Ausführung zu betrauen:

- a) Seminare, Studientagungen, Kongresse, Ideenwettbewerbe, Spezialisierungs- und Fortbildungskurse für Maturanten und Akademiker, Marktforschung sowie Betriebs- und Branchenanalysen;
- b) Untersuchungen in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Forschungseinrichtungen und Beratung mit diesen, um eine Angleichung der Industrieunternehmen, die in Südtirol tätig sind, an den jeweils letzten Stand der Forschung zu ermöglichen;
- c) Untersuchungen in Zusammenarbeit mit Fachleuten und Einrichtungen, die im Bereich des Austausches von Technologien tätig sind, und Beratung von diesen;
- d) Beauftragung für besondere Untersuchungen und für die Ausführung besonderer Vorhaben, die zur Steigerung, zur Verbesserung oder zur Umstellung der einheimischen Industrieproduktion beitragen;
- e) Gewährung von Spezialisierungs- und Fortbildungsprämien im Sinne von Art. 9.

### Art. 9

#### Spezialisierungs- und Fortbildungsprämien

(1) Um die Forschung und Entwicklung zu fördern, das Niveau der Betriebsberatung und das betriebliche Management zu verbessern, kann das Land, auf Vorschlag des Landesrates für Industrie Spezialisierungs- und Fortbildungsprämien für Maturanten, Akademiker und Doktoranden, die in Südtirol ihren Wohnsitz haben, vergeben, auch um deren Eingliederung in Südtiroler Industriebetriebe zu erleichtern. Zu diesem Zweck kann das Land mit Unternehmen und — auch ausländischen — Universitäten, Körperschaften und Forschungsinstituten zusammenarbeiten.

(2) Der Landesausschuß kann für Doktoranden, die in Südtirol ihren Wohnsitz haben, auch Preise bis zu höchstens 2.000.000 Lire für Doktorarbeiten experimenteller Natur aus schreiben, die Probleme der hiesigen Industriebranche betreffen.

Offensichtlich ermöglicht der Art. 8 mit seinen weitmaschigen Formulierungen ziemlich jede Tätigkeit, die auch nur irgendwie entfernt mit Forschung, Innovation, Beratung und technologischem Austausch zu tun hat. Es scheint so, als wäre das



... schreien lauthals ...

Land, als zentrale F&F-Vermittlungs- und Koordinationsstelle, dankbar bereit, für jede Regung in diese Richtung gleich Millionenbeträge locker zu machen. Zwar müssen die antragstellenden Unternehmen ihrem Gesuch einige Unterlagen, Pläne und Kostenvoranschläge beilegen, doch genauere Kriterien — die ja vor allem dann notwendig werden, wenn der vorhandene Topf (für immerhin 14 Mrd. Lire) nicht ausreicht — können sich Landesrat und sein zuständiges Amt zurechtshustern. Die seit 2 Jahren erprobten einjährigen Betriebspraktikas von Akademikern in verschiedenen Südtiroler Betrieben, die sich anscheinend als neuartige Form und öffentliche Finanzierung von Einstieg und Vermittlung von akademischen Arbeitskräften in hiesige Betriebe bewährt hat, wird im Art. 9 in etwas dialektischerer Fassung nun auch gesetzlich ermöglicht. Diese »Eingliederung« ist bekanntlich weniger ein praktisches, als ein finanzielles Problem. Sicherlich positiv aber die Absicht, auch für diesen Bereich Dissertantenstipendien auszuschreiben, wobei allerdings eine Höchstgrenze von Lire 2 Mio für Doktorarbeiten gerade »experimenteller Natur« sicherlich zu niedrig angesetzt ist. Bemerkenswert auch der Versuch des Gesetzgebers,

den Kreis der zu fördernden Wissenschaftler auf den hiesigen Akademikernachwuchs zu beschränken: seinen Wohnsitz nach Südtirol verlegen (vgl. Art. 9) bringt aber sicherlich jeder interessierte Bewerber zuwege.

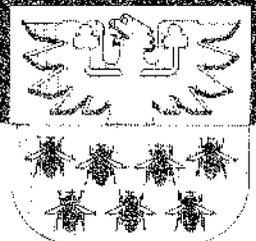
Abschließend noch einige allgemeine Bemerkungen. Dieses Gesetz zur Förderung von F&F ist zunächst natürlich nichts weiter als eine weitere Pflanze in der üppig sprießenden Subventionslandschaft: Privatbetriebe und obendrein solche, die bereits positive Bilanzen aufweisen müssen, sollen möglichst viel Kosten für Aufwendungen dieser Art oder irgendwie mit F&F zusammenhängender Art abgenommen werden. Dabei können, wie Art. 2 besagt, nicht nur F&F, sondern auch alle Maßnahmen zur Anwendung neuer Fertigungstechnologien bis hin zur Vermarktung der Produkte unterstützt werden: und welche Investition in Maschinen oder Anlagen hat nicht auch irgendein »innovatives« Element aufzuweisen? Was anderswo an öffentlicher Subventionierung zumindest zweckgerichtet wird, unterbleibt hier bewußt, auch um größtmögliche »Flexibilität« in der Verfahrensabwicklung zwischen Industrieassessorat, Unternehmen, Experten und Unternehmerverbänden zu garantieren, ohne störende Öffentlichkeit.

Und wenn schon ein umweltpolitischer Gesichtspunkt in den bei Art. 2 genannten Geltungsbereich Eingang gefunden hat (vgl. Punkt e), so hätte dies wohl zu allenmindest als Zulassungsklausel oder Auflage für die Genehmigung des Antrags hinzugehört.

Also leidet die übliche Geschichte: öffentliches Geld für private Unternehmer, die sich ihre vielgerühmte und -verteidigte »Initiative« ganz schön was kosten lassen. Dies alles mit der Begründung, die Südtiroler Unternehmen wären eben selbst nicht in der Lage, ausreichend F&F zu betreiben, ausreichend Eigenmittel zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit bereitzustellen, könnten ihre Produkte und Fertigungsverfahren nicht eigenständig an auswärtige Standards anpassen, könnten sich Forschungsergebnisse und Patente nicht selbst erwerben, könnten sich ihre Fachleute, Akademiker und Forscher nicht selbst besorgen, ihre Beratung nicht selbst finanzieren. Was sie jedoch laut Art. 4,9 erbringen können müssen, ist der Nachweis über den erhofften Markterfolg des angestrebten Produkts und was sie ungetrost dürfen, ist die Einstreichung seines Verkaufsergebnisses. Von irgendeiner Auflage für die Beschäftigung zusätzlicher Arbeiter keine Rede. Dennoch verbleiben gerade für junge wissenschaftliche Nachwuchskräfte in den genannten Bereichen, ob Mururanten, Doktoranden oder Akademiker, positive Nebeneffekte und eine weitere Besserung ihrer auch derzeit nicht schlechten Beschäftigungschancen.

Geben Sie Ihrem Geld die besten Chancen!

Südtiroler  
Landessparkasse



Mit uns kann man reden!

# Von wegen Akademikerschwemme

## Anmerkungen auch zur Supplentenfrage

Es gibt in Südtirol wohl kein bildungspolitisches Thema, das häufiger, emotionsgeladener und öffentlicher diskutiert wird, als das Supplentenproblem. Weder das Pädagogische Institut, an dem seit Jahren herumgewerkelt wird, noch die wann immer, aber sicher anstehende Oberschulreform, auch nicht die angekündigte Reform der Ausbildung der Grundschullehrer/innen und Kindergärtner/innen, und am allerwenigsten Fragen der Hochschulpolitik wirbeln so viel Staub auf.

Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Schule in Südtirol das größte Auffangbecken für Akademiker ist (ca. 1/3 der erwerbstätigen Uniabgänger könnte darin Platz finden), und daß sie als Institution aus Gründen, die noch zur Sprache kommen, von geringer Bedeutung ist.

Was hingegen verwundert, ist die Art und Weise der Auseinandersetzung. Die Diskussion wird offen oder verdeckt partikular geführt. Supplenten und deren Vertretungen stehen gegen Vollzeitsstudenten und deren Vertretung(en) — wie so oft, es stehen sich die Falschen gegenüber; die politisch Verantwortlichen atmen konfliktfreie Luft. Nicht die Bildungspolitik beherrscht das Thema, sondern die Moral: es geht um »bessere« oder »schlechtere« Lehrer und nicht um bessere oder schlechtere Bedingungen zur Aneignung von fachlicher und didaktischer Kompetenz, die für den Schulunterricht verwertbar ist (Vollzeitstudium versus Werkstudium in der Schule), es geht um den Ruf der Schule und nicht um deren Qualität, d.h. nicht um bessere Bedingungen zur Vermittlung von Kompetenzen. Genauso wenig verständlich ist, das die Diskussion über die Supplenten immer bei den Supplenten halt macht, und selten im größeren bildungspolitischen Zusammenhang gesehen wird. Da wird von den bildungspolitisch Verantwortlichen (Kulturassessor, SVP) so getan, als wäre die Supplentenfrage ein Relikt der faschistischen Politik von vor über 60 (!) Jahren, oder zumindest ausschließlich eines der Einführungen der Einheitsmittelschule von vor über 20 (!) Jahren, und jeder Supplent wird demnach, ob jung oder alt, in den Kontext eines aufopferungsvollen Dienstes an der deutschen Schule gestellt. Es wird so getan, als hätte es für die Landespolitik keine Handlungsspielräume im Rahmen der Autonomie gegeben, und — was schlimmer ist — als hätte das Supplentenproblem mit allen anderen bildungspolitischen Fragen nichts zu tun.

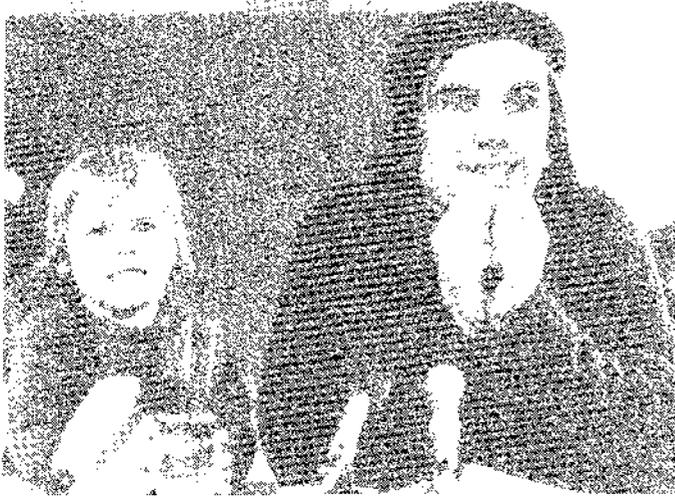
Entsprechend ist die Art, wie von der Landesregierung an eine Verbesserung (»Lösung«) der Situation herangegangen wird: da wird die Zahl der Hilfslehrer (Lehrer ohne fixe Anstellung) festgestellt (wenn überhaupt), und überlegt, wie man schnell schnell diese Hilfslehrer zu Fixlehrern machen könnte. Auch die Gewerkschaften haben teilweise in dieser Logik argumentiert. Sie wollen z.B. von der SH Lösungsvorschläge hören, und meinen damit ebenso Paradelösungen, die endgültig und möglichst schnell das Problem vom Tisch wischen. Genau das ist fatal. Es gibt wahrscheinlich keine solchen kurzfristigen Paradelösungen, wir kennen bisher wenigstens keine. Jedenfalls haben alle bisherigen Lösungsvorschläge (Brixner Supplentenkurse, Werkstudentenkurs des Südtiroler Bildungszentrums, Prekariatsgesetz) — allein schon von den Zahlen her betrachtet, von der Qualität der Ausbildung einmal abgesehen — nur geringfügig etwas gelöst (immer noch unterrichten ca. 800 Supplenten, 273 davon sind nicht inskribiert) und außerdem wird

nicht bedacht, daß sich die gesamte italienische Bildungspolitik in Bewegung befindet, und zwar in eine Richtung, die den Bedarf an universitär ausgebildeten Lehrern steigert, und nicht reduziert: die mit der Oberschulreform verbundene Verlängerung der Pflichtschulzeit erhöht die Schülerzahl, selbst wenn die Geburtenzahlen stagnieren sollten; die Grundschullehrer/innen werden in Zukunft von der Uni kommen müssen. Es spricht also wenig dafür, daß sich das Problem von alleine löst, und auch die SH braucht deshalb an dieser Diskussion nicht aus einer Angst an Arbeitsplatzmangel für zukünftige Akademiker interessiert sein, also nicht aus Partikularinteressen, die freilich für eine Interessenwertung durchaus legitim wären.

### Kein Zufall

Zur heutigen Situation kam es nicht aus Zufall, sondern sie ist das Ergebnis von Versäumnissen der Landesregierung (und nicht der Politik der Faschisten oder des italienischen Staates), die jahrelang für alles, was an Vorschlägen in der Hochschulpolitik kam, keine Ohren hatte, und ihrerseits keine eigenen offensiven bildungspolitischen Konzepte anbot. Anfang der 70er Jahre wehrte sich die provinzttragende Partei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Errichtung einer Hochschuleinrichtung in Südtirol, heute (1982) stört sie schon die Eröffnung eines Südtiroler Sekretariats der nächstliegenden Uni (Trient) als Vorbote einer eventuellen Zweigstelle im Lande. Die Trientiner Hochschule wird — obwohl sie Interesse für Südtirol zeigt — politisch völlig ignoriert, und demnach wurde von den Südtiroler Bildungspolitikern bis heute nichts für eine Zusammenarbeit der Universitäten Trient und Innsbruck unternommen. Landesrat Zelger denkt auch bei der anstehenden Reform der Lehrer/innen- und Kindergärtner/innenausbildung nicht an eine Ausbildungsstätte in Südtirol. Und daß kein einziger SVP-Politiker für die Teilnahme an der Tagung »Universität in Bozen?« im Februar 1985 zu bewegen war, zeugt von einem Desinteresse allein schon an der Diskussion hochschulpolitischer Fragen. Gleichzeitig sind private Institutionen gezwungen, Gelder für akademische Abschlussarbeiten zur Verfügung zu stellen (die Sparkasse zahlt jährlich 18 Beihilfen aus, heuer in Höhe von 800.000 Lit.), oder für solche und ähnliche Zwecke (wissenschaftliche Forschung) Gelder bei der Südtiroler Bevölkerung zu sammeln (der »Freundeskreis der Uni Innsbruck« inseriert in den »Dolomiten«). Das deutsche Kulturassessorat hat nie daran gedacht eigene Finanzen dafür bereitzustellen.

Das sind nur Beispiele. Und neben dieser Konzeptlosigkeit in der Hochschulpolitik (so als wäre sie, nur weil in Südtirol keine



Uni sieht, nicht von Bedeutung) finden sich eigenartige Vorstellungen von Bildung, die das Ihre dazutun.

### Kein gordischer Knoten

Das Reden über Bildung ist nämlich auf eine eigentümliche Art und Weise mit Konstrukten verknüpft, die einer Vorstellung von Bildung im Sinne verbesserter Bedingungen für alle zur Auseinandersetzung mit den Verhältnissen, um sie so zu begreifen, daß eine Einmischung möglich wird, entgegenstehen; so z.B. die unmittelbare Verknüpfung von Bildung und Volkstum. Wenn in Südtirol über Bildung geredet wird, so wird über Schule geredet; wenn über Schule geredet wird, so wird über den Erhalt der deutschen Volksgruppe geredet. Bildungspolitik steht nicht nur in einem Näheverhältnis zu Volkstumspolitik, sondern wird auch von ihr beherrscht; sie wird auf deutscher Seite als in Absehung von, in Schutz vor und in Konkurrenz zu der italienischen Volksgruppe diskutiert. Auch 40 Jahre nach der Diktatur des Faschismus wird Bildung »deutsch« oder »italienisch« gedacht. Die Verbindung von Bildung und Volkstum und die ihr immanente Logik des »Aufholens und Konkurrerens« führte zu einer »geteilten« Alltagskultur (Medien, kulturelle Veranstaltungen, Erwachsenenbildung) und nicht zu einem entsprechenden Anstieg der deutschsprachigen Schüler und Studenten.

Ebenso verstehen wir die unmittelbare Verknüpfung von universitären Strukturen im Lande (auch für die Lehreraus- und -fortbildung) mit »Revolute« und somit mit Bedrohung der deutschen Volksgruppe als ideologische Konstruktion. Bildung wird vorwiegend als »Verbildung« gedacht.

Ähnlich verhält es sich mit der Universität Innsbruck; daß es sich dabei um die am wenigsten weit entfernte Uni im deutschsprachigen Raum handelt, darüber sind sich wohl alle einig, daß es sich dabei aber über den gesetzlichen Rahmen hinaus um unsere Landesuni als geistiges Rückgrat handelt, darüber müßte noch diskutiert werden. Nicht nur die ältere, sondern auch die Junge Generation der SVP meint zum Thema Bildungspolitik: Öffnung des »österreichischen Kulturraumes« und Festigung des »deutschen Sprachraumes als kulturelles Rückgrat« (Profil, März 1986).

Ebenso verstehen wir das Reden über Maturanten- und Akademikerschwemme als wenig geeignetes Mittel, in Südtirol Bildungspolitik zu machen. Zumindest aber müßte offengelegt werden, welches bildungsökonomische Modell der jeweiligen Argumentation zugrunde gelegt wird (z.B. angebots- oder nachfrageorientiertes Modell u.a.m., das heißt, orientiert man sich nun an der Nachfrage der Studierenden oder an dem Angebot am Arbeitsmarkt oder an gesellschaftlicher Notwendigkeit oder an anderem mehr) damit die Möglichkeit geschaffen würde, sich grundlegend mit der Sache auseinanderzusetzen und nicht nur an den Spitzen der Diskussion hängen-zubleiben,

dort halt zu machen oder mit Gegenappellen zu antworten; so wird das duale Bildungswesen (Lehre-Berufsschule) in der Berufsausbildung als das einzig mögliche vorgeführt, so werden nach der Matura Berufsausbildung oder Kurzstudium anstatt eines Hochschulstudiums empfohlen und so werden eindeutig einige Studienrichtungen favorisiert (Jus und Wirtschaft) und andere ignoriert, dies nur einige Beispiele. Ebenso ist man für Appelle von außen empfänglich, so z.B. für den des sozialistischen Vizesekretärs Claudio Martelli, der den Privatisierungsgedanken im Bereich der Bildung aufgreift und den offenen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen einführen will (»Die Gutscheine des Herrn Martelli in Südtirol« Wirtschaftszeitung — März 1986 — K. Soebacher). Mit der Privatisierung des Bildungssystems würden die einzelnen schulischen und universitären Einrichtungen neben der Verschärfung der ungleichen Zugangsbedingungen mehr noch für die Interessen gesellschaftlicher Machtgruppen verfügbar. Sicher haben die Verknüpfung von Bildung und Volkstum, von Uni und »Aufrühr«, ebenso die ausschließliche Konzentration auf die Uni Innsbruck, der appellhafte Charakter bildungspolitischer Äußerungen und die Angst vor zu vielen Maturanten und Akademikern mit zu der erwähnten defensiven Hochschulpolitik geführt, deren Ergebnis am besten die Zahlen ausdrücken.

### Keine Überschwemmung

Südtirol hinkt mit einem Anteil von 1,16% der Studenten an der Bevölkerung bei weitem hinter dem italienischen Durchschnitt (1,81) und dem anderer Länder hinterher (z.B. Österreich 1,58; BRD 1,81; Frankreich 1,92). Dabei wird das 1% nur dank den Italienern Südtirols erreicht, deren Anteil zwar hinter dem nationalen Durchschnitt, aber immerhin bei 1,67% liegt, während die Deutschen (0,93) und die Ladinier (0,72) jeweils unter 1% bleiben.

Südtirols Bildungspolitiker haben es trotz günstiger Wirtschaftslage nicht geschafft Maßnahmen zu treffen, die die Studentenzahl auch nur annähernd an die anderer Gegenden herangeführt hätte. Trotz dieser Situation gibt es jetzt auch Stimmen der Wirtschaftstreibenden, die höchstens halbherzig für ein Hochschulstudium eintreten; so glaubt inzwischen auch die Südtiroler Wirtschaftszeitung (K. S. 4. April 1986), daß »das Gespenst der 'Maturitis' nicht zu Unrecht an die Wand gemalt« werde. Von zuviel Studenten wird gewarnt (»Titelurwesen«), obwohl — wie gezeigt — genau das Gegenteil, eine Propagierung des Studiums, gefragt wäre; die Gefahr einer Akademikerarbeitslosigkeit glaubt man zu sehen, die sich aber nicht feststellen läßt: 2,7% arbeitslose Akademiker, das ist die Hälfte des an sich schon geringen nationalen Durchschnitts von 5,3%, bei einer durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit von einem halben Jahr. Dabei gälte es dafür zu sorgen, daß sich der Anteil der Akademiker erhöht (4,4% der Erwerbstätigen in Südtirol, 5,2% auf Staatsgebiet), wogegen derzeit die niedere Studentenzahl spricht, und es gälte andere Unterschiede auszugleichen (71% der Südtiroler Akademiker sind Männer!).

Das Supplementenproblem ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Denn es ist nur eine — wenn auch eine krasse — Auswirkung einer Bildungspolitik, bei der seit Jahren neue Impulse fehlen.

Und Fördermaßnahmen für Supplementen (s: die neusten) — deren Beispielwirkung ja nicht ausbleibt — haben selbst bei einer Nichtbenachteiligung von Vollzeitstudenten (Benachteiligungen ergeben sich entweder direkt, durch erleichterte Zugänge zu den Stipendien für Supplementen; oder indirekt durch die Belastung eines Geldtopfes — der Provinz oder des österreichischen Unterrichtsministeriums —, die z.B. eine Nicht-Erhöhung von Stipendien oder die Umwidmung bestimmter Gelder zur Folge haben könnte) erst dann einen Sinn, wenn klare Initiativen für eine gleichzeitige offensive Hochschulpolitik ergriffen werden.

An die  
**SÜDTIROLER HOCHSCHÜLERSCHAFT**  
 Waltherhaus

Datum 16.04.1986

**Sehr geehrte Hochschülerschaft!**

Nach einigen etwas »schwierigen« Jahren sind wir dabei, unsere Beziehungen zu verbessern und das Verbindende zu suchen und herauszustrichen. In diesem Sinne danke ich der Redaktion des Skolast für die Möglichkeit, in diesem viel beachteten Organ die Bemühungen der SSG/ASGB zur Lösung der Supplentenfrage an Südtirols Schulen darlegen zu können.

Gleichzeitig lade ich die Hochschülerschaft ein, in einem konstruktiven Geiste auf unsere Vorschläge und Argumente einzugehen und ihre Stimme auch in unserem Informationsblatt zu erheben. Ich bin der Ansicht, daß wir an der Schule Südtirols gemeinsam zu bauen und mithin auch eine gemeinsame Verantwortung zu tragen haben.

In Ermangelung einer zielführenden Bildungspolitik unserer Landespolitiker, die uns im Jahre 1984/85 immerhin noch 608 und 138 Supplenten an Mittel- und Oberschulen beschert, sah sich der SSG gezwungen, diesen Notstand im Bildungssektor nicht nur zu beklagen (Fehlen eines Pädagogischen Institutes, Fehlen einer universitären Ausbildungsmöglichkeit, um nur einige Aspekte aufzuzeigen) sondern auch eigene Lösungsvorschläge auszuarbeiten, um diese prekäre Situation wenigstens teilweise etwas zu korrigieren und den Arbeitsbereich Schule zu stabilisieren.

Abgesehen von der sogenannten Altsupplentenregelung (Gesetz 250/82), die ungefähr 100 Supplenten die Aufnahme in die Stammschule ermöglicht hat und auch unsererseits immer als einmalige und letzte Möglichkeit für eine Pragmatisierung ohne den vorgesehenen Studientitel angesehen worden ist, bewegen sich unsere neuen Vorschläge alle im Rahmen der bereits bestehenden Gesetzesbestimmungen und zielen *alle* auf den Abschluß des Hochschulstudiums ab. Das bedeutet insgesamt doch eine Aufwertung des Universitätsstudiums, so sehen wir es wenigstens.

**Unsere Vorschläge:**

- 1) Angemessene Studienförderung (Sonderstipendium) für Supplenten, die einen Großteil des Studiums abgeschlossen haben und seit geraumer Zeit im Schuldienst stehen. Diesbezüglich haben wir mit Landesrat Zelger inzwischen bereits eine Einigung erzielt und auch der Hochschülerschaft unsere Sitzungsprotokolle zukommen lassen. Betont werden muß, daß die Gelder für diese Stipendien aus einem *Zusatzfond* kommen, den das Kultusministerium in Wien und die Tiroler Landesregierung finanzieren. Das sollten wir alle anerkennen.
- 2) Aufnahme der Supplenten in den Landesdienst. Wir denken da teilweise an neuzuschaffende Arbeitsplätze an Südtirols Schulen: z.B. Medienberater, Assistentenstelle auch an Mittelschulen, Stützlehrer an Berufsschulen, an Landesstellen im Bereich des Bibliothekswesens, der Be-

rufsausbildung, der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Dieser Vorschlag ist vor allem bei der SH-Gruppe Wien, von der wir vor einem guten Jahr eingeladen worden sind, auf Zustimmung gestoßen. Auch diesbezüglich sind wir bereits in Verhandlungen mit Landesrat Zelger und Landesrat Saurer.

- 3) Organisation von Wochenend- und Sommerkursen an der UNI-Trient. Diese Initiative geht von einer Gruppe von betroffenen Supplenten aus und sieht im Rahmen eines *regulären* Studienabschlusses Hilfen organisatorischer Art vor, die allein ein kontinuierliches Studium neben dem Unterricht ermöglichen. Die SSG hat also nur eine Vermittlerrolle übernommen und will dadurch auch niemanden von einem Vollzeitstudium anhalten. Abkommen dieser Art kann jede Hochschulgruppe treffen. Man berücksichtige auch die Angebote der »Università della 3<sup>a</sup> età«.
  - 4) Verbesserungen im Dienstrecht: z.B. Urlaubsbestimmungen und Anspruch auf Pensionsberechtigung. Probleme also, die im Rahmen der Arbeitsverträge in enger Zusammenarbeit mit den konföderierten Gewerkschaften einer Lösung zugeführt werden sollen.
  - 5) Anerkennung der Dienstjahre ohne Studientitel für die Wettbewerbsbewertung. Dazu haben wir einen entsprechenden Gesetzesvorschlag angeregt. Um aber in den Genuß dieser Bewertung zu kommen, muß der Supplent das Hochschulstudium abschließen. Wir glauben nicht, daß diese Bewertung des schuldienstes Oberschulabgänger vom Vollzeitstudium abbringt.
  - 6) Beibehaltung der Sonderrangliste und Einführung von schulinternen Ranglisten für die Vergabe von Supplenzen. Eine Abschaffung der Sonderrangliste würde, bevor genügend Lehrer mit Studientitel zur Verfügung stehen, zur Verschärfung der Lage an den Schulen führen! Ein ausgewogenes Maßnahmenpaket, dem doch auch die SH zustimmen müßte. Auch wenn in den letzten Jahren im Schnitt rund 100 Hochschüler mit entsprechendem Studientitel pro Jahr in den Schuldienst getreten sind, so wird der Bedarf an unseren Schulen auch in den nächsten 10 Jahren nicht voll abzudecken sein. Und bis dahin stehen uns einige Reformen ins Haus, die hoffentlich auch beschäftigungspolitische Auswirkungen mit sich bringen und eine Verbesserung der Schule zum Ziele haben werden.
- Wir können den Sprung ins Jahr 2000 nur dann bestehen, wenn unter den Politikern und in der Bevölkerung ein Umdenken erfolgt und der Bildungsbereich in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit derückt wird, auch was die finanziellen Investitionen anbelangt. Südtirols Schule lebt auf Dauer nämlich nicht von der Vergangenheit und vom Idealismus und wird den Katakombengeist mit der scheidenden Generation zu Grabe tragen. Bei aller Achtung vor den Leistungen unsere Vorgänger und Vorbilder. Aber unser Blick muß auch in die Zukunft gerichtet sein.
- Versuchen wir also gemeinsam auch die vielen positiven Ansätze und Entwicklungen der letzten Jahre zu würdigen und setzen wir uns vermehrt gemeinsam für eine respektvolle Anerkennung und Aufwertung des Lehrerberufes ein. Nur wer Erfolge hat, weckt Vertrauen. So lade ich die SH schon jetzt zur Mitarbeit an unseren Veranstaltungen zum 25-jährigen Bestehen der Mittelschule im Jahr 1987 ein.

Der Landesvorsitzende der SSG

Dr. Josef Duregger



# Auf die Gefahr hin, uns zu wiederholen

Eine Stellungnahme zu den Vorschlägen der  
Südtiroler Schulgewerkschaft (SSG) im ASGB

## *Zu Vorschlag 1:*

Ein Sonderstipendium für Supplenten bedeutet, trotz gegenteiliger Bemühungen, den Einstieg in den Beruf dem Vollzeitstudium von Anfang an vorzuziehen. Wie alle vorhergehenden Sanierungsmaßnahmen wird auch diese zum Präzedenzfall — einer Unterstützungsmaßnahme folgt die andere. Aus bildungspolitischen Gründen lehnt die SH diesen Vorschlag ab. Daß damit indirekt die Vollzeitstudenten bestraft, und die Supplenten belohnt werden, liegt auf der Hand. Auch aus vermittlungspolitischen Gründen können wir Vorschlag 1 nicht zustimmen.

## *Zu Vorschlag 2:*

Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die gesellschaftserhaltend und -verbessernd und nicht -zerstörend sind, kann sich jede vernünftige Institution nur positiv äußern. Dies trifft auch für die Gruppe der Supplenten zu, und, da wir glauben, daß es sich bei diesen Arbeiten (Medien- und Bibliotheksarbeit) um notwendige Bereicherungen einer Bildungsinstitution handelt, sind wir von diesem Vorschlag besonders angetan. Supplenten sind möglicherweise aufgrund ihrer Erfahrung im Schuldienst und einer entsprechenden Ausbildung besonders gut geeignet.

## *Zu Vorschlag 3:*

Daß es jedem freisteht, so intensiv seinem Studium nachzugehen, wie er will bzw. wie es ihm die Bedingungen erlauben, sei nicht in Frage gestellt. Daß die Südtiroler Hochschülerschaft aber meint, die Bedingungen, sich Kompetenzen anzueignen, seien bei einem Vollzeitstudium wesentlich günstiger, als bei einem Nebenzeitstudium, steht außer Frage. Im Sinne möglichst guter Ausbildungsbedingungen wendet sich die SH gegen die Abhaltung von Wochenend- und Sommerkursen. Vertretungspolitisch müßte sie sich auch gegen die Bevorzugung der Supplenten beim Erwerb ihres Doktorats oder bzw. ihres Magisterstitels wenden.

## *Zu Vorschlag 4:*

Was die Verbesserungen im Dienstrecht anbelangt, so hat die SH — von Streikaufrufen angefangen, bis hin zu Pressemitteilungen — immer auf eine Verbesserung der Situation hingearbeitet. Die SH ist überzeugt, daß Supplenten für ihre Arbeit entsprechend bezahlt und entsprechend urlaubs-, krankens- und pensionsversichert werden.

## *Zu Vorschlag 5:*

Was die Anrechnung der Dienstjahre ohne Studententitel für die Wettbewerbsbewertung anbelangt, so kann sich die SH nur entschieden gegen diese Bevorzugung aussprechen.

(m.r.)



... zeigen offen Gewalt ...

# Der lange Weg einer Problemlösung

## Studienbeihilfen für Supplenten

### Die Geschichte einer Auseinandersetzung

Nachdem es in den letzten Jahren bei der Supplentensanierung immer darum gegangen ist, den Supplenten eine Nebenbeisubildung (Brixner Supplenten-kurse, Kurse des Südtiroler Bildungszentrums) zu verschaffen oder sie außerordentlich zu den Wettbewerben zur Aufnahme in die Stammschule zuzulassen (Gesetz 270/1982 — Prokariatsgesetz), fordert die Südtiroler Schulgewerkschaft im ASGB (SSG) im Jahre 1985 ein Sonderstipendium für Supplenten, das ihnen ermöglichen soll, ihr Studium abzuschließen. Supplenten, die ungefähr 70% ihres Studiums beendet und 5 — 6 Jahre unterrichtet haben, sollen über die Dauer von 2 — 3 Jahren ein Sonderstipendium von 5 Millionen erhalten. Verheirateten Supplenten mit Kindern soll bis zu 70% des Gehaltes ersetzt werden. Die SH verfaßt eine Stellungnahme und verschickt sie an die zuständigen Stellen. Hier ein Auszug:

- ein Vollzeitstudium kann durch diese Maßnahme, die wiederum einen Baustein in der Südtiroler Flickwerkbildungs politik darstellt, nicht ersetzt werden.
- es geht nicht darum, die Supplenten für ihre Situation allein verantwortlich zu machen, aber auch nicht darum, die Studenten für ihre Entscheidung zum Vollzeitstudium zu bestrafen.
- Höhe des Stipendiums: 3 Millionen (Studenten) gegenüber 5 (Supplenten)
- Stand der absolvierten Prüfungen — was bedeutet 70% in Österreich und in Italien?
- aus welchem Geldtopf kommen die Gelder für dieses Vorhaben?
- Ablehnung aus bildungspolitischen Gründen, da dies wieder einen Präzedenzfall für weitere Sanierungen wird.

Am 20.12.1985 verfaßt der Ausschuß der SH eine Resolution, wo der Bestürzung darüber Ausdruck verliehen wird, daß die Landtagsfraktion der SVP eine Sonderregelung für Supplenten beabsichtigt und diese ohne Erhöhung des Stipendientopfes durchführen will.

Im Jänner 1986 führt die SH ein Gespräch mit Landesrat Dr. Anton Zelger und mit dem Amtsleiter Dr. Albert Plitzner (Amt für Fürsorge im Schul- und Hochschulbereich) und erfährt, wie diese Maßnahme im Detail aussehen soll. Die SH gibt ein »Sonderinfo« heraus, wo die Geschichte der Supplentensanierung und die jeweiligen Stellungnahmen und Vorschläge der SH zusammengefaßt sind, und verschickt dieses an alle Hochschulgruppen.

Im Februar 1986 geht der Vorsitzende der Südtiroler Schulgewerkschaft mit einem offenen Brief an die Südtiroler Hochschülerschaft in die Medien (»Die Studenten mögen beruhigt sein — Supplenten gehen auch in Pension« — 18.02.1986, Alto Adige). Die SH verfaßt einen Brief an alle Medien, wo sie aufzeigt, daß solche Maßnahmen keineswegs dem Problem Abhilfe schaffen (»Was in Europa die Regel, muß auch für Südtirol gelten« — 23.02.1986, Alto Adige).

Aufgrund dieser »Medienkommunikation« kommt es zu 3 Treffen mit den Schulgewerkschaften AGB-CGIL, SGK-UIL, SGB-CISL, ASM (Arbeitskreis Südtiroler Mittelschullehrer) und der SH. Diese Treffen führen dazu, daß die Positionen der einzelnen Gewerkschaften klarer werden und es sogar zur Verfassung eines gemeinsamen Briefes an den Landesrat Dr. Anton Zelger kommt, in dem um eine gemeinsame Aussprache zum Thema »Sonderregelung für Supplenten« ersucht wird.

Auf diesen Brief haben wir bis heute noch keine Antwort erhalten. Funkstille. Anfang April steht die Supplentenproblematik unter anderem auf der Tagesordnung der Ausschußsitzung der Südtiroler Hochschülerschaft. Der Ausschuß spricht sich mehrheitlich für eine radikale Position der SH aus. Der Vorstand soll klare Gegenvorschläge ausarbeiten, ein solcher wäre die obligatorische zeitliche Begrenzung für Supplenten, die ab nächstem Schuljahr begonnen werden, z. B. auf 2 Jahre.

Mitte April führt die SH ein Gespräch mit Dr. Fontana (Südtiroler Kulturinstitut), um herauszufinden, aus welchem Topf beim SKI die Sonderstipendien für Supplenten finanziert würden. Die Vermutung, daß die Gelder direkt von den Stipendien der Studenten abgezweigt würden (SKI-Stipendium oder Begabtenstipendium), erweist sich nach einer Aussprache beim Wiener Unterrichtsministerium als falsch: Österreich stellt also für die Supplenten eigenes Geld zur Verfügung.

Die Ausschreibung für die Supplentenstipendien läuft.

(r.g.)

### Das Ergebnis

#### Ansuchen um die Gewährung eines Studienstipendiums Studienjahr 1986/87

##### Merkmale

##### Sonderprogramm zur Unterstützung von Altsupplenten

- I Arten der Förderungen
- 1) Zulassung zu den ordentlichen Studienbeihilfen für Hochschulstudenten von seiten der Südtiroler Landesverwaltung;
- 2) Aufstockung der Stipendium gemäß Punkt 1 durch Sondersupplendium über das SKI;
- 3) Rückvergütung der Zinsen für ein Darlehen, das zu Studienzwecken aufgenommen wird und zwar für die Dauer von 3 Jahren.

##### II Voraussetzungen für die Zulassung zu den Sonderförderungen

- 1) In den Genuß der Förderung gemäß Punkt I, 1) können Altsupplenten kommen, welche im abgelaufenen Studienjahr in einem Arbeitsverhältnis über die Dauer von mindestens 7 Monaten gestanden haben und Prüfungen über 8 Wochenstunden abgelegt haben bzw. an der Doktorarbeit oder Diplomarbeit arbeiten.
- 2) In den Genuß der Förderung gemäß den Punkten I, 2) und 3) können Altsupplenten kommen, welche:
  - mindestens 7 Jahre an einer Schule in Südtirol unterrichtet haben;
  - verheiratet sind bzw. zu Lasten lebende Personen haben;
  - mindestens 70% des Studiums absolviert haben bzw. wenn sie in Italien studieren, mindestens 16 Prüfungen abgelegt haben;
  - eine Fachrichtung studieren, welche zum Unterricht in einer Schule berechtigt.

##### III Einreichetermin

- 1) Die Gesuche um Gewährung des Landessupplendiums sind innerhalb des von der entsprechenden Ausschreibung festzulegenden Einreichetermins einzureichen. (Vorausichtlicher Termin innerhalb September 1986)
- 2) Die Gesuche für die Zulassung zu den Förderungen gemäß den vorhergehenden Punkten I, 2) und 3) sind hingegen bis spätestens 30. Mai 1986 beim Südtiroler Kulturinstitut einzureichen. (Es sind beiliegende Gesuchsvordrucke zu verwenden).

##### IV Erforderliche Dokumente

- 1) Der entsprechende Gesuchsvordruck ist in allen seinen Teilen sorgfältig und vollständig auszufüllen und zu unterschreiben;
- 2) eine vollständige Fotokopie der Einkommenssteuererklärung, die der Gesuchsteller bzw. sein Ehegatte im Mai 1986 abgegeben hat;
- 3) eine entsprechende Dienstleistungsbestätigung über mindestens 7 Dienstjahre;
- 4) entweder eine offizielle Bestätigung über den bisher insgesamt abgelegten Studienerfolg und zwar aufgeteilt nach Studienabschnitten (wenn möglich Sammelbestätigungen) oder eine eidesstattliche Ersatzerklärung, in der die bisher abgelegten Prüfungen aufgeteilt nach Studienabschnitten angeführt sind;
- 5) wenn zutrifft, eine Bestätigung, daß er/sie mit positivem Erfolg an der Diplomarbeit bzw. Doktorarbeit arbeitet;
- 6) eine eidesstattliche Ersatzerklärung, aus der hervorgeht, wieviel Prozentanteile des Gesamtstudiums die bisher abgelegten Prüfungen ausmachen (z.B. ob er 50% oder 60% usw. der insgesamt erforderlichen Prüfungen bereits abgelegt hat). Die Erklärungen gemäß Punkt 4, 5 und 6 können auch zusammengelegt werden.

(eas)

### Der Kommentar

Eines wurde abgewendet: die Gelder werden nicht direkt vom Stipendientopf für Studenten abgezweigt. Die grundsätzlichen bildungspolitischen Kritikpunkte sind damit nicht aus dem Wege geräumt. Es bleibt die Kritik an der Bevorzugung der Supplenten beim Stipendienwettbewerb der Autonomen Provinz (Verminderung des Leistungsnachweises und keine Begrenzung der Höchststudiendauer), an der Bevorzugung der verheirateten Supplenten gegenüber den verheirateten Studierenden durch das Sonderstipendium des Südtiroler Kulturinstitutes und an der Möglichkeit, ein Darlehen aufzunehmen, wofür die Zinsen von Österreich getragen werden.

(r.g.)

# Neuigkeiten und Kleinigkeiten im Bereiche der Bildung

## Beihilfen für das Studium von Fremdsprachen

Kurz vor der Genehmigung steht ein Gesetzentwurf über Fremdsprachenstipendien der auf Initiative des L.-Abg. Pahl in den Landtag eingebracht worden ist.

Er sieht die Förderung für jene vor, die eine Fremdsprache (auch Ladinisch, Italienisch und Deutsch zählen dazu) im Ausland (auch Italien ab Salurn zählt dazu) erlernen wollen. Diese Art von Förderung ist für die italienische Volksgruppe schon lange Wirklichkeit, weshalb man jetzt deutscherseits nicht nachhinken will. Darauf Anspruch erheben dürfen folgende Zielgruppen: Oberschüler, „Inhaber eines Reifezeugnisses“ innerhalb von drei Jahren nach der Matura, Schtler aller Landesschulen und **Hochschüler**.

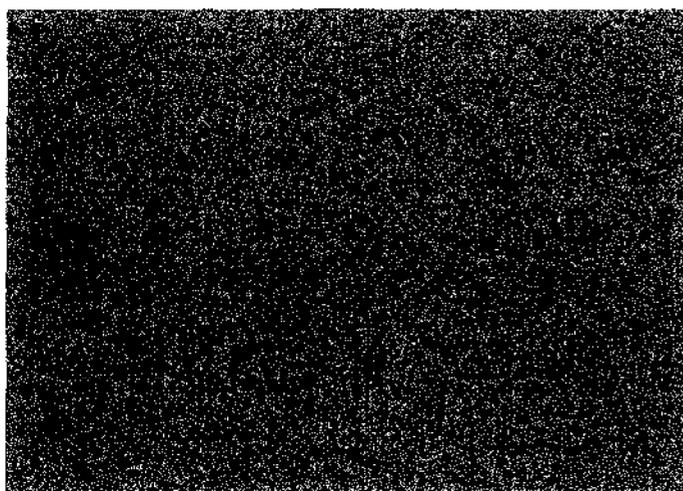
Förderungswürdig sind nicht nur Sprachkurse, sondern — für Studenten interessant — auch Fachkurse, die in einer fremden Sprache abgehalten werden. So könnte man z.B. ein, zwei Semester des eigenen Faches an einer anderen (fremdsprachigen) Universität absolvieren. In diesem Fall ist das Sprachstipendium aber nicht kumulierbar mit einem normalen Hochschulstipendium von der Landesregierung.

Sucht euch eine Sprache aus und fangt diesen Sommer schon an; denn da gehts los.

## Studententitel

Die Anerkennung der österreichischen Studententitel gestaltet sich derzeit etwas schwierig. So machen die italienischen Universitäten, denen ein Anerkennungsgesuch vorliegt, schon oft Schwierigkeiten, wenn auch nur ein Beistrich fehlt. Und das passiert öfter, wenn man sein Studium nach der neuen Studienordnung abschließt: das Diplom lautet z.B. nicht mehr aus „Lehramt in Geschichte und Deutsch“ sondern „Geschichte und Sozialkunde (LA), Deutsche Philologie (LA)“.

Weiters ist noch zu bemerken, daß besonders genau auf die Lehramtskombinationen achtgegeben wird, bei welchen auch die an zweiter Stelle angeführte Studienrichtung wichtig ist: es muß alles genau mit dem Text des Studententitelabkommens übereinstimmen.



Wo soll das enden?

## Studententitel, 2. Akt

Derzeit wird in Rom eifrig über die Anerkennung neuer Studententitel verhandelt. Die Kommission, der auch Vertreter der österreichischen Ministerien für Wissenschaft und für Unterricht angehören, prüft eine ganze Liste von bisher noch nicht anerkannten Titeln. Dazu gehören u.a.

die Diplomstudien: Industrielle Elektronik und Regelungstechnik, Nachrichtentechnik (bisher als Laurea in ingegneria elettronica anerkannt, jetzt wahrscheinlich als Ingegneria elettronica), Publizistik, der Studienversuch Soziologie (mag. phil.), Biologie und Warenlehre, Slawistik, Finno-Ugristik, Raumplanung und Raumordnung, Übersetzer- und Dolmetscherausbildung;

die Doktoratsstudien: Psychologie und Theaterwissenschaft. Außerdem geht es auch noch um die Umrechnung der österreichischen Benotungssysteme, die Anerkennung des Doktoratsstudiums nach den neuen Studienvorschriften und die Fächerkombinationen für die Lehrstühle an den italienischen Schulen.

## Neuordnung des Psychologenberufes

In Österreich und Italien wird gleichzeitig eine Reform geplant, die die Tätigkeit von Psychologen und Psychotherapeuten genauer umschreiben soll. Auch die Zulassung soll neu geregelt werden: laut italienischem Gesetzentwurf sollen zum Beruf des Psychologen nur mehr Doktoren der Psychologie, für den des Psychotherapeuten nur mehr Doktoren der Psychologie oder der Medizin zugelassen werden. Für die Ausübung des Psychotherapeutenberufes wird zusätzlich zum Studium noch eine mindestens vierjährige Spezialisierung verlangt.

Außerdem soll eine Psychologenkammer — ähnlich der Ärztekammer — eingerichtet werden; und für die Aufnahme in dieselbe muß man eine Staatsprüfung ablegen.

Im neuen Gesetzentwurf, der im Senat schon genehmigt wurde, steht auch die Bestimmung, daß jene die in Österreich ein Psychologiestudium absolviert haben, auch ohne Studentitelanerkennung zur Staatsprüfung antreten können; das ist vor allem deshalb wichtig, weil man für ein Psychologiestudium nach der alten Studienordnung in Italien die „laurea in pedagogia“ bekommt.

In Zukunft wird man aber mit dem Studium der Pädagogik keinen Psychologenberuf mehr ergreifen können. Ob die österreichische Therapieausbildungen anerkannt werden, ist auch fraglich.

## Studium der Psychologie

Das Studium der Psychologie in Italien dauert jetzt 5 Jahre (bisher vier). Voraussetzung für die Immatrikulation ist das Diplom einer fünfjährigen Oberschule. Das bedeutet, daß LBA-Absolventen nicht mehr Psychologie studieren können, wenn sie nicht das Ergänzungsjahr besucht haben, auch nicht in Österreich. Ob es für jene LBA-Absolventen, die derzeit in Österreich Psychologie studieren, Probleme mit der Studentitelanerkennung geben wird, bleibt noch abzuwarten.

(am)

# Un-erledigte Fälle

## Interview mit Martha Stocker

*Martha Stocker, ehemalige SH-Aktive, wurde vor kurzem zur Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Kultur, eines beratenden Gremiums der SVP, gewählt. Skolast (i.e. Benedikt Sauer, Alex Maier) bringt das erste Interview mit Fragen zu den gordischen Knoten der Südtiroler Bildungspolitik.*

**SKOLAST:** In der Bildungspolitik gibt es ein paar Themen, die im Moment recht kontrovers diskutiert werden, so das Pädagogische Institut und die Supplentenfrage. Vielleicht können wir auf diese beiden Punkte etwas näher eingehen.

**Zum Pädagogischen Institut:** Gegen den eingebrachten Gesetzentwurf der Landesregierung gibt es eine recht große Front von Gegnern, und zwar die gesamte Lehrerschaft, den Landesschulrat, die 4 Schulgewerkschaften, den ASM. Sie sprechen von »zentralistischer Struktur«, »bürokratischer Arbeitsweise«, von einer Verringerung des Einflusses der Lehrer. Gibt es eine Position vom Ausschuß für Schule und Kultur in der SVP, die diese Kritiken verstehen kann, oder sogar teil?

**STOCKER:** Was die bürokratische Struktur anbelangt, ganz sicher. Aber die Voraussetzung ist das staatliche Gesetz, in dessen Rahmen man sich bewegen muß. Dabei weiß man aber auch, daß auf gesamtstaatlicher Ebene die Pädagogischen Institute, mit Ausnahmen, nicht besonders gut funktionieren, und man weiß, daß die Kritik am schlechten Funktionieren von allen Parteien geteilt wird, und daß überlegt wird, ob nicht etwas anderes zu schaffen wäre. Im Moment muß man sich aber wohl an die gegebenen Richtlinien halten.

**Heißt das, daß es innerhalb der staatlichen Richtlinien keine Möglichkeiten gibt, diese Bürokratie zu lockern?**

Für mich ist die Frage, ob man nicht auch als kleines Land Südtirol einen Gesetzentwurf zumindest vorbereiten könnte, der das Ganze weniger bürokratisch angeht, etwa nach dem Vorbild, wie es in Innsbruck oder Graz die Pädagogischen Institute sind. Wenn schon alle Parteien das Ganze reformieren wollen, dann müßte man auch in Rom mit den Schulsprechern der anderen Parteien verhandeln können, um eine Struktur zu schaffen, die der gestellten Aufgabe besser gerecht werden könnte.

**Ein Punkt, der aber sicher nicht von Rom abhängt, sondern Südtirol betrifft, und auch von den Lehrerververtretungen kritisiert wird, ist der offensichtlich sehr starke Einfluß der Landesregierung auf das Institut, jedenfalls laut Gesetzentwurf. Der wohl zentralste Punkt der Kritik; daß das Institut nämlich zu wenig Autonomie hätte. Wie steht dazu der Ausschuß für Schule und Kultur in der SVP?**

Die Mehrheit des Ausschusses war der Meinung, daß auf staatlicher Ebene das Ministerium diesen Einfluß hat, in Anlehnung dazu kann es bei uns die Landesregierung sein. Ich persönlich schließe mich hier größtenteils der Meinung der Lehrervertreter an, was ich auch im Ausschuß dargelegt habe.

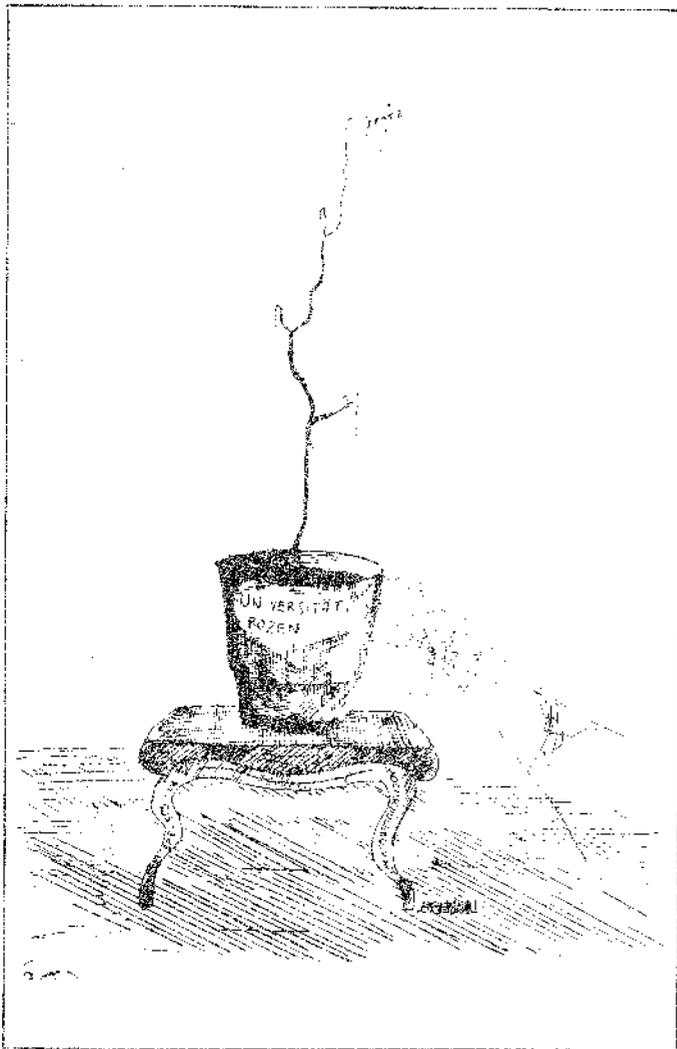
**Ein Teil der Lehrerschaft hat sich mit der Dreiteilung des Insti-**

**tutes abgefunden. Es sei aber zu wenig Koordinierung zwischen den 3 Instituten vorgesehen.**

Von der Sache her wird eine Zusammenarbeit ganz sicher notwendig und wird sich auch etablieren. Für die 3 Institute bin ich grundsätzlich auch, aber eine Zusammenarbeit müßte eigentlich allen Instituten ein Anliegen sein. Gerade im Bereich des Geschichtsunterrichts frage ich mich, ob das, was Landesrat Ferretti immer sagt, daß sich die Italiener mit diesem Land besser identifizieren lernen sollen, erreicht werden kann mit solchen Schulbüchern, die sehr national ausgerichtet sind. Eine bessere Koordinierung in diesem Bereich wäre sicher möglich und eine wertvolle Sache, aber sie ergibt sich meiner Ansicht nach von der Sache her von selbst.

**Zum Supplentenproblem. Es gibt trotz verschiedener Lösungsversuche in den letzten Jahren (Sonderkurse, Prekariatsgesetz) immer noch eine beträchtliche Zahl von Hilfslehrern. Offensichtlich haben diese Versuche nicht in dem Maße gefruchtet, wie man sich's erwartet hat. Was tut man also, wenn man sich nicht abfinden will mit der Tatsache, daß man die Supplenten sowieso braucht, daß also das Problem zu einem Fixum wird? Für mich ist klar, daß es weitere Supplentensanierungen nicht geben darf, wenn an einer gewissen Gerechtigkeit gegenüber den Studenten festgehalten werden soll. Diese haben sowieso schon viele Nachteile im Vergleich zu den Supplenten, wenn man daran denkt, daß verschiedene Supplenten versuchen, ihre Dienstjahre schon vor dem Abschluß anerkannt zu bekommen, die Studenten für eine Absicherung ihrer Studienjahre (Versicherung) viel zahlen müssen. Und außerdem haben solche erneuten Maßnahmen Sogwirkung. Beim Prekariatsgesetz wurde betont, es sei die letzte Sonderregelung, und jetzt findet man wieder Vorschläge; wenn auch nicht in der gleichen, so wird doch in einer vergleichbaren Form versucht, Leute zu »sanieren«.**

Mir schiene es viel wesentlicher, dafür zu sorgen, daß möglichst viele Leute ein Hochschulstudium aufnehmen. Ein Hochschulstudium darf dabei nicht als ausschließliches Aneignen von Wissen verstanden werden, sondern mit seinen vielfältigen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme, der Auseinandersetzung u.dgl. auch als menschliche Bereicherung, als Persönlichkeitsformung. In diesem Sinne glaube ich auch nicht, daß man von Akademikerschwemme reden muß. Ich halte es für möglich, daß jemand ein Hochschulstudium macht, der ein Bauer ist, wieso nicht? Matura kann er auf jeden Fall machen. Früher war die Volksschule das Ausbildungsmaximum, irgendetwann die Mittelschule, und wieso soll es heute ein Luxus



sein, wenn möglichst viele die Matura haben, und wenn dann auch ein höherer Prozentsatz weiterstudiert, auch wenn danach das Studium nicht speziell gebraucht wird?

*Also die »Maturitis« fördern?*

Ja. Für mich ist das keine »Maturitis«, denn das ist der Ausdruck für eine Krankheit, für mich ist eine höhere Bildung Ausdruck für die Stärke einer Volksgruppe. Denn wir halten uns als Volksgruppe besser wohl nur dann, wenn wir eine höhere Ausbildung haben als das Umfeld.

*Man müsste wohl viel massiver, als es bisher passiert ist, für das Hochschulstudium werben auf allen Ebenen, und versuchen, daß Ausdrücke wie »Akademikerschwemme« nicht mehr verwendet werden.*

Z.B. spricht man von Akademikerschwemme im Bereich der Medizin. Wenn man aber die konkrete Situation sieht, daß überall praktische Ärzte fehlen ...

*Man müsste darüberhinaus, über die Propagierung, konkrete Maßnahmen ergreifen. Also die konstante Anhebung der Stipendien z. B.*

Und man müsste versuchen, möglichst wenig Abbrecher zu haben. Wir haben heute recht viele, die aus sozialen oder anderen Gründen abbrechen. Man müsste sich also besondere Fördermaßnahmen überlegen, z.B. für Studentinnen mit einem Kind.

*Zur derzeitigen Supplentenmaßnahme. Die Gewerkschafter selber geben zu, daß diese Maßnahme nur für ganz wenige in Frage kommt. Dann sind immer noch ein paar hundert andere Supplenten da, darunter gut 200, die nicht einmal an ein Hochschulstudium denken. Es soll zwar das letzte Mal sein, aber glaubst du nicht auch, daß sich auch die anderen Supplenten wieder rühren werden?*

Ja, für mich war die letzte Maßnahme das Prekariatsgesetz, das eigentlich auch alle, die als Supplenten an der Schule waren, zumindest hätte aufwecken müssen, was es anscheinend nicht getan hat, weil man offensichtlich immer wieder gehofft hat und hofft, daß etwas geklärt wird, und man hat auf dieses Kleinsten vertraut, und so weiter gemacht. Ich hoffe, daß sich die Studenten wehren, sonst ist die nächste Maßnahme schon wieder abzusehen.

Dabei erschreckt mich aber die geringe Solidarität unter den Studenten, wo es doch eigentlich selbstverständlich wäre, daß man sich vehement zur Wehr setzt. Aber vielleicht ist das Studium schon zu verschult und zu viele denken ans »Fertigwerden«. Es geht zu vielen wohl nur mehr um sich selber, die Auseinandersetzung mit verschiedenen Problemen findet zu wenig statt.

*Die Gewerkschaften bringen die Probleme aus ihrer Sicht mit einer bestimmten Legitimation vor, weil sie einfach an ihre Mitglieder denken. Das Problem dabei ist, daß sie immer wieder auf offene Ohren bei der Landesregierung stoßen. Wenn diese die Frage nicht vorantreiben würden, käm's nicht zu solchen Maßnahmen. Oder?*

Ich hab das Gefühl, daß auf die Leute, die hier sind, in den Schulen sind, ganz anders gehört wird, als auf die Studenten, denn diese sind für die meisten Politiker eine ferne Realität, mit der man sich nicht auseinandersetzen muß.

*Etwas über das Supplentenproblem hinaus: Die Studierendenzahlen in Südtirol sind relativ gering im Vergleich zum italienischen Durchschnitt, und im Vergleich zu Österreich, zu Deutschland z.B. Die Gründe dafür sind sicher sehr vielschichtig. Aber täuscht der Eindruck, daß nicht unbedingt ein Interesse besteht, möglichst viele zum Studium zu bewegen? Es gibt Äußerungen von seiten der Wirtschaft, die sich für kurze Ausbildungsgänge einsetzen, es gibt Äußerungen wie »Maturitis« ...*

Solche Äußerungen lassen sicher den Schluß zu, daß man einer höheren Ausbildung nicht so positiv gegenübersteht. Ich kann nur wiederholen, was ich schon gesagt habe, und ein Beispiel bringen: die Dänen in Deutschland haben ein hohes Ausbildungsniveau und ein sehr gutes Ausbildungssystem, gerade das macht sie als Minderheit sehr stark. Von mir aus gesehen ist es eine Notwendigkeit, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen, weil die Fähigkeit einen guten Standpunkt zu finden, und nicht bloß einen zu übernehmen, leichter bei Personen mit entsprechender Ausbildung möglich ist.

*Aus diesem Grunde wäre vielleicht eine Form von Unterstützung notwendig, die bisher nur von privaten Institutionen (Sparkasse und Freundeskreis der Uni IHK) angeboten wird: Beihilfen für akad. Abschlussarbeiten.*

Es gibt zwar Gelder der Region, aber das ist sicher eine minimale Unterstützung. Ich bin auch der Meinung, daß man bei Abschlussarbeiten helfen müßte. Man könnte z.B. Möglichkeiten schaffen, um bei der Materialbeschaffung zu helfen. Und zweitens könnte man sich überlegen, ob nicht vom Land an manchen Arbeiten Interesse besteht. Ich will nur daran erinnern, daß man sich in den 60er Jahren bemüht hat, Themen, die Südtirol betreffen, aufzuarbeiten; damals gab es eine Reihe des Wirtschafts- und Sozialinstituts, und die Themen gingen vom Osthandel bis zum Fremdenverkehr und zu Industriefragen u.ä. Und das wäre heute auch denkbar und sehr wichtig. Ich denk auch daran, was nur im Bereich Jugendarbeit aufzuarbeiten wäre.

*Müssen das unbedingt südtirolspezifische Arbeiten sein; es gibt Studenten, die lieber andere Themen bearbeiten wollen und eine Unterstützung notwendig hätten?*

Einerseits ist das richtig, denn sonst würden alle nur über Südtirol arbeiten und vielleicht wäre das zuviel Nabelschau. Die Frage ist dann nur, wie grenzt man es ab, denn sonst entsteht das Problem, daß man jedem für eine Dissertation eine Unterstützung geben müßte.

*Zu einem anderen Komplex. Zur Uni Innsbruck. Aus verschiedenen Gründen hat diese Uni einen besonderen Stellenwert für Südtirol. Reicht diese ausschließliche Konzentration auf Innsbruck aus, um die Leute zum Studieren zu bewegen, oder könnte man sich nicht mehr über die Zusammenarbeit mit anderen Unis überlegen?*

Zu Innsbruck ist sicher ein starker Bezug da — z.B. werden in Innsbruck für Südtiroler spezielle Lehrangebote gemacht, die man noch ausbauen könnte. Dies läßt Innsbruck für mich als Landesuniversität nach wie vor gültig sein. Nur bei dem, was ich jetzt über das Studentenleben in Innsbruck höre — am Montag hinaus, am Freitag zurück — würde ich z.B. für einige Bereiche in Zukunft viel mehr auch andere Universitäten (Graz, Wien) propagieren. Ich glaube, man muß eine Beziehung bekommen zu einer anderen Stadt, sonst hat man nicht im weitesten Sinne studiert, man hat nur Wissen angehäuft. Auch einige italienische Universitäten bieten gute Ausbildungen, und für manche Bereiche ist es vielleicht sinnvoll, ein Studium in Italien zu machen. Für andere Bereiche (Lehrerbildung, Sprache) bin ich nicht der Meinung, daß dies sinnvoll wäre.

Ja, und weil ich auch der Meinung bin, daß man in Österreich praktischer ausgebildet wird. Die Uni Trient zeigt viel Interesse an Südtirol. Andererseits hat Südtirol für die Uni Trient nichts als Vorbehalte übrig, obwohl diese Uni für Südtirol einiges leisten könnte.

Vorausgesetzt, daß die Uni IBK unsere Landesuni ist, muß man die Realität der Uni Trient anerkennen und schon jetzt Überlegungen dazu anstellen. Heute gibt es die Zusammenarbeit u.a. mit Padua, der Unterschied zu Trient scheint mir nur die Nähe zu sein. Wie die Realität Universität Trient in Südtirol anzunehmen ist bzw. angenommen wird, ist wohl noch eine längere Diskussion wert. Es genügt aber sicher nicht, wenn man sich in verbalen Kraftakten dagegen ausspricht.

*Die Nähe scheint eher als Nachteil anstatt als Vorteil gesehen zu werden.*

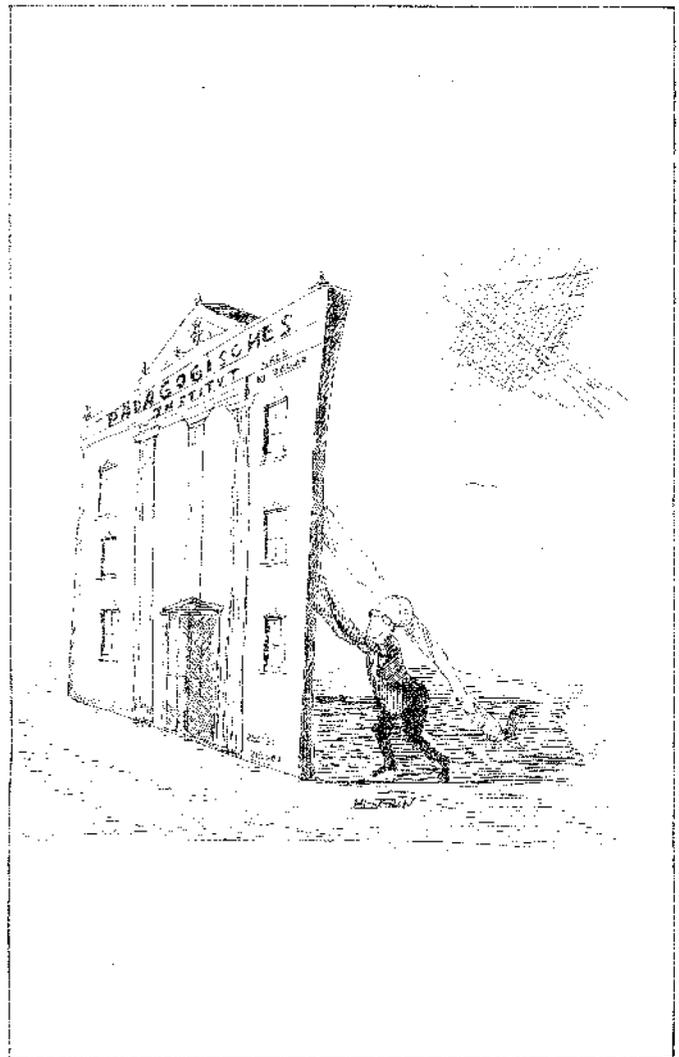
Ja sicher, und zwar ganz einfach, weil man sicher auch Angst hat vor der Konkurrenz. Sehr viele haben die Befürchtung, daß viele Südtiroler wegen der Nähe nach Trient gehen, anstatt nach Innsbruck, was ich in bestimmten Bereichen für negativ halte; von daher ist wahrscheinlich das ganze zu verstehen. Andererseits gibt es in Trient sicher auch Bereiche, die gute Ausbildungsmöglichkeiten bieten. Aus den genannten Gründen wird man sich wohl wahrscheinlich auch ein Konzept zurechtlegen müssen, denn die Uni Trient wird sicher alles tun, um Leute, auch Südtiroler, anzusteuern, sie mit Vorlesungen zu betrauen, um so auch zu werben. Ja, und dann können wir nicht nur passiv sein. Wir müssen uns überlegen: wie bringen wir nach wie vor Innsbruck den Leuten nahe, was bieten wir in Innsbruck so Gutes an, daß die Studenten nicht nach Trient gehen? Zumindest in der Weise müßte man wohl Überlegungen anstellen. Oder andererseits, positiv für beide gesehen, wie kann die Konkurrenzsituation ausgeschaltet werden und wie kann dann versucht werden, für Südtirol Positives herauszuholen.

*Also sind die Vorbehalte gegen Trient rein vollstumpspolitischer Art.*

Es geht sicher auch darum, daß Trient die Uni innerhalb der Region ist und daß der Status Landesuniversität irgendwo angegriffen wird.

*Wenn man ein bißchen zurückschaut und die Problematik der Universität Bozen betrachtet — ohne dieses Problem jetzt zu einem ganz aktuellen zu machen —, hat man den Eindruck, daß trotz aller Volkstumspolitik der Widerspruch auftritt, daß eine Bindung an die Landesuniversität Innsbruck wichtiger wird sogar auf Bildungsebene der eigenen Volksgruppe.*

Es ist sicher die Angst ganz groß gewesen, daß die Uni Bozen zu einem bewußten Italianisierungsinstrument gemacht werden könnte und ich verstehe diese Angst auch zum Teil. Wir sind aber sicher auch nicht im Irak, wo solche Instrumente, wie Unis, dazu verwendet worden sind, um Minderheiten enorm



zu schaden, aber man hat jedenfalls diese Angst gehabt und die Diskussion wurde somit etwas unsachlich. Das Festhalten an der Landesuniversität ist sicher das Argument, warum wir keine Uni brauchen, denn mit der Schaffung einer Uni ist es gleich wie mit der notwendigen Schaffung einer Landesregierung: wir sind eben nicht mehr vereint. Die Landesuniversität und z.B. das Landestheater und das Krankenhaus sind immer noch Bindeglieder und wenn wir solche Sachen abschneiden, dann nabein wir uns noch mehr vom gesamten deutschsprachigen Tiroler Raum ab.

*Es gibt wahrscheinlich bildungsmäßige Anforderungen in nächster Zeit, bei denen man sich konkret überlegen muß: macht man Ausbildungsplätze auf Hochschulebene auch in Südtirol? Ich denke dabei an die geplante Reform der Ausbildung der Grundschullehrer und Kindergärtnerinnen, die noch nicht unmittelbar ansteht, aber früher oder später kommen muß und bei der es wahrscheinlich jetzt schon angebracht ist, Überlegungen zu machen, um auch nicht in eine weitere Supplementenproblematik hineinzukommen.*

Man hat sich schon teilweise Überlegungen in dieser Sache gemacht, was mich positiv überrascht hat; verschiedene Verbände haben dazu Stellung genommen, aber auch Landesrat Zelger hat eine Kommission eingesetzt. Teilweise sind sehr interessante Sachen herausgekommen, jedenfalls scheint ein nicht unbeträchtlicher Teil der Meinung zu sein, daß man diese Ausbildung im Land durchführen sollte, weil man erstens nicht von Österreich verlangen kann, daß es eine adäquate Ausbildung, die vom italienischen Gesetz vorgeschrieben ist, bieten kann, denn irgendwo hat alles seine Grenzen. Zweitens ist davon ein ganz großer Teil betroffen und man kann nicht einfach alle nach Innsbruck oder wohin auch immer schicken und zudem

ist es für die Lehrerausbildung nicht so ungeschickt, wenn sie im Lande ist, weil man so in der Realität drinnen bleibt; außerdem sollte die Lehrerausbildung, wie es die Reform scheinbar vorsieht, mit praktischen Arbeiten in der Schule verbunden sein, und aus diesem Grunde wäre es am besten, wenn sie im Lande bleibt. Bezüglich der Ausbildung muß man sich aber auch im klaren sein, daß sie für Deutsche und Italiener getrennt sein muß, wobei ich kein Problem sehe, daß man zwischendurch Veranstaltungen anbietet, die man auch gemeinsam besuchen kann.

*Die Ausbildung steht noch nicht unbedingt an, derzeit gibt es noch Positionen, wie sie z.B. Landesrat Zelger verfolgt. Es gibt eine relativ große Mehrheit, die hinter dieser Position steht, und die Frage ist, ob sie politisch entscheidungsfähig ist.*

Wenn die Ausbildung 3 Jahre dauern soll, dann kann sie im Land stattfinden, wenn sie 4 Jahre dauern sollte, dann müßte sie in Österreich gemacht werden.

Wie sich jetzt alles hinauszögert, bin ich sicher, daß es noch längere Zeit nicht spruchreif ist. Zudem hängt die Entscheidung wohl auch nicht von uns allein ab. Man sieht, was mit der Oberschulreform passiert ist, die inzwischen so veraltet ist, daß man sie wieder ins »Schubladl« geben kann.

*Meinst du, daß man bei der Oberschulreform man sich bei uns besser darauf vorbereiten hätte können, z.B. mit Schulversuchen*

Ja, ganz sicherlich, nur haben heute eigentlich jene Leute Recht, die gesagt haben, sie kommt doch nicht so schnell.

*Vielleicht nicht ganz in der geplanten Form.*

Sie kommt sicher, nur wie es jetzt aussieht, dauert es wieder sehr lange Zeit.

*Vielleicht erzählst Du uns noch etwas von den Arbeitsschwerpunkten des Ausschusses für die nächste Zeit.*

Für mich ist es nach wie vor ein Negativum, daß man den interuniversitären Vertrag so eng gemacht hat und daß man ihn nur beschränkt hat auf das Rechtsstudium in Innsbruck, weil ich der Meinung bin, daß nachuniversitäre Ausbildungen wirklich in Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten in Südtirol angeboten werden sollten. In diesem Zusammenhang — ich werfe es immer wieder auf — gibt es nur einen Punkt im interuniversitären Vertrag, der über das Rechtsstudium hinausgeht, das ist die Passage über die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre, und hier wäre ich der Meinung, daß man sich überlegen sollte, was man hier alles herausholen könnte, um in Südtirol entsprechend hochstehende Sachen anbieten zu können.

Es gibt ja auch im medizinischen Bereich Kurzausbildungen, die in Innsbruck oder wo auch immer gemacht werden müssen, die könnte man ohne weiteres auch in Südtirol machen, wenn der interuniversitäre Vertrag in diesem Sinne ausgedenkt werden könnte. Aber das gilt für verschiedene andere Bereiche auch.

Es ist ein weiteres Anliegen von mir mit allen Gewerkschaften zu reden, vor allem auch mit jenen, die nicht im Ausschuß sitzen; ich möchte mit Kulturorganisationen sprechen, die nicht im Ausschuß sitzen und mit Kulturschaffenden, die eine bestimmte Bedeutung haben im Land, um dann ein Programm für die nächste Zeit zu erstellen. Von Interesse ist sicherlich auch die Medienfrage, die Problematik des Verhältnisses zu Österreich gerade im Kulturbereich, die Frage eines Stadt- / Landestheaters u.dgl. Genaues kann ich dazu noch nicht sagen. Was ich aber sicher auch diskutieren möchte, ist die Lehrerausbildung.

*Zum Schluß noch etwas, was uns betrifft: wie ernst und wie wichtig wird dieses Gremium, der Ausschuß für Schule, die Studentenvertretung, also die SH genommen?*

Ich kann beantworten, wie ernst und wichtig sie die Vorsitzende nimmt. Die Vorsitzende kommt aus den Reihen der SH, und weiß daher die SH besonders zu schätzen. Heute können Studenten gerade die Betreuung in verschiedenen Bereichen oft

zu wenig einschätzen. Die Studenten sollten verstärkt in die SH mitarbeiten, denn dann wird sie mehr Durchschlagskraft haben; da genügt es nicht, nur den Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Für mich ist die SH nach wie vor die Vertretung aller Südtiroler Studenten, und keine andere Organisation ist für mich repräsentativ. Wenn sie jemanden zu wenig repräsentativ ist, dann sollte er mitarbeiten, so wie es unsere Gruppe damals auch getan hat. Dies hat damals auch dazu geführt, daß, vielleicht gerade weil man um Positionen hart gerungen hat, ein Großteil der Studenten in Innsbruck lebhaften Anteil am Geschehen rund um die SH nahm.

*Was hat Dir die Mitarbeit in der SH gebracht?*

Ich habe erstens sehr viele wertvolle Menschen durch die Arbeit kennenlernen dürfen. Aber wichtiger war, daß ich eine persönliche Reifung durchgemacht habe, ich habe durch die Auseinandersetzung mit anderen meine Standpunkte überdenken müssen, ich habe mir auch überlegen müssen, wie ich zu bestimmten Standpunkten gekommen bin. Einige Positionen sind geblieben, nun habe ich danach gewußt, wieso ich sie vertreten. Ich habe auch Positionen geändert, weil ich einsah, daß sie nicht richtig waren, daß sie nicht begründet waren.

## KLEINE »SKOLAST«-BIBLIOGRAPHIE ZU BILDUNGSFRAGEN (seit 1981)

- Christoph von Hartungen / Reinhold Staffler: Zur geplanten Lösung der Supplentenfrage; 1981, Nr. 1, S. 27f
- Thomas Benedikter: Anmerkungen zur Uni-Frage; 1981, Nr. 1
- Andreas Feichter: die streik- und kampffaktionen an den österreichischen universitäten; 1981, Nr. 3—4
- Albert Strobl: Bildungspolitik; 1982, Nr. 1—2
- Günther Paliaver: Die Universität ist tot, es lebe die Universität; 1982, Nr. 3
- Franz Lanthaler: Oberschulreform; wie wird sie — wem nützt sie? 1983, Nr. 1, S. 4 — 7
- Norbert Dall'Ö: Die bevorstehende Oberstufe: ein Politikum ersten Ranges? 1983, Nr. 1, S. 7 — 9
- Hochschulgruppe Wien: Mehr Bildung für alle — ohne ethnische Trennung; 1983, Nr. 1
- Albert Strobl: Supplenten — eine »stangata« und kaum ein Streik; 1983, Nr. 1, S. 11 — 13
- Guido Denicolió: »Recht auf Bildung«. Kurze Variationen zum Thema; 1983, Nr. 3, S. 6 — 9
- Günther Paliaver: Österreichische Stipendien: nein danke? 1983, Nr. 3
- Albert Strobl: Das Landesstipendium — »für unverschuldet Verschuldet«; 1983, Nr. 3
- Gertrud Verdorfer: Südtirols zukünftige Lehrer: pädagogische Naturalente? 1984, Nr. 1
- Ramona Gruber / Hildegard Knapp: Die Universität als Arbeitswelt; 1984, Nr. 2
- Carmen Unterholzner: Frauenstudien — Frauenforschung; 1984, Nr. 2
- Albert Strobl: Mißstände in der Hochschulfürsorge des Landes; 1984, Nr. 2, S. 39 — 41
- Thomas Benedikter: Vor der Reform der Lehrerausbildung; 1984, Nr. 2
- Thomas Benedikter: Supplenten-Sanierung wieder aktuell; 1984, Nr. 3
- Christoph Kaserer: Akademikerarbeitslosigkeit in Südtirol; 1984, Nr. 3, S. 5 — 12
- Gertrud Verdorfer: Deutschlehrer; 1984, Nr. 4
- Christoph Kaserer / Adolph Gutweniger: Das Landesstipendium. Mißstände und Verbesserungsmöglichkeiten. (Beilage). 1985, Nr. 1-2, S. A — H
- Elisabeth Höglinger: Eine neue Ordnung für die staatliche Sekundarschule; 1985, Nr. 1 — 2, S. 43 — 46

Heinrich Zwischenbrugger

## Zensur in Südtirol

Daß Presse, Rundfunk und Fernsehen entscheidend bei der politischen Bewußtseinsbildung mitwirken weiß die SVP spätestens seit den Wahlergebnissen des 12. Mai.

Denn der Erdrutschsieg der Faschisten am 12. Mai 85 wurde von der SVP mit der gezielten Desinformation, Verzerrung und Verfälschung verschiedener Art der Linksparteien und nicht zuletzt mit der Hetzkampagne der ALTO ADIGE erklärt.

Hosp-Zitat: »Die Italiener sind unzufrieden, weil sie zur Unzufriedenheit aufgehetzt wurden!« und damit war alles klar. Klar war auch: die Pläne der SVP bzw. die realen gesellschaftlichen Zusammenhänge müssen in Zukunft für den Wähler durchschaubar werden.

Bereits 1974 hat der Verfassungsgerichtshof das Rundfunk- und Fernsehmonopol des Staates aufgehoben und den Nachrichtensektor liberalisiert. Damit wollte der Verfassungsgerichtshof den Meinungspluralismus der Verfassung entsprechend gewährleisten.

Auch in Südtirol entstanden demzufolge zahlreiche Rundfunk- und Fernsehstationen. Es ist selbstverständlich, daß es, um Sendungen über den Äther auszustrahlen, auch technische Anlagen braucht, die irgendwo aufgestellt werden müssen. Dafür gibt es zur Zeit in den Bauleitplänen der Gemeinden keinen Platz. Der Landesausschuß ist gegen die Errichtung von Sendeanlagen vorgegangen, begleitet von Strafverfahren. Es ist leicht zu verstehen, daß der Liberalisierung des Sendewesens eine legale Entfaltungsmöglichkeit aus raumordnerischer Sicht folgen muß.

Der Abgeordnete Oskar Peterlini (SVP) hat sich in einem Gesetzentwurf (Landesgesetzentwurf Nr. 45/-85: »Ausweisung von Zonen für die Errichtung von Anlagen zur Ausstrahlung und Übertragung von Rundfunk und Fernsehprogrammen«) für die letztgenannte Sache stark gemacht.

Damit wäre dem Abgeordneten Peterlini auch zuzustimmen, wenn er mit dem Gesetz »nur« die urbanistischen Voraussetzungen für die Errichtung von Anlagen für Rundfunk- und Fernsehbetriebe schaffen möchte, wie er im Begleitbericht zum Gesetzentwurf beteuert.

Der Gesetzentwurf selbst beginnt auch recht hoffnungsvoll. Einige Artikel befassen sich mit baurechtlichen Vorschriften

zum Schutz vor wilder Errichtung von Antennen und Sendeanlagen (Art. 1, 2, 3). Der Abgeordnete Peterlini geht jedoch in seinem Entwurf weit darüber hinaus, er beabsichtigt etwas ganz anderes. Der Art. 5 des Gesetzentwurfes beweist dies. Dort liest man, daß die Zulassung von privaten Sendebetrieben zu den Zonen für Fernmeldeanlagen durch eine Landtagskommission erfolgt. In Punkt 2 des Art. 5 schreibt der Abgeordnete Peterlini: »Bei der Zusammensetzung der Kommission muß die verhältnismäßige Vertretung der sprachlichen und politischen Minderheiten im Landtag berücksichtigt werden«.

Nun selbst ein SVP-Vertreter steht diesen Vorstellungen des Abgeordneten Peterlini nicht blauäugig gegenüber. Der Abgeordnete Robert Kaserer (SVP) sagte während der Beratungen der IV. Gesetzgebungskommission des Südtiroler Landtages in Bezug auf den Gesetzentwurf: »... und stellen wir uns einmal vor, die Faschisten würden, wie in unsolger Vergangenheit beispielsweise im Vinschgau nach Belieben Sendungen ausstrahlen und die Leute berieseln ... und schließlich muß das mit dem Proporz ja nicht so haargenau stimmen, es wird halt eine Richtschnur geben, an die man sich so ungefähr halten kann«. Der Abgeordnete Kaserer läßt sich nicht täuschen. In diesem



Die Zensurkommission tagt.

Gesetzentwurf geht es offensichtlich nicht um das Baurecht, sondern eben um etwas anderes, nämlich um Zensur.

Erstens: Sendeanlagen, die den Landesbehörden unbehagen sind, sollen verhindert werden (»... keine Faschisten im Vinschgau« und eigentlich auch keine Kommunisten, Alternativen).

Zweitens: Bei Einführung des Ätherproporz wäre der Abgeordnete Kaserer dann nicht unbedingt hundertprozentig penibel.

Nun soll auch die Telekommunikation der Kontrolle der SVP unterstehen. Eine hochkarätige politische Instanz, eine Landtagskommission, soll dafür errichtet werden. Daß es der Abgeordnete Peterlini mit der Meinungspluralität doch ernst meint, liest man in seinem Begleitbericht zum Gesetzentwurf: »... während die Landesregierung bekanntlich nur aus der politischen Mehrheit besteht, sieht Art. 3 vor, daß die Landtagskommission ihrer Zusammensetzung die verhältnismäßige Vertretung der sprachlichen und politischen Minderheit im Landtag berücksichtigen muß ... um möglichst vielen politischen Kräften eine Vertretung zu ermöglichen.«

Fein, politische Minderheiten dürfen dabei sein, wenn die SVP letztendlich entscheidet. Ja, und wo bleibe der Wählerwille, wenn es eine Landtagskommission mit paritätischer Besetzung gäbe? D.h. die Kommission bestünde damit aus allen maßgeblichen politischen Parteien, zur Hälfte aus Vertretern der Landesregierung und zur Hälfte aus Vertretern der Oppositionsparteien und aus einem »Schlichtungsorgan«, gewählt von den Kommissionsmitgliedern, das bei Härtefällen intervenieren würde!

Die SVP hat einen klaren Auftrag vom Wähler den Äther zu kontrollieren. Aufschlußreich in diesem Zusammenhang die frühere Fassung des Peterlini-Entwurfes soweit man darin von einem öffentlichen Landesinteresse (SVP-Interesse) liest, das durch eine Reihe, von näheren inhaltlichen Auflagen bestimmt wurde. Nun, wie soll der Wähler die Wahlversprechen der SVP überprüfen oder die Programme anderer politischer Kräfte kennenlernen, wenn dazu die Information fehlt (gefiltert von der Landtagskommission).

Die SVP befällt wohl ein gewisses Unbehagen, wenn es ernst wird mit der Durchschaubarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Kurzum: So richtig (ver)trauen kann die SVP einem allseitig informierten Bürger nicht! Sonderbar, wie Landschaftsschutz und baurechtliche Überlegungen letztendlich politisch brisante Fragen anwerfen, d.h. eine Landtagskommission ins Leben rufen.

Komisch, sagte mir mein Nachbar gerade letzte Woche, daß in Südtirol immer genauso viel passiert, daß die Zeitung vollgeschrieben werden kann und Rundfunk und Fernsehen etwas zu senden haben. Denn, so der Nachbar, noch nie seien die Nachrichten gekürzt worden und noch nie habe er eine leere Seite in der Zeitung gesehen.

*Nachtrag:* Dieser Artikel wurde Ende November 1985 verfaßt. Inzwischen hat sich Einiges getan. Der Gesetzentwurf Peterlini



*Lenins linke Hand.*

nis wurde tatsächlich nach Rom geschickt, trotz vehementer Proteste aus den verschiedensten Richtungen: eigene Koalitionsreihen, Dolomiten, österreichischer Rundfunk bis zu oppositionellen Kräften.

Am 7. März wurde der Gesetzentwurf von den Regierungsparteien in Rom abgelehnt mit der Begründung, er überschreite die Kompetenzen des Landes, d.h. der SVP geht es nicht »nur« um urbanistische Regelung des Fernmeldewesens.

Nun, daß sich die Regierungsparteien in Rom vom Gesetzentwurf nicht täuschen lassen, damit rechnete selbst der Wortführer dieses Entwurfs Peterlini (Dolomiten 8/9. März 86): »Erst die Rückverweisung, mit der wir im übrigen von Anfang an gerechnet haben, gibt uns die Möglichkeit, in diesem Bereich weiterzuarbeiten.« Peterlini läßt die Muskeln spielen: »Möglicherweise wird es die Südtiroler Volkspartei auf einen Beharrungsbeschluß ankommen lassen.« Die Regierung in Rom sündete vor der Wahl, das Gesetz zu genehmigen oder es an den Verfassungsgerichtshof weiterzuleiten. Man kann gespannt sein, ob die Verfassungsrichter ein besseres Ohr für die Belange der SVP haben.

# Das Gemeinsame ist die Trennung

Ein Diskussionsbeitrag aus bildungspolitischer Sicht zur neo-konservativen Achse Kärnten --- Südtirol.

Das Gespenst im »Ruf der Heimat«:

»Erst wenn der Kärntner Heimatdienst mit seiner Forderung nach einem nach Unterrichtssprachlichen Gesichtspunkten getrennten Unterricht durchdringen wird, wird auch das *Gespenst* eines slowenischen Zwangsschulunterrichts für unsere Kinder und somit die Gefahr einer massiven Slowenisierung des Kärntner Grenzlandes gebannt sein.«

## Vorrede

»Also hat die Geschichte in Kärnten noch keinen "Schlußstrich" gezogen. Sie zieht ihn unter zwei Völker nur, wenn eines von ihnen nicht mehr besteht. So ist der Abwehrkampf von 1920 im Jahr 1970 immer noch Abwehrkampf des Herzens und des Geistes, und wird es bleiben, so lange es ein deutsches Volk hier, ein slowenisches dort gibt. Daß er immer nur mit Herz und Geist, nie wieder mit Gewalt ausgetragen werde, das walle Gott!«

Aus »Ruf der Heimat«, Nr. 14/1970 (Klagenfurt)

»Die Vereinbarung von Berlin vom 23. Juni 1939 und das darauf folgende Abkommen zwischen der Deutschen und italienischen Regierung, gefertigt in Rom am 21. Oktober 1939, habe zum Ziel, eine endgültige und vollständige völkische Lösung der Frage des Alto Adige zu erreichen, so daß es nach der Durchführung der Abwanderung auf Grund der Vereinbarung vom 23. Juni 1939 und des Abkommens von Rom vom 21. Oktober 1939 eine Frage der ethnischen Minderheit im Alto Adige nicht mehr gibt.«

Aus: »Erläuterungen zu den Richtlinien für die Rück- und Auswanderung nach Deutschland« — Bozen 1939

»Der Völkermord bedeutet grundsätzlich den Vollzug des Urteils über eine andere Menschengruppe, über ein Volk, das nicht auf der Erde leben soll. Wer solches Urteil beansprucht und durchführt, ist Verbrecher gegen die Menschheit. Solche Handlungen sind geschehen gegen Juden, Zigeuner, Geistesranke. Alle, die das begriffen haben erklären heute mit einem jetzt ausdrücklich gewordenen Bewußtsein: kein Mensch hat das Recht zu urteilen, daß eine Volksgruppe nicht da sein soll.«

Aus: Karl Jaspers: Die Schuldfrage. Für Völkermord gibt es keine Verjährung. München 1979, S. 104

»Die Befreiung der Ostmark löste in Kärnten einen einzigen Jubelschrei aus. Die Organisation der illegalen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, welche auch in der kleinsten Berggemeinde des Gaues stand, ergriff die Macht. Kärnten konnte als erste Ostmarkgau am 11. März 1938 die Übernahme der Staatsgewalt durch den Nationalsozialismus nach Wien melden.

Kärntens Heldenepos aber geht weiter ...«

Aus dem Vorwort des Kreisleiters Pachneck, 1940 mit der Führung des Gaues Kärnten beauftragt. (In: Die deutschen Gauen — Kärnten, Berlin 1940)

## 1. Kärnten, Grenzland im Süden

Auch wenn es hier nicht möglich ist, auf historische Entwicklungen einzugehen, so soll doch eine einzige diesbezügliche Anmerkung gemacht werden. In der Nazi-Zeit waren die Geschichte Kärntens und Südtirols durch Vertreibung einerseits und Germanisierung andererseits miteinander verbunden.

Angehörige der slowenischen Volksgruppe waren letztlich ebenso »Menschenmaterial« und »Transportfrage« wie die der deutschen Volksgruppe in Südtirol — mit dem einzigen aber bedeutsamen Unterschied, daß die Slowenen zur minderwertigen Rasse gezählt wurden und die »Volksdeutschen« sich als Herrenmenschen fühlen durften.

Kärnten, der »südlichste Gau Großdeutschlands«, war von den Nazis dazu auserkoren, durch Vertreibungs- und Umsiedlungsaktionen zum Bollwerk gegen die slawischen Völker ausgebaut zu werden. Warum gerade Kärnten? Nicht nur wegen der geographischen Lage dieses Landes. Kärnten war der erste »Ostmarkgau«, der am 11. März 1938 den Anschluß an Hitler-Deutschland als »Übernahme der Staatsgewalt durch die Nationalsozialisten« nach Wien melden konnte. Der Anschluß wurde hier als »Befreiung« bejubelt: Der damalige Kärntner Gaukreisleiter zum Jahr 1938: »Die Befreiung der Ostmark löste in Kärnten einen einzigen Jubelschrei aus.«<sup>1</sup>

Zum anderen wurde Kärnten als »Grenzland im Süden« zum Hort von »Freiheitskämpfern« hochstilisiert. Seine Geschichte wurde mystisch verklärt — rein deutsch blieb sie allemal:

»Die Welt blickt auf. Da gab es ein Land, das sich mit seiner ganzen Seele, mit einem Opfer von über zweihundert in seinem Freiheitskampfe Gefallenen, zu dem hungernden, getretenen, geschändeten deutschen Volke bekannte und das nichts sein wollte, als was es immer war: deutsch Und bei all seiner Schlichtheit ist der Kärntner sich mit Stolz dessen bewußt, daß



das schönste Juwel in der heimlichen Krone, die die Welt dem tapferen Kärntner Volke gab, die Tatsache ist, daß von diesem Bauernstamme dem deutschen Volke in seiner tiefsten Erniedrigung gezeigt wurde: Noch lebt die deutsche Treue.«<sup>1)</sup>

Mit den Kärntner Slowenen, die zudem als poliisch unzuverlässig galten, hatten Hitler und sein SS-Mann Himmler ihre eigenen Pläne. Ausgedacht wurden sie in Berlin, realisiert in Kärnten unter maßgeblicher Hilfe der deutschnationalen Kärntner Organisationen (wie z.B. dem »Kärntner Heimatbund«), die auch schon den Anschluß vor Ort intensiv vorbereitet hatten.

Auch für die »Slowenenfrage« war eine Endlösung vorgesehen, die folgende Stadien durchlaufen sollte:

1. Massenhafte Vertriebung der Slowenen aus Südkärnten (nach den Plänen Himmlers 50.000);
2. Vollständige und konsequente Germanisierung der Slowenen, die von der Aussiedlungsaktion nicht erfaßt wurden;
3. Ansiedlung von deutsch-bekennenden Kanaltalern und Südtirolern im einstmaligen Siedlungsgebiet der Kärntner Slowenen und in anderen Grenzregionen.

Das großdeutsche Verschieb-Programm sah als Endziel die Liquidierung des slowenischen Volkes als ethnisch geschlossene Gruppe vor. Einer der Hauptorganisatoren war der Geschäftsführer des Kärntner Heimatbundes A. Maier-Kaibitsch, den die Nazis zum Bevollmächtigten für Minderheitenfragen und später zum Leiter des Gauhauptamtes für Volkstumsfragen auserkoren hatten. Dieser »heimattreue« Kärntner gab über seine lokalpatriotischen Zielsetzungen den führenden Nationalsozialisten in Klagenfurt (im Juli 1942) einen Bericht, in dem es unter anderem heißt:

»In dem Gebiet nördlich der Karawanken muß deutsch gesprochen werden; mit allen Mitteln ist das durchzusetzen. Es darf nur mehr deutsche Aufschriften geben. In Kirchen, auf Fahnen, Kreuzen, Wegbildern und auf den Grabsteinen der Friedhöfe ...

Im ehemaligen gemischtsprachigen Gebiet sind noch immer eine große Anzahl slowenischer Bücher, besonders religiösen Inhaltes, vorhanden; auch sie müssen verschwinden. Systematisch muß diese slowenische Literatur erfaßt und dem täglichen Gebrauch der Bevölkerung entzogen werden.«<sup>2)</sup>

Daß die Umsiedlungsaktionen im vollen Umfang nicht durchgeführt werden konnten, hat mehrere Gründe, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Jedenfalls konnten die Nazis schon 1942 eine durchaus »positive« Bilanz ihrer Aktionen vorweisen und nach Berlin melden:

— ca. 1.300 vertriebene und ausgesiedelte Kärntner Slowenen — mehr als 5.000 »volksdeutsche« Kanaltaler und über 1.000 Südtiroler in den Gau Kärnten »überführt«.

Die Nazis wiesen diese Bilanz unter anderem als das Verdienst jener »Volksgenossen« aus, die dem »Rufe des Blutes« gefolgt und so ins Reich heimgekehrt waren:

»Die Tatsache, daß diese großen Aufgaben der Umsiedlung der Südtiroler und Kanaltaler während des Krieges zur Durchführung gelangen, beweist einerseits die ins Ungeheure gesteigerte Lebenskraft und Stärke des großdeutschen nationalsozialistischen Reiches, andererseits gibt sie Zeugnis von der unwandelbaren Treue dieser Volksgenossen, die dem Rufe des Blutes gefolgt sind, trotzdem das Deutsche Reich sich mit mächtigen Feinden im Kriege befindet.«<sup>3)</sup>

Daß die Südtiroler — gleichsam in einem »Blutausch« — diesem dunklen »Rufe« gefolgt seien, war eine der infamen Lügen im Dienste der damaligen »völkischen« Propagandamaschine. Die Südtiroler wurden vielmehr unter einem massiven ideologischen und ökonomischen Druck gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Viele weigerten sich auch und leisteten Widerstand gegen den deutsch-italienischen Umsiedlungsplan. In Kärnten kursierte jedenfalls verstärkt die berüchtigte Nazi-Parole:

*Der Kärntner spricht deutsch!*

## 1202. »Der Kärntner spricht deutsch« der Nichtkärntner hat zu schweigen

Prugger: »Darf ich fragen, Herr Professor: Was sind Sie für ein Landsmann?«

Rumpler: »Ein Wiener.«

Prugger: »Aha.«

Rumpler: »Bitte um Entschuldigung ...«

Prugger: »Ja, na, Sie können nichts dafür. Das ist ein Geburtsfehler, wenn man so sagen will.«

Rumpler: (lacht) »Nein ...«

Prugger: »Aber verstehen Sie mich jetzt richtig: Kärnten ist ein Grenzland und wird Grenzland bleiben. Der Mensch, der da drinnen lebt, ist sensibel und der weiß genau, ... und sobald etwas von außen hineingetragen wird, kann es nicht funktionieren; das sag' ich Ihnen gleich.«

Obmann der Kärntner Landsmannschaft Ing. S. Prugger und der Historiker Univ. Prof. Dr. H. Rumpler, Univ. Klagenfurt, im Gespräch in der Sendung »Freizeichen«/Ö3-Kärnten am 8.10.1985 zum Thema »Der 10. Oktober«. Der Studiogast Rumpler, hatte sich kritisch zu den Oktober-Feiern geäußert und wird nun durch die Direkteinblendung eines Telefonanrufers (Prugger) »korrigiert«.

(Aus der Tonbandabschrift der Sendung.)

Es ist nicht leicht, das Klima zu beschreiben, das derzeit in Kärnten herrscht. Mit den Worten von Josef Hindels könnte man sagen, daß sich hier schon seit Jahren »der schleichende Faschismus, der das Klima vergiftet, der die Demokratie aushöhlt«, breitmacht. Daß der »schleichende Faschismus« salonfähig geworden ist, ist nicht zuletzt das zweifelhafte Verdienst jener Kräfte, die die schulische Volksgruppen-Trennungspolitik zu dem Anliegen aller »Deutschkärntner« ma-

chen wollen. Dabei sind die Führungsrollen des »Kärntner Heimatdienstes« (KHD) und des Obmannes der Kärntner »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) Jörg Haider unbestritten.

Über dieses Kärntner Klima ist in anderen Bundesländern und besonders im Ausland wenig bekannt. Den offiziellen Erklärungen der Mitglieder der Kärntner Landesregierung kann man außer einer hohen Selbstzufriedenheit mit der eigenen »Befriedungsstrategie« gegenüber der slowenischen Volksgruppe wenig entnehmen, das darauf schließen ließe, daß die Kärntner Slowenen Minderheitenschutz genießen.

Die Minderheitenpolitik zu kritisieren oder gar die nichtkärntner Öffentlichkeit zu informieren ist nicht gewünscht. Es gibt ein Tabu, das nicht gebrochen werden darf, daß nämlich nur Kärntner über Kärnten innerhalb Kärntens etwas sagen dürfen — oder wie es das FPÖ-Organ »Kärntner Nachrichten« (KN) formulierte, daß »Kärntner Dinge in Kärnten auf kärntnerisch entschieden« werden müssen (KN am 10.10.1985).

Wer dieses Tabu durchbricht, zieht sich den Zorn der Mächtigen zu, die an der Aufrechterhaltung und Mystifizierung der kärntnerspezifischen »Problemlösungsformel« Interesse haben. So kamen neben der slowenischen Volksgruppe auch alle »Bündnispartner« bis ins Zentrum heftiger Polemiken, insbesondere seit sich diese Bündnispolitik zum Schutz der Rechte der Minderheit über die Landesgrenzen hinaus erstreckt. Deshalb mobilisierten die rechtsradikalen kärntner Gruppierungen »das Mißtrauen gegen Wien«. Die FPÖ-Wochenzeitung ließ z.B. ihre Kärntner Leser wissen, daß von den »Wiener Zentralstellen selten etwas Gutes für Kärnten« kam und daß Wien deshalb nicht »seine Finger in diese reine Landesache stecken soll« (gemeint ist die »Neuregung« in der Minderheitenschule). Diese Warnung geht besonders an Unterrichtsminister Dr. H. Moritz, »der als Salzburger von den eigentlichen Kärntner Problemen keinen Tau hat und sich kaum gründlich und objektiv informieren lassen wird« (KN am 10.10.1985).

Auch der Obmann des »Kärntner Heimatdienstes« Dr. Feldner schürte die Emotionen, als er in seiner Rede bei der Abwehrkämpferfeier in Griffen am 29.9.1985 gegen den Wiener Minister wettete:

*»Herr Unterrichtsminister Moritz, geben Sie den Kärntnern Aufklärung darüber, wie Sie zu den gerechten Forderungen der Kärntner stehen. Und sagen Sie uns klipp und klar, ob Sie diese zu unterstützen gedenken oder ablehnen! Nehmen Sie schon jetzt zur Kenntnis, daß die Geduld der Deutschkärntner Grenzen hat. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir Deutschkärntner uns niemals einem Diktat aus Wien beugen werden. (Mit einer Steigerung ins Pathetische:) Gegen eine weitere Slowenisierung der Volksschule in Südkärnten, gegen eine weitere Nichtbeachtung des Elternrechtes und gegen eine Zementierung der Ungleichbehandlung zu Kosten der Deutschkärntner werden wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln zur Wehr zu setzen wissen. Denn die Deutschkärntner haben es satt, wenn über unsere Kärntner Belange Politiker entscheiden, die sich noch niemals die Mühe genommen haben, unsere besondere Kärntner Grenzsituation kennenzulernen, geschweige denn uns Kärntner zu verstehen. Wir fordern daher: LAßT KÄRNTEN ÜBER KÄRNTEN ENTSCHEIDEN!«* (Aus der Feldner-Rede in Griffen vor ca. 3.000 Teilnehmern an der »Abstimmungsfeier« am 29.9.1985)

Die Universität Klagenfurt, die sich in mehreren Stellungnahmen, Gutachten und Reformvorschlägen im Sinne einer friedlichen Weiterentwicklung von gemeinsamer Erziehung und kompetenter Zweisprachigkeit zu Wort gemeldet hatte, war eine weitere Anlaufstelle für Verbalaggressionen. Sogar LH Wagner hielt es für notwendig, an den Rektor der Universität einen »Offenen Brief« zu richten, in dem er der Universität vorwirft, Wissenschaftler würden »auf dem Rücken der Schulkinder« Konflikte erzeugen und »Dispute« austragen. Wagner reagierte damit auf eine einstimmig beschlossene Empfehlung



des Universitätskollegiums, die Zweisprachigkeit im Lande durch Beschriftung und Erziehung zur Verständigung zu fördern.

Landesrat Haider wollte nicht zurückstehen und »protestierte« im September 1985 in einer Pressesaussendung dagegen, daß ein Professor der Klagenfurter Universität es gewagt habe, in einem Interview der Kärntner Landesregierung in Sachen Minderheitenschutz »Versäumnisse und Unterlassungen« vorzuwerfen. FPÖ-Haider »appellierte« sogar an Wissenschaftsminister Fischer in Wien, dieser möge das »kärntnerfeindliche Verhalten« dieses Professors einer »Prüfung« unterziehen.

Für den KHD attackierte Feldner die Universität und nannte die Wissenschaftler abwechselnd »promovierte Slowenentümler«, »akademische Berater«, »Solidaritätsbekundler« und »parteiliche Lehrer der Uni Klagenfurt«, die »unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit den Deutschkärntner Eltern im Grenzland das Recht absprechen, die Unterrichtssprache frei wählen zu können« (Feldner Rede in Griffen, 29.9.1985).

Folgen diese Aggressoren auch dem »Rufe des Blutes« um allen Ortes Kund zu tun, daß sie in »unwandelbarer Treue« zum großdeutschen Reiche stehen?

### 3. Vom »Rufe des Blutes« zum »Rufe der Heimat«

Wer heute zwischen der Volksgruppen- und Bildungspolitik Südtirols und Kärntens Vergleiche ziehen will, gerät leicht in Schwierigkeiten. Auch der »Kärntner Heimatdienst« (KHD), in dem die Vordenker und Agitatoren der deutschnationalen »Heimattreuen« organisiert sind, kann bei diesen Unterfangen in Widersprüche: Mit einem Blick auf das ethnisch getrennte Schulwesen in Südtirol, fragte er im Propagandablatt »Ruf der Heimat« Nr. 74a/1985 »warum soll dies nicht auch in Kärnten möglich sein?«

Der »Ruf der Heimat« Nr. 78/1985 warnt jedoch einige Zeit später: »Kein Vergleich mit Südtirol!« — Warum plötzlich

diese Wende? Nun, der KHD glaubt, daß eben »Minderheit« nicht gleich »Minderheit« ist, zumal wenn die eine »deutsch« ist und quantitativ (auf die Region bezogen) die Mehrheit darstellt. Das heißt: Wenn die deutschsprachige »Minderheit« in Südtirol gewisse Rechte einfordert, so bedeutet dies für den KHD noch lange nicht, daß die Kärntner Slowenen ebensolches tun dürfen (z.B. zweisprachige Aufschriften anbringen oder einen obligatorischen Unterricht in der zweiten Landessprache verlangen).

So kommt es auf den Standpunkt an, von dem man aus die beiden Bildungssysteme betrachtet und einschätzt:

Wer ethnische Diskriminierung (*Unterscheidung*) und Segregation (*Aussonderung*) befürwortet und dies von der dominanten Macht- bzw. Mehrheitsposition aus tut (wie der KHD), der wird die Ideologie der »getrennten Entwicklung« (Modell Südafrika) bevorzugen.

*Südtirol hat ein ethnisch getrenntes Schulwesen und in Kärnten soll nach dem Willen der deutschnationalen Kräfte ein solches entstehen.* Damit sind die Parallelen zwischen beiden Systemen aber schon erschöpft. Im übrigen gibt es mehr Unterschiede als Ähnlichkeiten.

- 1) Die Südtiroler Volksgruppe hat selbst bestimmt, welche Schulform sie wünscht: nämlich eine ethnisch getrennte. Diese hat sie nun — auch wenn sie von der gesellschaftlichen Entwicklung vielleicht schon überholt ist. Die slowenische Volksgruppe wünscht die gemeinsame Schule und den zweisprachigen Unterricht. Sie hat diese Schulform noch — eingeschränkt durch die Anmeldepflicht und bedroht durch Gesetzesinitiativen zur ethnischen Schülertrennung.
- 2) Südtirol hat im Bereich der ladinischen Schule einen paritätischen, mehrsprachigen Volksschulunterricht, dessen Erfolge von niemandem in Frage gestellt werden. In Südkärnten wird der zweisprachige Unterricht, aus dem sich nachweislich keinerlei »Benachteiligungen« ergeben haben, ständig attackiert und diffamiert.
- 3) In der südtiroler Realität hat eine gewisse »Zweisprachigkeit« Platz gegriffen, in Kärnten wird sie systematisch abgebaut. Der »heimatfreie« Kärntner ist stolz auf seine Ein-sprachigkeit.
- 4) Südtirol hat schon seine ersten Probleme als soziale Folgen der ethnischen Trennung, des ethnischen Proporz und des Zwangsbekenntnisses (Aufleben des nationalen Separatismus, der »Heim-ins-Reich-Gefühle«, der Blut-und-Boden-Ideologie u.a.m.). Kärnten begibt sich gerade wieder einmal in den verschärften Volkstumskampf und verlagert ihn in die Gemeinde- und Schulstuben.
- 5) In Südtirol beginnen besonnene Politiker (auch innerhalb der Südtiroler Volkspartei/SVP) einzusehen, daß durch eine zu starke ethnozentristische Volksgruppenpolitik Möglichkeiten und Chancen für Verständigung und friedlichen Interessensausgleich vertan werden. In Kärnten hat noch kein Landespolitiker sich zu der erschlossenen Einsicht durchgerungen, daß Trennungspolitik und Germanisierungsdruck völlig ungeeignete Wege sind, ein friedliches Miteinander zu erreichen.
- 6) In Südtirol hat der »Erdrutschsieg« der Neofaschisten (MSI) bei den Regionalwahlen im Frühjahr 1985 zu einer gewissen Nachdenklichkeit in der Volksgruppenpolitik geführt. Der »Schulstreit« in Kärnten hat die Landtagsparteien (auch die SPÖ) eher beflügelt, mit Stimmengewinnen aus dem nationalen Lager zu spekulieren. Auf der Strecke blieben die Anliegen der Kärntner Slowenen und die notwendigen Abgrenzungen gegenüber rechtsextremen und deutschnationalen Gruppierungen.

Es ist gar keine Frage, daß die Segregationspolitik der SVP die deutschsprachige Volksgruppe in Südtirol stark gemacht hat (in ihrem Selbstbewußtsein, im Wettbewerb um gleiche Chancen im Berufs- und Bildungswesen). Diese Politik, die die Ita-

liener auf möglichst große und klare Distanz hielt, mag historisch gerechtfertigt und strategisch richtig gewesen sein.

Heute sind aber immer mehr junge Südtiroler (und nicht nur die, die aus Mischehen stammen) davon überzeugt, daß die »Erfolge« dieser Segregation sich auch einmal ins Gegenteil verkehren können. Dann ist aber guter Rat teuer. Wie soll jemals etwas aufgehoben werden, was sich zwar überlebt hat, nun aber die Wahrnehmungs- und Lebensperspektiven der meisten Menschen determiniert? Wer wird es beispielsweise jemals wagen, den ethnischen Proporz wieder abzuschaffen?

Aus diesen Überlegungen heraus haben Sozialwissenschaftler gegenüber der Kärntner Trennungspolitik immer wieder eingewandt, daß die ethnische Segregation keine primär organisatorische Maßnahme ist. Eine einmal gesetzlich fixierte und räumlich kenntlich gemachte Schülertrennung reicht in ihren negativen Folgen weit über die Schule hinaus. Die nun in der Schule lernbaren Wahrnehmungsmuster der ethnischen Diskriminierung würden den gesamten gesellschaftlichen Alltag bestimmen und weitere Segregationsmaßnahmen herausfordern.

Der KHD sieht das natürlich ganz anders. Sei-wachsam-Rufe ertönen aus dem Propagandaorgan »Ruf der Heimat« (Nr. 78/1985):

*»Den slowenischen Nationalisten und ihren akademischen deutschsprachigen »Assistenten« gelingt es dank einer geschickten Druck-auf-die-Tränendrüsen-Politik breite Kreise außerhalb Kärntens und Österreichs hinter Licht zu führen. Mit der Behauptung, für die auch in Zukunft »gemeinsame Erziehung der deutschen und slowenischen Kinder« im Kärntner Grenzland deshalb einzutreten, um »Frieden und Verständigung zwischen den Volksgruppen« zu garantieren, kann man massenhaft leichtgläubige Menschen ansprechen.«*

4.) »... wollen wir weiterhin ein Bollwerk gegen negative und volkszerstörende Elemente sein.« (Zitat FPÖ-Abg. K. Trattnig)

Der Kärntner FPÖ-Obmann hat kürzlich den Vorwurf erhoben, Mitglieder der Klagenfurter Universität würden »quer durch Europa« fahren, um das Ansehen Kärntens herabzusetzen. Dieser groteske Vorwurf ist als Ablenkungsmanöver leicht durchschaubar, pflegen doch gerade die neokonservativen Kreise bis hin zu den rechtsradikalen, eifrig ihre Kontakte über



die Grenzen hinweg. Sie nutzen auf ihre Weise die »Brückenfunktion« Österreichs und glauben dabei freie Hand zu haben, da sie Österreich immer noch als »deutschen Teilstaat« ansehen:

»Dieses geschlossene deutsche Siedlungsgebiet umfaßt derzeit sechs Staaten: die Bundesrepublik Deutschland (BRD), die Deutsche Demokratische Republik (DDR), Österreich, Luxemburg, Liechtenstein, den deutschen Teil der Schweiz.« (Südtirol wird offenbar gleich zu Österreich gezählt; P.G.) ... »Österreich hat — als deutscher Staat — auch eine Brückenfunktion in Mitteleuropa von West nach Ost, von Nord nach Süd auszuüben.« (Kärntner Nachrichten/KN 1985, Nr. 45, 7.11.85)

Ich möchte auf einige Auftritte und Kontakte innerhalb dieses »geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes« verweisen. Im Jahre 1985 haben die Neokonservativen unter anderem folgende Achsen ausgebaut:

**Jänner '85:** Eine hochrangige Politikerdelegation der Südtiroler Volkspartei/SVP besucht Kärnten und die hiesige Landesregierung. Die Delegation sei gekommen (so schrieb die »Kleine Zeitung« am 2.2.1985), »um die ohnehin schon guten Beziehungen« zwischen Südtirol und Kärnten weiter zu intensivieren. Auf Einladung des KHD referiert Assessor Zelger in Klagenfurt über die Schulpolitik in Südtirol.

**März '85:** Annäherungsversuche der SPÖ an SVP durch einen Besuch des Internationalen Sekretärs und Abgeordneten Jankowitsch. Dieser wertet seinen Aufwärtungsbesuch in Bozen (eine Premiere der »Ära Sinowatz«) als »weiteres Zeichen der Verbundenheit der österreichischen Sozialisten mit Südtirol in seiner ganzen politischen Breite und Vielfalt« (zit. n. »Gaismair-Kalender 1986, S. 62).

**April '85:** Der SVP-Abgeordnete Franz Pahl tritt beim »Norddeutschen Forum« in Lüneburg auf. Generalthema »Deutsche

Frage — Deutsche Antworten« äußerte sich Pahl dahingehend, daß bei einem Erlahmen des Kampfes um die Deutsche Einheit automatisch auch Südtirol verloren sei.

**Mai '85:** KHD-Obmann Feldner spricht auf Einladung einer italienischen rechten Liste (Lista per Trieste) in Triest über die österreichische Minderheitenpolitik.

**Juli '85:** Großveranstaltung der »Deutschen Volksunion« in der Passauer Nibelungenhalle. Einer starken Südtiroler Abordnung folgt beim Einzug in die Halle eine Kärntner Delegation von ca. 40 Leuten aus dem Dunskreis der NPD.

**August '85:** Südtiroler Mitglieder der Jungen Generation der SVP und des Heimatpflegeverbandes weilen in Kärnten. Sie lassen sich vom Obmann des KHD Feldner über die »Problematik der Zweisprachigkeit und des Zusammenlebens zwischen Deutschkärntner und der slowenischen Minderheit« aufklären.

**Oktober '85:** Neben den üblichen »Traditions- und Abwehrkampffeiern« findet in Klagenfurt ein sog. »Kärntner Freiheitskommers« statt. Eine Einladung dazu erscheint im Neonazi-Blatt der NPD »Klartext«: »Aus Anlaß 70 Jahre Verteidigung der Südgrenze Kärntens und Tirols durch freiwillige Schützen und 65 Jahre Kärntner Abwehrkampf und Volksabstimmung. — Gemeinsame Veranstaltung der wehrhaften Studentenverbindungen mit dem Kärntner Abwehrkämpferverband, der Kameradschaft der freiwilligen Schützen, des Kärntner Heimatdienstes, des Österr. Turnerbundes und anderer Beteiligung großer Abordnungen aus Südtirol.« Der Bürgermeister von Klagenfurt Guggenberger (ÖVP) und die drei Parteiobermänner der Landtagsparteien Wagner (SPÖ), Knafl (ÖVP) und Halder (FPÖ) stellen sich für den »Ehrenschutz« dieser Veranstaltung zur Verfügung. Bundespräsident Kirchschräger schickt ein Grußtelegramm. Als Festredner fungiert Dir. Paul Rösch, SPÖ-Mitglied und Initiator der »Hilfsgemeinschaft Walter Reder«, Vorstandmitglied der »Ulrichsberggemeinschaft« (= Sammelbecken ehemaliger Kriegsteilnehmer und Waffen-SS-ler). Namens der Südtiroler Delegation ergriff wiederum der SVP-Abgeordnete Pahl das Wort, sekundiert vom Schützenmajor Jörg Pircher. Während der Rede Pahls entrollten die Südtiroler Schützenabordnungen Transparente, in denen sie die Heimkehr des Landes nach Österreich forderten. Der Südtirolterrorist und Chef der neofaschistischen NPD Norbert Burger befindet sich auch unter den Gästen. Für die Präsidentschaftskandidatur Dr. Scrinzis (der selbst an der Teilnahme verhindert war) werden Unterstützungserklärungen gesammelt. Der KHD-Obmann Feldner kritisiert in seiner Ansprache wieder einmal Wien, das den doch so berechtigten Anliegen der »benachteiligten« Deutschkärntner nicht nachkomme. Feldner wettet auch wieder gegen Wissenschaftler der Klagenfurter Universität, die sich als »Asphaltintellektuelle« mit den Slowenen und anderen Minderheiten solidarisieren statt mit den »Heimatreuen«. Diese Leute sollten sich am KHD ein Vorbild nehmen, da dieser für »einen biologisch reinen Lebensraum« eintrete.

**November '85:** Im offiziellen Parteiorgan der SVP, im Südtiroler »Volksboten« (Nr. 47, 21.11.1985) erscheint ein Artikel, der vorgibt, die »krasse Unkenntnis« der Südtiroler Landsleute über die Ziele und Aufgaben des »Kärntner Heimatdienstes« beseitigen zu wollen. Es stellt sich heraus, daß der Artikel die übliche Eigenlob-Hymne des KHD reproduziert. Viele Passagen sind wörtlich dem »Ruf der Heimat« entnommen. Gekrönt wird dieses Nachplappern mit der unverfrorenen Bemerkung: »Im Jänner dieses Jahres konnten sich übrigens auch die Mitglieder der Südtiroler Landesregierung, LR Dr. Zelger und LR Mayr, der Landespartei sekretär der SVP Dr. Bruno Hosp, sowie weitere Südtiroler Politiker anlässlich eines Besuches in Kärnten von der Integrität des KHD ein Bild machen.«

So schließt sich der Jahreskreis, der für die Demokratie in Österreich und für die Minderheit in Kärnten nur mehr wenige Lichtblicke zuläßt.





SPÖ präsentiert. Allen Richtungen soll entgegengekommen werden — Slowenen und Universität ausgenommen. Versprochen wird

- die Anstellung von 80 bis 100 neuen Lehrern ohne Zweisprachigkeitsprüfung,
- die Beibehaltung der gemeinsamen Schule, aber nur in den musikalischen Fächern, d.h. nur in einem Drittel des Unterrichts,
- den Elternwünschen nach der Formel »Jedem Kind den Unterricht, den sich die Eltern wünschen« zu genügen,
- die Verbesserung des deutschsprachigen Unterrichts »ohne den Slowenischunterricht zu beeinträchtigen«,
- eine rein organisatorische Maßnahme zur »Verfächerung« des Unterrichts zu setzen (ohne Bundesgesetze zu ändern),
- die Lösung durch einen Drei-Parteien-Konsens (oder alles beim Alten zu lassen, falls ein solcher nicht zustande kommt).

Die FPÖ Jörg Haider will nach wie vor die Schülertrennung nach sprachlich-ethnischen Gesichtspunkten. Das »Zusammensein unter einem Dach« soll künftighin schon »gemeinsame Schule« genannt werden. Der Wagner'schen Version des »Elternrechts« stimmt die FPÖ zu. Die Einstellung zusätzlicher deutschsprachiger Lehrer wird befürwortet, da mit diesen Lehrern die Schülertrennung besser durchgeführt werden könnte. Haider strebt die »große Lösung« an: Änderung des Bundesgesetzes.

Die ÖVP schließt sich in den meisten Punkten der FPÖ an. Eine »dauerhafte Lösung« soll durch eine Gesetzesänderung erreicht werden. Das »Elternrecht« müsse gewahrt bleiben und der gemeinsame Unterricht in einzelnen Gegenständen (Wagners Version). Ein kooperatives Assistenzlehrersystem (zwei Lehrer in einem Klassenzimmer) wird grundsätzlich abgelehnt, d.h., sollten »Assistenzlehrer« eingestellt werden, hätten diese in getrennten Schulklassen zu unterrichten (Haider's Version). Von allen drei Parteien wird abgelehnt, Schulversuche zur inneren Schulreform durchzuführen, obwohl dazu bereits praktikable Modelle von engagierten Lehrergruppen ausgearbeitet wurden. Solche Schulversuche, die auch von der Klagenfurter Universität und den Slowenischen Zentralorganisationen empfohlen wurden, werden einhellig abgelehnt, obwohl in solchen behutsamen und wissenschaftlich begleiteten Schritten im Sinne der österreichischen Schulreformtradition gegenwärtig die einzige Möglichkeit gesehen werden muß, den Konflikt problemgemessen und innovativ zu lösen.

Warum dieser Weg von den Kärntner Parteien nicht beschritten wird, läßt sich denken. Der Druck der deutschnationalen Kräfte und ihrer Organisationen ist zu groß. Die »Slowenen-

frage« (KHD-Diktion) soll rasch gelöst werden. Die Parteien fürchten einen sich über Jahre und Wahlperioden hin erstreckenden Volkssturmkampf — ohne allerdings zu sehen, daß die von ihnen selbst angepeilten »Lösungen« genau diesen Volksgruppenkampf institutionalisieren und in die Schulen ebenso wie in die Familien hineinbringen würden.

Ob die Verhandlungen auf Bundesebene etwas zur Rettung der gemeinsamen Schule und zur Verbesserung des zweisprachigen Unterrichts beitragen werden können, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die parteipolitischen Standpunkte in den Hintergrund treten und die Reformvorschläge der pädagogischen Fachleute in die Diskussion aufgenommen und berücksichtigt werden. Und daß im »Kärntner Heimatdienst« keine pädagogischen Kompetenzen beansprucht werden, dürfte den Bundespolitikern klarer sein als ihren Kollegen von der Kärntner Landesregierung, die immer noch glauben, die Apartheidpolitik des KHD konsensfähig machen zu müssen.

## Nachrede

Wie der »Kärntner Heimatdienst« den Österreichischen Staatsvertrag umdefiniert, damit für die Kärntner Slowenen Schulghettos gefordert werden können:

*»Weg mit dem seit 1959 geltenden Provisorium! Gebt den Angehörigen der slowenischen Minderheit eigene Schulen oder faßt sie in Klassen zusammen! Das fordert nämlich der Staatsvertrag.«*

»Ruf der Heimat« Nr. 61/1982

*»Wenn jedoch Einrichtungen, wie die Volksschulen in Südkärnten, die zu fast 90 Prozent von Angehörigen der Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung besucht werden, zu slowenischen Institutionen unfunktioniert werden (wie im Fall der VS Sittersdorf durch zweisprachige Türschilder! P.G.), dann ist Widerstand gerechtfertigt. Und ganz besonders dann, wenn sich die Slowenen weiterhin dagegen zur Wehr setzen, ihre Kinder in eigene slowenische Volksschulen bzw. -klassen zu schicken!«*

»Ruf der Heimat« Nr. 78/1985

# RUF DER HEIMAT

Die Zeitung mit Herz und Mut,  
von Kärntnern für Kärnten

Eigeninserat in der Nr. 78/1985

## Skolast-Beiträge zur Minderheitenserie

- »Nordirland ein Minderheitenproblem« von Barry MC LOUGHLIN, Skolast Nr. 1, März 83 (S. 25 — 26)
- »so corsu e ne so fieru« von Sampieru U CORSU, Skolast Nr. 2, April/Mai 83 (S. 20 — 23)
- »Palästina und wir« von John BUNZEL, Skolast Nr. 3, Juli 83 (S. 20 — 21)
- »Dreißig Millionen ohne Land« — Die heutige Lage der Kurden vom Kurdischen Studentenverein in Österreich, Skolast Nr. 1, Jänner 84 (S. 18 — 21)
- »Die Basken« von David CASAGRANDE, Skolast Nr. 2, April 84 (S. 36 — 38)
- »Die Slowenen in Kärnten« von Norbert SEHER, Skolast Nr. 4, Dezember 84/Jänner 85 (S. 24 — 29)

## Anmerkungen Kärnten

- 1) Aus: »Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung. Kärnten.« Sonderausgabe für die NSDAP, Berlin 1940.
- 2) Zit. n. »Verreibung und Widerstand 1924—1982«, Klagenfurt/Celovec, April 1982.
- 3) Aus: »Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung. Kärnten.« Berlin 1940, S. 61.

Günther Pallaver

## Der Fall des Partisanen Pircher

Der 40. Todestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde auch in Südtirol zum Anlaß genommen, über die Vergangenheit nachzudenken. Aber der Landtag gedachte weniger all jener, die sich gegen das NS-Regime stellten und die durch ihr eigenes Opfer einen Beitrag zur Befreiung von Diktatur und Menschenhaß geleistet haben, sondern schlicht und einfach des Endes des Zweiten Weltkrieges, so, als ob dieser Krieg mit seinen 55 Millionen Toten nichts anderes als eines der vielen »Völkerringen« gewesen wäre, dem die Geschichte der Menschheit seit jeher ausgeliefert zu sein scheint. Was allerdings der Nationalsozialismus war, welche menschenverachtende Ideologie er vertrat, seine fabrikmäßige Liquidierung sogenannten »unwerten Lebens« und »rassisch Minderwertiger«, all das kam, wenn überhaupt, nur am Rande zur Sprache.

Daß bei all dieser Geschichtsverkürzung ein weiteres Kapitel der Zeit seit jeher unter den Teppich gekehrt wird, darüber braucht man sich nicht mehr zu wundern. Wer heute über die Partisanen in Südtirol spricht, die gegen das NS-Regime gekämpft haben, der kann immer noch vielfach hören, daß sie dem eigenen Vaterland in den Rücken gefallen seien und ihren Eid auf den Führer gebrochen, ja die heilige Pflicht der Heimatverteidigung unterlassen hätten, so, als ob für die Südtiroler in Stalingrad ein deutscher Schrebergarten zu verteidigen gewesen wäre. Daß in einem solchen Klima der bewaffnete Flügel der Südtiroler Widerstandsbewegung »Andreas-Hofer-Bund« mit Hans Egarter an der Spitze auch heute noch gerne aus dem kollektiven Gedächtnis verbannt wird, hängt allerdings noch mit anderen Fakten zusammen.

Nachdem 1945 die Südtiroler Volkspartei von einer Gruppe von Nazigegnern gegründet worden war, hatte Kanonikus Michael Gamper alsbald die Parole ausgegeben, die Gräben zwischen den Südtirolern zu schließen, um gemeinsam Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu erreichen. So konnten sich in den Reihen der Volkspartei bald wieder alle vereinigen: Dabeiber, Optanten, Antifaschisten und Nazis. Daß dabei die Egarter-Gruppe, die von den Angloamerikanern in ihre Dienste genommen wurde, um versteckte Nazis ausfindig zu machen, unter den neuen Gegebenheiten fehl am Platze war, darüber bestand kein Zweifel. Die Egarter-Gruppe wurde gesellschaftlich geächtet, ausgeschaltet, von Partisanen und Widerstand gegen Nazismus sprach bald niemand mehr, die Tageszeitung »Doiorniten« bagatelisierte die Nazigreuel und legte den Finger auf die Faschismuswunde — der »Alto Adige« tat genau das Umgekehrte.

Bereits 1946/47 wurden drei Mitglieder der Partisanen-Gruppe

von Carabinieri unter mehr als mysteriösen Umständen erschossen. Aufgrund einer unheilvollen Allianz zwischen Ex-Faschisten und Ex-Nazis wurden im Jahre 1951 19 Mitglieder der Egarter-Gruppe verschiedener strafbarer Handlungen angeklagt. Auf der Anklagebank saß aber letztendlich der antifaschistische Widerstand, auch wenn über die Ermordung eines Offiziers der Wehrmacht verhandelt wurde. 1952 wurden alle freigesprochen. Zwei der Angeklagten, Franz Pixner und Hans Pircher, legten Rekurs ein, weil sie lediglich aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden waren. Doch Hans Pircher wurde vom Appellationsgerichtshof in Trient zu 30 Jahren Haft verurteilt, wie auch andere ehemalige Südtiroler Partisanen zu hohen Strafen verdonnert wurden. Die Urteils-Begründung, — und das ist aufschlußreich —, stützte sich dabei auf die Unvereinbarkeit von Option für das Deutsche Reich und antinazistischem Widerstand. Das war 1953, mitten im Kalten Krieg.

Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß der inhaftierte Hans Pircher 1975 die Bekanntschaft des Rechtsanwalts und Ex-Partisanen Giambattista Lazagna machte, der den ganzen Fall wiederaufrollte. In der Zwischenzeit hatte Pircher — seit 1966 — mehrere Gefängnisse kennengelernt, bis er endlich 1975 vom Staatspräsidenten begnadigt wurde.

Der »Fall des Partisanen Pircher« steht stellvertretend für das gesamte politische Klima, das sich um die Diskussion von Widerstand gegen den Nationalsozialismus und Faschismus in Südtirol gebildet und das sich letztendlich bis heute über die Zeit herübergerettet hat.

Daß der Südtiroler Widerstand auch von italienischer Seite bereits bald nach dem Krieg negativ besetzt wurde, hat vielerlei Gründe, die alle auf Zeit der politischen Restauration und der Refaschisierung wesentlicher Teile der Politik und Ökonomie deuten, wie sich dies bereits bei den Arbeiten um die neue italienische Verfassung in der Costituente niederschlug. Die anti-kommunistischen Kreuzzüge, die schon auf die Eskalation des Kalten Krieges hinwiesen, als bei den ersten Nachkriegswahlen in Italien das Gespenst der Bolschewisierung des Westens an die Wand gemalt wurde, erfaßten damals auch die besondere von Kommunisten und Sozialisten dominierte italienische »Resistenza«. Daß der Südtiroler Widerstand doppelt angefeindet wurde, ergab sich aus dem Umstand, daß er erstens nicht national gewesen war, und daß er sich für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler ausgesprochen hatte. In diesem Sinne ist das Urteil des Appellationsgerichtes von Trient aus dem Jahre 1954 ein Niederschlag der damaligen politischen (Un)Kultur.

Aber auch innerhalb der eigenen Bevölkerung, besonders nach



der Etablierung alter Nazi-Größen innerhalb des neuen politischen Lebens von Südtirol, bekam die Egarer-Gruppe sehr bald den neuen Wind zu spüren, der im Gegensatz zum oft zitierten »vento dal nord« nicht auf Erneuerung, sondern auf politische Restauration ausgerichtet war. Die gute Zusammenarbeit zwischen SVP und DC im Regionalrat aber auch auf Staatsebene hatte für eine antinazistische und antifaschistische demokratische Partisanenbewegung keinen Platz; so stimmte die Volkspartei im Jahre 1953 für die sogenannte »legge truffa«, das Betrugsgesetz, das vorsah, jener Partei oder Listenkoalition die absolute Mehrheit im italienischen Parlament einzuräumen, die bei den Wahlen eine Stimme mehr als 50 Prozent erhalten sollte, ebenso deckte die SVP in jenen Jahren die mit faschistischer Unterstützung durchgeführten Polizeiaktionen, die vorwiegend gegen die werktätige Bevölkerung gerichtet waren.

Aber auch mit der Änderung des politischen Klimas in Italien zur Zeit der neuen Mitte-Links-Formel kam es in der Südtiroler Gesellschaft zu keiner politischen Öffnung.

Wie sehr dieses Kapitel Südtiroler Geschichte noch mit aufgestauten Emotionen beladen ist, hat besonders deutlich die Diskussion um die Aussagen Reinhold Messners zur Optantenfrage gezeigt, der die Optanten als »Heimatverräter« bezeichnet hat. Ebenso wie die ablehnende Kritik der Tageszeitung »Dolomiten« am Buch des Jesuiten Reinhard Isolacker über Josef Mayr-Nusser, dem von den Nazis ermordeten ehemaligen Leiter der katholischen Jugend, der den Eid auf Hitler nicht schwören wollte. Die Kritik der Tageszeitung, die meinte, das Buch würde nur alte Wunden aufreißen, dokumentiert den mangelnden Willen, der unbequemen Vergangenheit ihren Platz einzuräumen.

Dasselbe gilt mit einigen Schwerpunktverschiebungen auch für Nordtirol, wo bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Befreiung die Landeshauptstadt Innsbruck eine Festschrift publizierte, in der von einer Besatzungszeit zwischen 1938 — 1955 zu lesen war, und somit Nationalsozialismus und Besatzungszeit der Alliierten in einen Topf geworfen wurde. Und in Südtirol sprechen die offiziellen Vertreter der beiden Sprach-

gruppen beim Thema Widerstand nach wie vor aneinander vorbei. Während die Italiener in unserem Land unter Widerstand hauptsächlich an die Zeit zwischen 1943 — 45 denken, also an die Zeit der Operationszone Alpenvorland unter nazistischer Herrschaft, identifizieren die Südtiroler mit Widerstand hauptsächlich den Kampf gegen faschistische Repressionen.

Die gesamte Psychologie der Verdrängung findet im Fall des Partisanen Pircher ihren symptomatischen Ausdruck. Dieser Fall kann als äußerst bedauerliches Paradebeispiel gelten, und stellt insofern auch die Kehrseite der offiziellen Südtiroler Geschichte dar. Hier paart sich »die Unfähigkeit zu trauern ... mit der Unfähigkeit zu lernen« wie Alexander Langer in seinem Vorwort über die Geschichte Hans Pirchers schreibt.

1975 hat Giambattista Lazagna »Il caso del partigiano Pircher« (Verlag La pietra, Mailand) veröffentlicht. Zur gleichen Zeit erschien als Broschüre auch eine gekürzte deutsche Übersetzung, die vom »Komitee für die Befreiung von Johann Pircher« in Bozen herausgegeben wurde. Diese Übersetzung ist schon lange vergriffen, so daß sich die »Aktionsgemeinschaft Antifaschismus« (getragen von Organisationen wie der Alternativen Liste Innsbruck, der Gesellschaft für Politische Aufklärung, Michael-Gaismaier-Gesellschaft, Südtiroler Hochschülerschaft/Hochschulgruppe Innsbruck, Bewegung für ein anderes Tirol usw.) entschloß, zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Nazifaschismus diese Broschüre neu auf den Markt zu bringen. Alexander Langer hat, wie bereits erwähnt, dazu ein Vorwort geschrieben, Gerhard Fritz zeichnet als Übersetzer. Der umfangreiche Anhang der italienischen Ausgabe, vor allem der juristische Dokumententeil, wurde weggelassen. Der »Fall des Partisanen Pircher« ist ein Stück Geschichte wider die Einäugigkeit. Man sollte das Buch mit offenen Augen lesen.

**Giambattista Lazagna: Der Fall des Partisanen Pircher. Ein Südtiroler Schicksal. Mit einem Vorwort von Alexander Langer. Innsbruck 1985. L. 2550 (erhältlich im SH-Büro, Waltherhaus Bozen).**

# Vorbilder für die Jugend

## Eine bedeutende Persönlichkeit Tirols?

Vor 5 Jahren wurde in Bozen das Realgymnasium »Raimund v. Klebelsberg« eingeweiht. Anlässlich der Einweihung wurde eine Festschrift herausgegeben, in der auch auf die Persönlichkeit Klebelsbergs und auf die Gründe eingegangen wird, die zur Benennung der Schule geführt haben.

Im Kapitel, das mit »Univ.-Prof. Dr. Raimund von Klebelsberg, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten Tirols« überschrieben ist, heißt es:

*»Raimund v. Klebelsberg war nicht nur Forscher, sondern wirkte auch als akademischer Lehrer und als Rektor seiner Universität auf zahlreiche Schüler, die heute zum Teil wiederum Lehrkanzeln bekleiden. Er war als väterlicher Helfer vieler Studenten und junger Gelehrter bekannt. Am 6. Juni 1967 starb in Innsbruck der Mann, der in der Wissenschaft in diesem Jahrhundert mit zu den bedeutendsten und fruchtbarsten gezählt werden muß. Neben anderen Großen Tirols wurde Raimund v. Klebelsberg auf dem Friedhof von Mühlau ober Innsbruck zur Ruhe gebettet. Das inhaltsreiche Leben des Innsbrucker Universitätsprofessors und Rektors gehört nun der Geschichte an, sein vielseitiges Lebenswerk bildet die Basis für weitere geologische und heimatkundliche Forschungen. Diese keineswegs mehr als andeutende Darstellung dessen, was Raimund v. Klebelsberg als Forscher und Lehrer getan hat, mag auch verständlich machen, warum unser Realgymnasium nach ihm benannt worden ist. Klebelsberg gehört nicht nur zu den bedeutendsten Persönlichkeiten Tirols; er kann auch uns Lehrern und der studierenden Jugend ein Vorbild sein.«<sup>1)</sup>*

Daß diese Darstellung in einer anderen Weise wie es der Verfasser meinte, »andeutend« ist und daß bestimmte Begebenheiten aus dem Leben Klebelsbergs bewußt oder unbewußt ausgeklammert wurden, dürfte spätestens seit dem Artikel L. Steurers in den Sturzflügen 15/16<sup>2)</sup> feststehen. Steurer gelingt es, nicht nur die antisemitischen Tendenzen Klebelsbergs deutlich darzustellen, sondern auch anhand von Fakten und Dokumenten die politische Vergangenheit dieses so »genialen Wissenschaftlers« aufzudecken.

## Beschnittene Vergangenheit

Klebelsberg war 1934 zum 1. Vorsitzenden des »Deutschen und Österreichischen Alpenvereines« (DÖAV) gewählt worden, der als »Sammelbecken für Nazis und NS-Sympathisanten zu einem wichtigen Verein geworden war, der die Annexion des Jahres 1938 mit vorbereitete.«<sup>3)</sup> Diese Tatsache und auch Klebelsbergs politische Einstellung kommt si-

cherlich in einer offiziellen Erklärung<sup>4)</sup> des DÖAV anlässlich des vollzogenen Anschlusses am 1. April 1938 und der bevorstehenden Volksabstimmung vom 10. April am besten zum Ausdruck:

*»Was die Bergsteiger im Deutschen und Österreichischen Alpenverein jahrzehntelang vergeblich ersehnt — ist erfüllt! Der Traum der deutschen Einheit ist Tat geworden! Im Jubel eines 75-Millionen-Volkes empfinden wir vom D.Ö.A.V. solch Glückgefühl um so herzlicher, je schmerzlicher gerade an der Zwietracht gelitten haben. ... ( ) ... Heute sind wir nach langem Aufstieg am Ziel der völkischen Einigung! Mit heißem Dank an den Führer stehen wir einsatzbereit zu weiterem Wirken mit eisernem Willen nach Bergsteigerart.*

*Am 10. April gilt für alle die stolze Losung:*

*Mit dem Führer für Großdeutschland!*

*für den Hauptausschuß: für den Verwaltungsausschuß:  
R. v. Klebelsberg, Innsbruck P. Dinkelacker, Stuttgart  
1. Vorsitzender 2. Vorsitzender*

Nach dem »Anschluß« suchte Klebelsberg bereits im Mai 1938 zum Parteieintritt in die NSDAP an. In seinen Memoiren<sup>5)</sup> versucht Klebelsberg dann, den Parteieintritt so hinzustellen, als wäre dieser nicht von ihm gewollt, sondern am ihn herangetragen worden. Er erinnert sich nur mehr, irgendwann eine Mitgliedsnummer bekommen zu haben, die »irgendwo zwischen 6200000 und 6500000 gelegen haben müsse.«<sup>6)</sup>

In Wirklichkeit war Klebelsberg bereits am 4.1.1932 aus dem Rotary-Club ausgetreten, da sich die Zugehörigkeit zu einer internationalen und pazifistisch gesinnten logenähnlichen Vereinigung und die Mitgliedschaft in der NSDAP nicht vereinbaren ließen. Im »Personalfragebogen zum Antragschein auf Ausstellung einer vorläufigen Mitgliedschaft in der NSDAP« gibt Klebelsberg diesen Austritt dann auch an; weiters führt er als besondere Verdienste für die Partei an:

*»Fallweise Geldunterstützungen an bedrängte N.S., fallweise Geldunterstützungen für Winterhilfs- und Weihnachtssammlungen, Rektorat 1933/34; Eintreten für verhaftete oder von Maßregelungen betroffene oder bedrohte N.S.-Studenten, Assistenten, Professoren, 1933-38 Unterstützung und Förderung zahlreicher junger N.S.-Wissenschaftler in ganz Österreich durch Vermittlung von Geldbeihilfen für wissenschaftliche Arbeiten und Veröffentlichungen.«<sup>7)</sup>* Klebelsberg wurde die Mitgliedschaft in der NSDAP vorerst zwar verweigert, doch keineswegs wegen »mangelnder politischer Zuverlässigkeit« (die war hundertprozentig gegeben — siehe Reproduktion), sondern wegen seiner ehemaligen Zugehörigkeit zum Rotary-Club. 1941 wurde Klebelsberg dann als ordentliches Mitglied in die NSDAP aufgenommen.

## Tradition in der »braunen« Schulnamensgebung

Daß 40 Jahre danach dieser Mann als Vorbild für die Jugend hingestellt wird und nach ihm auch noch eine Schule benannt wird, klingt zwar unglaublich, ist aber keineswegs ein Präzedenzfall für Südtirol. Denn die Benennung von Schulen nach »Persönlichkeiten mit brauner Vergangenheit« hat in Südtirol eine lange und ungebrochene Tradition. Einige Beispiele:

— Mittelschule J. Wenter in Meran; J. Wenter war Mitglied der NSDAP

— Mittelschule J. v. Aufschnaiter; J.v. Aufschnaiter war Angehöriger der SS<sup>8)</sup>

— Im Ahrntal soll schon seit längerem eine Schule nach dem »Blut und Boden«-Dichter J. Oberkofler benannt werden.

Für die Schulnamensgebung gibt es in Südtirol 2 ungeschriebene Gesetze:

— sie ist tirolzentriert: d.h. es kommen nur Persönlichkeiten aus dem Tiroler Raum in Frage (einzige Ausnahme F. Kafka-Schule / Meran & auch Kafka hat zu Südtirol bzw. zu Meran Bezug)

— sie ist ideologisch nach »links« stark abgegrenzt (während sie nach »rechts« hin offen ist): d.h. »links-verdächtige« Persönlichkeiten kommen nicht in Frage (z.B. Gaismair).

Männer vom Schlage eines Klebelsbergs, Aufschnaiters oder Oberkoflers erfüllen diese Voraussetzungen hundertprozentig. Es ist in Südtirol (erschütternde) Realität, daß Schulen nach NSDAP-Mitgliedern, SS-Angehörigen oder Blut und Boden-Dichtern benannt werden. Genauso wie es Realität ist, daß es 40 Jahre brauchte, bis ein Josef Mayr-Nusser ins offizielle Südtiroler Geschichtsbild paßte. Als man vor wenigen Jahren eine Schule nach ihm benannte, kam es zu heftigen Polemiken. Wahrscheinlich sind Männer à la Klebelsberg besser geeignet als Vorbild für die Jugend hingestellt zu werden, als ein Josef Mayr-Nusser!

Daß man über all diese Tatsachen in den zuständigen Stellen jetzt den Mantel der Unwissenheit stülpt, scheint mir nicht nur symptomatisch für Südtirol (man kann sich auch damit trösten, daß es in anderen Ländern Männer wie Klebelsberg, sogar bis zum Präsidentschaftskandidaten schaffen), sondern zeigt wieder einmal, wie es in einem Land, in dem die Wörter »Geschichtsbewußtsein« und »Vergangenheitsbewältigung« nur all zu oft in den Mund genommen werden, mit diesen in Wirklichkeit steht.

11. Juni 1941

14. 6. 41

KvA Schn/III/7g.  
VI/41,  
K/Sr/III

Aufnahme in die NSDAP; hier:  
Vv. Dr. Raimund v. Klebelsberg,  
geb. 14.12.08, wohn. Innsbruck,  
Schillerstr. 13.  
Mitgliedsnummer 6 296 196

An den  
Gemeindeführer des Gau-  
Innsbruck-Vorarlberg der NSDAP,  
Gertr. Hermann, Heuener

Innsbruck

In Erledigung Ihrer Zuschrift vom 19.III.1941, womit Sie der Reichsleitung den Erfassungstrag des Obgenannten, sowie einen inzwischen gefaßten Aufnahme-Beschluss des Kreisgerichtes Innsbruck vom 4.10.1940 (Akt.Z.: 257/30) in Vorlage brachten, führe ich folgendes aus:

Raimund v. Klebelsberg welcher bei der Reichsleitung hieher nicht zur Anmeldung kam, erfüllt die Voraussetzung im Zuge der Erfassungaktion.

Der Benannte wird daher nach der geltenden Bestimmung unter der im Betreff angeführten Mitgliedsnummer zum 1. Juli 1941 bei Zuteilung zur Ortsgruppe Innsbruck (Tirol-Vorarlberg) mit der Anschrift: Innsbruck, Schillerstr. 13 in die NSDAP aufgenommen.

Die in der Anlage befindliche Mitgliedskarte wolle dem Obigen unter Hinweis auf die bestehenden Leitverschriften und nach Regelung der Beitragszahlung ausgehändigt werden.

Um entsprechende Sprünzung der dortigen Gau- und Ortsgruppenkartei wird gebeten.

Heil Hitler!  
I. A.

Anlage:

1 Mitgliedskarte

### Anmerkungen:

- 1) In: »Festschrift zur Einweihung des Realgymnasiums Bozen«, Bozen 1981, S. 5f.
- 2) Leopold Steurer, »Undeutsch und jüdisch«. Streiflichter zum Antisemitismus in Tirol, in: »Die Geschichte der Juden in Tirol«, Sturzflüge 15/16, Bozen 1986
- 3) ebenda, S. 54
- 4) in Zeitschrift des »Deutschen und Österreichischen Alpenvereins« vom 1. April 1938
- 5) Klebelsberg Raimund von, »Innsbrucker Erinnerungen 1902 — 1952«, Schlern-Schriften 100, Innsbruck 1953
- 6) ebenda
- 7) Personalakte Raimund v. Klebelsberg (Berlin, Document Center)
- 8) SS-Akte J.v. Aufschnaiters (Berlin, Document Center)

# Als ob es Siege gäbe, wenn die Menschen sterben

## Einspruch gegen die Doktrin der atomaren Abschreckung aus philosophischer Sicht

*Die Philosophie hat es seit jeher mit den »letzten Fragen« zu tun. Die Frage »Warum Krieg?« könnte buchstäblich die letzte sein, die sich ihr stellt.*

Die Akzeptanz, die bis vor nicht allzu langer Zeit — wohl mehr durch Gedankenlosigkeit als durch reflektierte Überzeugung — für die atomare Abschreckungsdoktrin gegolten hat, ist weltweit im Schwinden begriffen. Die Argumente, die diesen Bewußtseinswandel auf breiter Basis bewirkt haben, sind weithin bekannt und bedürfen keiner weiteren Erwähnung. Ich möchte diesen Argumenten Überlegungen hinzufügen, die die *Unhaltbarkeit* der atomaren Abschreckungsdoktrin weiter erhärten sollen, und zwar sowohl was deren *sachliche Strenge* betrifft, als auch was deren *ethische Berechtigung* anlangt. Der letztere der genannten Punkte scheint mir dabei von besonderer Bedeutung zu sein.

Was zugunsten der atomaren Abschreckungsdoktrin von ihren Befürwortern in erster Linie ins Treffen geführt wird, ist bekanntlich ihre angeblich friedenssichernde Leistung. Es war — so das Argument — das Gleichgewicht des Schreckens, dem wir den Frieden seit dem Ende des 2. Weltkriegs zu verdanken hätten; es war die wechselseitige Androhung eines 3. Weltkriegs, die den Ausbruch dieses 3. Weltkriegs bis zur Stunde verhindert habe. Die Schlußfolgerung, die daraus gezogen wird, lautet, daß auch für die Zukunft der Frieden nur durch die Aufrechterhaltung der atomaren Abschreckungspolitik gesichert werden kann.

Mein Einspruch richtet sich gegen die *erschlichene empirische Bestätigung* der atomaren Abschreckungsdoktrin, aus der ihre friedenssichernde Leistung für die Zukunft hergeleitet wird. Tatsache ist, daß der seit Beginn der Ära des Kalten Krieges von den Supermächten wechselseitig angedrohte Krieg bis zur Stunde nicht zum Ausbruch gekommen ist. Tatsache ist ebenso, daß während dieser Zeit beide Supermächte auf dem Boden der atomaren Abschreckungsdoktrin dieser beiden Tatsachen die Überzeugung schöpften, daß die eine Tatsache — das Nichtausbrechen des Krieges — durch die andere — das Bestehen der wechselseitigen atomaren Vernichtungsandrohung — verursacht sei, heißt, eine vorliegende *Parallelität mit Kausalität zu verwechseln*. Zwar kann nicht ausgeschlossen werden, daß das Gleichgewicht des Schreckens den Ausbruch des 3. Weltkriegs bis zur Stunde

ursächlich verhindert habe; weil dafür aber ebensogut andere Gründe maßgeblich oder zumindest mitbestimmend gewesen sein können, hat der von den Vertretern der Abschreckungsdoktrin geltend gemachte Grund für den bislang nicht erfolgten Ausbruch des angedrohten Krieges lediglich den Charakter einer möglichen Ursache. Eine mögliche Ursache als die tatsächlich bestimmende auszugeben aber ist nach den Spielregeln eines logisch korrekten Denkens unzulässig.

Die *grundsätzliche Unbestätigbarkeit* der Behauptung, daß der Friede seit 1945 durch die Politik der militärischen Abschreckung erzielt worden sei, macht deutlich, daß die atomare Abschreckungsdoktrin über *keine empirische Absicherung* verfügt. Die Versicherung der Befürworter der Abschreckungsdoktrin, daß auf Grund der gemachten Erfahrung die Abschreckung auch in Zukunft den Frieden sichern werde, ist haltlos, weil sich die Schlußfolgerung auf Prämissen stützt, deren Richtigkeit selbst in Zweifel steht.

Die grundsätzliche Unbestätigbarkeit, die ich bezüglich des empirischen Fundaments der Abschreckungsdoktrin konstatiert habe, gilt freilich ebenso für die gegenteilige Behauptung, daß der Frieden seit 1945 nicht durch atomare Abschreckung verursacht sei. Ist der Gegensatz zwischen den genannten Standpunkten im strengen Sinn auch nicht entscheidbar, so spricht die historische Erfahrung doch zugunsten der Vermutung, daß militärische Drohpolitik eher kriegsinduzierend als kriegsverhindernd wirkt. Das immer wieder mit gemeingefährlicher Leichtsinnigkeit in Umlauf gesetzte »si vis pacem, para bellum« hat in der Geschichte mehr Widerlegung als Bestätigung erfahren.

Das Konzept »Frieden durch Abschreckung« wäre freilich auch dann als eine *contradictio in adjecto* anzuziehen, wenn der »Frieden« seit 1945 nachweislich dem Konto der Abschreckungsdoktrin gutzuschreiben wäre, — und zwar aus den folgenden Gründen:

(a) In permanenter Kriegsangst leben zu müssen stellt eine schwere psychische Lebensbeeinträchtigung dar. Wie unter diesen Auspizien ein *befriedetes* Dasein möglich sein soll, ist nicht vorstellbar.

(b) Militärische Hochrüstung tötet bereits im Frieden, und zwar einmal durch die ihr innewohnende strukturelle Ge-

walt (ein Bruchteil der Rüstungsausgaben wäre ausreichend, um Hunger und Seuchen in den Ländern der Dritten Welt zu beseitigen), zum zweiten durch die bei Atombombentests (rund 1400 seit 1945!) freiwerdende Radioaktivität. Selbst bei unterirdischen Explosionen gelangen noch jedesmal 10% der Radioaktivität in die Atmosphäre, die auf uns niedergeht. Obwohl erst in der Phase seiner Vorbereitung, fordert der Atomkrieg schleichend und unauffällig, aber darum nicht weniger gräßlich und verbrecherisch, seine Opfer.

(c) Die in etwa 145 lokal begrenzten Kriege mit ihren vielen Millionen Toten, die seit Ende des 2. Weltkriegs ausgetragen wurden, waren zu einem nicht geringen Teil Stellvertreterkriege, in denen sich die Spannungen zwischen den Supermächten ein Ventil gesucht haben und die als willkommene Gelegenheit zur Erprobung von Waffensystemen gedient haben. Diese Stellvertreterkriege müssen in ihrem *inneren Konnex zur Abschreckungsdoktrin* gesehen werden.

(d) Die auf unaufhaltsam progredierend Hochrüstung basierende militärische Abschreckungspolitik produziert zunehmend Unsicherheit und bringt uns der Gefahr eines Atomkriegs augenscheinlich näher, — zum mindesten der Gefahr eines Atomkriegs aus Versehen, der wir bekanntlich nicht erste einmal ins Auge gesehen haben. Die kurze Flugzeit der sich neuerdings in Europa gegenüberstehenden Waffensysteme hat diese Gefahr noch beträchtlich verschärft, da bei einem durch Fehlalarm ausgelösten Raketenabschuß kaum mehr Gelegenheit besteht, den Atomschlag durch Aufklärung des Sachverhalts abzuwenden.

Alles zusammengenommen besteht somit keine ernsthafte Berechtigung, diese durch die Abschreckungspolitik bewirkte Lage als Frieden zu bezeichnen, sofern das Wort »Frieden« noch einen *veritablen Sinn* haben soll. Frieden nämlich ist — wie bereits Kant in seiner Schrift »Vom ewigen Frieden« statuiert hat — *mehr als bloß der Aufschub der angedrohten Kampfhandlungen*. Weil das Konzept der Abschreckung nicht mehr zu leisten vermag, als im besten Fall durch fortgesetzte Androhung des »heißen« Krieges die Gegnerschaft auf die Eskalationsstufe des Kalten Krieges festzuschreiben, ist es ein zynischer Euphemismus, den Zustand einer permanenten militärischen Konfrontation als Frieden auszugeben. George Orwells »Zwischen« ist bittere Wirklichkeit geworden.

Nach diesen — gegen die sachliche Triftigkeit der atomaren Abschreckungsdoktrin gerichteten — Bedenken ist nach ihrer *ethischen Berechtigung* zu fragen. Es wird sich zeigen, daß bereits in der atomaren Abschreckungskonzeption als solcher *gravierende Verstöße gegen moralische Grundregeln* vorliegen. Daß diese anhaltende massive Verletzung von ethischen Prinzipien bislang nicht in dem Maße bewußt geworden ist, wie es der Unerhörtheit des Tatbestands angemessen wäre, liegt in der Hauptsache wohl daran, daß die Sphäre des Militärischen in der Gesellschaft eine weitgehend tabuisierte und der öffentlichen Diskussion entzogene Enklave darstellt, — und zwar nicht nur in totalitären Systemen, sondern auch in liberalen, in denen die kritische Einmischung des Bürgers in militärpolitische Belange zumindest nicht in dem Maße zugelassen wird, wie es dem liberalen Institutionenverständnis entspräche. Die zentrale Forderung des Liberalismus, alle gesellschaftlichen Einrichtungen einer andauernden rationalen Legitimationsprüfung zu unterwerfen, macht vor dem Kasernenort Halt. Oder um es sprichwörtlich zu sagen: Wo die Fahne flattert, ist der Verstand in der Trompete.

Die — militärischen wie zivilen — Befürworter der atomaren Abschreckung sind sich im allgemeinen darüber im klaren, daß ein mit Atomwaffen geführter 3. Weltkrieg aller Voraussicht nach ein Krieg ohne Sieger sein würde, weil unter der Bedingung der gegenseitig gesicherten Zerstörung (atomarer overkill) die Vernichtung des Gegners nur um den

Preis der Selbsterstörung zu haben ist. Was angesichts dieses Wissens die Befürworter der atomaren Abschreckung dazu veranlaßt, sich zu einer Verteidigungskonzeption zu bekennen, die im eigentlichen Sinn keine mehr ist, da sie die Zerstörung dessen einschließt, was verteidigt werden soll, ist in letzter Instanz die Überzeugung, daß die Selbstvernichtung der Vereinnahmung durch den Gegner vorzuziehen wäre. In der Entschlossenheit, lieber unterzugehen als sich dem Gegner zu unterwerfen, hat die atomare Abschreckungsdoktrin — immer unter der gegebenen Bedingung der gegenseitigen gesicherten Zerstörung — ihre äußerste und konsequenteste Bekräftigung. Diese Entschlossenheit bekundet sich — je nach ideologischer Blickrichtung — in den bekannten Formeln »lieber tot als rot« beziehungsweise »lieber tot als kapitalistisch«. Wo dieser Kalkül *verteidigungspolitische Anwendung* findet und vom Staat zur Grundlage seiner militärischen Handlungsentscheidung erklärt wird — wie es verschiedenen Verlautbarungen zufolge bei den führenden Atommächten und ihren Vasallen tatsächlich der Fall zu sein scheint — ist der Punkt gegeben, an dem sich schwerwiegende moralische Bedenken einstellen.

Zunächst einmal wird man einräumen müssen, daß es nicht selbstverständlich ist, der Formel »lieber rot als tot« beziehungsweise »lieber kapitalistisch als tot« gegenüber der Formel »lieber rot als rot« beziehungsweise »lieber tot als kapitalistisch« den Vorzug zu geben. Die in den *Bremer Stadtmusikanten* vom Esel an den Hahn gerichtete Aufforderung: »zieh lieber mit uns fort, etwas Besseres als den Tod findest du überall« spricht eine Überzeugung aus, die weniger mit allgemeiner Zustimmung rechnen darf, als es zunächst den Anschein haben mag. Das Leben ist tatsächlich »der Güter höchstes nicht«, (Schiller) und es ist ohne weiteres denkbar, daß es für jemanden zu einem bestimmt gearteten Leben keine andere Alternative geben kann als das Nichtsein. So weit, so gut.

Die *politische Philosophie der Neuzeit* hat bekanntlich die Forderung, daß das soziale Miteinander auf das Prinzip der freien Entscheidungsbefugnis der Individuen gegründet sein soll, aus der moralischen Grundüberzeugung hergeleitet, daß *jeder Mensch ursprünglicher Eigentümer seiner selbst* ist und daß ihm folglich ein unverzichtbares Recht zukommt, über seine Daseinsbelange nach eigener Vorstellung zu entscheiden. Weil dieses Recht für jedermann gilt, besagt das Autonomiepostulat in negativer Wendung, daß niemandem das Recht auf Handlungen zukommt, die die individuelle Entscheidungsbefugnis übersteigen und das Selbstverfügungsrecht anderer Menschen einschränken oder gar zunichte machen würden.

Auf die Frage nach der ethischen Berechtigung der atomaren Abschreckungsdoktrin bezogen bedeutet dies: Wer sich für das Totsein vor dem Rotsein beziehungsweise für das Totsein vor dem Kapitalistischsein entscheiden will, ist deshalb noch lange nicht berechtigt, eine Verteidigungskonzeption gutzuheißen, die mit der Vernichtung des Gegners auch die Möglichkeit der kollektiven Selbstvernichtung und damit die Exstirpation der Menschheit als Ganze in Kauf nimmt. Wer dies tut, macht seine individuelle Präferenz zu einem allgemeinen Diktat, wodurch das Selbstbestimmungsrecht derjenigen Menschen, die für die andere Entscheidung optieren, gröblich mißachtet wird. Es geht nicht an, das Leben anderer Menschen — das ihnen gehört und niemandem sonst! — an die eigene Entscheidung zu koppeln und mit dem selbstgewählten Sprung in den Abgrund alle anderen mitzureißen. Die *Schlußfolgerung*, die daraus zu ziehen ist, lautet im Klartext: Wer lieber tot als rot beziehungsweise lieber tot als kapitalistisch sein will, kann das *für sich* mit gutem Recht sein. Die Entscheidung hat sich aber strikt auf die *individuelle Sphäre* zu beschränken; das heißt, sie ist im Bedarfsfall durch *Suizid* zu vollziehen.

Was diesbezüglich auf *horizontaler Ebene*, das heißt inner-

halb der Generationen der lebenden Menschen gilt, gilt auch *vertikal* in der Generationenfolge. Der sogenannte »*Generationenvertrag*«, der das moralische Rechtsverhältnis zwischen den Generationen regelt (der künftigen mit eingeschlossen), beinhaltet im wesentlichen die Forderung, den nachfolgenden Generationen uneingeschränkte Lebensbedingungen zu hinterlassen und ihnen dadurch ihr Recht auf Selbstbestimmung zu sichern. Eine jede Generation muß neu zum Spiel zugelassen werden. Die ökologische Zerstörung von Natur und Umwelt stellt im Licht dieser ethischen Betrachtungsweise eine schwerwiegende Verletzung des Generationenvertrags dar. Aber die in der atomaren Abschreckungsdoktrin implizierte Bereitschaft, mit dem Leben der jetzigen Generation das aller künftigen Generationen zu tilgen, ist die *Aufkündigung des Generationenvertrags* selbst, — die Absage an das Lebensrecht der Nachgeborenen.

Mit der atomaren Abschreckungsdoktrin ist der *Nihilismus* — denn genau darum handelt es sich! — zur Staatsraison erhoben. In der Bereitschaft, die Menschheit in der ganzen Dimension ihrer Geschichte zu annihilieren, ist eine *absolute Nichtigkeitsklärung* ausgesprochen über alles was ist, war und sein wird. Diese wertmäßige Negation des zeitlichen Bezugssystems, aus dem wir unsere Identität beziehen, ist ein Vorgang, der vom Kulturmenschen als eine tiefgehende Kränkung erfahren werden muß. Die Mächte des Ungeistes bereiten uns einen schmerzlichen kulturellen Tod, noch bevor uns der angedrohte leibliche erteilt.

*Geistig ist die große Vernichtungsarbeit schon getan*; sie ins Werk zu setzen ist nur mehr eine von kontingenten Umständen abhängende *Frage der Opportunität oder Sache des unkontrollierten Zufalls*. Von den militärischen Planmeistern des Todes in der atomaren Megatod eingerechnet, sind *wir alle* — die Nachgeborenen mit eingeschlossen — durch politische Verfügung *für nichtig erklärt, prospektiv vernichtet*. Wir haben aufgehört, uns selber zu gehören und haben damit verloren, was nach bisheriger Überzeugung zuallererst die Dignität menschlichen Daseins ausmacht.

Die Daseinsbedingungen, in die uns die atomare Abschreckungsdoktrin versetzt hat, sind die von Geißeln auf Lebenszeit, die bestenfalls damit rechnen dürfen, daß der

ihnen angedrohte Tod aufgeschoben wird, nicht aber, daß sie befreit werden. Was uns bleibt, ist eine von permanenter Vernichtungsdrohung gestundete Zeit.

Nun gibt es Stimmen, die diese Kriegsangst mit dem existenzialistischen Fatalismus zu relativieren suchen, der auf die Feststellung Wert legt, daß Leben Sein zum Tod ist und daß dieses Seinsgeschick unaufhebbar über uns verhängt ist, — gleich, in welcher Form es hereinbricht. Keine Frage! Wir gehören — um es mit *Thomas Mann* zu sagen — *ietztlich* der Erde. Bis dahin aber — und auf diese Forderung ist allergrößter Nachdruck zu legen — *gehören wir uns selber*. Die in der atomaren Abschreckungsdoktrin ausgesprochene Bereitschaft, der militärischen Bedrohung durch die Androhung der kollektiven Vernichtung zu begegnen, ist eine *vorläufige Aufkündigung des Eigentumsrechts auf Leben*, — die zur staatspolitischen Maxime erhobene Absage an das moralische Substrat einer zivilen Gesellschaft.

Das Schwinden moralischer Standards aber hat seinerseits verhängnisvolle Rückwirkungen auf die militärische Sicherheit, da auf diese Weise Hermschwellen herabgesetzt werden, die davor zurückhalten, in der militärischen Konfrontation bis zum Äußersten zu gehen. Begebenheiten der jüngsten Vergangenheit beglaubigen diese These in besorgniserregender Weise. Ist erst einmal der Wert des Menschen für nichtig erklärt, dann fällt es leicht, ihn auch tatsächlich zu vernichten. Die von der atomaren Abschreckungsdoktrin verschuldete Zerstörung moralischer Grundsätze hat somit zur Folge, daß die in ihr angedrohte militärische Zerstörung allen Lebens mehr und mehr in die Reichweite des Wahrscheinlichen rückt.

\*Vorabdruck aus DIALOG, Beiträge zur Friedensforschung Bd. 5 (»Zur Philosophie des Friedens«), hg. vom Österreichischen Institut für Friedensforschung.

Der erste Teil des Titels ist ein Vers aus den »Troerinnen« des Euripides, in der Übertragung von W. Jens: Der Untergang. Nach den Troerinnen des Euripides, München 1982, S. 90. — Im Interesse einer flüssigen Diktion habe ich in den Ausführungen die sprachlich nicht ganz korrekte, aber gängige gewordene Wendung »atomare Abschreckungsdoktrin« übernommen.

Der Verfasser des Beitrages ist Dozent für Philosophie an der Universität Innsbruck.

Mit 15 Werken sind wir ein marktführendes Unternehmen im Bereich des italienischen Baumaterialienmarktes und gehören als 100 %-Tochter der weltweit operierenden deutschen Firmengruppe Braas/Redland an.

Für den Bereich technische Sonderprojekte und Produktentwicklung möchten wir zwecks Einstellung mit einem jungen

## MASCHINENBAUINGENIEUR bzw. BAUINGENIEUR

Kontakt aufnehmen.

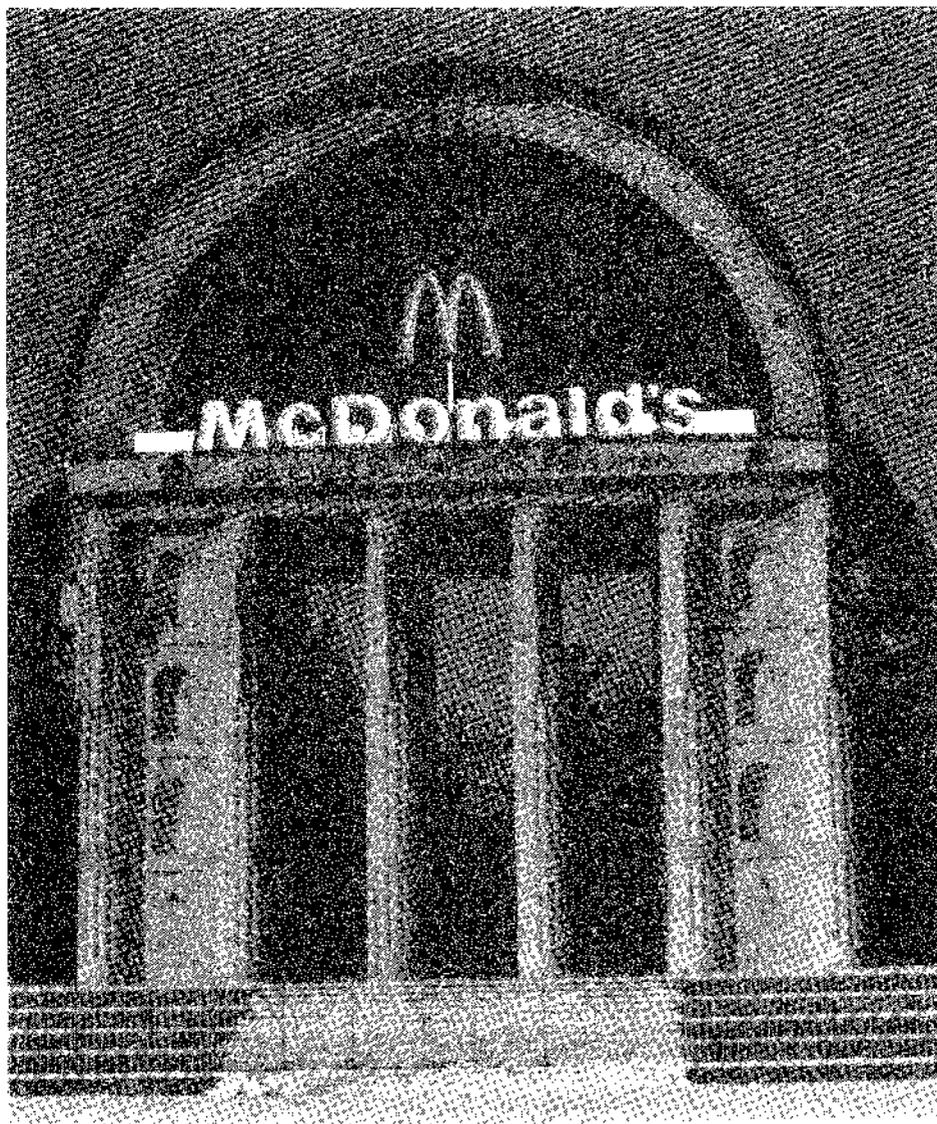
Neben allen Leistungen eines modernen Großbetriebes stellt diese Position interessante Aufstiegsmöglichkeiten dar.

Interessenten sind gebeten, sich an folgende Adresse zu wenden:

**WIERER AG — Personaldirektion**

**Hauptstraße 7**

**39030 KIENS (BOZEN)**



## Vor- & Schlußwort

Wenn alte ~~antitirolesische~~ Männer Glossen gegen ein amerikanisches Fast-Food-Unternehmen schreiben & uns wenig später im selben Blatt zwischen Todesanzeigen & Heiratsannoncen ganzseitig ein Hamburger desselben Unternehmens entgegenlächelt, dann läßt sich daraus schließen, daß auch beim „Tagblatt der Südtiroler“ 6-stellige Summen mehr zählen, als die Meinung eines x-beliebigen.

Uns allerdings konnte das alles nicht aus der Ruhe bringen & wir saßen weiterhin bei einem Glas in Südtirol abgefüllten Weines, über Maos Rotes Buch gebeugt & überließen die Verteidigung südtiroler-kulinarischer Tradition kompetenteren Leuten.

Doch als dann sogar in Rom Prominente, Intellektuelle, Künstler, Schauspieler & „progressive Kreise“ aus dem selben Grund auf die spanische Treppe gingen, konnten auch wir unser Gewissen nicht länger mit einem Glas methylgetränkten Weines betäuben.

Mit ungutem Gefühl im Magen beschlossen wir, uns dem Kreuzzug gegen dieses untirolesische Eßverhalten anzuschließen & die ganze & volle Wahrheit der Öffentlichkeit bekanntzumachen.

In diesem Sinne sind auch die folgenden Seiten zu verstehen; weiters wollen wir damit auch ein Bewußtsein schaffen, das sich bei der Erhaltung tirolischer Küche & Eigenart als dienlich erweisen sollte.

Wir glauben in dieser Skolast-Nummer dem Thema genügend Platz gelassen zu haben & betrachten hiermit die Diskussion zu diesem Thema für die nächsten 30 Jahre als abgeschlossen.

Nichtsdestotrotz — wünschen wir viel Spaß beim Lesen & guten Appetit beim Verzehr Ihres Hamburgers.

Chaos & Co

# »Das Brot des Siegers«

Beim frühmorgentlichen Brotaufstrich merkt der Normalbürger den Zusammenhang mit Völkern, die nichts zum Spachteln haben, eher nicht. Beim Hamburger wird ihm das schneller klar, von diesem Produkt kann er sich auch in geschmacklicher Hinsicht distanzieren.

Froßbewußte Umweltaktivisten haben das sofort herausgefunden und treten jetzt mit gehäuften Anti-Hamburger-Veranstaltungen auf den Plan.

In Bozen war der Anlaß schon im Herbst gegeben, das Dritte-Weit-Zentrum protestierte mit der Tagung »Gegen Hunger und Unterentwicklung — anders leben«.

Der »Skolast« interviewte den Referenten Siegfried Pater, Journalist in Bonn, Mitautor des Buches »Das Hackfleischimperium«. Das Gespräch führte Ulli Ferrara.

*Skolast: Siegfried, Du hast ein Buch über McDonalds geschrieben. Warum?*

Siegfried Pater: Seitdem ich einmal Entwicklungshelfer in Brasilien war, beschäftige ich mich damit, was die Probleme der 3. Welt mit uns zu tun haben. Wir sind ein Team von vier Leuten, das sich als Aufgabe die Frage gestellt hat, was hat das Hamburger-Brötchen mit der 3. Welt zu tun? Denn Mac Donalds behauptet in jedem Land, wo es Hamburger verkauft, kein Fleisch aus anderen Ländern zu importieren. Für uns war es wichtig zu beweisen, daß das nicht stimmt, und wir haben diese Behauptung am Beispiel der USA widerlegt, wo Mac Donalds am meisten expandierte. Wir haben gezeigt, daß Mac Donalds entgegen seinen Behauptungen Fleisch aus Costa Rica bezieht. In den USA ist schon einmal Känguruhfleisch in Containern gefunden worden, adressiert an Mac Donald. Das hat Mac Donalds große Einbußen gebracht und seitdem behaupten sie, kein Fleisch aus anderen Ländern zu importieren, weil sie damals im Umsatz einen empfindlichen Rückgang spürten. Der Beweis ist uns schwergefallen, aber wir haben Aussagen von Fleischhändlern und von Rinderzüchtern aus Costa Rica, die zugaben, Fleisch an Mac Donalds in die USA zu liefern.

*Sk.: Wird das Fleisch von Einheimischen gezüchtet oder wiederum von amerikanischen Konzernen, weil es dort billiger ist?*

S.P.: Es gibt einheimische Rinderzüchter, aber auch Konzerne aus den Vereinigten Staaten, die ihr Geld in der Rinderzucht anlegen. Und es gibt US-Konzerne, die im Ausland Fleischproduktion betreiben, wie Ford, General Motors, Kellog's. Das Fleisch in diesen Ländern wird immer knapper, weil immer mehr exportiert wird und gleichzeitig werden immer mehr Wälder gerodet, um Rinderzucht betreiben zu können.

*Sk.: Welchen Nährstoffgehalt hat das Fleisch?*

S.P.: Wir haben im Film, im Buch und in Interviews festgehalten, daß die Rinderzucht dort auf dem wilden Humusboden sehr schlecht läuft und man deshalb sehr viele Pestizide und Pflanzenschutzmittel einsetzen muß, z.B. agent orange, ein weltbekanntes Gift, im Vietnamkrieg zur Entlaubung eingesetzt, wird dort üblicherweise auf den Weiden benutzt, um sie frei von Unkraut zu machen, bevor man Gras pflanzt. Früher gab es eine üppige Vegetation, die Wurzeln im Boden müssen erst einmal gründlich zerstört werden und dafür wird agent orange angewendet.

Das findet sich im Fleisch wieder, denn es wird durch das Gras wieder ausgetragen, von den Rindern gefressen und man kann es später im Fleisch nachweisen.

Wir bekommen es quasi als Rache aus der Dritten Welt zurück, auch über den Hamburger.

*Sk.: Also eine Giftbeilage im Fleisch?*

S.P.: Dazu muß ich auch sagen, wie vorsichtig wir bei den Behauptungen sind. Mac Donalds ist ein Konzern, der bekannt dafür ist, daß er sofort Gerichtsverfahren macht und Millionen-Summen für Geschäftsschädigung einklagt, wenn man etwas behauptet, das man nicht beweisen kann. Das Fleisch ist immer anders zusammengesetzt, es kommt aus verschiedenen Ländern, es finden sich immer neue, die liefern, man kann also nicht so allgemein behaupten, daß bestimmte Mengen enthalten sind, wir können eben nur behaupten und beweisen, daß Rückstände von agent orange drin gefunden worden sind.

Das heißt nicht, daß eine gewisse Menge drin ist, wenn man einen bestimmten Hamburger untersucht.

*Sk.: Kann man behaupten, daß dort, wo sich Mac Donalds niederläßt, der Konzern versucht, sich der einheimischen Wirtschaft anzupassen und sie zu kontrollieren?*

S.G.: Da kann ich sehr gute Beispiele aus der BRD bringen, denn dort haben wir mit Mac Donalds-Chefs Interviews gemacht, die sagen: »Wir haben mittlerweile Einfluß auf die Rinderzucht, denn wir haben bestimmte Qualitätsanforderungen und die bringen wir bis zum Rinderzüchter.«

Es wird sogar schon vom Hamburger-Rind gesprochen, das bestimmte Anteile an magerem und fettem Fleisch haben soll. In der BRD gibt es erst wenige, unter 200 Restaurants, es ist ein Probelauf. Aber schon dafür stellt man jeden Tag eine Million Hackfleischplätzchen her, jeden Tag wandern 500 Rinder in den Wolf einer Fabrik, die nur für Mac Donalds arbeitet und es wird in der BRD noch viel mehr werden.

*Sk.: Verläuft die Rinderzucht maschinell, wie bei den Hühnern?*

S.P.: Da geht es wieder um Rationalität und es gibt noch ein großes Problem in der BRD: ich habe den Weg zurück verfolgt, was für Fleisch bei uns in der BRD in die Hamburger wandert und da hab ich festgestellt, daß die Rinder, die verarbeitet werden, zum größten Teil mit großen Mengen Soja gefüttert werden. Dieses Soja kommt zur Hälfte aus Brasilien, es wird wegen des hohen Eiweißgehaltes verfüttert, aber der Soja-boom in Brasilien bedeutet auch Waldrodung und Verdrängung der Einheimischen in der Produktion.

*Sk.: Praktisch die Unterwerfung sämtlicher Wirtschaftszweige unter Mac Donalds?*

S.P.: Ja, neben Mac Donalds machen das auch Burger King und andere.

Sie haben ganz klar das Prinzip, bestimmte Zulieferfirmen total zu kontrollieren. Sie sagen selber, daß sie bestimmte Stan-

dards haben und da wird dann mit amerikanischer Brutalität genau festgelegt, wie viel zu liefern ist und zu welchem Preis. Die Firmen, die sich darauf einlassen, für Mac Donalds zu liefern, begeben sich in eine ungeheure Abhängigkeit.  
*Sk.: Wieso, glaubst Du, hat Mac Donalds so einen Zulauf unter Jugendlichen?*

*S.P.:* Da gibt es zwei Gründe. Die Werbung spielt sicher eine große Rolle. Mac Donalds und Burger King und andere, die geben Millionen für Werbung aus und damit kann man natürlich eine Menge erreichen.

Aber das alleine kann es nicht sein.

Mac Donalds und die anderen Ketten treffen den Nerv der Zeit. Die Hamburger sind ein Produkt, das im Moment anspricht.

Warum ist das so? Viele wollen schnell essen, die Kinder werden ernstgenommen. Durch ganz geschickte Strategien gehen diese Konzerne in eine Lücke rein und bauen sich ein Image auf: das sind saubere Restaurants, das heißt, es gibt keine Spielautomaten, keinen Alkohol, die Eltern sind beruhigt. Es geht aber oft so weit in dieser werbepsychologischen Strategie, daß es auch kriminell wird.

Z. B. dieser Clown, Ronald Mac Donald, der in Italien auch schon in der Werbung auftaucht, ist meiner Ansicht nach gefährlich. In der BRD geht er in Krankenhäuser, verteilt bunte Luftballons und Fähnchen mit dem Mac Donalds-Zeichen. Werbepsychologen haben festgestellt, daß Kinder in dieser schwierigen Zeit im Krankenhaus besonders empfindlich sind, da sie unter Liebesentzug leiden, und da geht der Clown bewußt hin und macht das Markenzeichen bekannt.

Später werden diese Kinder wie von einem Magnet angezogen, wenn sie ein Mac Donalds-Restaurant sehen. In den USA ist der Clown bekannter als der Nikolaus. In Schweden ist er verboten, weil er die Kinder verführt.

*Sk.: Du hast gesagt, Mac Donalds füllt Lücken aus. Füllt Mac Donalds Lücken aus und schiebt dann alles heisseite, was den eigenen Vorteil einengen könnte?*

*S.P.:* In der Mac Donalds-Etage wird auch gesagt: »Wir werden die Menschen zu einer neuen Lebensweise erziehen; wir passen das Essen der Technik an.« Sie gehen in die schnellelebige Zeit hinein, untermauern es mit Werbung und wenn sie einmal Fuß gefaßt haben, dann expandieren sie ungeheuer stark.

Sie haben ganz bestimmte generalstabsmäßige Pläne, z.B. wie viele Restaurants sie eröffnen wollen. Sie machen Probelaufe mit ein paar Restaurants und dann expandieren sie.

Der Vizepräsident behauptet, daß sie jedes Land der »freien westlichen Welt« erreichen wollen.

»Es wird kein Land geben, wo wir nicht hineinexpandieren«, so Mac Donalds selber.

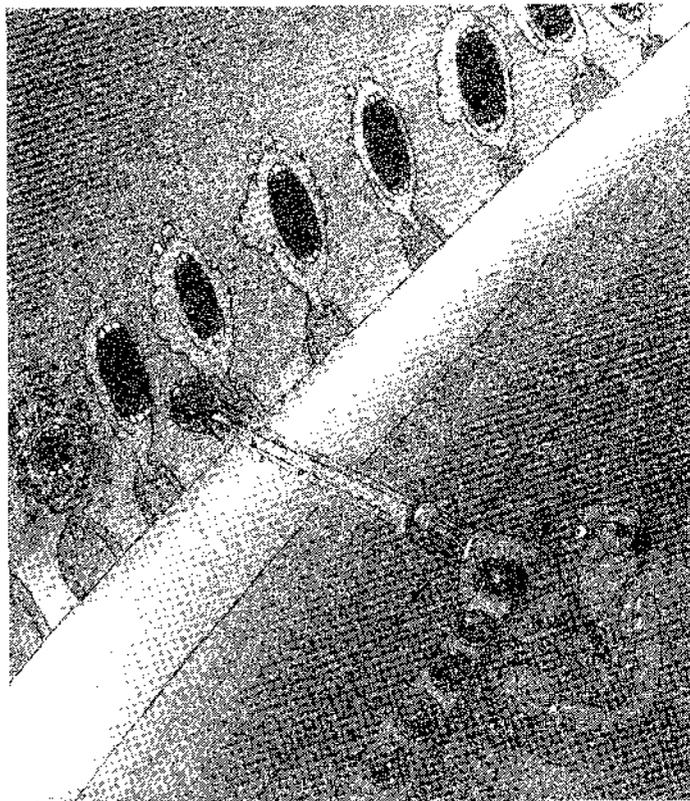
*Sk.: Sotzusagen Kolonisation im Bereich des Essens?*

*S.P.:* Ich glaube, daß Mac Donalds das gleich machen wird wie Coca Cola es schon getan hat.

In der Dritten Welt trifft man, wo es sonst nichts gibt, Coca Cola und andere. Eigentlich ist das auch die Vorstellung von Mac Donalds, daß man in jeder Stadt der Welt nicht weit zu laufen haben soll, um ein Mac Donalds-Restaurant zu erreichen.

Und sie empfinden das sogar als eine Art von Entwicklungshilfe, denn sie sagen: »Wir können das Ernährungsproblem lösen, wenn wir diese Ketten überall installieren.« Und dabei passiert genau das Gegenteil, da wo diese Ketten wie Mac Donalds in der Dritten Welt Fuß gefaßt haben, und sie sind schon in über 30 Ländern, da verdrängen sie die kleinen Händler, die am Straßenrand etwas brutzeln, etwas herstellen, 1000 und 100.000 leben eigentlich davon.

In Brasilien kann man nachweisen, daß genau diese verdrängt werden, weil immer mehr Mac Donalds-Restaurants gebaut werden. Allein in Rio und Sao Paulo gibt es schon 30, und alle zwei Monate wird allein in diesen zwei Städten ein neues Mac Donalds-Restaurant gebaut.



*Sk.: Mir ist die Freundlichkeit der Mac Donalds-Leute aufgefallen, auch wenn sie es eilig hatten. Werden sie geschult?*

*S.P.:* Sie werden mit Videoaufzeichnungen geschult und da ist »immer lächeln« ein ganz wichtiger Begriff. Man muß immer lächeln, auch wenn einen nicht nach Lächeln zumute ist.

Wir haben Fälle im Buch wiedergegeben, wo wir einige Arbeiter interviewt haben. Einige hatten sich verbrannt, durften nicht zum Arzt gehen und mußten mit den Verletzungen lächeln.

Lächeln ist oberstes Gebot.

*Sk.: Verdienen die Arbeiter eigentlich angemessen?*

*S.P.:* Das Schlimmste bei Mac Donalds ist, daß sie weltweit gegen Gewerkschaften kämpfen. In der BRD gibt es nur einen Betriebsrat, eine Arbeitervertretung, die vom Gesetz vorge-schrieben wäre. Mac Donalds versucht alles, was möglich ist, um Betriebsräte zu verhindern.

Die Hälfte der Arbeiter ist teilzeitbeschäftigt, verdient so wenig, daß sie keine Sozialabgaben zahlen müssen, die anderen Festangestellten sind Asylanten, die man unterdrücken kann, die nicht aufmucken.

Sogar bei Bewerbungsgesprächen wird danach gefragt: »Sind Sie gewerkschaftlich organisiert?« und falls man bejaht, wird man erst gar nicht eingestellt.

Mac Donalds sagt: »Wir brauchen keine Gewerkschaften.«

*Sk.: Wallraff hat als Türke verkleidet auch bei Mac Donalds gearbeitet. Sie haben ihm gesagt, er solle den Bart abschneiden, damit man ihn nicht für einen Türken halte. Ist Mac Donalds ausländerfeindlich?*

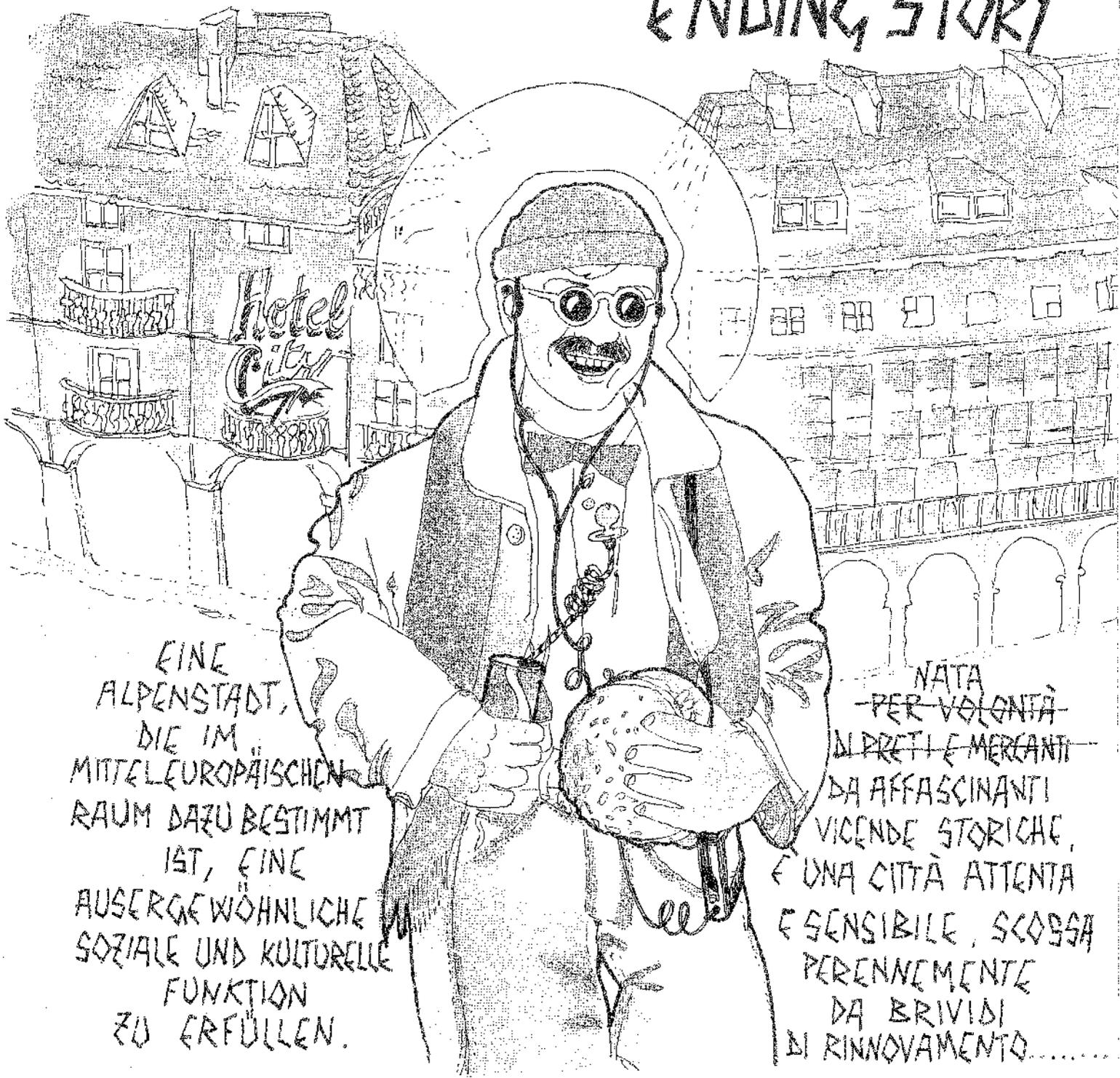
*S.P.:* Sie schreiben allen vor, wie sie auszusehen haben. Das Aussehen spielt eine große Rolle. Lange Haare sind nicht erwünscht, ebensowenig Bart.

Die Ausländerfeindlichkeit kann man schon aufzeigen, denn uns ist bekannt, daß in manchen Lokalen der BRD Türken rausgeschmissen worden sind, mit der Begründung: »Wir haben nichts gegen Türken, aber die bleiben immer so lange sitzen und schwatzen so lange.« Und das ist typisch bei Mac Donalds. Es muß alles ganz schnell gehen.

*Sk.: Danke für das Gespräch.*

ennio & hugo

# WILD BOY & THE NEVER ENDING STORY



EINE  
ALPENSTADT,  
DIE IM  
MITTELEUROPAISCHEN  
RAUM DAZU BESTIMMT  
IST, EINE  
AUSERGEWÖHNLICHE  
SOZIALE UND KULTURELLE  
FUNKTION  
ZU ERFÜLLEN.

NATA  
~~PER VOLONTÀ~~  
~~DI PRETI E MERCANTI~~  
DA AFFASCINANTI  
VICENDE STORICHE,  
È UNA CITTÀ ATTENTA  
E SENSIBILE, SCOSSA  
PERENNEMENTE  
DA BRIVIDI  
DI RINNOVAMENTO.....

... UND HIER DIE GROSSEN VERÄNDERUNGEN UNSERES JAHRHUNDERTS .....

..... ECCOLA CITTÀ IN ALCUNE DELLE PIÙ VISTOSE TRASFORMAZIONI DELL'ULTIMO SECOLO....



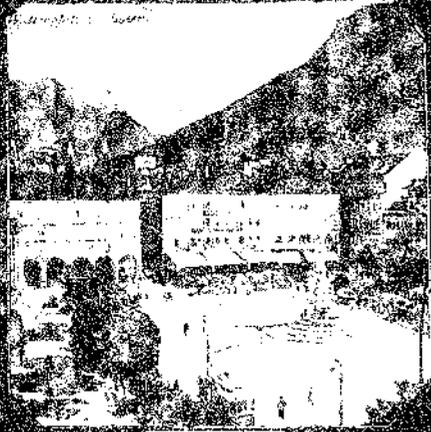
OHNE DENKMAL



MIT .. CON MONUMENTO



.... OHNE ....

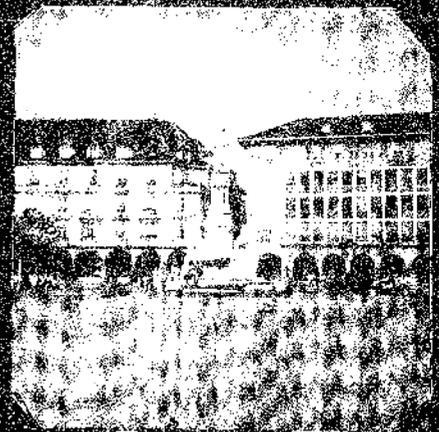


.. JA ..

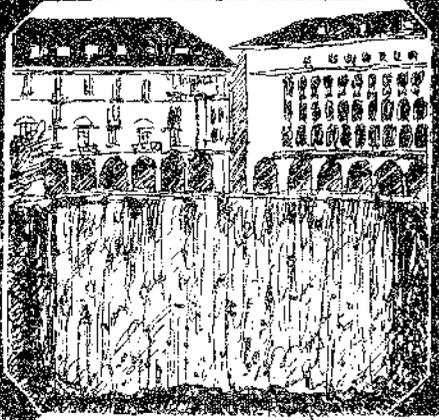


.. NO..

NEIN.



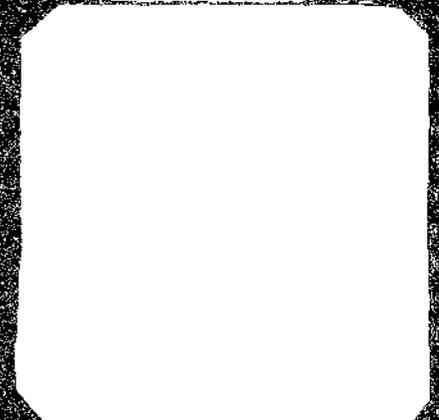
JA.. SI..



NEIN (MA CON BUCO  
NO (ABER MIT AUSGRABUNGEN

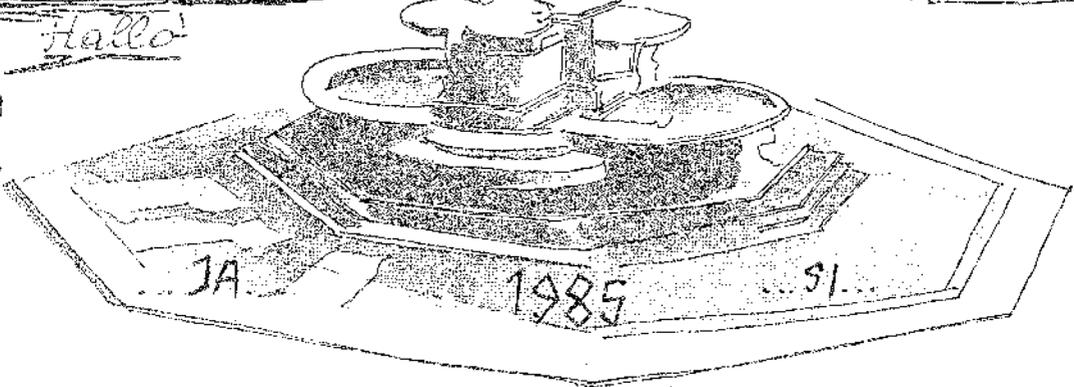


HI!



..... 1985

Hallo!



JA

1985

SI...

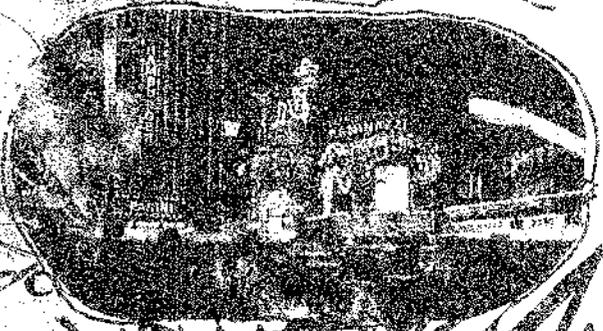
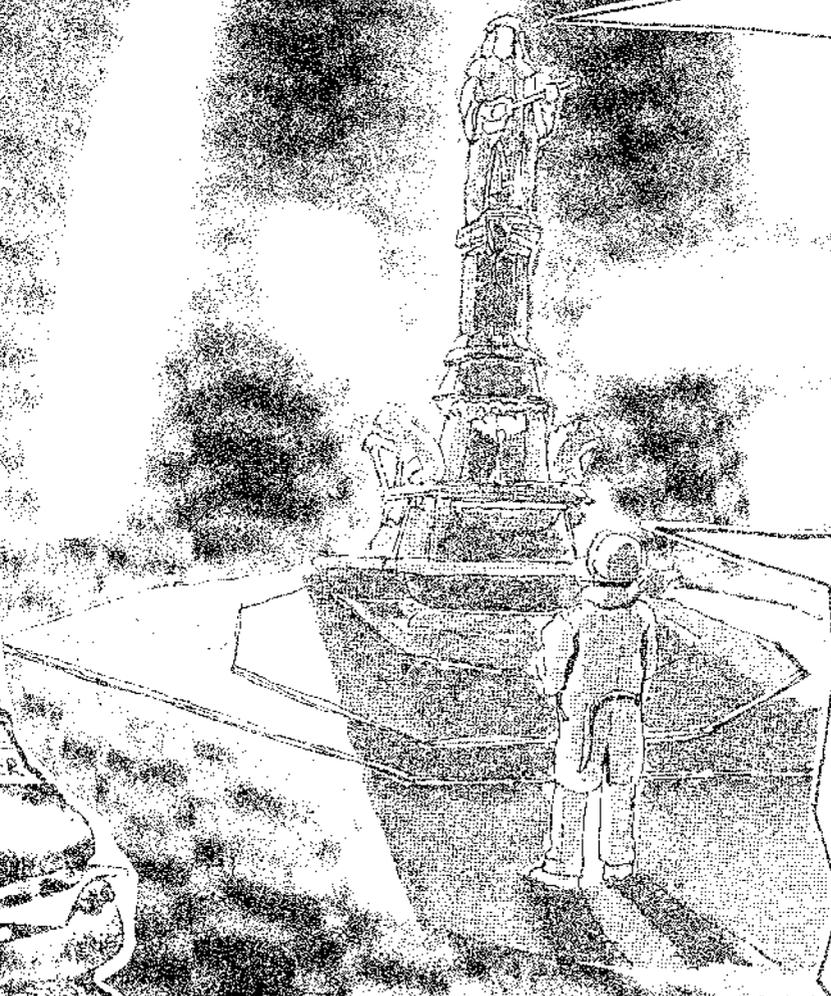
OOOOOOOOOO... HERDI!..



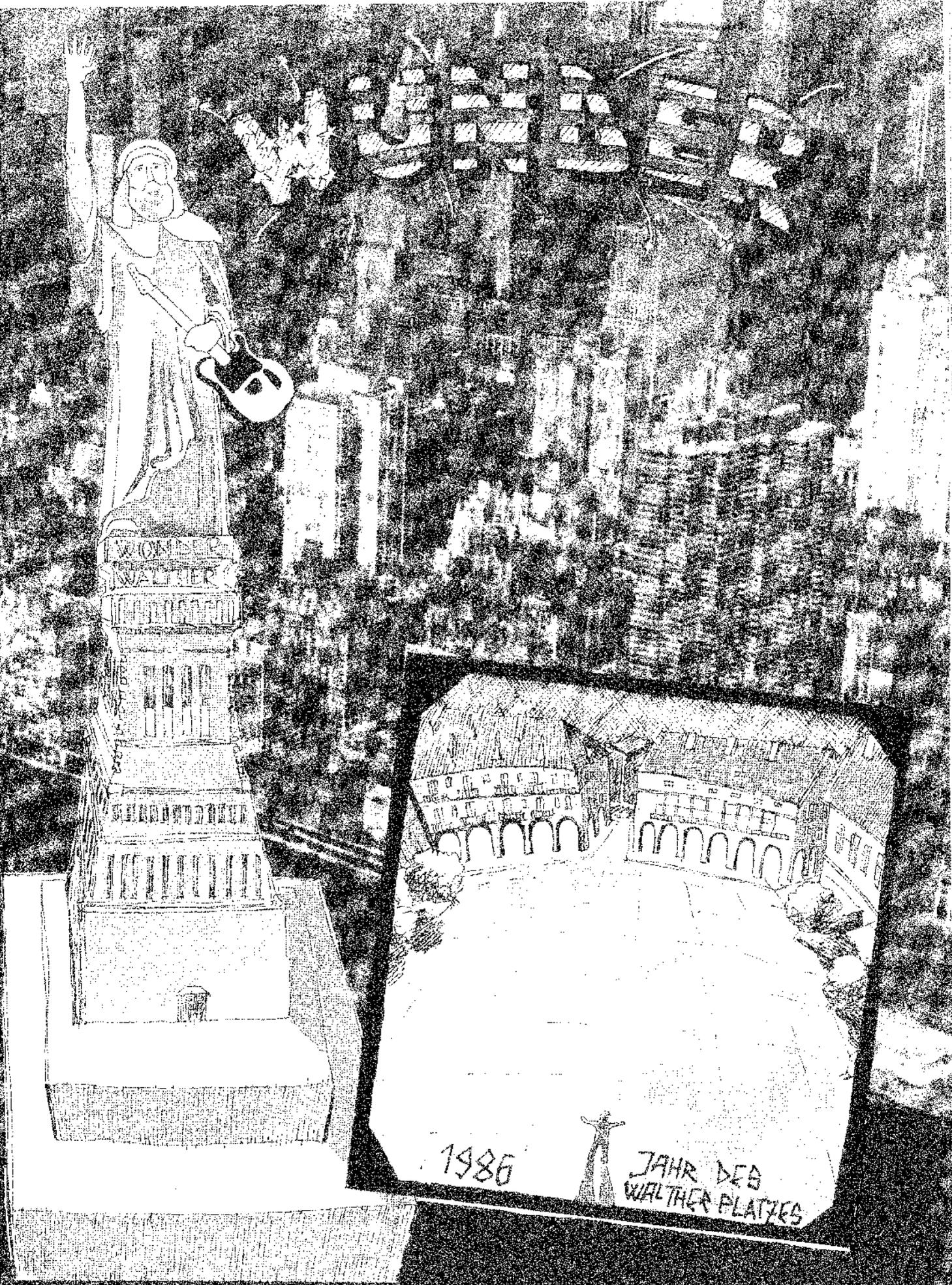
... ma Cristo,  
 non ti rompi di stare  
 sempre lì impacciato  
 in mezzo alla piazza!

WIESO? HIER HAB  
 ICH NOCH NIE 5  
 MINUTEN RUHE GEHABT  
 du kannst doch Wunder  
 wirken, wenn du willst  
 und alles ändern, oder?  
 UN MIRACOLO IO?!...  
 BEH MI PIACERE BBE,  
 MA NON MOLTIPLICO  
 PANINI, PERO'  
 Schade, es wäre  
 doch genug, das  
 Gesicht dieser  
 Stadt zu ändern.

POURQUOI, TU  
 N'AIME PAS LA VILLE?  
 It's an old town, there  
 is no life, no light,  
 no music...  
 WEISS DU, DASS DU RECHT  
 HAST? EINEN VERSUCH  
 MÜSSTE MAN SCHON MACHEN  
 oh Cristo, un miracolo!  
 ILL' TRY IT, YOU HAVE  
 TO THINK HOW IT  
 SHOULD BE.



WUUU PLOF



WONNER  
WALTHER

1986



JAHR DES  
WALTHER PLATZES

Gabriel Grüner

# Der König ist tot. Es leben die Fürsten.

(Geschichten und Gedanken über die böse Hochschülerschaft)

Das Bild, das sich die Öffentlichkeit von der SH macht, wird weitgehend von den Aktivitäten des Vorstandes geprägt.

Es gibt zwar in der Hochschülerschaft so etwas wie eine Basis — ein schönes Wort, es zergeht auf der Feder — deren Aktionsradius bleibt aber mehr oder weniger auf Veranstaltungen in den Ortsgruppen der jeweiligen Hochschulorte beschränkt. Und es gibt den Ausschuß der SH, wenn man so will das SH-Parlament, mit den gewählten Vertretern aus den Ortsgruppen, der jedoch selten mehr ist als ein durchschnittlich viermal im Jahr stattfindender »small talk«. Schade drum. Gerade der Ausschuß sollte der SH-Regierung — dem Vorstand — Denkanstöße liefern und eine Kontrollfunktion ausüben.

Daß er diese Aufgabe nicht bewältigt, liegt *erstens* daran, daß die Tätigkeiten des Vorstandes sehr umfangreich und im Detail auch komplex sind und einem Ausschußmitglied eine Einarbeitung in die einzelnen Problemkreise wie Supplenten- oder Stipendienwesen, eine Menge Arbeit abverlangen würde. Und *zweitens* sorgt die Faulheit einiger Mitglieder dafür, daß der Ausschuß nicht mehr sein kann als ein Debattierclub, denn es scheint für manchen/e zwar amüsant zu sein, sich zur Wahl in der Ortsgruppe zu stellen, bei den Ausschußsitzungen bleiben dann aber die Stühle oft leer. (Das ging soweit, daß der Ausschuß sich gezwungen sah, Ausschluß- bzw. Verwarnungsmaßnahmen gegen Ober-faule zu erlassen.)

Zurück aber zum Vorstand, von dem ich eigentlich schreiben wollte, weil es eine Neuigkeit zu berichten gibt, die anfangs besonders unter Alt-SH'lern einige Aufregung auslöste. Seit dem Herbst letzten Jahres hat die SH keinen König — sprich Vorsitzenden — mehr. Der Präsident, wie der SH-Vorsitzende früher weltmännisch genannt wurde, öffentliches Aushängeschild der Studentenvertretung, wurde durch ein Führungskollektiv ersetzt, das gemeinsam die Geschäfte führt. In Zukunft kann der Ausschuß die Führung entweder einem Vorsitzenden oder einem Kollektiv übertragen.

Zwar scharten auch die früheren Könige einen Vorstand um sich, die letzte Entscheidung und Verantwortung lag aber beim Vorsitzenden, an den sich die öffentlichen Stellen wandten, so-

fern die SH gebraucht wurde, und der meistens ein Jahr seines Studiums der SH schenkte.

Im Herbst war aber niemand bereit, sich die offenbar zweifelhaft gewordene Krone auf den Schädel setzen zu lassen. Aus der Not wurde eine Tugend gemacht und das Kollektiv geboren. Man einigte sich darauf, daß im Vorstand alle gleichberechtigt sein sollten, sowie daß die anfallenden Arbeiten gemeinsam zu lösen wären. Für die zu leistenden Unterschriften wurde ein intern ausgehandelter Zeichnungsberechtigter bestimmt.

Bedenken wurden laut. Die SH verliere ihr Gesicht, war zu hören, und die Frage wurde gestellt, wer nun die SH in der Öffentlichkeit vertrete ...

Die Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Im neuen Vorstand hat sich auch ohne Monarchen eine informelle Machthierarchie herausgebildet, die dafür sorgt, daß das SH-Schiff nicht untergeht. Schon die Übernahme der Referate (Aufgabenbereiche im Vorstand) sorgt für eine Gewichtung. Es wird einleuchten, daß das Referat für Geselliges oder das Pressereferat (Skolast) für die gewerkschaftliche Arbeit der SH einen anderen Stellenwert hat, als das Referat für Kultur- und Bildungspolitik. Letztgenanntes wird gemeinsam von Ramona Gruberi und Michaela Raiser verwaltet, die nach außen die SH vertreten, zwangsläufig möchte ich fast sagen, aber das würde die Sache nicht treffen, Eigendynamik und Zug in die Öffentlichkeit sind auch nötig und an denen fehlt es den beiden Vorstandsfrauen nicht.

Außerdem baute sich das neue Führungskollektiv ein »Sicherheitsnetz« ein. Die Fürsten erklärten die Vorstandsarbeit nur dann übernehmen zu wollen, wenn Ex-Vorsitzender Benedikt »Bene« Sauer und Ex-Ex-Vorsitzender Alex Maier — zwei SH-Veteranen und als letzte Monarchen von der Guillotine bedroht — mit Ratschlägen zur Verfügung stünden. Sie tun es und sind fleißiger als einige Vorstandsmitglieder ...

Alles in Butter also. Nicht ganz, würde ich sagen, nicht um auf die persönlichen Querelen zwischen einigen Vorstandsmitgliedern und zwischen Vorstand — Sekretariat hinzuweisen, son-

dern an einen größeren Zusammenhang denkend. Die Tatsache, daß niemand bereit war, das Amt des Vorsitzenden zu übernehmen, deutete ich als Symptom einer Krise.

Schon seit einigen Jahren sind die Studenten auf dem Rückzug aus dem gesellschaftlichen Engagement. Dafür gibt es viele Gründe, die alle zu diskutieren den Rahmen dieser Betrachtung sprengen würde. Einige will ich aber anschnitten, weil sie die Südtiroler Studenten und damit die SH betreffen. Ich gehe davon aus, daß die politische Alphabetisierung der Studierenden Südtiroler meistens erst auf der Universität ihren Lauf nimmt, vorausgesetzt, sie findet überhaupt statt. Diese »Politisierung« geht normalerweise einer Mitarbeit in einem Verein wie der Hochschülerschaft voraus. Doch Vater Staat hat an den Universitäten die Schraube angezogen. Lernen heißt nun die Devise und zwar möglichst nach vorgeschriebenem Stundenplan und Lernstoff. Eine Verschulung hat eingesetzt zur Freude all jener, denen eine denkende Studentenschaft schon immer lästig war.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand. Wer studieren muß wie ein Schwerstarbeiter und vom Prüfungs- und Leistungsstreß bedroht ist, hat kaum Zeit zum Nachdenken. Sein angestammtes Weltbild, Südtiroler Einheitsformat, kriegt keinen Riß. Und wenn, wo bliebe die Zeit zum Engagement? Ich kann es keinem verdenken, verbringt er lieber die knappe Freizeit bei einem Bier oder spaziert mit Freund bzw. Freundin durch Vollmondnächte, statt sich den Kopf über bildungspolitische Fragen zu zerbrechen. Für die Hochschülerschaft ist die Lage verzwickt: einerseits sind durch die Verschärfung der Studienvorschriften immer weniger Studenten bereit, aktiv mitzuarbeiten, andererseits bräuchte es mehr Mitarbeiter, nimmt doch die Zahl der Studenten durch die schlechte Arbeitsmarktlage beständig zu.

Die Hochschulpolitik begünstigt also den Rückzug in die Privatheit. Die SH spürte die Flaute zuerst bei der Basis der Ortsgruppen, wo die Bereitschaft, Unternehmungsgest zu zeigen, nachließ. Hat die Tendenz nun auch den Vorstand erfaßt? Noch wurde aus der Not eine Tugend gemacht. Die Frage aber bleibt: wer ist in Zukunft bereit, seine von oben verplante Studienzeit für einen Job in der Hochschülerschaft zu opfern? Trotz alledem bin ich gegen jede Schwarzmalerei, um wieder auf eine breitere Ebene zu kommen. Die Unbekannte in der Rechnung staatlicher Technokraten, die aus den Universitäten



»Hochschulen« im wahrsten Sinne des Wortes machen wollen, sind die Studenten, die, wie die Schulstreiks dieses Herbstes in Italien gezeigt haben, nicht immer Willens sind, alles mit sich geschehen zu lassen. Auch in Zukunft nicht.





Margherita Zander

## Frauen- und Männerliteratur ?

Sollten wir den Begriff der Literatur mit Attributen wie männlich und weiblich versehen ? Gibt es eine Frauen- und demzufolge auch eine Männerliteratur ?

*»Ein einer schreiben kann, muß er leben, das ist banal und betrifft beide Geschlechter. Die Frauen lebten lange, ohne zu schreiben; dann schrieben sie — wenn die Wendung erlaubt ist — mit ihrem Leben und um ihr Leben. Das tun sie bis heute, oder heute wieder.«*

Christa Wolf

### Versuch einer Annäherung an die Fragestellung

Wenn ich über Frauen, Literatur, Kultur, Geschichte ... über Identität, Selbstverwirklichung und Rolle der Frauen in der Gesellschaft nachdenke, so fällt mir zuallererst Virginia Woolfs »Ein Zimmer für sich allein« ein.

Wir können nicht über Frauen und Literatur, Frauen und Kunst, Frauen und ihre Rolle in der Kulturgeschichte sprechen, ohne die materielle und gesellschaftliche Situation der

Frauen in unserer patriarchalischen Gesellschaft zu reflektieren. Materielle Abhängigkeit und gesellschaftliche Unterdrückung sind die Wurzel dafür, daß Frauen keine so ausgeprägte kulturelle Identität entfalten konnten und vor allem keine lückenlose Tradition. Das hat damit zu tun, daß ihnen der Zugang zu Macht (und Herrschaft), zu Öffentlichkeit und Kultur weitgehend versperrt geblieben ist. Kultur als ideologische Stütze der »Herr«-schenden, »herr«-schende Kultur als Monopol der Macht. Männer stellen die Spielregeln auf und es sind Spielregeln der Be-»herr«-schung. Es geht darum, das Terrain zu halten. Und das gelingt dem männlichen Geschlecht nicht zuletzt durch eine simple Strategie: indem sie einfach nur sich selbst zur Kenntnis nehmen.

Ein beredtes Beispiel dafür (obwohl es unzählige aus der Alltagserfahrung gäbe): von 100 Büchern der Webliteratur, die 1979 von einer der renommiertesten Wochenzeitschriften »Die Zeit« als lesenswert angepriesen wurden, stammten 99 von

Männern und nur ein einziges von einer Frau. Die berühmte und immer wieder strapazierte Alibi-Frau, die sich in der Regel noch als angepaßte Frau erweist, die sich den »herr«-schenden Spielregeln unterwirft oder jedenfalls sie beherrscht.

Nun hat es gerade in den 70er Jahren die bekannten feministischen Aufbrüche gegeben. Haben sich Frauen nicht nur massiv zu Worte gemeldet, sie haben es auch geschafft, ein Stückweit kulturelles und politisches Terrain für sich zu »erobern«. (Ich benutze hier bewußt die männliche Sprachweise. Denn es geht wirklich darum, die Vor-Herrschaft des Männlichen zu brechen, um Entthronisation. Darum, daß wir Frauen uns die Möglichkeit erkämpfen, unsere Lebensbedingungen selbst zu gestalten.)

In diesen 70er Jahren ist sicherlich eine Frauenliteratur entstanden, die sich selbst so verstanden und bezeichnet hat (und in dem Sinne gibt es jedenfalls eine Frauenliteratur). Für meine Generation — ich gehören zu denjenigen, die 1968 an die Universität gekommen sind, die die 68er Bewegung nicht mehr aktiv mitgestaltet, aber sie doch bewußtseinsmäßig miterlebt haben — hat diese Frauenliteratur eine wichtige Funktion gehabt. Hier mündete die Suche nach einer eigenen Identität in einen kollektiven Prozeß, in die Suche nach weiblicher Identität in Kultur und Gesellschaft. Nicht alles, was von Frauen in dieser Zeit geschrieben wurde, wird Bestand haben. Ich denke auch, daß die Vielfalt der in dieser Zeit von Frauen verfaßten Literatur und ihrer Abneigung von Kunst und Kultur nicht einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden ist, (aber auch das hat mit besagter, männlich dominierter Öffentlichkeit zu tun!). Wer immer jedoch diesen feministischen Aufbruch wahrgenommen hat, der weiß, daß er die Spannkraft einer kulturellen Revolution besaß. Ein kraftgeballter und hoffnungsvoller Akt zur Befreiung des »anderen Geschlechts«, der weiblichen Hälfte der Menschheit!

Ein derartiger Akt konnte nur erfolgen in der Negation männlich geprägter Kultur- und Literaturtraditionen, männlich geprägter Maßstäbe und Werturteile. In der Negation des bis dahin männlich geprägten Selbstverständnisses des Schriftstellers und Kulturschaffenden. In der Dekonstruktion männlicher Sprach- und Schreibweisen. Die Subversivität, wie sie von den Vertreterinnen der »écriture féminine« als programmatischer Anspruch von Frauenliteratur postuliert wurde, mußte ihr tragendes Element sein.

### Versuch einer Annäherung durch die Geschichte

In der Vergangenheit hat es immer wieder Frauen gegeben, die sich der patriarchalischen Herrschaft und ihrer kulturellen Hegemonie nicht unterworfen haben. Rebellische Frauen, die um ihre Identität — allen Widrigkeiten zum Trotz — gekämpft haben und die sich zu behaupten wußten. Diesen Frauen ist es nicht nur gelungen, ihre männlichen Zeitgenossen zu verunsichern. Sie haben durchaus auch Einfluß auf ihre weiblichen Zeitgenossinnen gehabt. Aber auch wenn es ihnen gelungen ist, als Einzelkämpferinnen, Aufsehen zu erregen und sich Zugang zur männlichen Kulturdomäne zu verschaffen, so sind sie letztendlich doch nicht in die Kulturgeschichte eingegangen. Haben sich die Spuren ihres Wirkens verwischt, weil sie wiederum der männlich dominierten Literatur-Rezeption (und Kunst-Rezeption) und Geschichtsschreibung zum Opfer gefallen sind. Daher ihre scheinbare Kurzlebigkeit!

Nur so ist die Aufforderung einer Virginia Woolf zu verstehen, daß sich die Frauen endlich auf ihre eigene Tradition besinnen, ihre eigene verschüttete oder nur bruchstückhaft überlieferte Tradition auskrablen und neu entdecken, ihre eigene Geschichte rekonstruieren sollten (»zurückdenken durch ihre Mütter«). In dieser Hinsicht sind wir im letzten Jahrzehnt ein gutes Stück vorangekommen. Dazu war es eben auch notwendig gewesen, den Ausgangspunkt in der Negation des Vorgefundenen zu sehen, in der Negation der männlich geprägten

Weltsicht, in der Auflehnung gegen die Rolle, die Frauen darin zugewiesen wird.

Negation und Auflehnung gegen überkommene herrschaftsstrukturen und Unterdrückungsmechanismen, als erster Schritt zur Selbstfindung. Erst dann können weitere Schritte folgen, von der Selbstfindung hin zur Selbstbestimmung. Nur ganz allmählich werden sich dann Möglichkeiten einer Annäherung an die noch ferne Idee einer egalitären Gesellschaft und einer Kultur, an der Männer und Frauen in gleicher Weise teilhaben, ergeben. Als Endstadium: die Utopie einer nicht-sexistischen, herrschaftsfreien Gesellschaft.

Ein derartiges Stadium kann zwar in unserer Gedanken- und Gefühlswelt antizipatorische Ausgestaltung finden. Die derzeitigen Verhältnisse sind jedoch weit davon entfernt. Ich weiß gar nicht, ob wir uns ihm weiter angenähert haben als vorausgegangene Generationen. Solange jedoch Wirklichkeit und Traum von einer humanen, egalitären Gesellschaft derart auseinanderfallen, wird es eine Kultur (und Literatur) der Herrschenden und eine (Gegen-)Kultur derjenigen, die ihnen die Herrschaft streitig machen, geben, eine gegen die eigene Unterdrückung rebellierende Frauenkultur.





»Ingeborg Bachmann«

Dabei würde ich mir wünschen, daß sich die Frauen — in ihren Zukunftsträumen — nicht auf eine Trennung der Welt in zwei Hälften einlassen. Ohne Zweifel: nach all den Jahrhunderten der Selbstverleugnung müssen Frauen erst ihre eigene Hälfte besiedeln. Sie sollten sich jedoch nicht mit der Hälfte der Welt zufriedengeben. Wobei es zu bedenken gilt, daß das immerhin der Teil ist, den sie auf sich selbst gestellt bekommen können. Das Ganze zu ändern liegt nicht allein in ihrer Hand.

### Versuch einer Annäherung an die eigene Position

Denken, Fühlen, Wahrnehmungs- und Handlungsweise ... basieren natürlich auf der eigenen Lebenserfahrung. Und daß die Lebenserfahrung von Frauen aufgrund ihrer spezifischen gesellschaftlichen Situation eine andere ist als die von Männern, ist fast schon eine Banalität.

Dementsprechend haben Frauen ihre eigene Ausdrucksweise, eine ihnen eigene Form der Kreativität entwickelt. Auf der Suche nach der eigenen, auch der kollektiven Identität haben Frauen nicht nur eigene Inhalte, sondern auch eigene (Ausdrucks- und Stil-)Formen, ja eine eigene Sprache entwickelt.

Diese Andersartigkeit, die auf anderen Erfahrungen basiert, drückt sich auch in einem anderen Selbstverständnis schreiben-der Frauen aus. Als Vorreiterin möchte ich hier Ingeborg Bachmann zitieren (für mich neben Else Lasker-Schüler und Christa Wolf eine der faszinierendsten Frauengestalten in der Literatur). Sie empfand den Akt des Schreibens als Verrat am Leben, als einen Wahnsinnsakt, einen Akt der Selbstverleugnung. Eine Auffassung, die ganz im Gegensatz zu der männlichen Vorstellung von der eigentlichen Selbstverwirklichung im geschaffenen Werk steht. In diesem Sinne war Ingeborg Bachmann sicherlich eine Vorkämpferin weiblicher Sprach- und

Kulturaneignung. Ein derartiges Selbstverständnis von der Schriftstellerin, die Verrat am eigenen Leben öbt, entspricht in der Tat weiblichen Wertvorstellungen, denen zufolge Leben an erster Stelle steht. Und gleichzeitig war Ingeborg Bachmann stärker als andere Zeitgenossinnen durch ihre Sprachpessimismus der Vergangenheit verhaftet, einem Pessimismus gegen den sie zeitlebens angekämpft hat. Jedenfalls hat sie den sich abzeichnenden Aufbruch der Frauen in den 70er Jahren nicht mehr miterlebt, den »bilderstürmenden« Aufbruch in eine neuartige Literatur.

Die Literatur-Frauen der 70er Jahre begreifen Schreiben nicht mehr als sakrale Handlung. Nicht mehr als etwas, wozu nur wenige Eingeweihte (Männer) Zugang haben. Sie begreifen Schreiben vielmehr als einen Akt kollektiver Selbstfindung, aber auch als einen Akt der Rebellion. So ist jedenfalls der Aufruf der Feministinnen an ihre Geschlechtsgenossinnen zu verstehen, wenn sie diese auffordern, massenhaft zur Feder zu greifen.

Diese Entsakralisierung war eine Notwendigkeit aus der Sicht der Frauen. Aber es war eben auch nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Aneignung von Sprache, Literatur und Kultur, von Welt und Macht durch uns Frauen. Ein Anfang, um neue Wertigkeiten zu finden, die Besiedlung eines Raumes, den wir noch ausgestalten müssen. Wie in der Männerliteratur gibt es auch in der von Frauen verfaßten Literatur unterschiedlichste Gattungen und Ausformungen. Manches mag kurzlebig sein, anderes wird Bestand haben. Wir Frauen sollten nur darauf achten, daß sich nicht wieder das wiederholt, was in der Vergangenheit so oft passiert ist. Wir sollten nicht zulassen, daß durch zeitweise Verschüttung die Tradition wieder unterbrochen wird, die Überlieferung weiblichen Schrifttums. Unsere nächsten Generationen sollten nicht wieder von vorne anfangen müssen. Unvorstellbar, daß etwa die Werke einer Irma Traud Morgner, einer Christa Wolf, einer Katja Behrens ... unseren Enkelinnen nicht zur »Pflichtlektüre« überlassen werden sollten.

### Gibt es also doch eine Frauen- und eine Männerliteratur?

In der gegenwärtigen Phase der Historie würde ich es bejahen. Bejahen:

- weil Frauen ihre eigene Identität in der Geschichte finden und den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft erst erkämpfen müssen;
- weil wir Frauen daher in einer ganz spezifischen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung leben, die unser Fühlen und Denken, unsere Wünsche und Erfahrungen prägt;
- weil wir Frauen daher eine uns eigene Sprache entwickeln und eigene Formen finden müssen, um unsere Lebenssituation zum Ausdruck bringen zu können;
- weil wir Frauen unseren Beitrag dazu leisten müssen, damit eine egalitäre und herrschaftsfreie Gesellschaft in einer ferneren Zukunft verwirklicht werden kann.

So gesehen, betrachte ich Frauenliteratur als eine historische Erscheinung, als Gegenstück zu der von Männern geprägten, vorherrschenden Literatur. (Die Frauen haben diese Spaltung der Begrifflichkeit nicht erfunden und *mann* sollte ihnen das auch nicht zum Vorwurf machen!)

Dennoch fände ich es falsch, wenn wir uns mit dem weiblichen Attribut selbst aus dem herrschenden Kulturbetrieb ausgrenzen würden. Obwohl wir uns andererseits die uns zustehende Hälfte auch nicht um den Preis der Anpassung an männliche Wertigkeiten und Spielregeln streitig machen lassen sollten. Ob es bei dieser Dualität bleiben wird, hängt ganz wesentlich von uns Frauen ab: ob es uns gelingen wird, die herrschenden Verhältnisse umzukrempeln im Sinne einer echten Egalität zwischen den Geschlechtern, im Sinne einer echten Egalität zwischen allen Menschen auf dieser Erde.

# WISSEN TUT WEH. SELIG SIND DIE DUMMEN.

Ein Skolast-Gespräch mit Wolf Biermann. Von Gabriel Grüner und Benedikt Sauer.

Wolf Biermann war wieder einmal auf Tournee, um seine neue Platte: »Die Welt ist schön, pardon will sagen ganz schön am Rand.« vorzustellen. Auch Innsbruck stand auf dem Programm.

Wir bemühten uns um einen Konzerttermin mit dem roten Chansonier zu bekommen. Mit Erfolg. Zwei Stunden vor Konzertbeginn sollten wir Biermann im Konservatorium treffen, wo sein Innsbrucker Gastspiel stattfand. Wir warteten vergeblich. Sein »Tourmanager« tauchte auf, anschließend sein Konzertveranstalter, nur Biermann kam nicht und als er endlich erschien, war es für ein Interview zu spät; Er war in Gedanken schon bei seinem Auftritt, gab uns freundlich die Hand, witzelte und setzte sich sofort an den auf der Bühne stehenden Bösendorfer-Flügel, rief: so einen hätte Hanns Eisler auch besessen — und griff in die Tasten.

Er probte »Die Mädchen auf dem Autostrich ...«, meinte, für diesen Song wäre der Flügel viel zu schade, ein altes Seemannsklavier wäre geeigneter, und intonierte anschließend Prevért's »Welke Blätter«. Er spielte als wären wir schon sein Publikum ... Mit dem Interview sollten wir bis nach dem Konzert warten. Der Auftritt von Wolf Biermann war ein Erfolg. Das Publikum im vollbesetzten Konservatorium ging begeistert mit. Es gab alte und neue Liebeslieder und einige seiner bekanntesten Stücke wie das »Große Gebet der alten Kommunistin Oma Meume in Hamburg« oder »Ermutigung«. Wer Biermann nur von seinen Platten kennt, hat etwas versäumt. Seine Auftritte gereichen jedem Schauspieler und Kabarettisten zur Ehre.

Nach drei Stunden Schwerstarbeit ahnten wir, daß Wolf Biermann zu müde sein würde. Ausgelagert und erschöpft stand er in der Garderobe vor uns. »Morgen zum Frühstück im Hotel«, »seid mir nicht böse ...«

Am nächsten Morgen endlich kamen wir zu unserem Interview bei Kaffee und Butterbrot. Biermann freundlich und unangenehm.

Biermann: Ihr sagtet, daß diese jungen Leute, die gestern im Konzert waren, meine Geschichte mit der DDR und meine Ausbürgerung in der Regel überhaupt nicht mehr kennen, weil als ich vor 9 Jahren ausgebürgert wurde, waren die ja noch Kinder. Die hören sich so ein Lied an wie »Großes Gebet der alten Kommunistin Oma Meume in Hamburg« und wie wir gemerkt haben, das Lied hat sie tief bewegt. Der sogenannte Künstler freut sich, weil er sich sowieso schon immer geärgert hat, daß die Leute mehr über den Baum reden als über die Äpfel.

Solche Leute wie ihr, die älter und besser informiert sind über die ganzen politischen Umstände meines Lebens in der DDR, daß ich 12 Jahre dort verboten war und warum und wie sie mich dem Trick rausgekanzelt haben und alles das, ihr müßt so ein Lied nicht besser und tiefer in euch aufnehmen können als diese jungen, dummen Menschlein da. Die sind eben gar nicht so dumm. Die haben nicht diese alten, linken Seelenschwüre.

Sie gehen nicht jeden Abend mit Rosa Luxemburg ins Bett und stehen nicht mit Antonio Gramsci wieder auf, sondern sie hören sich Biermann an, setzten sich den alten Vogel auf die Stange und lassen ihn singen.

Überall wo ich jetzt im letzten Jahr gesungen habe, war es so, daß fast der größte Teil des Publikums junge Leute waren, dann mittlere und so alte Knacker wie ich. Das heißt mein Publikum ist das extreme Gegenteil eines Zielgruppenpublikums, sowohl was das Alter als auch was die soziale und bildungsmäßige Zusammensetzung betrifft. Es kommen sogenannte einfache Leute, Gewerkschafter, junge Arbeiter, es kommen aber auch angehende Eierköpfe und müde gewordene Intellektuelle. Es kommen Leute, die im normalen Leben gar nicht aufeinandertreffen würden. Da kommen Leute, die wollen einfach hören wie der Gitarre spielt und das kann unter Umständen politischer sein als wenn irgendwelche Politfreaks kommen, die Gipsfäuste ballen möchten. Ich versuche immer, eine Musik zu machen, die auch etwas liefert, die den Text nicht nur serviert, sondern auch interpretiert, d.h. gelegentlich gegen ihn angehen muß. Eine Seite zeigen soll, die der Text an sich nicht hat, sondern nur latent hat, als Möglichkeit. Die aber nicht zur Erscheinung gebracht ist im Text.

Ich habe gerade jetzt Informationen darüber erhalten, daß in der DDR — und das interessiert mich natürlich immer noch sehr, fast doch noch mehr als alles andere — solche 17-18-19jährige, die gewiß auch Kinder waren als ich ausgebürgert wurde, sich für meine Lieder interessieren.

Es hat sich in der DDR eine Welle des Interesses an meinen Liedern entwickelt.

*Skolast: Kann man Dich im Osten überhaupt hören, kann man Platten von Dir kriegen?*

Biermann: Eine Platte von mir kostet 300 Mark oder zwei Jahre oder beides. Es ist verboten und die Preise sind in der DDR sowieso sehr hoch. Das Wort »Bulle« kostete zu meiner Zeit 1 Jahr, das konntest du als Maßeinheit nehmen.

Vom Künstlerischen kommt der studierte Ökonom Biermann auf die Wirtschaft zu sprechen, auf dem Umweg eines Exkurses über die Mieten in der DDR zieht er einen Vergleich zwischen Planwirtschaft und Kapitalismus.

»Auf jeden Fall kann man sagen ist dieses vergeudende kapitalistische System in dem soviel Dreck produziert wird immer noch effektiver als das östliche. Die Produktivkräfte wachsen im Westen schneller als im Osten, der gesellschaftliche Reichtum der sogenannten einfachen Menschen ist erheblich größer. Für den einfachen Arbeiter in Nowosibirsk, der in irgendeiner Autofabrik arbeitet, ist es geschissen, ob sich der Kapitalist die Taschen füllt oder nicht, er fragt danach, was habe ich? Und sobald er satt ist und nicht mehr friert, welche Möglichkeiten habe ich mich frei zu bewegen und meine Meinung zu sagen.«  
(...)



»Die einfachen Leute jedenfalls bilden sich ihr Urteil über eine sozialistische Gesellschaft, was immer das sei, nicht aus dem Studium irgendwelcher Bücher, sondern aus der Beobachtung der Wirklichkeit. Und wenn sie sehen, daß die Menschen im Osten materiell schlechter leben und einen Maulkorb tragen, dann sagen sie: »nein danke, dann nehme ich lieber diesen beschissenen Kapitalismus.« (...) Auch ohne große politische Bildung und Nachhilfeunterricht von irgendwelchen linken Eierköpfen wissen die sogenannten einfachen Leute, daß es im Osten Scheiße ist und sie wollen nicht dorthin. Und sie haben recht und sie sind vernünftig. »So tünlich« hat Brecht gesagt »ist das Volk nicht«, und so blöd wie manche Linke schlau sein wollen, sind die Leute nicht.«

Wie könnte er sich, wenn er so von der Urteilskraft des Volkes überzeugt sei, politische Strukturen wie den Faschismus erklären, wollten wir von Biermann wissen.

Biermann: »Ich sage nicht nur weil es das Volk ist, daß es dann immer unterscheiden kann, was hinten und vorn ist. Aber dennoch ist die Urteilskraft der einfachen Leute nicht geringer als die der intellektuellen Eierköpfe.

Denn alle Dummheiten die ihr da beklagt und die dann in Strukturen kulminieren wie Faschismus oder Stalinismus, wo unter Stalin immerhin 20 Millionen Menschen umgebracht wurden, rein sportlich gesehen kann er sich ja mit Hitler messen, an all dieser Dummheiten an all dieser Blindheit, dieser Borniertheit die mir weh tut, waren die sogenannten Eierköpfe, die gebildeten Leute mindestens so beteiligt und ihre höhere Bildung hat sie in gar keiner Weise daran gehindert. Im Gegenteil, die einfachen Leute, die haben mehr oder weniger murrend manchmal jubelnd in ihrer Blödigkeit mitgemacht, aber so begeistert und so rigoros wie die Intellektuellen nicht.«

Wir hakten nach und wollten wissen, ob er wirklich glaube, daß sich Stalin mit Hitler vergleichen lasse?

Biermann: Nein, er hat es schlimmer gemacht. Ich meine, der Hitler hat 20 Leute aus meiner Familie liquidiert, weil sie Juden waren. Er hat meinen Vater umgebracht weil er Kommunist war. Du mußt mir nicht erklären, daß Hitler schlimm war, das habe ich erlebt. Nur ich sehe es mehr vom politisch-moralischen Standpunkt her. Hitler hat treu für die Bourgeoisie getan, was er konnte, er ist gescheitert, das haben sie ihm nicht verziehen, aber im Grunde hat die Interessen seiner Klasse rigoros und erfolglos vertreten. Hitler war unser Feind, er war der Vertreter des Großkapitals, er hat den Krieg angezettelt, er hat das deutsche Volk ins Unglück gestürzt, hat die Juden abgeschlachtet mit fabrikmäßigen Methoden, das werden wir nie vergessen. Aber Stalin hat immerhin die Oktoberrevolution ruiniert, die große Hoffnung der Menschheit, was dazu geführt hat, daß der Sozialismus in den Augen der allermeisten Menschen in der Welt, besonders in den Ländern, die sich sozialistisch nennen, ein Synonym ist für doppelte Unterdrückung und Heuchelei. Stalin hat 20 Mio. Menschen liquidiert, das ist die bescheidenste Schätzung, die Toten des Krieges nicht mitgerechnet, unter ihnen allein 2 Mio. kommunistische Kader. ... Es gab in der Sowjetunion nicht nur Arbeitslager, in denen die Menschen durch Arbeit vernichtet wurden, es gab auch richtige Vernichtungslager ... Mischka Siowudskaja von der ich gesprochen habe, die 20 Jahre von 1936 bis 56 in den KZ's des Gulags saß, könnte dir ein Lied singen. Sie, die für Togliatti in den Komintern gedolmetscht und gearbeitet hat, wurde 1936 als Gestapo-Agentin »entlarvt«.

Ich rechne nicht einfach auf, sondern ich bewerte moralisch verschieden die Verbrechen des Stalinismus, über deren quantitative Seite ich nur mal aus rein hygienischen Gründen spreche. Moralisch bewerte ich sie viel schlimmer. Weil das meine Leute sind, weil das unter dem Firmenzeichen der Ideen geschieht, für die mein Vater gekämpft hat und gestorben ist.

Das Stichwort Vater fällt und Biermann erzählt uns aus der Geschichte seiner Familie, über seine inzwischen 81jährige Mutter, eine alte Kommunistin, die seit 1929 der kommunistischen Partei angehört und die als Maschinenstickerin in einer großen Fabrik gearbeitet hat.

Biermann: »Meine Mutter hat neulich eine ganze Nacht geweint, und ich fragte sie, was denn los sei. »Ach«, sagte sie, »Wolf, ich habe ein Buch über den span. Bürgerkrieg gelesen«. Den wir ja verloren haben. Sie weint, weil sie an meinen Vater denkt. Mein Vater wurde 1933 gleich verhaftet, weil er die kommunistische Parteizeitung illegal gedruckt hat, 35 kam er wieder raus, 36 wurde ich geboren, Zeit des span. Bürgerkriegs, und im Februar 37 wurde er wieder verhaftet, lange Zeit eingesperrt und dann nach Auschwitz transportiert und ermordet. Er wurde verhaftet, weil er die Schiffe, die von Hamburg nach Franco-Spanien gingen, sabotiert hat. Hitler schickte seinem Freund Waffen. Mein Vater hat die getarnten Waffenschiffe ausfindig gemacht. In diesem indirekten Sinne ist er im span. Bürgerkrieg gefallen. Im Gefühlssystem meiner Mutter jedenfalls hängt das Schicksal meines Vaters mit dem Schicksal der span. Republik sehr eng zusammen. Und jetzt liest diese alte Frau ein Buch, wo drinsteht, wie wir es den Faschisten ermöglicht haben zu siegen: Rolle der Sowjetunion, Waffenlieferungen, Gold, Anarchisten. Das ganze tragische Geflecht. Der Sieg von General Franco ist ja nicht vom Himmel gefallen. Sie weint, weil sie das Gefühl hat, daß ihr Mann umsonst gestorben ist. Dieser kleine Arbeiter in Hamburg setzt sein einziges Leben aufs Spiel und weiß nicht was in Spanien passiert. Ich sage heute, auch wenn es etwas kalt klingt, zum Glück wußte er es nicht, weil sonst wäre er verzweifelt und zum Glück hat er trotzdem getan was er getan hat. Aber wissen tut weh, selig sind die Dummen. Und ich will nicht, daß Leute sich ihr revolutionäres Seelenheil erschwindeln und sich noch

dümmere machen als sie schon sind. Aber der Kampf meines Vaters war ganz und gar richtig und wenn es nur richtig war, daß er mir die moralische Kraft übermittelt hat, mich in diesen langandauernden und ernstesten Streit mit den Bonzen der DDR einzulassen ...

*Skolast: Kannst du dich noch an deinen Vater erinnern?*

Biermann: Als ich drei Monate alt war, ist er abgeholt worden und dann war er weg. Trotzdem kann ich mich an ihn erinnern. Meine Mutter hat mir jeden Tag von ihm erzählt. Und einmal ist es meiner Mutter gelungen, das muß 1942 gewesen sein, kurz bevor sie ihn umgebracht haben, mich mit ins Lager zu schmuggeln, wo sie ihn alle halbe Jahre sehen durfte für eine halbe Stunde. Mein Vater war damals als politischer Häftling im Strafvollzug in einem Moor in der Nähe von Bremen. Leider wurde er 43 aus dem Gefängnis rausgenommen, sonst hätte er vielleicht überleben können. Meine Mutter ist mitten im Winter mit mir kilometerweit zu diesem Lager gelaufen. Wir saßen in einer Baracke, und dort hat sich eine Szene abgespielt, an die ich mich erinnere, weil sie mir immer wieder erzählt wurde.

... Meine Mutter sagte: »Weißt du, den Wolf nennen sie immer den kleinen Sängerk«. »Sing doch dem Papa mal was vor Wölflein«, sagte sie. Und dann sang ich dieses Lied: (singt) »Bomben, Bomben, Bomben auf Engelland, bum, bum«. Das hatte ich in der »Goebbels-schnauze« gehört, so nannte man das Radio. Stell dir mal vor, da sitzt so ein Kommunist, ein Prolet in Häftlingskleidung in der Baracke und sein kleiner Sohn singt ihm das Lied seiner Feinde vor. Das hat ihn gewiß sehr weh getan, und er hat es begriffen, er war ja nicht blöd. Oder wie es in dem schönen Gedicht von Brecht heißt: »Er, der es begriff, begriff es auch nicht.«

Dann war Schluß. Biermann wollte nicht mehr. Eine Frage stellten wir ihm aber noch. Wir wollten wissen, ob ihn aktuelle Weltereignisse wie der Konflikt Israelis — Palästinenser oder die Krise mit Libyen denn nicht berühren würden, weil er darüber keine Texte und Lieder schreibt.

Biermann: Davon verstehe ich nichts. Ich werde über die Dinge schreiben, politische Dinge, dann und in dem Maße, wie sie mit meinem kleinen wirklichen Menschenleben etwas zu tun haben. Alles andere ist Pappkarton und Beschleiß.

Und wenn ich den Fehler gemacht habe, es anders zu tun, das ist mir manchmal passiert, dann habe ich schlechte Sachen geschrieben. Die politisch richtig waren. Das ist das Problem des Engagements. Ich bin nicht engagiert, nie gewesen. Aber das muß man ausführen, man muß klarstellen, was heißt das Wort was bedeutet es.

Ich meine — aber das ist wirklich ein abendfüllendes Thema und ich sage es mal so kurz und verwirrend wie es sein soll — ich bin nicht engagiert. Nur in meinen schlechtesten Zeiten, wenn ich nicht mehr ein noch aus wußte, war ich engagiert, aber so tief bin ich selten gesunken.

Nachdem das Mikrofon längst abgeschaltet war, erzählte Wolf Biermann von seinen privaten Schwierigkeiten. Wer aufmerksam seine neue Platte hört, wird seinen Kummer verstehen. Zu allerletzt ging die Rede noch um Literatur. Biermann der Dichter im Lexikon der Weltliteratur zwischen Beaudelaire und seinem verehrten Meister Brecht, teilte einigen Kollegen strenge Zensuren aus. Erich Fried z.B. schreibt für Biermann keine Gedichte, sondern nur »Gedächte«, »die Mauen wenden sich schändernd von Fried ab«, was er schreibe, seien Randnotizen zur Weltliteratur. Er lobte Thomas Mann, den er lange verkannt habe und von dem er gerade »Josef und seine Brüder« lese und Helga M. Novak.

Zum Abschied versprochen wir ihm einen Gedichtband von N.C.Kaser zu schicken. Vielleicht fallen ihm zu den Texten des Bruneckers einmal ein paar Noten ein.



## 10 Jahre Exil nach 11 Jahren Maulkorb

*Im Herbst sind es 10 Jahre seit der Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR, 10 Jahre, die er hauptsächlich in der BRD verbracht hat. Und diese Zahl ist das einzig Runde in der ansonsten fast nur eckigen Biographie des inzwischen 50jährigen.*

*Als er 1936 in Hamburg geboren wurde, saß sein Vater im Gefängnis; er hatte als Werftarbeiter und Kommunist Waffentlieferungen an Franco sabotiert.*

*Als 17jähriger ging der Sohn aus Überzeugung in die DDR, gerade rechtzeitig, um dort 1953 die Unterdrückung des Arbeiteraufstandes gegen das DDR-Regime durch die Rote Armee miterleben zu müssen.*

*1960 begann Biermann zu schreiben und zu komponieren, einige wenige Gedichte wurden in Zeitschriften gedruckt, dann erschien in der DDR nichts mehr von ihm, bis heute. 1962 erhielt er aufgrund seiner Kritiken am DDR-Sozialismus sein erstes Auftrittsverbot für ein Jahr, im Anschluß daran erfolgte der Ausschuß aus der SED. Kurz darauf durfte auch er vom Tauwetter profitieren und zu einer Konzertreise in die BRD. 1965 jedoch tritt in Anschluß an ein außerordentliches Plenum des ZK der SED ein jetzt generelles Auftritts- und Ausreiseverbot gegen ihn in Kraft. Im selben Jahr erschien in Berlin-West (bei Wagenbach) der erste Gedichtband und die erste LP, die Texte und Lieder mit der sozialistischen Kritik am »Sozialismus« wa-*

ren aber für ein anderes Publikum, für das im Osten, bestimmt. Dort verbreiteten sich die Blätter und Kassetten im Untergrund.

Nach 11 Jahren, in denen Biermann immer im Zimmer singen durfte, erreichte ihn überraschend eine Ausreisegenehmigung für ein Konzert in Köln im November 1976. 3 Tage nach dem Auftritt mußte er die Freude darüber aber schon vergessen: die DDR entzog ihm die Staatsbürgerschaft, und ließ ihn nicht mehr einreisen. »Und als ich von Deutschland nach Deutschland gekommen bin in das Exil« — so beschrieb er den Hinauswurf aus seiner Wahlheimat in seine ursprüngliche. Der »Fall Biermann« hat eine Reihe von bekannten Namen in Ost und West (Christa Wolf, Böll, Grass, Rainer Kunze, u.v.a.) protestieren lassen, diesmal nicht für eine Auslieferung aus dem Osten, sondern für eine Einreisegenehmigung. Biermann mußte bleiben.

Nachdem sich seine in der DDR geäußerte Befürchtung — wenn er im Westen leben müßte, »würde ich aufhören überhaupt zu schreiben« — nicht bewahrheitet hatte, und Biermann weiterhin schrieb und komponierte, gelangte das Drama des Ostens im Westen zu einer zweiten Aufführung, wenn auch in variiertem Form. Biermann konnte zwar im Land, in dem er jetzt leben mußte, Platten und Bücher veröffentlichen, er blieb aber von Rundfunk und Fernsehen, den öffentlichen Medien, für lange Zeit ausgeblendet, und auch heute sind Auftritte von ihm hier Mangelware. Die Medienmacher, aber auch das Gros der Kritiker — vor allem im deutschsprachigen Raum — (aten sich schwer mit dem aus dem »Kommunismus« verstoßenen Kommunisten, der sich sein Kommunistsein nicht nehmen ließ. Biermann blieb konsequent: er fand selbstverständlich keine Freunde bei den im Westen lebenden Freunden der DDR, er suchte sie sich dafür bei den Linken in Mittel- und Südeuropa, in Frankreich, Spanien und Italien vor allem. Und er trotzte in seinem letzten Buch einem Teil der Linken mit seiner Solidarität mit dem Polen von Solidarnosc: »die erste klassische Arbeiterrevolution seit der Erfindung der Lehre der klassischen Arbeiterrevolution«.

Vom politischsten der deutschsprachigen Liedermacher gibt es aber nicht nur politische Lieder und Texte. Zu Biermanns Repertoire gehören unter anderem Kinderlieder, alte Volkslieder. Vertonungen von Gedichten verschiedener Autoren und auch die gar nicht so unpolitischen Liebeslieder, mit denen er jetzt eine zweite LP gefüllt hat: »Die Welt ist schön, — pardon will sagen, ganz schön am Rand«.

## BIBLIOGRAPHIE

- Die Drahtharfe. Berlin (Wagenbach), 1965  
Mit Marx- und Engelszungen. Berlin (Wagenbach), 1968  
Der Dra-Dra. Berlin (Wagenbach), 1970  
Für meine Genossen. Berlin (Wagenbach), 1972  
Deutschland. Ein Wintermärchen. Berlin (Wagenbach), 1972  
Das Märchen vom kleinen Herrn Moritz, der eine Glatze kriegte. München (Parabel), 1972  
Nachlaß I. (enthält alle bisherigen Bücher). Köln (Kiepenhauer & Witsch), 1977  
Preußischer Ikarus. Köln (Kiepenhauer & Witsch), 1978  
Das Märchen von dem Mädchen mit dem Holzbein. (Bilderbuch). Köln (Kiepenhauer & Witsch), 1979  
Verdrehte Welt — das seh' ich gerne. Köln (Kiepenhauer & Witsch), 1982

## DISKOGRAPHIE

- Wolf Biermann (Ost) zu Gast bei Wolfgang Neuss (West). 1965, Philips  
Vier neue Lieder. 1968, Wagenbachs Quartplatte  
Chausseestraße 131. 1969, Wagenbachs Quartplatte (Neuausgabe 1975, CBS)  
Warte nicht auf bessere Zeiten. 1973, CBS  
aah — ja! 1974, CBS  
Liebeslieder. 1975, CBS  
Es gibt ein Leben vor dem Tod. 1976, CBS  
Es geht sein' sozialistischen Gang. (Kölner Konzert, live). 1976, CBS  
Der Friedensclown. 1977, CBS  
Trotz alledem. 1978, CBS  
Hälfte des Lebens. 1979, CBS  
Eins in die Fresse mein Herzblatt. (Live). 1980, CBS  
Wir müssen vor Hoffnung verrückt sein. 1982, Musikant  
Im Hamburger Federbett. 1983, Musikant  
Die Welt ist schön — ganz schön am Rand. 1985, Musikant

Andreas Feichter

# Die Verstoßung in die Provinz

## Die Moderne

**Unsere Gesellschaft bedarf der Innovation:** Denn Unternehmer können keine neuen Produkte absetzen, wenn diese kulturell nicht durchsetzbar sind. Man sieht's an den immensen Werbeausgaben, die nötig sind, um eine Stagnation des Mythos 'westliche Gesellschaft' zu verhindern.

Daß Innovation/Veränderung unbedingt nötig ist, das wissen alle schwerreichen Mäzene moderner *Offizialkultur*; sie wissen, warum sie liberal, gegen eine konservative Kulturpolitik sind.

Das wissen aber *nicht* die neureichen Konservativen und auch die Beamten der Kulturpolitik vermögen nur bis zum nächsten Wahltermin voranzusehen.

Nun muß ich lesen, daß schon bald *Die Moderne* in Südtirol einziehen soll. Eichbichler/Zelgers Goethe soll also ersetzt werden durch Cescutti/Mumelter etc.s Oberhuber. Stuppner soll wohl zur Südtiroler Repräsentationsfigur werden. Die gesittete österreichische Avantgarde darf plötzlich ohne Verbot auch in Südtirol ihre Werke vorzeigen. Mit der Vorführung eines Achternbusch hat man noch leichte Probleme (man hat wiedereimal die »Volkswut« doch zu sehr aufgestacheln, als daß man sie nun so schnell wieder besänftigen könnte).

Aber dieser Ruck zur *Moderne* soll sich auf alle Fälle im Bereich der etablierten *Offizialkultur* vollziehen.

Südtirol soll wohl damit den Anschluß an internationale Maßstäbe finden. Was hat sich so plötzlich verändert in diesem Land?

Absolut nichts — denn die restliche Welt ist schon längst dabei, wieder einmal die Postmoderne zu überwinden, bzw. neue Grundlagen für eine Moderne auf der Basis der Informatisierten Gesellschaft zu entwickeln.

## Die Postmoderne,

bedingt einerseits durch sich leerende Fabrikshallen, veraltete, einst 'moderne' Grundlagen, nicht mehr verwertbare, einst funktionale Strukturen, andererseits durch den ungebremsten Zufluß immer breiterer Schichten in den etablierten 'Kulturbe-

trieb' und durch eine permanente Überschwemmung der *Offizialkultur* mit Ästhetisch Neuem (eine Überschwemmung, die mit Einsetzen der Krise natürlich finanziell wie ideologisch nicht mehr zu bewältigen war), wird in Südtirol also in etwa zwei bis drei Jahren zu erwarten sein. Es wird dann wohl ein Forum Arge Postmoderne gegründet werden müssen, um, wieder um einige Jahre zu spät, 'Kunst für Zeitgenossen' präsentieren zu können.

Denn

## Der Zeitgeist

von Zeitgenossen sah im Jahre 1985 wohl etwa so aus: Postyuppies und Postalternative trafen sich zu gemeinsamen Aid-Konzerten für Farmer, Äthiopier, Italiener und Schwarze ... Die Revivals in der Musik fanden endlich ihr gottverdientes Ende, die vielen Alex Chiltons, Blixa Bargelds und Heinos tränkten die 'Evergreens' mit soviel Zynismus, Rotz und Inbrunst, daß die ursprünglichen Autoren wohl wünschten, diese Stücke nie geschrieben zu haben. Die vielen Style Councils und natürlich Billy Bragg vermittelten die Art der Postyuppiegeneration und der 'Lärm' des Alltäglichen wurde zu sakraler Kunst und diese wurde wieder durch den 'Lärm' des Alltags zerstört, (von Test Department über die Einstürzenden Neubauten bis zu Battistellis Oper 'Experimentum Mundi').

1985 war Cowpunk und The Jesus and Mary Chain und die Remakes im Film wurden wieder seltener.

Junge Neue Neue und neue Junge Wilde malten wieder.

Video/Computer/Kunst wurde zu einer dominierenden Art des künstlerischen Ausdrucks. »Das Videostadium hat das Spiegelstadium ersetzt« (Baudrillard), endgültig.

Die 18 — 25 Jährigen sind in der BRD von den Grünen über die CDU schon längst wieder bei der SPD gelandet und die italienischen Oberschülerdemonstrationen zeigten, daß ein neuer Gruppenegoismus, ein neuer Hedonismus, sich ausgebreitet hat. Und das ist in einer Gesellschaft, deren offizielle Kulturpolitik sich so eben und flach präsentiert hat, ohne Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppeninteressen, sicherlich gut so.

Die Konfliktbereitschaft hat also zugenommen und mit ihr ein neuer Rationalismus.

und und und ...

Ob diesen Trends/Tendenzen eine Neue Moderne, oben die Moderne auf der Basis der informatisierten Gesellschaft entspringt, wird in nächster Zeit absehbar sein. Trends/Tendenzen, somit das Ästhetisch Neue, werden nur aus dem Underground kommen, Offizialkultur kann höchstens kosmetische Nuancenverschiebungen hervorbringen, dann etablierte Künstler werden kaum ihre geübteren Pöstchen und Auftragsarbeiten aufgeben und sich ins Ungewisse des Experiments stürzen.

Die Langeweile — und somit die Stagnation — der Offizialkultur (und auch die der etablierten, 'alten' Alternativkultur, die an der Schwelle zur Offizialkultur lauert) wird nur durch die Frechheit, den Witz und den Rhythmus *vor Worten* überwunden werden können. Und so grübt sich ein bürgerlicher Mensch zerrendlich wohl selbst sein eigenes Grab, wenn er die Avantgarde und den Underground töret.

Wo man das nicht will, beginnt

### Die Provinz

Provinz ist dort, wo man aus Moderne einen um zwei Jahre verspäteten Zeitgeist verkauft. Und die 'Zeitgeist-1983-Sau', die im vergangenen Jahre 83 durch die Provinz lief, war entsprechend begehrt:

*Städlich des Niemands* sprangen die italienischen Parteien der Yuppies (PSI und FR) auf diese Sau auf. Sie glaubten, durch einen bestimmten Craxiparlamantakt und dessen posttheoretisches Organ 'Reporter' den 'oppositivallimor' verflünden zu müssen, und sie glaubten auch noch, damit sei die *Moderne* ge-

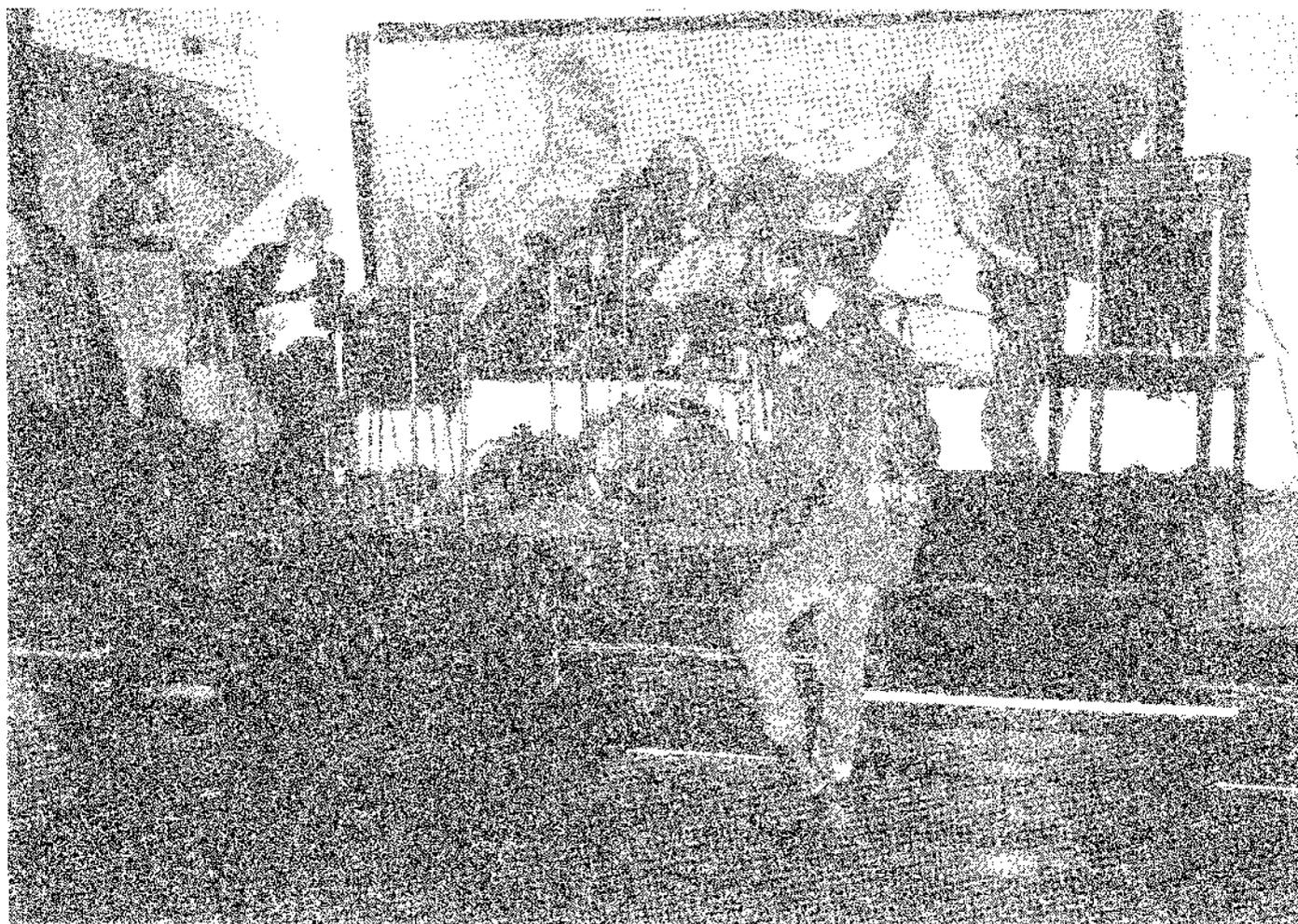
meint. Das war sie im Jahre 83 — dem Todesjahr der Yuppies — von sich geben, was wirklich nur der Zeitgeist von 1983. Sie träumten von den *Reizen* eines von ihnen zerrüttigten Sozialstaates, von neuen großen Herausforderungen, vom Clütel-enge schnallen der anderen, von einer *Synthese zwischen orientalischen und japanischer Kultur* (glaubten sie doch immer noch, *Amerika* sei irgendwas Modernes); sie sahen sich selbst als Schlitzler ohne (soziales) Netz, sie waren es nicht.

*Nordlich des Brenners* bemühte sich der Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerenschaft, ein bestimmter Wodon, dieser 'Zeitgeist-1983-Sau'. Nicht ahnend, daß man Trends durch ihre Inzuchtivandlung nicht langlebiger macht, glaubte er auch noch, daß die verbliebene Yuppie-Gemeinde in der Studentenschaft — dieses Konglomerat aus individuellen Problemlösungsfanatikern — plötzlich ihr Einzelkämpferturn aufgeben und scharf auf ÖH-Vertretung sein würde. (Sich ja, ein CV-Mann denkt eben nur seiner Kappe, nicht mit seinem Kopf.)

Und so kam im Mai 83 auch für ihn die Früchtering:

Die Wahlriederlage für sein Programm und sein Kulturkonzept

Doch es war zu spät. Dieser Vorsitzende hatte als logische Folge seines Denkens das seiner Kontrolle entzogene Kulturzentrum der ÖH, das Innsbrucker *Konzer*, schließen lassen. Das *Konzer* war aber der einzige metropolitane Ort (Gowann)Tirols, ein Zentrum des Neuen, der — mehrheitlich noch nicht etabliert — Avantgarde, und vor allem auch die Zentrum der Undergroundkultur. Es war nämlich nicht 'hote' Galeriekunst, oder heiligig vermittelbare Agenturenkunst, die dargeboten, ins Glashaas gestellt wurde, sondern lebende Kultur, die sich *abspielte*, die Evidenzdynamik entwickelte, die Musik nach Schönheit, Lautstärke, Länge und Abwechslung und Theater nach Aktion und nicht nach der Sprechkultur bewertete und Litera-





tur in Wortfetzen und Spaß zerspaltete; und das alles nicht in einer Atmosphäre der Abgeschiedenheit und Abgehobenheit, die sich irgendwelche schwebende Kunstkritiker — und auch einige Studenten — erwünscht hätten, sondern auf dem Boden der sozialen Realität einer Stadt.

Was konnte ein Vorsitzender mit Managerambitionen aus vergangenen Zeiten einem Kulturkonzept abgewinnen, das (Rock und Star)Lederhosen der Wirtschaftswunderjahre abgestreift hatte und etwas Neues, der permanenten Krise Entsprechendes, darzustellen versuchte. Er hat nie verstanden, was das *Komm* für die Provinz war. Und — er hat als Vorsitzender eines öffentlich-rechtlichen (!) Vereins Kultur betriebswirtschaftlichen Überlegungen unterworfen, hat Kultur als Kunstmanagement verstanden, und hat sich somit selbst zum Gespött der gesamten Kulturszene gemacht. (Es ist so, als würden Zelger/Prior nach der Rentabilität von Schützenvereinen und Landestheatern fragen; sie fragen nicht, sie zählen. Es geht schließlich nur um Wählerstimmen.)

Und auch Wodon gings nur um Wählerstimmen, nur hat dieser sich aufgrund seines verspäteten Zeitgeistes gehörig verrechnet.

Und noch etwas Bezeichnendes für die tiefste Provinzialität dieses Angriffs auf die einzige halbwegs autonome Kulturstätte Tirols: Wodon als Repräsentant der Provinz schickte die Polizei vor. Es wurde damit deutlich, daß die Provinz noch keine raffinierten, subtilen Mechanismen besitzt, das in der Undergroundkultur entstehende Ästhetisch Neue in kontrollierbare Bahnen zu lenken, abzuzugeln, die Neuen Ausdrucksformen im Kunstmarkt enden zu lassen (von einem autonomen Kunststipendienwesen bis zur 'Kunst am Bau'), ihnen auf diese Weise das subversive Element zu nehmen. Es fand keine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Kulturkonzepten statt, nur die Auseinandersetzung Undergroundkultur — Staatsgewalt.

Was hätte dieser Vorsitzende denn auch für ein Kulturkonzept dem das *Komm* entgegenhalten können, was waren denn seine programmatischen Vorstellungen: Eine *alle* ansprechende Kultur, eine *Muzak-Kultur der Mitteltöne*, ohne »Ecken und Kanten«; eine Kultur als gemütliche Abendkuisse für stressgeplagte Studenten (man stelle sich Fred Frith in CV-Oktobersfestatmosphäre vor); und vor allem auch, Kultur sollte gemanagt sein, eine gemanagte Kultur der vollen Hallen, eine Diretraitskonzertkultur also, mit viel Massenemotionalität und Gasfeuerzeugen. (Die Assoziationen mit Kulturkonzeptionen des 3. Reiches lassen wir mal beiseite.)

Wenn ein Vorsitzender der ÖH nur ein solches Kulturkonzept der 'Brote und Spiele und des billigen Kopierens' erarbeiten konnte und damit auch noch zeitgeistig zeitgenössisch sein wollte, weiß man, daß es von Oggersheim nach Schilda nur ein kurzer Weg ist.

»Die Macht der Dummheit« (ich zitiere Glucksmann, diesen Kerl, nur ungern) hat Nordtirol wieder zur Provinz gemacht. Und fürs kommende Jahr bleibt alles zu wünschen, nichts aber zu erhoffen: Das Bozner Forum Arge Kunst wird die etablierte Moderne in ihrer ganzen Langeweile und vielleicht noch das eine oder andere aus irgend einem Glashaus nach Bozen bringen, nicht aber einige unkontrollierte Szenen aus dem unkontrollierbaren internationalen Underground; und das Innsbrucker Akt als neues Zentrum einer metropolitanen Kultur in der Provinz wird wohl so spärlich mit Subventionen bedacht werden, daß seine Tätigkeit im Grunde sinnlos ist.

Und wir werden deshalb auch das kommende Jahr einer eigenständig arbeitenden Avantgardeszene 'beraubt' bleiben, denn durch das Nachhinken kann nichts anderes als eine bloße Plagiatkultur entstehen. Und auf einem solchen geistigen Hintergrund der Introvertiertheit und der Inzucht werden sicherlich keine neuen »Tendenzen« entstehen.

# Die neue Kusine informiert:\* HAMBURGER

War man kurz nach der Matura abends zu viert oder zu fünft mit Papis Auto beisammen und wußte man nicht, was tun, so kam dann einem die Idee: fahrmt doch nach Innsbruck auf einen Kaffee oder frisch gleich weiter nach München zu MC DONALDS, einen Big Mac hinablassen. Gleich darauf wurde der Hamburger zu einem Welterfolg. »In meiner Denkweise sind Hamburger eben eines der beliebtesten Essen auf dieser Welt, und die Kulturen, die das noch nicht richtig herausgefunden haben, die werden es dann, wenn sie Hamburger kennengelernt haben, auch mögen.« So Gründervater James McLamore von Burger King. Der einzige, natürlich, der ihn bis jetzt verstanden hat, war der Heidegger Martin mit seinem Satz: »Das Siegel-spiel der weltenden Welt entringt als das Gering des Ringes die einigen Vier in das eigene Fügsame, das Ringe ihres Wesen. Aus dem Spiegel-spiel des Gerings des Ringes ereignet sich das Dingen des Dinges.« Deswegen wurden bis jetzt so viele Fehler bei der Zubereitung gemacht. Hier die Klarstellung:

## FALSCH

Eine halbe Kuh klein hacken, kalt werden lassen und in Mehltau ziehen lassen, eine gemulchte Jauschzwiebel beimengen (wern's schmeckt, der kann auch einen kleingetretenen enthaarten Kaktus an dieser Stelle zu sich nehmen), kalt werden lassen, einen abgemeggeten Bund Petersilie schabing und auf hundert Grad erhitzen, sodaß er unauffällig unter die Masse verteilt werden kann. Erkalten lassen. Ein halbes Klafter Growsebearn kurz über den Bunsenbrenner heben und anschließend dem Fleischgekröse untrimengen. Warten, bis drei Raben am Küchenfenster hochsteigen, erkalten lassen.

Inzwischen Regenwasser, Mehl (bzw. 5 gestärkte Hemdkragen) mit Schweizer Malzbierhefe und anständig Kautschukraspel teigig rühren, bis das Brot entsteht.

Fleischmasse formen und mit olio extra vergine di raps turbo gehörig abbruzzeln. Wenn die Karosserie leicht braun wird, dann Öl wechseln. Erkalten lassen und erst vor dem Servieren wieder aufwärmen.



\*in Zusammenarbeit mit der firma fridelin

## RICHTIG

Einen eingeweihten Hund die Martinigans vom Nachbar holen lassen, schälen und von den Innereien befreien. Einen Tag in Meßwein ziehen lassen. Den Klingelbeutel, den man mit Knobli, Lorbeer, Pfefferkörnern und Honig vollgespendet hat, in die Marinade hängen. Es bleibt jetzt ein wenig Zeit für die tägliche gute Tat: den Mesner bei seinem Stuhlgang begleiten.

Die Gans aus der Marinade nehmen und abseihen; das Seihwasser im Kelch aufbewahren, es wird später noch gebraucht. im Römertopf eine Nuß Gansberger Butter ~~ZZZZZZZZZZ~~ lassen, eine ganze Zwiebel durch den Aktenvernichter schicken, mit dem Römertopf auffangen. 1 Minute nach dem Rechten sehen. Mit dem Klachi versuchen, eine Parmesankäsrinde kleinzukriegen. Das Ganserl zusammen mit dem Seihwasser in den Topf hauen und das Fegefeuer mit etwas Beten auf kleiner Flamme halten (nach zwei Rosenkränzen dürfte sie gar sein).

Die Fettleiber in einem Liter Picolit, ergänzt um Pfeffer und etwas Majoran, ziehen lassen.

LR Durnwalder um einen Hirschrücken bitten, den man in die Trüffelsauce hineinpasziert.

Jetzt tut man herrichten: die Fettleiber nur kurz erhitzen und mit der Sauce und der Gans auf den Altar stellen. Pappen. Die Reliquien kriegt der Hund.

Das Ganze ist eigentlich gar kein Hamburger nicht, sondern heißt schlicht »Monstraganz«, schmeckt aber um Ellen besser.



## LAIBACH — NOVA AKROPOLA — REBEL REC. 1985 (Vertrieb SPV 50—1447)

LAIBACH ist keine musikgruppe. LAIBACH ist eine undergroundorganisation. LAIBACH ist die wichtigste und die am meisten beachtete gruppe junger künstler aus jugoslawien. Laibach ist ljubljana.

LAIBACH existiert seit 1980 und ist bei uns ebenso wie die video-musik-performancegruppe BORGHESIA und die gesamte realsozialistische new wave scene unbekannt.

Aus ljubljana kommt die NEUE SLOWENISCHE KUNST — ein avantgardistisches gesamt-kunstwerk bestehend aus theater, neuer malerei, grafik, musik und videoart. LAIBACH ist ein kollektiv. Die musik auf NOVA AKROPOLA kann man am besten vergleichen mit test department oder den einstürzenden neubauten. sie ist gewalttätig, blasphemisch, vereint elemente der nazikunst mit slowenischem kitsch, und ist so widersprüchlich wie ein hi. hubertus (hirsch) in der fabrikshalle (siehe cover). Der rhythmus ist monoton, schnell, dumpf, tödend. NOVA AKROPOLA ist die futuristische beschreibung des klangkörpers fließband. Industrial-musik, folklore und tito-zitate. mi vsi krizani, člani izbrani mesarskega ceha, compagna dei macella: éja, éja, alalá!

NOVA AKROPOLA sind bilder aus einer alten slowenischen fabrik, in der DIE ZUKUNFT geschmiedet wird. Next time: New Music from East Germany, Poland and Czechoslovakia.

A.F.C.K.

## FRANTI Luna nera LP '85

Franti stammen aus Turin.

Franti sind die Ablehnung des music-business, die Ablehnung der Marktgesetze, der Versuch Gegenkultur abseits der üblichen Kanäle — auch der etablierten unabhängigen Labels — zu produzieren.

Franti sind Kritik und Selbstkritik. Daher ist es verständlich, daß selbst das indie-Öffentlichkeit-Treten über Kanäle, die nicht die eigenen sind, (z.B. Interview in »Rockerilla«, März '85) reflektiert wird, daß Franti dieses Interview nicht durch das übliche Photo der Gruppe, sondern durch eine Statistik über Drogenopfer und tödliche Arbeitsunfälle in Italien und die Häufigkeit psychischer und psychosomatischer Störungen der Belegschaft des Barilla-Werkes in Pedrignano ergänzen.

Franti sind jedoch vor allem Musik, wenngleich sich das Resultat von 9 Jahren Arbeit der Gruppe in nur 1 1/2 LPs und 1 Kassette äußert.

Das vorliegende Album bildet die Neuauflage einer Kassette von '83 ergänzt durch verschiedene Stilrichtungen. Während sich Seite 1 des Albums im Rahmen des Rock bewegt — Anklänge von Punk in »NO FUTURE«, »IO NELLA NOTTE« ist eine elektrische Ballade, »ONLY A NEW FILM« erinnert leicht an den west-coast-sound der 70er ... —, ist die Seite 2 nicht mehr in

# FRANTI

Kategorien des Rock faßbar. Deutlich wird hier jene Tradition italienischer Musik weitergeführt, die an Namen wie AREA oder STORMY SIX gebunden ist. (Übrigens: Wer die LP »UN BIGLIETTO DEL TRAM« von den STORMY SIX in seiner Sammlung hat, soll sie endlich wieder auf den Plattenteller legen, die Aktualität der LP wird — über 10 Jahre nach dem Erscheinen — überraschen). Elemente von Jazz, Rock und progressiver Volksmusik (s. Stormy Six) werden auf Seite 2 der LP verschmolzen und durch freie, improvisierte Musik ergänzt.

Erschienene Tonträger:

- A/B (Cassette mit 2 Stücken '82)
- Luna nera (Cassette '83)
- Franti/Contrazione (LP zusammen mit der Gruppe »Contrazione«)
- Luna nera (LP '85).

»Luna nera« ist im Handel nicht erhältlich, sondern wird von der Gruppe

selbst vertrieben und kann um 10.000 Lire (Verpackung u. Transport incl.) beim Saxophonisten der Band bestellt werden:

Stefano Giaccone  
C.so Siracusa 66  
10136 Torino

Franti siete voi quando lo ascoltate, quando voi suonate, quando vivete. Molto di meno di quello che vorremmo, molto di più di quanto vorrebbero che fossimo« (Franti — febbraio '85).



## Violent Femmes.

### The Blind Leading the naked.

»This sound brings you better through times without no money than money brings you through times without none of these records ...« (Aus einer Anzeigenwerbung für die neue Violent Femmes-LP.)

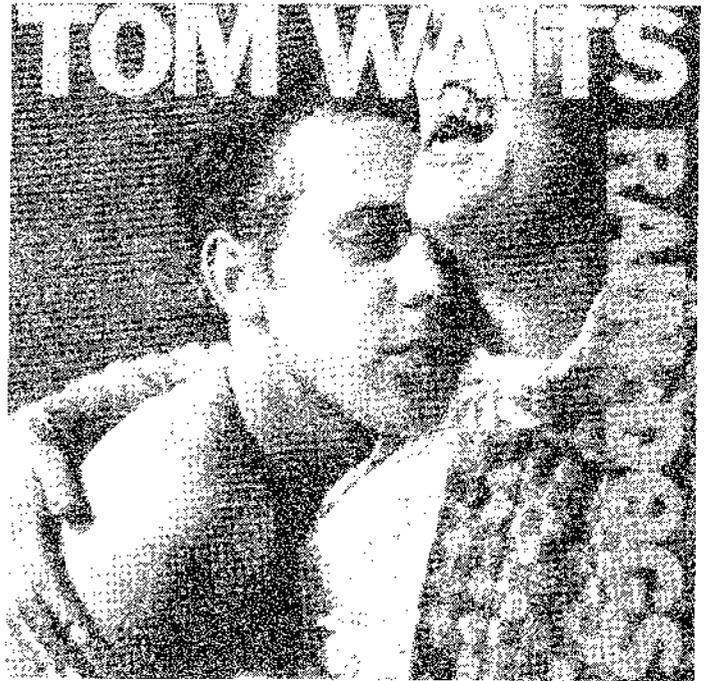
Szene in einem großen Plattengeschäft. »Violent Femmes? Nie gehört.« Das war vor zwei Jahren. Inzwischen dürften Gordon Gano, Brian Ritchie und Victor de Lorenzo auch manchem Schallplattenhändler ein Begriff sein. Wenn nicht, sie werden es noch werden. Mit Frechheit und einer für Amerikaner untypischen Ironie adaptieren die »gewalttätigen Frauen« aus Milwaukee verschiedene Stilrichtungen, ohne in platte Nachahmung zu verfallen. Sie können es rockig »Special«, »Heartache«; versuchen sich im Rhythm-Blues »Faith«; schwimmen auf der Psychowelle »Cold



Canyon« oder tönen wie der saite Lou Reed »Two People«. Selbst das Wagnis einer Cover-Version des T. Rex-Klassikers »Children of the Revolution« gelingt ihnen. Des Lobes voll sind auch die Kritiker und es kann schon passieren, daß einem ein Satz wie der folgende um die Ohren fliegt: »Die Violent Femmes sind die beste Band der Welt, im Moment, im Grunde schon seit einigen Jahren, seit 1982, da sie die erste LP aufnahmen.« (»Spek.« Nr. 4/86)

So euphorisch braucht man/frau nicht gleich zu werden. am besten man/frau legt sich hin, macht die Augen zu und hört sich die Violent Femmes an. Sie müssen gefallen, schon wegen dem Satz: »I don't believe in Ronald Reagan ...« Können US-Amerikaner etwas Intelligenteres singen?

—22—



### Tom Waits. Rain Dogs.

Noch ein sogenanntes Meisterwerk. Der kalifornische Songpoet Tom Waits ist von Los Angeles nach New York übersiedelt und hat dort eine LP produziert, die klingt, als wolle er das musikalische Gegenstück zu Jim Jarmusche »Stranger than paradise« liefern. Wer diesen Film nicht kennt, kann die neue Platte von Waits trotzdem mögen, wenn er Mensch genug ist, sich das »andere« New York vorzustellen, (nicht zu verwechseln mit dem »Anderen Südtirol«). Die Welt der Außenseiter abseits der glitzrenden Fassade von Manhattan.

Daß diese Platte — auf der es vom Tango, Walzer, Polka bis zum Blues und ironisch aufgefüllten Rock'n Roll und Jazz alles zu hören gibt — nie kitschig wird, liegt an der Echtheit, mit der Tom Waits seine Person zu verkaufen weiß. Man glaubt ihm die dreckigen Fingernägel, den Mundgeruch, den Stoppelbart, die whiskygetränkte Reibeisenstimme, die Verliererrolle. Nicht umsonst hört man auf zwei Stücken (»Union Square«, »Blind Love«) den letzten »Rolling Stone« Keith Richards in x-beiniger Chuck-Berry-Pose seine Rhythmusgitarre schwingen und John Lurie (genau, der Hauptdarsteller aus »Stranger than Paradise«) bläst in sein Saxophon.

—23—



»Die Femmes bei der Arbeit«

## REZENSIONEN



**Patrick Süskind: Das Parfüm.  
Die Geschichte eines Mörders,  
Diogenes Verlag, Zürich 1985**

Patrick Süskinds letzter Roman, zugleich auch sein erster, gehört wohl zu den meistgelesenen und damit verkaufteften Büchern des letzten Jahres. Mit Lorbeeren wurde nicht gespart und der Autor selber als *die* literarische Neuentdeckung gefeiert. Marcel Reich-Ranicki stieß für alle Lobhudelei stellvertretend den Stoßseufzer aus, die glauben in Süskind »einen deutschen Schriftsteller, der des Deutschen mächtig ist« gefunden zu haben. Doch ganz so jung ist Süskind nun auch wieder nicht, denn mit seinem Alter (Jahrgang 1949) dürfte er wohl zu den Spätenwicklern gehören. Bekannt war er schon mit seinem Monolog »Der Kontrabaß«, einer absurd-komischen Slapstick-Komödie, die durch Wortwitz auf Effekte zielte. Nun probiert es Süskind also auch als Romancier.

»Das Parfüm« erzählt die Geschichte eines Außenseiters, der selber von der Natur benachteiligt und mißgestaltet, mit einer sonderbaren Fähigkeit ausgestattet, sich an ihr und den Menschen zu rächen versucht. Häßlichkeit und Verbrennen stehen hier einmal wieder in enger Beziehung. Grenouille (franz. der Frosch) ist häßlich und geheimnisvoll zugleich. Er ist ein »Zeck«. Häßlichkeit und Schönheit haben schon immer in

gleicher Weise anziehend gewirkt, und der Dualismus »schön« und »häßlich« jene Realisierung bereits in mehrere literarischen Gestalten gefunden. Eng verstrickt ist damit auch der des »Guten« und »Bösen«. Häßlichkeit deutet aber meistens gleich auf Schlechtigkeit hin, das Äußere verweist nicht gleich auf das Innerne (Quasimodo, Dr. Jekyll & Mr. Hyde). Denn Häßlichkeit sei, wie die Schönheit, nur eine Anschauungsform des Geistes. Grenouille, der finstere Held, ist aber häßlich und schlecht obendrein.

Geboren wird Jean-Baptiste Grenouille in einer stinkigen Fischbude inmitten von Paris des 18. Jahrhunderts. Seine Mutter wird hingerichtet und er erleidet das Schicksal, als Waise, von Pflegemutter zu Pflegemutter weitergereicht zu werden. Denn das Kerlchen, das oft nur für ein paar Tage die Wärme einer Ziehmutter verspüren darf, hat unverkennbare Merkmale, daß er vom Teufel besessen ist, oder zumindest anders ist als all die anderen Bengels, denn: »er riecht überhaupt nicht«, ihm fehlt jener Geruch, ähnlich dem Karamell, der den anderen Säuglingen sonst so eigen ist. Eine wundersame Eigenschaft, zu der sich bald noch eine andere hinzugesellen wird.

Süskind geht chronologisch vor, beginnt die Geschichte seines abstoßenden Helden mit der Geburt und läßt sie mit seinem Tod enden. So erscheint der allwissende Erzähler als Stilmittel gerechtfertigt.

Grenouilles einzige und eigentliche Waffe, über die er von Natur her verfügt, ist seine äußerst feine Nase. Dieses Sinnesorgan wird zu seiner Rächerin, aber die Rache des Gedemütigten ergießt sich nicht in weltumstürzlerische Pläne, ihm geht es nur darum, die Welt der Düfte zu revolutionieren. Rücksichtslos geht der Einsame dann auch seinen Weg. Den Arbeitgebern verhilft er zu Geld und Ruhm, wird dabei ausgenutzt, aber gleichzeitig reichert sich der Betrogene mit jenen Kenntnissen an, die ihm später für die Gewinnung der feinsten Düfte von Nutzen sein sollten.

Anfänglich versucht er aus toter Materie Duft zu gewinnen, da nur er auch dort noch solche wahrnehmen und unterscheiden kann, wo jeder normale Sterbliche rein gar nichts mehr riecht. Aber dies genügt ihm noch nicht. Sein Ziel ist es einen Duftstoff herzustellen, der ihm, dem Nichtriechenden und deshalb von

den anderen nicht Wahrgenommenen, die Integration in die Gesellschaft ermöglicht, ihn aber gleichzeitig wieder von ihr abhebt. Daher wird der Außenseiter zum Mörder, der Roman zur Geschichte eines Mörders (Untertitel). Grenouille mordet aber nicht wahllos. Der Duft des Lebens hat seinen Preis, er kann ihn nur aus der Verkörperung der Unschuld gewinnen: jungen Mädchen. »Für einen Moment war er so verwirrt, daß er tatsächlich dachte, er habe in seinem Leben noch nie etwas so Schönes gesehen wie dieses Mädchen ... Üblicherweise rochen alle Menschen nichtssagend oder miserabel ... (Sie) ergab ein Parfüm so reich, so balanciert, so zauberhaft, daß alles, was Grenouille bisher an Parfüms gerochen hatte, alles, was er selbst in seinem Inneren an Geruchsgebäuden spielerisch erschaffen hatte, mit einem Male zu schierer Sinnlosigkeit verkam.« Mordern wird bei ihm nicht zur moralischen Instanz wie bei jenem bestbekannten Londoner Frauenmörder, noch ist es ein Töten aus dem Trieb heraus. Grenouille mordet rein zum persönlichen Zweck, aus purem Egoismus, als Rache an der Natur. Er rächt sich an der Natur, indem er den Menschen vernichtet, ihn ausbeutet, weil er, durch seine Fähigkeiten, über ihn erhaben ist. Grenouilles Ende ist deshalb symptomatisch; er triumphiert zwar, da er den hervorragendsten aller Düfte vollendet, geht aber am eigenen Triumph zugrunde. Am eigenen Leib verspürt er die Auswirkungen, die er mit sich bringt; der durch das Parfüm orgastisch geliebte Grenouille wird vom verhaßten Pöbel zerfleischt: »Und dann brach mit einem Schlag die letzte Hemmung in ihnen. Sie stürzten sich auf den Engel, fielen über ihn her, rissen ihn zu Boden. Jeder wollte ihn berühren, jeder wollte einen Teil von ihm haben, ein Federchen, ein Flügelchen, einen Funken seines wunderbaren Feuers.«

Süskinds Programm ist ein Bekenntnis zum traditionellen Erzählen, gebraucht weder das Stilmittel des inneren Monologs noch das des Perspektivenwechsels. Er schreibt geradlinig, in chronologischer Reihenfolge und verzichtet auch auf Rückblenden. Die geschlossene Einheit von Zeit und Raum, die psychologische Einheit, die Einmaligkeit und Abgeschlossenheit der Ereignisse, all diese Kennzeichen, die die Morphologie des modernen Romans durchbricht, finden sich hier wieder.

Süskind scheint es um die bloße Lust des Erzählens zu gehen. So wirkt denn auch der Roman, je weiter man fortschreitet, epigonal, Süskind wiederholt sich und verstrickt sich in sich selbst; scheinbar verzweifelt wird oft die Suche nach einem Ausweg aus der puren Lust des Erzählens. Die Ironie bleibt daher auch auf der Strecke, da sie mit dem Erzähltempo nicht mehr mithalten kann. So gehören auch die anfänglichen Passagen, voll Witz und Ironie, zu den glücklichsten des ganzen Buches. Der Bruch, der später erfolgt, wird um so schockzarter empfunden.

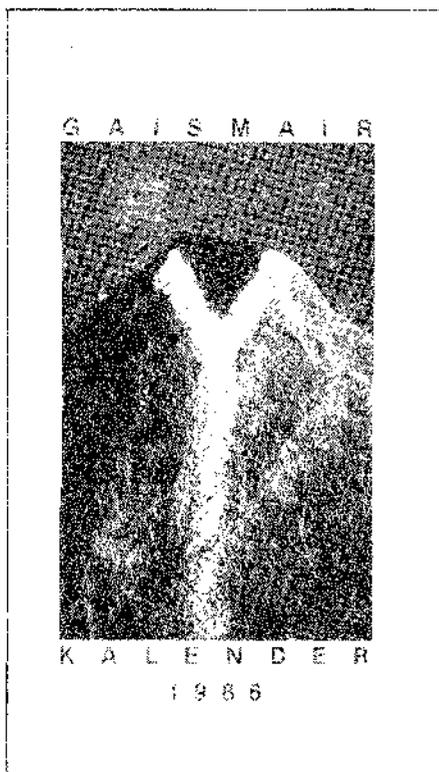
Süskinds Stil ist der der Romanciers des neunzehnten Jahrhunderts; er schreibt, wie ein Maupassant, Balzac oder Zola, eine sinnesfreundige Prosa.

Denn »Das Parfüm« ist auch ein erotischer Roman, schon vom Thema her. Gerüchen und Düften ist stets eine erotische Komponente zu eigen, da sie selber im Unterbewußtsein des Menschen vorhanden sind und beim Wiederaufsteigen Strömungen lebendig werden lassen. Grenouille nun beraubt die Mädchen ihrer Unschuld, indem er sie geruchlos (= geschlechtslos) macht: »Grenouille stand über sie gebeugt und sog ihren Duft jetzt völlig unvermischt ein, so wie er aufstieg von ihrem Nacken, ihren Haaren, aus dem Ausschnitt des Kleides, und ließ ihn in sich hineinströmen wie einen sanften Wind.«

Süskind reitet auf der Welle der phantastischen und kriminalistischen Erzählung, die die Literatur jetzt neuerdings

erfaßt hat. Andere nehmen das Mittelalter als Hintergrund für ihre historisch-biographischen Romane, Süskind das 18. Jahrhundert, das als »eine an genialen und abscheulichen Gestalten nicht arme Epoche«, sich ebenso gut für solche ein Unternehmen eignet. Wichtig ist nur, daß es eine möglichst finstere und unergründbare Zeit ist. Was zählt ist schließlich meistens dann ja doch nur die Spannung und Unterhaltung, die dem Leser geboten werden soll. Das Buch liegt nun auch in einer italienischen Übersetzung vor.

Elmar Ausserer



**Gaismair-Kalender 1986, Hrsg. v. d. Michael-Gaismair-Gesellschaft, Innsbruck, 260 S., Preis: Lit. 9000.— / 90 ÖS.**

Wie es um die Publikationsmöglichkeiten für die Linken und die Publikationen derselben im Tiroler Raum steht, ist bekannt. Schon wegen dieser Misere ist es dem Gaismair-Kalender hoch anzurechnen, daß es ihn nun zum siebten Mal gibt. Allerdings, wenn er auch jedes Jahr professioneller daherkommt, so kann diese Aufmachung nicht verdecken, daß das Unternehmen mit dem Einsatz Weniger, manchmal letztlich von einer Person steht oder fällt; sein

jährliches Erscheinen ist noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Trotzdem gelingt es der Kalender-Machern — und das betrachte ich als ihr eigentliches Verdienst — wenigstens einmal jährlich die verschiedenen Kräfte der sonst sehr auseinanderstrebenden publizierenden Linken im Tiroler Raum zu gruppieren, und auf diese Weise ein gemeinsames Programm auszudrücken. So auch 1986.

Der Kalender beginnt, programmatisch, mit dem Gedanken an Claus Gatterer. Von ihm, Leitfigur der Gaismair-Gesellschaft, sind Auszüge seines Tagebuchs, das er mehrere Jahre über führte, abgedruckt. Und diese Auszüge, die aus dem letzten Jahr von Gatterers Leben, aus seiner Krankheitsphase stammen, geben von ihm einen noch offeneren und vielseitigeren Eindruck, als den, den ohnehin die Lektüre seiner Bücher, insbesondere von »Schöne Welt — böse Leute« hinterläßt. Eine Veröffentlichung des gesamten Tagebuchs hätte ohne Zweifel weit mehr als nur einen Erinnerungswert an diese integrierende Persönlichkeit. Beklemmend zu lesen sind die einleitenden Bemerkungen von Leopold Steuer, wenn er sehr plausibel den Zusammenhang zwischen der ORF-(Personal)Politik (Auseinandersetzung um die Sendung »teleobjektiv«) und dem Auftreten von Gatterers Krankheit herstellt. »Ersatz ist nicht in Sicht« — das darf ich frech bei Heinz Barta entlehnen.

»Gatterer-Themen« — so als hätte er in der Redaktion gesessen — sind die nächsten Kalender-Schwerpunkte: die Slowenen und Vergangenheits- (spricht: Faschismus-)»bewältigung«.

Aus dem Slowenen-Artikel von Peter Gstettner nur eine Zahl: die Kärntner Slowenen gingen in den letzten 30 Jahren von 42.000 auf 17.000 zurück. Aufgabe: In wieviel Jahren sind sie nicht mehr existent? Da zwinkert weder die

österreichische, schon gar nicht die Südtiroler Öffentlichkeit; Solidarität bleibt ein Fremdwort.

Antifaschistischer Widerstand — das hat man den Kärntner Slowenen nicht verziehen, und damit kommt man auch in Tirol nicht zu Rand: »Die Gedenktafel für Christoph Probst hat nur nach langem Hin und Her, ihren Platz an diesem Denkmal gefunden«. Christoph Probst war Mitglied der antifaschistischen Widerstandsgruppe »Weiße Rose«, Student an der Innsbrucker Uni, und wurde 1943 hingerichtet. Franz Horak erinnerte in seiner Rede zur Gedenktafelenthüllung 1984, die im Kalender abgedruckt ist, nicht nur an Probst und die Aktivität der »Weißen Rose«, sondern auch an den ein und anderen heute noch öffentlich tätigen Nazi.

»Vergangenheitsbewältigung« auch den Antisemitismus betreffend: Günther Pallaver geht den beiden Ritualmordlegenden auf historischem Tiroler Boden nach, jenen um Anderl von Rinn und Simonino da Trento. Sie haben eine lange Tradition (seit 1462 bzw. 1475) — Pallaver beschreibt die historischen Hintergründe der Legende im Christentum ausführlich — und sie haben nach 1945 nachteilig weitergewirkt, vorerst bis 1985 (Prozession nach Judenstern im letzten Sommer, via San Simonino in Trient). Und was sich im Gebiet zwischen Rinn und Trient abspielt wird auch nicht verschwiegen: »Als 1983 in Meran eine Gedächtnisstätte für die jüdische Gemeinde eingeweiht wurde, nahm kein einziger deutschsprachiger Vertreter des Landes Südtirol daran teil«. Die Tiroler Einheit wäre somit lückenlos.

Von den Juden zur christlichen (katholischen) Kirche, der der Gaismair-Kalender ein eigenes Kapitel widmet. Anton Pelinka z.B. erläutert den Komplex »Österreichische Kirche«, deren Macht (politisch und ökonomisch) und

deren Ohnmacht (Rückgang an Aktiv-katholiken). Wie die Mächtigen in der Kirche mit kritischen Stimmen umgehen — mögen sie auch Karl Rahner heißen — zeigte der »Osservatore Romano«; der dazu für die »Süddeutsche Zeitung« von Hans Heigert verfaßte Kommentar ist hier nachzulesen. Außerdem erläutert Werner Hörtnner die Beziehungen Kirche-Staat in Nicaragua, und plädiert Gerhard Steger für eine Annäherung von Christentum und Sozialismus bei uns.

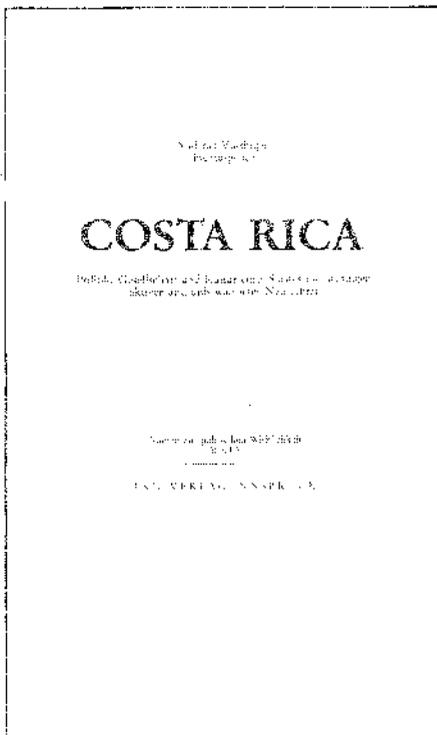
Noch hervorzuheben: Stimmen und Hintergründe zum Imster Schelmenlauf, zu dem nur deutsche männliche

Imster über 16 zugelassen sind (von Edith Weinlich); Plädoyers für eine neue Mutter(aber auch Vater-)schaft und Erklärungen für die Zuschreibung »Frau=Mutter« (von Susanne Dermutz); Erläuterungen zur italienischen Psychiatriereform, die den Gegenreformatoren zeigen sollen, daß wo ein Wille auch ein funktionierendes System, wie in Triest z.B. (von Lorenzo Toresini). Für gut die Hälfte der Aufsätze muß ich aber leider auf das Inhaltsverzeichnis (S. 4 — 7) verweisen, wo auch von der 40 Seiten starken literarischen Beilage (»Literaricum«) die Rede ist, die mich heuer übrigens in dieser, gebündelten Form

mehr anspricht als in früheren Ausgaben.

Ebensowenig kann ich auf das inzwischen auf 75 Seiten angewachsene Register (von »Abendmatura« bis »Zweiter Bildungsweg«), auf die wertvollen Buchtips und auf die Grafiken von Much näher eingehen: ich möchte darauf hingewiesen haben. Es lohnt sich also — Schlußbemerkung — den Kalender im Namen Gaismairs auch nach dem Jahresende zu lesen (soll heißen: kaufen). Taschenkalender zum Eintragen von Wichtigem hat sowieso jeder strich r.

Benedikt Sauer



**Maislinger, Andreas (Hg): Costa Rica. Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger aktiver und unbewaffneter Neutralität (Studien zur politischen Wirklichkeit, Bd. 3), Innsbruck 1986. Inn-Verlag Innsbruck.**

Europa hat im Laufe der Geschichte eine besondere Eigenschaft entwickelt: es denkt eurozentristisch und entwickelt mitunter eine bedauerliche Nableschau, die relativ selten durchbrochen wird. Die Beschäftigung mit extraeuropäischen Ländern erfolgt dabei meist zweckgebunden, so etwa, wenn sich Konflikte ergeben. Seitdem in Mittelamerika im wesentlichen die sandinistische Revolution das Tagesgeschehen bestimmt, seitdem die USA die nicaraguanischen Contras unterstützt und seitdem sich in Europa Solidaritätsgruppen für

Nicaragua gebildet und unter anderem so etwas wie eine Art »Nostalgie der Revolution« neu begründet haben, scheint Mittelamerika an Europa etwas näher gerückt zu sein.

Scheint: denn es ist ein eher punktuell Näherücken. Wer nämlich nähere Informationen über einen Nachbarstaat Nicaraguas, über Costa Rica, wünscht, wird wohl zum Großteil auf ein gähnendes Informationsdefizit stoßen. Dabei nimmt dieses Land, das bezeichnenderweise auch die »Schweiz Mittelamerika« genannt wird, eine Sonderstellung innerhalb der lateinamerikanischen Staatenfamilie ein, in politischer und wirtschaftlicher genauso wie in sozialer und kultureller Hinsicht.

Costa Rica ist das einzige Land Mittel- und Südamerikas, das nach seiner Unabhängigkeit im Jahre 1821 auf eine ununterbrochene demokratische Entwicklung zurückblicken kann. Schon allein diese Tatsache würde genügen, bei der Beschäftigung mit den Ländern des iberoamerikanischen Kontinents näher auf diesen Staat einzugehen. Dennoch kann man immer nur von Zeit zu Zeit in den Tageszeitungen kaum mehr als einige Anmerkungen über Costa Rica lesen. Das »Modell Costa Rica« hat aber insbesondere seit 1983 eine neue Dimension erhalten. Mit der Erklärung der ständigen und unbewaffneten Neutralität wird dieser Staat gemeinsam mit den Ländern der Schweiz, Österreich und Schweden genannt.

Doch zum Unterschied zu diesen Staaten, die eine bewaffnete Neutralität vertreten, hat Costa Rica seine Armee bereits im Jahre 1949 abgeschafft. Die Frage des militärischen Vakuums, das im Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts von den europäischen Staaten abgelehnt wird, könnte aber am Beispiel Costa Rica neue Aspekte und Diskussionen eröffnen.

Das Handicap bei der Beschäftigung mit Costa Rica liegt allerdings im Urstand, daß es bis heute keine deutschsprachige Gesamtdarstellung über dieses

Land gibt, sieht man einmal von lexikalischen Kurzdarstellungen oder solchen in Sammelbänden über Mittelamerika ab.

Es ist deshalb das Verdienst des Innsbrucker Politologen Andreas Meislinger, hier eine seit langem bestehende Lücke geschlossen zu haben. Maislinger zeichnet nämlich als verantwortlicher Herausgeber für ein Costa Rica Buch, das jüngst in der Reihe »Studien zur politischen Wirklichkeit« des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck erschienen ist.

Der Sammelband soll nach Aussage Maislingers das Informationsdefizit über Costa Rica beseitigen helfen, zugleich aber auch Parteinahme für einen Staat sein, der als stabilstes Land mit ungebrochener demokratischer Tradition eine Neutralitätspolitik verfolgt, die auch als Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessenssphären in Mittelamerika verstanden werden kann.

Die Parteinahme für ein »Modell Costa Rica« bedeutet aber nicht Einäugigkeit. Dies stellen die 32 in dem Sammelband aufgenommenen Beiträge unter Beweis, die die politische Wirklichkeit dieses Landes unter verschiedenen, auch unterschiedlichen politischen Ausgangspositionen erörtern. Trotz der thematischen Lücken, die in diesem Sammelband zu Tage treten, wenn etwa die Behandlung der Medienlandschaft oder der Gewerkschaftsbewegung fehlt, stellt dieses Buch dennoch einen gelungenen Versuch einer möglichst umfassenden Darstellung dieses Landes dar. Eine bestimmte Gewähr für die Objektivität ist dabei durch die Erörterung der Probleme aus unterschiedlichen Blickwinkeln und des Pluralismus der unterschiedlich politisch motivierten Autoren gegeben. Die Besonderheit Costa Ricas kommt einmal, wie bereits kurz hingewiesen durch die Erklärung der aktiven und unbewaffneten Neutralität zum Ausdruck, auch wenn über die völkerrechtliche Wirkung derselben unterschiedliche Meinungen herrschen. Auch wenn die

Neutralitätserklärung als zentrale Erlungenschaft betrachtet wird, so nimmt im Gegensatz dazu nach Meinung mancher Autoren in letzter Zeit wieder zu. Diese interne Militarisierung richtet sich gegen die Austragung gesellschaftsimmanenter Konflikte des Landes, ist aber zugleich eine Folge der Auseinandersetzungen mit dem Nachbarstaat Nicaragua. Dennoch scheint der Aufbau einer regulären Heeres selbst in dieser Situation nicht bevorzugen. Letztendlich hängt aber die formale Neutralitätserklärung von der politischen Praxis und deren Wirksamkeit von der Überwindung interner Probleme ab.

Die besondere Situation dieses Landes kann aber auch von anderen Entwicklungen abgeleitet werden. So begünstigte eine relativ geringe Bevölkerungsdichte, das Fehlen von Edelmetallen und Rohstoffen eine andere wirtschaftliche Entwicklung als dies in den benachbarten Staaten der Fall war. Die relativ geringere Konzentration von Grundbesitz in den Händen weniger erlaubte zudem die Herausbildung einer eigenen Arbeiterschaft und eines konsistenten Mittelstandes, was sich auch in einer bereits frühen demokratischen Konstitution, in der politischen Alltagspraxis und in einem höheren politischen Bewußtsein niederschlug. Auch die Kirche ging einen anderen Weg als in den restlichen iberoamerikanischen Staaten. Das Phänomen einer autochthonen Entwicklung, die sich von jener anderer Länder jener Region grundlegend unterscheidet, kann auch auf dem Gebiete der Kultur oder der Wissenschaft nachvollzogen

werden. Diese staatliche Soziogenese ist stärker auf den Westen hin orientiert und von »sozialpartnerschaftlichen« Ansätzen gekennzeichnet. Obgleich eng mit den USA verbunden, ist die sozialdemokratische Bewegung Costa Ricas die dominante Kraft im Lande, auch wenn sich diese etwas anders artikuliert als etwa die klassische Sozialdemokratie Westeuropas. Zudem sind die Beziehungen zur Sowjetunion, begründet durch die hohe Wertschätzung, die Costa Rica dem antinazistischen Kampf Stalins entgegenbrachte, nie ein Problem gewesen. Trotz verschiedener Schwankungen in der Intensität der zwischenstaatlichen Beziehungen besteht auch heute beispielsweise noch ein äußerst reges Studentenaustauschprogramm, das nur noch von Cuba aus dieser Region überoffen wird.

Wenn sich heute Costa Rica auch in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befindet, so scheinen die strukturellen Bedingungen für die Überwindung derselben bedeutend besser zu sein, als dies in den anderen Staaten Mittel- und Südamerikas ist. Die Abhängigkeit von den internationalen Märkten geht allerdings über Zahlungsbilanz- und Verschuldungskrise hinaus. Ein Erklärungsmodell für eine strukturell bessere Ausgangsposition für die Überwindung der Wirtschaftskrise findet sich dabei in einer vernünftig durchgeführten Familienplanung, die Vorbildcharakter für andere Entwicklungsländer haben könnte.

Neben Beiträgen über die Verfassungs- und Neutralitätsfrage, internationale Beziehungen, Außenpolitik, Parteien

und das politische System, behandelt das letzte Kapitel das »Modell Costa Rica«, das mit der These endet, ob Costa Rica ein traditioneller und aktueller Hort der Humanität Lateinamerikas sei. Die verschiedenen Ansätze, mit denen die Autoren an die politische Wirklichkeit Costa Ricas herangehen, bieten aber zugleich auch die Möglichkeit, die verschiedenen, in den Aufsätzen enthaltenen Einschätzungen gegeneinander abzuwägen. Die 32 Autoren stammen übrigens aus Costa Rica selbst, aus den USA, Nicaragua, der Bundesrepublik Deutschland, Norwegen, Schweiz, Lichtenstein und Österreich. Es sind Minister, Ärzte, Journalisten, Universitätsprofessoren, Entwicklungshelfer, Diplomaten u.a. Die Palette der Autoren reicht vom Vorsitzenden der Internationalen Demokratischen Union bis hin zu Mitarbeitern der Solidaritätsbewegung für Nicaragua.

Am 2. Februar 1986 hat es in Costa Rica Neuwahlen gegeben. Überraschenderweise gewann der Kandidat der regierenden Sozialdemokraten des Partido Liberacion Nacional, Oscar Arias. Trotz der hohen Favorisierung des konservativen Kandidaten Calderon, dem die Meinungsforscher bereits einen klaren Sieg vorausgesagt hatten, kam es nicht zu einem politischen Wechsel. Costa Rica bricht hier so etwas wie eine Tradition, gehörte es doch fast schon zur Regel, daß nie dieselbe Regierungspartei siegreich aus den Neuwahlen hervorgeht.

Günther Pallaver



### Alfred Kubin: Die andere Seite.

Es scheint mir äußerst schwierig über so ein komplexes und vielschichtiges Werk wie Kubins »Die andere Seite« kurz etwas zu schreiben. Ich will gar nicht über Denker wie Schopenhauer, Nietzsche und andere, die Kubin wie und womit auch immer beeinflusst haben sprechen, ebensowenig über die Wirkung der »Anderen Seite« auf Kafka, Klee, den Expressionismus etwa; wie das eine Kubins Eigenständigkeit etwas anzweifeln würde, bliebe das zweite wohl an der Oberfläche.

Wichtig und entscheidend für dieses Werk ist, daß Alfred Kubin es zu seiner eigenen seelischen Befreiung geschrieben hat. Seine philosophischen Überlegungen zu Leben und Tod, Ironie und Spott in allen Schattierungen, die ganze Erzählung ist hochschwanger mit Symbolen, die Grenzen zwischen reiner Phantasie und (nicht immer nur) psychologischer Realität sind oft genug

nicht auszumachen; das alles sind Elemente, die in direktestem Bezug zur Persönlichkeit des Erzählers stehen, um jede theoretisch-analytische Untersuchung würde das Werk zwar glänzend aber doch tot zurücklassen.

Kubin hat »Die andere Seite« in wenigen Wochen 1909 im Alter von 32 Jahren verfaßt, kurz nachdem sein Vater gestorben war. In einer mir etwas ungewohnten Sprache schildert er die Begebenheiten im Traumland; unterstützt und ergänzt durch seine Illustrationen, die oft nur als eine nebensächliche (suggestiv) Stütze für die eigene Vorstellungskraft gesetzten Zeichnungen wechseln mit solchen, die durch ihre eigene Aussagekraft eine laufende Szene in ihrer Wirkung verstärken, ihre Deutungsmöglichkeiten vervielfachen.

Kurz zum Inhalt: Von einem Jugendfreund eingeladen, kommt der Autor nach Perle, einer Stadt im Traumreich Pateras, irgendwo in Asien. In den drei Jahren die er dort verbringt, wird er Zeuge des totalen Zusammenbruchs des

Traumreiches und sieht wie Patera, der es als Schöpfer und Herrscher dieses Traumreiches nicht schaffte seinen Todfeind Herkules Bell von dessen Plänen das Traumreich zu seinem zu machen abzuhalten, stirbt. Nur Bell, der Erzähler und einige wenige andere überleben die Katastrophe.

Kubin gibt erst am Schluß vage Erklärungen über die Gründe des Zusammenbruchs, den Tod seines Freundes Patera, die die spürbare Notwendigkeit im Verlauf des Geschehens bestätigen: »Als

ich mich dann wieder ins Leben wagte, entdeckte ich, daß mein Gott nur eine Halbherrschaft hatte. Im Größten und Geringsten teilte er mit einem Widersacher, der leben wollte«.

Wer das Werk nicht nur als phantastischen Roman (doch auch als solcher ein Meisterwerk!) liest, sondern als verschlüsselte Aufzeichnung des Autors über seinen Kampf mit sich selbst, mit dem Tod, der wird sich sicherlich nicht nur einmal in der Handlung verlieren und sich mehr beunruhigt als verblüfft

vor sich selbst wiederfinden, denn ... »Die wirkliche Hölle liegt darin, daß sich dies widersprechende Doppelspiel in uns fortsetzt. Die Liebe selbst hat einen Schwerpunkt 'zwischen den Kloaken und Latrinen'. Erhabene Situationen können der Lächerlichkeit, dem Hohne, der Ironie verfallen.

Der Demurg ist ein Zwitter.«

*Erhältlich im ELLERMANN Verlag (edition spangenberg) — Romanstr. 16 — 8000 München 19*

Giovanetti Reinhold

## Diedrich Diederichsen **SEXBEAT** 1972 bis heute

KWI



### **Diedrich Diederichsen. Sexbeat. 1972 bis heute. Kiepenhauer & Witsch. 1985. 180 Seiten.**

Diedrich Diederichsen ist es schon zu Lebzeiten gelungen, eine Kultfigur der Subkultur zu werden.

Zuerst als Popjournalist der inzwischen verschwundenen Musikzeitschrift »Sounds« und nun als Schreibhüptling der Insidergazette »Spex«. (Daneben schreibt er auch gelegentlich für renommierte Blätter wie »Spiegel« oder »konkret«.) Diederichsen hat sich zum Vordenker all jener in der Bundesrepublik aufgeschwungen, die dem offiziellen Kulturbetrieb gern ans Bein pinkeln, sich die Vergnügen lieber selbst schaffen und Subkultur »machen«.

Nun hat der Pop-Guru ein Buch über die Geschichte der Subkultur »von 1972 bis übermorgen« geschrieben, wie es selbstbescheiden auf dem Buchdeckel heißt. Die angekündigte Historie entpuppt sich bei der Lektüre als eine Anhäufung von Geschichten aus dem Leben des Autors. Aber was ist dagegen

einzuwenden, Diederichsen glaubt sich ja am Pius der Zeit.

Die Klammer, die die amüsant erzählten Anekdoten, Sprüche und Thesen mühsam zusammenhält, ist eine Theorie zur westdeutschen Subkultur, die sich an zwei großen Daten orientiert: 1968 und 1977, so wie sich laut Diederichsen die bürgerliche Geschichte um die französische Revolution und Auschwitz gruppiert. 1968 das magische Datum der Studentenrebellion gegen die Welt der bösen Eltern, das Establishment: »Die Subkulturvernunft definiert sich seit damals negativ wie positiv über die Zahl 68, unter dieser Zahl alles subsumierend, was sie als politischer und kultureller Faktor zu leisten imstande gewesen sein soll.« (S. 158) 1977 markiert das Ende aller Träume: »... als negatives '68, als Beendigung von '68, das Jahr '77 mit Punk und Mogadischu.« (S. 158)

Die linken Hoffnungen zerplatzten wie Seifenblasen. Das »System« blieb Sieger. Um die Subkultur stand es schlecht, für die braucht es keine GSG 9 und Stammheim, man erledigte sie mit Subventionen, das Schlagwort der »ultimativen Permissivität« wurde geboren. »Der Staat hatte es längst erlaubt und sogar subventioniert. Zum Verzweifeln. Ultimative Permissivität. ... Und trotzdem immer noch die ganze restriktive, kapitalistische Scheiße, der weniger denn je beizukommen war ...« (S. 18). Es gab kein »Weiter« im Sinne von Innovation mehr im Garten Eden der Anti-Bürgerlichen, alles was in »Bohemia« als Reaktion auf die bürgerliche Gesellschaft an Ideen und Trends geschaffen wurde, mußte sich das System in seiner grenzenlosen Flexibilität anzueignen und für sich umzupolen. So Diederichsen. Und nach ihm war es zum Verzweifeln. Alte subkulturellen Erneuerungsversuche und Bewegungen wie Punk, New Wave und Zitat-Pop wurden samt und sonders von der westdeutschen Gesellschaft aufgesaugt und wirkungslos gemacht.

Dann wurde so um 80—82 die These ausgegeben »They can't catch us«. (Sie sollen uns nicht kriegen. »Kriegen« im

Sinne von verstehen und vereinnahmen.) Doch auch diese Subkulturstrategie schlug fehl. Einige hatten offenbar Schwierigkeiten zwischen Wahrheit = politischer Anspruch und Strategie zu unterscheiden: »Viel schlimmer war, daß aus dem, was wir als eine intellektuelle Guerilla gedacht hatten (wir befinden uns im geistigen Dschungel immer in jenen feuchten, sumpfigen Gebieten, die der großen unbeweglichen Armee des Feuilletons unzugänglich sind. Wir haben das Volk der Gedanken auf unserer Seite und schwimmen in ihm wie ein Fisch im Wasser), was bei den Besten der Jungen zur intellektuellen Promiskuität wurde: Wenn ein Gedanke, eine Ideologie nicht willig war, ging man eben mit einem anderen Gedanken ins Bett. Während wir alle unsere Haltungen den Notwendigkeiten einer wie auch immer diffusen Strategie aussetzen, verführten unsere Nachfolger nach einem sinistren Lust/Unlust-Prinzip, das jeweils dem Gedanken den Vorzug gab, der sich am willigsten und pflegeleichtesten erwies.« (S. 142) Doch Bohemia gibt nicht auf. Diederichsen also auch nicht, und er erzählt, was ist und sein könnte. Das aktuelle Schlagwort heißt postmoderne Subkultur: »... Was sich seit zwei, drei Jahren abzeichnet, ist die Wiederkehr der alten, hingemordeten Topoi und Issues. Seien es punktuelle Befreiung, Sozialkitsch, hilflos nach Freiheit lechzende, pubertäre Sexualität, politischer Welterschmerz, sei es zitierfähig pffiffige Analytik. ... eine unregelte, unlogische, gleichzeitige und ungewollte Wiederkehr der entlegenen Stile, Techniken, Bewußtseinsinhalte, Musikrichtungen und Blicke-auf-die-Welt, die blutverschmiert aus ihren Gräbern hervorgekrochen kommen, wütend oder verschlafen, auf jeden Fall nicht sehr bewußt oder intelligent, aber ziemlich wirksam.« (S. 156)

Und als wahrer Marxist, der zu sein Diederichsen vorgibt, folgt dem Sende-schluß noch sein revolutionärer Vorschlag für den subkulturellen Kampf von morgen. Der »Beatnik« »Denn letztlich wird es dieser Name sein, der

alles als Untertitel zusammenfassen kann: Beznik. Ein mehrfach gebrochener, durch alles hindurchgegangener, auch gebrochener marxistischer Lumpenintellektueller, der nun mit der Aufgabe beginnen kann, die sich für uns als Arbeiter der Stirn für die Zukunft stellt: Der Abbau des Überbaus.« (S. 177) Soviel zum theoretischen Unterbau von Diederichsens Popphilosophicum. Mehr als einmal verlor ich beim Lesen den Faden. Das Buch erweist sich als ein wilder Haufen von Zitaten, klugen Sprüchen und Anekdoten. Mühsam schaukelte ich mich durch den Sprüchschlamm.

Empfehlen oder nicht empfehlen, das ist hier die Frage. Viele werden ratlos vor Diederichsens Szenen-Sprache und seinen intellektuellen Kapriolen stehen und das Buch fortwerfen. Andere werden »Sexbeat« küssen und des Pop-Gurus angebliche Genialität erneut bestätigt sehen. Und vielleicht gibt es noch eine dritte Gruppe von Lesern, zu der auch ich mich zählen möchte, die sich über manche kluge Äußerung und manchen zynischen Satz des Autors freut, dessen pseudomarxistische Aussagen mild belächelt und schließlich die Intention, eine Geschichte der Subkultur zu schreiben, als mißlungen ansieht, denn mehr als

einmal geht dem Hamburger der intellektuelle Atem aus und eifrig werden geistige Leerläufe mit harmlosen Geschichten überflastert. Ich glaube, daß Diederich Diederichsen ein Kurzstreckenschreiber ist. Er hat es selbst gehabt: »Dieses Buch ist ein Monstrum, geboren der Haßliebe zur Kultur.« (S. 180)

Statt »Sexbeat« empfehle ich die Gelegenheitsarbeiten von Diederichsen: z.B. seine LP-Kritik zur neuesten Stones-Pressung »Dirty Works«. Carl Lewis wird nie den Boston-Marathon gewinnen.

Gabriel Grüner

## FERIENANGEBOT

Jugendzeltlager in Gumersbach — Agatalsperre (Stausee) — Nordrhein-Westfalen. Teilnehmer aus Holland. Geländespiele. Workshops u.a. — alles im Preis ingebiffen. Anmeldungen bei: Amt für Jugendarbeit, Tel. 0471 — 976403.

## DIE AKTUELLE ANLAGENBERATUNG

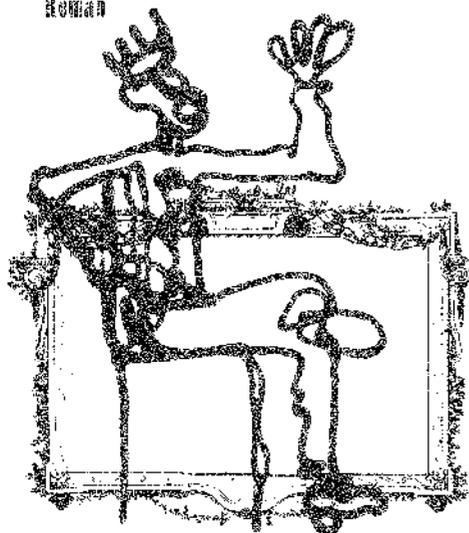
Kauft radioaktiven Lachs auf! Und verseuchte Präscheffelt aus der Champagne.

fridelin — Fondinvestine. & Co. Ltd.

C. P. BERGER  
KIELTRUNK

Roman

ein  
schmerzhaftes  
klischee



EDITION LÖWENZAHN

Broschur, 400 Seiten, Format 12,5 x 19 cm  
zu beziehen in den Buchhandlungen oder mit dieser  
Bestellkarte direkt beim Verlag

ISBN 3-900521-04-2

KIELTRUNK ist der Gegenentwurf zur zeitgenössischen Literatur. Der gleichnamige Held ist ein anonymes Schatten inmitten einer aufbrausenden, tosenden Lust-Schmerz-Welt.

Über seine Geburt als Empfindungsprobe handelt der erste Teil: In einer Kunstsprache entsteht eine dadaistische Welt, die in die Realität eines Sonntagmorgens mit Gugelhupfessen und Spaziergängen hineinreicht.

Schließlich begegnet Kieltrunk im zweiten Teil dem Mysterium der Inspiration und fällt in ein Reizchaos: Kneipen, Etablissements, Arbeiterquartiers, gehetzte Nachtwanderungen, Weinkeller, dionysische Dichterrunden, Wahnwelten, Rangierbahnhöfe, Orgien lassen eine groteske Zwischenwelt entstehen, zusammengesetzt aus ungezählten Wahrnehmungspflittern.

Im dritten Teil findet ein ständiger Szenenwechsel statt zwischen Subkultur und empfindsamer Selbstverlorenheit.

Die Trostlosigkeit eines Kaffeegesprächs steigert sich im vierten Teil zur Himmelfahrt des Bildungsbürgers und reißt eine Dimension der Selbstironie auf, wie man sie bislang kaum gekannt hat.

Der Roman entpuppt sich endlich als Kriminalkomödie, in die Kieltrunk aus unerklärlichen Gründen heillos verstrickt ist. Ein verwirrtes Stottern beendet den Alptraum.

Meisterhafte sprachliche und technische Virtuosität, barocker Überfluß und sublimier Witz garnieren diese literarische Kosbarkeit. Mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln erreicht Christian Paul Berger opernhafte Kunstkönnen, so daß von großer Literatur die Rede sein darf.

CHRISTIAN PAUL BERGER ist am 28.7.1957 in Passau geboren. Bis 1975 lebt er in Esterberg/Oberösterreich, danach in Innsbruck/Tirol, wo er sich neben seiner künstlerischen Tätigkeit als Komponist, Pianist, Aktionist und Schriftsteller dem Studium der Philosophie und Germanistik widmete.

Am Roman KIELTRUNK arbeitet er seit 1977.



»Skolast« mit Beiträgen zur sozialmedizinischen Betreuung erschienen

### Notstand in der Psychiatrie — es geht immer mehr bergab

Im Trentino gibt es sechsmal soviel Ärzte und Betreuer, in Tirol achtmal — Derzeit nur sieben Ärzte im Einsatz — Südtirolromane von 1920 bis 1945 weiteres Thema

Fast 70 Seiten umfaßt die neue Nummer des »Skolast«, die gestern am Sitz der Südtiroler Hochschülerschaft im Bozner Waltherhaus der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Doch bevor wir auf den Inhalt zu sprechen kommen, ein kurzer Blick auf die Form. Denn der Inhalt kann noch so gut sein, wenn er schlecht serviert wird. Doch diesmal hat die SH-Küche ein sauberes Mahl zusammengestellt. Dies läßt vermuten, daß derzeit einige »Gourmets« im Pressereferat sitzen. Bereits die von Kurt Hofer erstmals vierfarbig gestaltete Umschlagseite tut ihre Wirkung und auch die 70 Seiten Inhalt werden graphisch gekonnt mit verschiedenenfarbigen Einlagen dargestellt. (...) Eine davon als Auszug aus der Dissertation des Germanisten Hansjörg Waldner beschäftigt sich mit den Südtirolromanen im Zeitraum 1920 bis 1945, einem bisher aus kritischer Sicht noch nicht aufgearbeitetem Kapitel unserer Geschichte. Romane von Maria Veronika Rubatscher, Hans Matscher, Luis Trenker, Karl Springenschmid und Josef Georg Oberkofler mit ihrem zum Teil deutschnationalen Hintergrund werden unter Einbringung von entsprechendem Fotomaterial aus dieser Zeit untersucht. In der zweiten Beilage ha-

ben Christoph Kaserer und Adolf Gutweniger Vorschläge zu einer gerechten Staffelung des Stipendienwesens erarbeitet.

(Aus: Alto Adige, 21. Jänner 1985)

l'ultimo numero di »Skolast«, la rivista della »Hochschülerschaft«, si occupa diffusamente dei problemi legati alle forme di devianza sociale. Ieri mattina i responsabili dell'organizzazione che raccoglie gli universitari sudtirolesi hanno illustrato i contenuti della pubblicazione nella quale appaiono ampi estratti del convegno organizzato lo scorso anno dalla stessa »Hochschülerschaft« sul tema »L'assistenza medico-sociale in Alto Adige«. Alla presentazione erano presenti gli stessi esperti che intervennero a quel convegno, i quali hanno fatto il punto sugli sforzi compiuti ciascuno nel proprio ambito di competenza. (...)

(Aus: Alto Adige, 21. Jänner 1985)

### Skolast: Psychiatrie - Drogen - Alkohol Die neue interessante Nummer über die letzte Studententagung der Presse vorgestellt

Kürzlich wurde in Bozen der neue Skolast der Presse vorgestellt, der die Referate und Diskussionsbeiträge der letztjährigen Studententagung der Südtiroler Hochschülerschaft (SH) »Die sozialmedizinische Betreuung in Südtirol. Psychiatrie — Drogen — Alkohol« versammelt. Damit wurde in Zusammenarbeit mit dem Assessorat für Gesundheitswesen eine Tagung veranstaltet, die zum ersten Mal alle öffentlichen wie privaten Körperschaften, die mit der sozialmedizinischen Betreuung befaßt sind, an einen Tisch geholt hat.

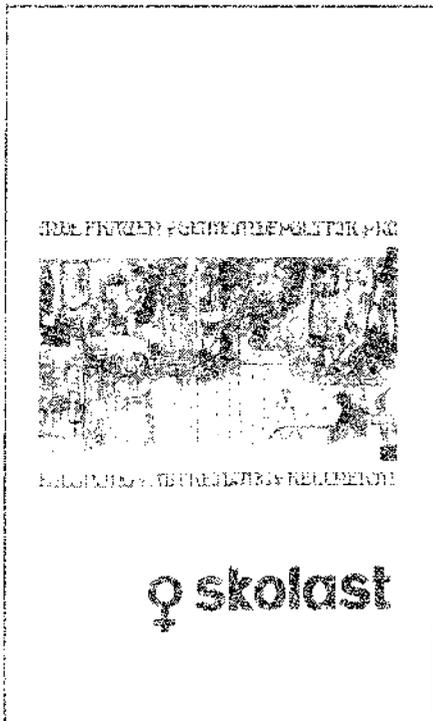
Namhafte Experten aus dem In- und Ausland waren anwesend, so z.B. Lorenzo Toresini, Basaglia-Nachfolger in Triest, Dittmar von der Caritasstelle Passau, Pepperl Trimmel vom Anton-Proksch-Institut Mödling, Prof. H. Hinterhuber, Leiter der psychiatrischen Universitätsklinik an der Landesuniversität, sowie LR Dr. Otto Saurer, ehemaliger SH-Präsident, der die Tagung finanziell unterstützte.

SH-Kulturreferent Heinrich Zoderer und Pressereferent Wolfgang Maier stellten die Nummer einleitend vor und resümierten: »Nach den wenigen zum Teil oberflächlichen Kontakten, die wir mit den verschiedenen Stellen gehabt haben, können wir sagen, daß es fast ausschließlich Einzelpersonen gewesen



sind, die sich um diese brisanten Bereiche gekümmert haben. Von offizieller Seite sind zwar wunderschöne und fast revolutionäre Ziele festgelegt worden, aber bei den Taten war es meist ganz anders. Der Landesgesundheitsplan enthält ein schönes Programm für die nächsten 1000 Jahre. In den nächsten drei Jahren, für die er geplant ist, wird sich wahrscheinlich nichts verändern.« (...) Das Heft umfaßt hundert Seiten, ist gefällig aufgemacht (Titelbild vom Vinschgauer Künsler Kurt Hofer) und enthält außerdem ein bemerkenswertes Gespräch mit dem österreichischen Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger, der seine Sicht zum 12. Mai 1985 erläutert (»dieses unguete Gefühl«), sowie zwei farbige Sonderbeilagen: »Vorschläge für eine Reform des Stipendienwesens« und »Abrechnung mit den Südtiroler Bauernromanen«.

(Aus: Volksbote, Seite 3, 30. Jänner 1985)



## Der »skolast« und die Frau

»Lauter geschriebenes Bauchweh«. Diese Feststellung aus dem Beitrag »Schreibende Frauen in Südtirol« von Sabina Gruber könnte man der ganzen »skolast«-Nummer vom März '86 als Motto geben. Sie befaßt sich mit Problemen der Frau, vornehmlich in Südtirol. Den Auftakt gibt ein italienischer Beitrag über die im Sommer plötzlich verstorbene Landesrätin der Alternativen, Andreina Emeri, und läßt bereits ahnen, was auf den Leser zukommt. Michaela Ralser untersucht die Leserbriefe in den »Dolomiten« über die Abtreibung, wobei sie betont, sie möchte die Schreiber ernst nehmen und verstehen. Aber sie scheint so voll Ideologie zu sein, daß sie das in den Ausführungen bald vergißt. In einem weiteren Beitrag befaßt sie sich mit »Ein Jahr lang Ehe und Familie« im »Sonntagsblatt«. Doch läßt sie es schließlich bei fünf Nummern bewenden. Was ihr scheinbar besonders auf die Nerven geht, ist die Hervorhebung der positiven Seiten einer Familie im »Sonntagsblatt«. Für sie scheint Familie etwas Überflüssiges, wenn nicht gar Schädliches zu sein. Als Beweis dafür hat sie allerdings nur die Aussagen einiger emanzipierter Frauen einer ganz bestimmten Richtung zur Verfügung.

Und so geht es weiter durch das Heft. In einigen Beiträgen wird neben dem ideologischen Ballast auch echte Information geboten, wie jene über die AIED und dem Frauenzentrum in Bozen. Interessant ist auch die umfangreiche Beilage über das Frauenbild im Spiegel der Sprache anhand einer Untersuchung der

Zeitschrift »Österreichische Frauenwelt«. Die Jammerjarde über schreibende Frauen in Südtirol, die zu wenig Anerkennung finden, ist gewiß nicht dazu angetan, diese Art von Frauenliteratur mehr zu beachten. Daß es aber in Tirol auch anders sein kann — obgleich Gruber meint, Frauen hätten in Südtirol nie etwas zu sagen gehabt —, beweisen die vielgelesenen Schriftstellerinnen Marid Innerhofer, M. Verinika Rubatscher, von Buol und Widmer-Pedit. Diese hatten allerdings tatsächlich etwas Konstruktives zu sagen, was man von der letzten »skolast«-Nummer nicht gerade behaupten kann.

ji.

(Aus: *Katholisches Sonntagsblatt*, Nr. 14, S. 18, 6. April 1986)

## Frauen im Skolast

Mit einem 50-Seiten starken »skolast« trat am 8. März, am internationalen Tag der Frau, eine autonome Frauengruppe in der Südtiroler Hochschülerschaft an die Öffentlichkeit. Frauenstandpunkte zur Bevölkerungspolitik, Verhütung, Abtreibung wurden aufgearbeitet, die Rolle der Frau in der Südtiroler-Gesellschaft, Verhältnis Frauen-Kirche-Medien. Die autonome Frauengruppe versuchte ein Frauenbild zurechtzurücken, das außer Familie, Ehemann und Küche keinen weiteren Spielraum zuläßt. An diesem Klischee wollten sie kratzen, rüe SH-Frauen, die ihr Projekt Frauen-Skolast erstmal ihren männlichen SH-Kollegen verständlich machen mußten. Die Resonanz auf die Frauennummer ließ nicht lange auf sich warten. Besonders Männer kanzelten in Leserbriefen die Skolast-Macherinnen ab, die zu sehr an der landläufigen Idylle gerüttelt hätten, so die Kritik. Der Aufruf der SH-Frauen »Frauen, wenn

wir heute nichts tun, leben wir morgen wie vorgestern«, wurde vernommen.

(Aus *FF, Die Südtiroler Illustrierte*, ohne Nummer, ohne Zahl)

## Jammergarde der »Skolast«-Emanzipierten

Einer »Kulturnotiz« entnahm ich letzte Woche, daß »besonders Männer die »Skolast«-macherinnen abkanzelten« (Sonderheit zu Frauenproblemen). Das mag daran liegen, daß sich unsereins schämt, gemeinsam mit den »Skolast«-Autorinnen den Namen Frau zu tragen. Wäre ihr Gejammer und Geplärre materieller Natur, müßten wir Vertreterinnen der »landläufigen Idylle« unverzüglich starten, um für solche arme Südtiroler Frauen Almosen zu sammeln. So aber können wir sie nur bedauern, wenn sie — bei dieser Einstellung — tatsächlich an ihre Emanzipation glauben. Bedauern auch, weil sie anscheinend Sklavinnen ihrer eigenen Triebe sind und deshalb von der Gesellschaft eine Art Ersatzfreiheit fordern; wir sollen ihnen das »Recht auf Abtreibung nicht nehmen«; Frage: Wie kämen wir dazu, wo sie dieses doch niemals besessen haben? Dabei wissen sie genau, daß wir alle ihre Argumente widerlegen können; und zwar auch ohne »Tante Moral«, ganz einfach mit etwas logischem Denken, gegen das sie sich allerdings zwecks eigener Bequemlichkeit verzweifelt sträuben. So benutzen sie denn auch die Bibel für die Gleichberechtigung, wo diese doch zwischen ungeborenen und geborenen Kindern keinen Unterschied macht (Lk 1,41 — 18,15; auch griechischer Urtext).

Monika Sprenger, Mail  
(Dolomiten vom 27.05.1986)



»Kommt er nun hinein oder kommt er nicht hinein.«

# HAND-GESCHRIEBENES



An die  
Südtiroler Hochschülerschaft  
Waltherhaus  
39100 Bozen

Und zur Kenntnisnahme:

Dr. Alfons Benedikter

Dr. Anton Zelger

SH-Ortsgruppen

Dolomiten

Alto Adige

FF

Skolast

Südtiroler Kulturinstitut

Padua, 19.05.1986

## OFFENER BRIEF DER SH- ORTSGRUPPE PADUA

Mit Fest und Sonderskolast versuchte die Südtiroler Hochschülerschaft (SH) — trotz 30 Jahre auf dem Rücken — einen frisch-fröhlich-gesunden Eindruck von sich zu geben.

Der Eindruck täuscht. Als die SH gegründet wurde, war eines ihrer Hauptziele die Betreuung der Südtiroler Universitätsstudenten an den verschiedenen Hochschulorten. Heute, 30 Jahre danach, scheint dieser Zielsetzung keine besondere Bedeutung mehr zugeeignet zu werden.

Von einem Gesamthaushalt, der ca. 70.000.000 Lire beträgt, wurden in den letzten beiden Studienjahren jeweils mager 7.000.000 Lire den einzelnen Hochschulgruppen zur Verfügung gestellt. Was die SH-Ortsgruppe Padua angeht, so wurden uns jeweils 2.000.000 Lire zugewiesen, von denen ca. 1,4 Mio. pro Jahr für fixe Spesen (Kondominium- und Verwaltungsspesen, Wasser und Strom) ausgegeben wurden. Für die eigentlichen SH-Aktivitäten, welche — laut Statut — kulturelle, sportliche und gesellige Veranstaltungen beinhalten, standen somit noch ca. 600.000 Lire zur Verfügung. Doch damit ist die Geschichte mit den

Finanzen noch nicht zu Ende! Mit einer Hinhaltenaktik, welche sich von einer Ausrede in die nächste flüchtete, gelang es der SH-Bozen (Zentrale der Südtiroler Hochschülerschaft) in den letzten Jahren, die Zahlungen an die einzelnen Ortsgruppen jeweils um Monate hinauszuschieben. Doch mit Beginn des Studienjahres 1984/85 kam das Geld überhaupt nicht mehr. Genauer gesagt bekommen wir (Ortsgruppe Padua) seit März 1985 keine Lira mehr. Effektiv schuldet uns die SH-Bozen noch 600.000 Lire für das Studienjahr 1984/85, sowie den gesamten Beitrag (2.000.000 Lire) für das Studienjahr 1985/86. Somit haben wir bei der SH-Bozen ein Guthaben von 2,6 Mio. Lire und in Padua eine finanzielle Notstandssituation, die dahin geführt hat, daß seit einiger Zeit die Verbindungsleute selbst für die laufenden Spesen aufkommen müssen.

Doch damit nicht genug. Im Herbst 1985 machte Landeshauptmannstellvertreter Dr. Alfons Benedikter der SH-Padua eine Spende, welche sich auf 500.000 Lire belief. Dieser Betrag wurde der SH-Bozen übermittelt, welche ihn nach Padua weiterleiten sollte. Bis jetzt haben wir — trotz dauerndem Bitten und Betteln — nichts davon bekommen.

Der Vergleich mit Frankreich vor der französischen Revolution liegt nahe: während das ganze Land — sprich: italienische Ortsgruppen — am Hungertuch nagt, zeigt sich Versailles — sprich SH-Bozen — von seiner prächtigsten Seite. Teuer Skolastaummern, noch teurere Studientagungen und ein sicher nicht billigeres 30-Jahre Jubiläum sind nun einige Anzeichen dafür. Nicht, daß die SH-Bozen kein Anrecht auf eigene Aktivitäten hätte, aber diese Aktivitäten dürfen keinen Ausschließungsanspruch haben.

Überhaupt wird man den Eindruck nicht los, daß die SH-Zentrale in Bozen immer mehr einem Treff profilierungssüchtiger Bürokraten gleicht. Dafür spricht, außer dem eben Gesagten, auch die Tatsache, daß die einzelnen Hochschulorte äußerst unzureichend — wenn überhaupt — mit Informationsmaterial versorgt werden.

Außerdem besteht eine stark ausgeprägte Inkompetenz in Bezug auf die Situation an den italienischen Hochschulorten. Zu bemängeln ist im übrigen der undemokratische Führungsstil, welcher sich nicht nur in der Art und Weise der Behandlung der einzelnen Ortsgruppen zeigt, sondern auch im Verhältnis zwischen Ausschuß (bestehend aus Vertretern der einzelnen Ortsgruppen) und

Vorstand (Führungsmannschaft in Bozen), ein Verhältnis, das von einer stark ausgeprägten Arroganz von Seiten des Vorstandes geprägt ist.

Sollten die finanziellen Ansprüche nicht innerhalb 27.05.1986 (Vollversammlung der SH-Padua) zufriedenstellend gelöst werden — treten die Unterzeichner dieses »Offenen Briefes« — welche Mitglieder der SH sind — aus der SH aus, — wird — auf der Vollversammlung der SH-Padua — ein Antrag gestellt, die Ortsgruppe Padua aufzulösen.

Die Initiatoren dieses »Offenen Briefes«

Markus Kelderer

Verbindungsmann 1984/85

Ausschußmitglied 1985/86

Marianne Erlacher

Verbindungsfrau 1985/86

Egon Kelderer

ehemaliges Vorstandsmitglied

Sieghard Gostner

Ausschußmitglied 1984/85

Es folgen 33 Unterschriften!!!



## Der Vergleich mit Versailles ist leicht übertrieben ...

Nach Eintreffen der ersten Landesgelder für das laufende Studienjahr am 23. Mai (1986) sind die von Euch zu Recht eingeklagten Restbeiträge (ca. 600.000 von 1983/84 und ca. 200.000 von 1984/85) noch am selben Tag überwiesen worden. Weder Böswill noch Gutwill haben entschieden, sondern das Vorhandensein von Geld. In Kürze wird es auch möglich sein, an alle Hochschulgruppen die erste Rate, der ihnen für das heurige Studienjahr zustehenden Mittel auszubehalten. Der fehlende Nachtragshaushalt, das Ausfallen der Beiträge Bozen-Stadt und Region, die Kürzung des ÖH-Beitrages für das Vorjahr sind Gründe für die späte Auszahlung an die Ortsgruppen. Auch hier haben weder Gut- noch Böswill entschie-

den, sondern das Nicht-Vorhandensein von Geld.

Was die Spende von Dr. Alfons Benedikter anbelangt, so war diese nicht eindeutig ausgewiesen. Ohne Überweisungsgrund nahm die SH-Zentrale an, das Geld sei, wie andere Jahre auch für die Verwaltungstätigkeit im Büro bestimmt. Es ist bis zum heutigen Tag nicht gelungen, die Sache eindeutig zu klären und das, trotz zahlreicher Bemühungen, auch von seiten des Vorstands. Mit dem Eintreffen des Vorschusses am 23. Mai wurde auch diese Summe — auf eure mündliche Aussage vertrauend — ausbezahlt. Ausschlaggebende Gründe für die Überweisung war also nicht die Einsicht in eure Argumentation, sondern waren das Eintreffen der Gelder und unser grundsätzliches Anliegen, die Hochschulgruppen arbeitsfähig zu erhalten — eine wichtige Voraussetzung dafür ist selbstredend deren finanzielle Situation.

Die Jahrestilanz wurde veröffentlicht und mit etwas gutem Willen wäre auch Euch nicht entgangen, daß sich die 70 Mio aus verschiedenen Posten zusammensetzen: aus Sondersubventionen für Studientagungen, für Skolastnummern (30 Jahres Skolast / Psychiatrieskolast), für Veranstaltungen und 30-Jahr-Feiern und aus den üblichen Subventionen für die Verwaltungs- und Informations-tätigkeit der Zentrale und der Hochschulgruppen, ebenso, wie für Investitionen in Büro- und Budeneinrichtungsgegenstände. Der Vergleich zwischen den 70 Mio Gesamthaushalt und den 8 Mio für die Hochschulgruppen ist nicht nur deshalb falsch, weil für die von Euch als überflüssig oder zumindest als ersetzbar gehandelten Dinge, wie bildungs-, sozial- und kulturpolitische Veranstaltungen und Publikationen, von den Organisatoren eigens Gelder beantragt worden sind, sondern auch deshalb, weil sich die Hochschulgruppe Wien ganz und Innsbruck zum Teil über andere Geldgeber finanziert. Die 8 Mio verteilen sich also auf Padova, Florenz, Verona und Innsbruck in geringerem Maße.

Genug der Finanzoffenlegung und Richtigstellung — einige Bemerkungen noch zum übrigen Inhalt Eures Briefes. Es macht uns schon einigermaßen stutzig, daß ihr Euren Unmut in dieser Form äußern müßt, nicht nur wegen der Veröffentlichung in den Medien — Konflikte können durchaus öffentlich ausgetragen werden — sondern mehr noch, daß ihr nichts unternommen habt, die Probleme in den dafür zuständigen Gremien und mit den Leuten, die Eure Vorwürfe treffen, also mit uns, zu überreden. Wir ärgern uns darüber, können aber auch den Appell hören, daß die Kommunikation zwischen Zentrale und Hochschulgruppe Padua verbessert werden muß. Ein erster Schritt ein Vor-

standsmitglied nimmt an Eurer Vollversammlung teil. Nur, es hätte zahlreiche andere Möglichkeiten gegeben, uns mitzuteilen.

Den Vergleich mit Frankreich und der Französischen Revolution finden wir leicht übertrieben; nicht nur deshalb, weil das Geld am Hofe knapp ist, sondern auch, weil all unsere Protzobjekte, wie Studientagungen, Skolaste und Jubiläen zum einen nicht als solche gedacht sind, zum anderen nicht vom Budget der SH allgemein abgezweigt, sondern anderweitig finanziert worden sind. Über all diese Tätigkeiten der SH-Zentrale wurde aber im Ausschuß diskutiert — es wundert uns, warum ihr dazu nicht rechtzeitig Stellung bezogen habt.

Mangelnde Information könnte ein Grund dafür sein. Trotz unserer Bemühungen liegt ein Teil der Verantwortung dafür sicher auch bei uns — nur steht neben „informiert werden“ auch „sich informieren“ — grundsätzlich sehen Euch alle Informationen der SH-Bozen zur Verfügung. Nutzt sie! Trotz der ungerechtfertigten Härte Eurer Formulierungen werden wir uns die Frage der Kontakte zu den Hochschulgruppen neu stellen müssen, aber bitte gemeinsam. Zum Abschluß noch: Wir verstehen uns nicht als arrogante und profilierungssüchtige Bürokrat/en/innen, sondern als Studenten, die aus Interesse an der Sache und sooft es geht auch aus Lust an ihr politisch arbeiten.

Der Vorstand



## HEUTE VOR 16 JAHREN

im »skolast«

### RESOLUTION DER VOLL- VERSAMMLUNG DER HOCHSCHULGRUPPE PA- DUA AM 13. MAI 1970.

Der Artikel im SKOLAST 1/2 - 1970 »kartoffel oder spaghetti oder canederle« von Paul ZANON erbeehrt jeglicher Objektivität. Er zeigt deutliche nazistische Tendenzen und angesichts dieser

Tragweite, da er vom ersten Vorsitzenden der SH verfaßt wurde, können wir ihn nicht nur als persönliche Diffamierung der an den italienischen Hochschulen Studierenden auffassen.

Die Hochschulgruppe Padua verlangt, daß Paul ZANON sein Mandat als erster Vorsitzender der SH innerhalb des 15. Juni 1970 ablegt. Andernfalls müssen wir annehmen, daß die diesem Artikel zu Grunde liegende Idee die Meinung der Mehrheit der SH darstellt.

Für diese Resolution stimmten:  
dafür 28 dagegen 5 Enthaltungen 5  
NB.: Falls bis zum obengenannten Termin die Rücktrittserklärung des Paul ZANON nicht vorliegt, erklären folgende Mitglieder ihren Austritt aus der SH:  
Es folgen 36 Unterschriften.

Nächster Austritt: 13.5.2002



An die Redaktion  
des »Skolasten«

### Leserbrief als Antwort auf den »Offenen Brief« der Hochschul- gruppe Padua, vom 19.5.1986

Profilierungssüchtige arrogante Bürokraten, die teure Tagungen und Jubiläen begehen, eine Zeitschrift aufwendig gestalten, und den Hochschulgruppen Geld und Informationen vorenthalten. Was ist daran wahr? Ich versuche eine Antwort.

Wenn Padua die prekäre Finanzlage dem Vorstand dargelegt hätte, wäre es ohne Probleme möglich gewesen, die Schulden gegenüber der Hochschulgruppe (HG) sofort zu begleichen. Dafür wurde nicht der »interne« Weg gewählt, sondern ein »Offener« Brief vorgezogen; das hat sicher seine Gründe. Es mag stimmen, daß die finanzielle Situation der HGen im laufenden Geschäftsjahr nicht so rosig war, wie in den letzten Jahren, wobei die Förderung im Vorjahr um einiges höher war als andere Jahre. Möglicherweise ist das zur Verfügung stehende Geld ungenügend; dann soll darüber diskutiert werden, aber bitte gemeinsam, so wie über die gesamte Finanzsituation diskutiert wurde. Ihr überseht die ebenso nicht rosig

Finanzsituation der SH im letzten Jahr, wo fix mit Geldern aus dem Nachtragshaushalt gerechnet wurde — sie blieben aus. Die Folge sind Schulden bei der Bank und unbezahlte Rechnungen bei zum Glück großzügigen Gläubigern. Ihr seid darüber informiert worden. Ebenso wißt Ihr, daß die Spende von A. Benedikter nicht einfach zurückbehalten wurde, sondern als Spende an die »Gesamt-SH« angesehen wurde (wie seit über 10 Jahren), da sie nicht als Spende »für die SH-Padua« ausgewiesen wurde. Und ihr wißt auch, daß die Feststellung »magere 7 Mio. für die einzelnen HGen« so nicht stimmt, denn die für heuer vorgesehenen 8 Mio. verteilen sich de facto auf 4 Gruppen, weil sich die anderen zum Großteil oder zur Gänze über andere Quellen finanzieren. So viel zu den konkreten Vorwürfen. Man kann darüber hinaus über den Sinn oder weniger Sinn von Tagungen und von anderen Aktivitäten diskutieren. Dafür gibt es Gremien in der SH, darüber wurde und wird diskutiert, darüber wurde im Ausschuß auch entschieden. Wo wart Ihr? Euch wurde auch mitgeteilt, daß bestimmte Aktivitäten — wie die letztjährige und diesjährige Studientagung, auch die 30-Jahr-Feier, und das Erscheinen von 2 skolast-Nummern — nur möglich waren, weil es Sonderfinanzierungen gab; ansonsten hätten sie auch nicht stattgefunden. Ihr habt die Informationen über all diese Punkte erhalten, es ist müßig, dies jetzt zu wiederholen.<sup>1</sup>

Was ist an all dem aber von Öffentlichem Interesse, wieso eine politische Aktion in Form eines Offenen Briefes? Werden etwa Öffentliche Gelder veruntreut? Es gibt genügend Kontrollinstanzen, interne für Euch, und externe, die sich die Jahresabrechnungen anschauen, mehr Kontrollen als in vielen anderen Vereinen und Institutionen. Ihr könnt beruhigt sein, daß zum Prassen das Geld fehlt. Die Vorstandsmitglieder, die sich die Arbeit antun, 14-tägig Sitzungen abzuhalten, und von denen einige mindestens 1 Tag wöchentlich im Büro verbringen, die außerdem von ihrem »Studien«-ort aus zum Großteil SH-Geschäfte und nicht Studien-Geschäfte erledigen und ihre private Telefonrechnungen pünktlich zu bezahlen haben, diese »profilierungsstüchtigen Bürokraten und Bürokratinnen« erhalten ihr Geld bestimmt als letzte, auch nach Euch. Der Frust — denn für politische Karrieren ist die Tätigkeit in der SH nur in Ausnahmefällen geeignet — kann ohne weiteres steigen, und ich bin gespannt, wer sich weiterhin um die Arbeit im Büro in Bozen kümmert. Dabei geht's nicht um die SH als Institution, sondern um die, die täglich ihren Studententitel anerkannt haben wollen, um die, die weiterhin keine deutlichen

Einbußen beim Stipendium auf sich nehmen wollen, um die, die täglich Informationen über's Studium suchen ... und es geht auch — es mag vielleicht weniger einleuchten — um sozial- und kulturpolitische Arbeit. Wenn ich nicht wüßte, was es für Folgen hätte, würde ich vorschlagen einfach einmal zuzusperren: vielleicht wird dann nicht nur Euch einiges klar, sondern auch all jenen, die mit einer Selbstverständlichkeit alle Dienstleistungen der SH in Anspruch nehmen und beim Zahlen des Mitgliedsbeitrages knausrig werden. Wenn das Büro in Bozen nicht mehr so funktioniert wie jetzt, dann braucht Ihr in einigen Jahren den so mutigen Schritt des Austritts nicht mehr zu tun, das erledigt sich dann von alleine. Ich bin dafür, daß all diese Aspekte ohne Scheu vor Schadenfreudigen, die am liebsten solche internen SH-Konflikte sehen, auch öffentlich ausgetragen werden. Probleme zu verschleiern, die — glaube ich — nicht nur SH-Probleme,



startet. Aber in entpolitisierten Zeiten wie diesen bedeutet Rückzug scheinbar auch nur mehr, den Blick für die eigene Brieftasche zu haben.

Benedikt Sauer

1) Zusatz:

Ich weiß allerdings nicht, wer die Informanten an die Mitglieder der SH-Padua waren.



Funktionabler Ungehorsam?

Am 15.02.1986 protestierten in Lana 20 deutsch- und italienischsprachige Südtiroler gegen Rüstungspolitik, Waffenexporte und ungleiche Behandlung von Zivil- und Militärdienern von Seiten des italienischen Staates mit der Verbrennung ihrer Militärbeurlaubungsscheine (congedi) und einem offenen Brief an Verteidigungsminister Spadolini; an Ministerpräsident Craxi und an Staatspräsident Cossiga erging derselbe zur Kenntnisnahme.

Es ist dies eine moralisch begründete, öffentliche Aktion; sie schließt die vorsätzliche Verletzung einzelner Rechtsnormen ein, ohne jedoch der Gehorsam gegen die gesamte Rechtsordnung aufzukündigen. Diese Regelverletzung hat ausschließlich symbolischen Charakter; sie ist ein gewaltfreies Mittel des Protestes in dem Sinne daß die physische und psychische Integrität der Protestgegner und unbeteiligter Dritter gewahrt bleibt. Die Meinung über Akte zivilen Ungehorsams gehen auseinander: die einen behaupten, man lege mit zivilen Ungehorsam »die Axt an die Demokratie« (Geissler). Andere dagegen meinen, der zivile Ungehorsam stelle geradezu einen Prüfstein für das angemessene Verständnis der moralischen Grundlagen der Demokratie dar (Rawls).<sup>1</sup>

Lassen wir uns überraschen, welches Demokratieverständnis Herr Spadolini an den Tag legt. Möge es — zum Guten der jungen italienischen Demokratie und der 20 Ungehorsamen — nicht im Geiste jener Gerichtsmittelung stehen, die eine Gruppe Angehöriger des »Comitato per la Pace« von Livorno erhielt, als sie ein Manifest mit den Worten »4 novembre festa dell'Esercito: esaltazione di una strage compiuta — preparazione di una strage futura?« publizierte.

sondern solche zumindest der ganzen Studentenschaft sind, kann nur schwächen; solche Divergenzen häßt diese Organisation schon aus. Was aber an dieser Frage, die ihr aufgeworfen habt, von so großem Öffentlichem Interesse ist, um eine politische Aktion daraus zu machen, ist mir schleierhaft.

Mich schockiert, daß die einzige öffentliche Aktion der SH-Padua seit Jahren eine um die eigene Brieftasche war. Es gab keine Stellungnahme zur Supplentenfrage, trotz der erklärten Absichten und der harten Äußerungen in der Ausschußsitzung, und es gab auch sonst keine andere öffentliche Aktion. Hat Euch das Informationsmaterial gefehlt? Die SH-Verona z.B. (eine HG von ähnlicher Größe und Finanzstärke) hat sich zu dieser Frage geäußert, und auf Unterstützung durch die anderen HGen gewartet — umsonst; sie hat außerdem erstmalig eine Maturantenberatung an italienischen Oberschulen organisiert — mit Erfolg; und einzelne haben an der Organisation der Studientagung mitgewirkt. Ihr haben die Informationen über die Tätigkeiten der SH-Bozen nicht gefehlt. Ich bin gespannt, wann die SH-Padua die nächste politische Aktion

Die juristische Gewalt antwortete mit einer Benachrichtigung, in der von einer Beschimpfung des Heeres («vilipendio alle Forze Armate») die Rede war.<sup>2</sup>

Es war wohl der Schrecken des Krieges, der den Männern der verfassungsgebenden Versammlung von 1947 noch in den Knochen stak und der ihnen zu solch klarer Sprache verhalf:

Artikel 11 der italienischen Verfassung.  
 »L'Italia ripudia la guerra come strumento di offesa alla libertà degli altri popoli e come mezzo di risoluzione delle controversie internazionali ...«

Welche politische Konsequenzen hätte dieser Verfassungsartikel wohl nach sich zu ziehen, welche nicht?

— Sicher nicht die Militarisierung der Bevölkerung mittels Wehrpflicht, d.h. nach Ausbildung zu Kampf- und Befehlsempfangsmaschinen mit gleichzeitiger Erschwerung der Verhältnisse für Zivildienst (20 Monate Dienst, zunehmende Ablehnung von Gesuchen).

— Sicher nicht Rüstungsproduktion und -export in alle Krisenzonen der Welt. Italien ist viertgrößter Rüstungsexporteur der Welt.

1981 kam es in der italienischen Rüstungsindustrie zu einer Umsatzsteigerung von 30%. 1982 exportierte Italien bereits mehr Waffen als Autos. Die öffentlichen Aufträge an die Rüstungsindustrie überstiegen einen Wert von 3000

Mrd. Lire. Die Branche erreichte einen Jahresumsatz von 6300 Mrd. Lire.<sup>3</sup>

Am neuen SDI-Rüstungsprogramm der USA ist die florentinische Firma SMA mit der Produktion elektronischer Systeme maßgeblich beteiligt.

Rüstung und Kriege kommen nicht von ungefähr: sie haben — in einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft — einen stimulierenden Effekt auf die Wirtschaftskunktur; im Falle einer Abrüstung käme die Rüstungsindustrie wegen Überproduktion in eine Krise. Die italienische Rüstungsindustrie braucht für ihre Waffen Kriege.

Der italienische Staat benötigt das Militär als Disziplinierungs- und Überwachungsinstitution zur notwendigen Ergänzung der verinnerlichten gesellschaftlichen Zwänge und zu deren Verstärkung.

Das gegenwärtige Gewand des italienischen Staates ist das einer demokratischen Republik. Akte zivilen Ungehorsams können dem Staat nur nützen: läßt er sich doch damit einige wichtige, da legitimierende Maschen am dünnen Män-

telchen Demokratie hinzufügen; kann er sich doch durch bloßes Gewährenlassen einige Pluspunkte einheimsen. Doch hat es den Anschein, als fehlte an maßgeblicher Stelle noch dieses Bewußtsein; wie sonst ist die Reaktion auf das Comitato per la Pace zu verstehen?

Auf gesellschaftlicher Ebene hat die Lanzer Manifestation des zivilen Ungehorsams ihren Platz: als funktionables Happening. Auf individueller Ebene ebenfalls: das aufbegehrende Gewissen wird beruhigt.

Aus der jüngsten europäischen Geschichte konnten wir lernen, daß auch eine Mehrheit in der Bevölkerung (in der BRD z.B. 50,3%) gegen die Stationierung von Perhing II und Cruise Missiles die Entscheidung der Politiker nicht beeinflussen konnte. Unter den gegebenen Bedingungen ist ein Appell zum Umdenken an die Mächtigen schlechthin utopisch, Haigs Ausspruch, daß es »wichtigere Dinge gibt, als im Frieden zu leben«, tödlich ernst zu nehmen.<sup>4</sup>

Walter Pichler



- 1 J. Habermas, Ziviler Ungehorsam — Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik, S. 35/36, in: Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, hg. P. Gietz, 1983.
- 2 il manifesto 15/2/86.
- 3 alternative 4/8/83.
- 4 FAZ 12/1/81.

## Vorbereitung auf die Zweisprachigkeitsprüfung

Die AZB SPRACHSCHULE veranstaltet in Zusammenarbeit mit der SH ÜBERSETZUNGSKURSE zur Vorbereitung auf die Zweisprachigkeitsprüfung (Laufbahnen B und A) für Hochschulüler.

\* Übersetzen ist eine eigenständige sprachliche Fertigkeit, die eine hinreichende Kenntnis der Fremdsprache voraussetzt. Wer aber gut Italienisch spricht oder liest, muß noch nicht richtig übersetzen können.

\* In unseren Vorbereitungskursen kann man mit Hilfe geschulter Lehrkräfte und spezifischen Lehrmaterials die geeigneten Übersetzungstechniken erlernen.

### Kursübersicht

**Kursdauer:** 10 Abende + Eröffnungsabend mit Test  
**Unterricht:** x wöchentlich (Mo/Mi/Fr) von 19.30 bis 21.45 Uhr

|                 |                     |                     |
|-----------------|---------------------|---------------------|
| <b>Termine:</b> | Herbstkurs          | Winterkurs          |
|                 | 03.09.86 — 29.09.86 | 02.02.87 — 27.02.87 |

**Kursorte:** Bozen, Meran, Brixen und Bruneck  
**Gruppen:** 10 — 14 Teilnehmer (Mindestteilnehmerzahl ist 10)  
**Kursgebühr:** zifre 30.000 — ohne Lehrmaterial  
**Lehrmaterial:** — S. Stanglerlin, Übersetzungslehrgang 3  
 — Prüfungstexte (1981—1985)  
 (Ermäßigter Teilnehmerpreis: Lire 12.000)  
**Anmeldung:** bis 31.07.86 für den Herbstkurs  
 bis 10.01.87 für den Winterkurs

Zur Anmeldung senden Sie bitte folgenden Abschnitt an:  
 AZB SPRACHSCHULE, Rennweg 147, 39012 MERAN, Tel. 0473—31577

Ich melde mich an für den  Herbstkurs  Winterkurs in .....

Name: .....

Adresse: .....

Ort: ..... Tel.: .....